

25. V. 1917

1

70000  
38  
1917-1919  
25. V. - 15. III.  
Demobilisierung.

### Sitzung des Demobilisierungsausschusses.

Gestern nachmittag fand in den Räumen des Deutschen Nationalverbandes im Abgeordnetenhaus eine Sitzung der Ausschüsse des Deutschen Nationalverbandes und der beiden christlichsozialen Verbände in Angelegenheit der Uebergangswirtschaft zum Frieden statt, welcher Beratung die Vertreter der Organisationen von Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft beigezogen waren.

Abg. Dr. Steinwender begrüßte namens der beiden parlamentarischen Parteien als Vertreter der Industrie: Präsidenten Vetter, Abg. Friedmann, Generaldirektor Dr. v. Schuster, Generaldirektor Günther, Generaldirektor Heller, Industriellen Regenhart, für die Handelskammer Regierungsrat Dr. v. Tschenthal, für das Gewerbe Herr Krause (Niederösterreichischer Gewerbeverein), für die Landwirtschaft Professor Salter, für den Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenverein Ingenieur Nied. Außerdem waren anwesend von der christlichsozialen Partei Oberkurator v. Steiner, Landtagsabgeordneter Spalowsky, vom Deutschen Nationalverband die Abgeordneten Heine, Kommerzialrat Denk und Reschmann.

Abg. Heine berichtete als Referent des Deutschen Nationalverbandes zur Frage der Sachdemobilisierung des Heeres über die Schritte, welche die beiden deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses in dieser Angelegenheit sowie hinsichtlich der Uebergangswirtschaft bisher unternommen haben, und verwies auf die Seherzeit der Regierung überreichte Denkschrift. Nach dem Friedensschluß werden zunächst die Materialbestände des Heeres die einzige Quelle bilden, aus denen die gesamte Volkswirtschaft ihre Rohmaterialien für den Wiederaufbau beziehen könne. Es sei daher unbedingt erforderlich, wähestens über die Sachdemobilisierung der Armee und die geeignete Verwendung und Ruhbarmachung der vorhandenen Vorräte einheitliche Richtlinien aufzustellen und mit der Kriegsverwaltung entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

Präsident Vetter begrüßte es aufs wärmste, daß auf dem Boden der sachlichen Arbeit ein inniger Kontakt zwischen den wirtschaftlichen Organisationen und den beiden großen deutschen Parteien des

Abgeordnetenhauses hergestellt sei, und gab der Erwartung Ausdruck, daß auf diesem Wege im Interesse der Volkswirtschaft Wertvolles geleistet werden würde. Hierauf legte er namens der drei großen industriellen Verbände die Grundzüge dar, welche vom Standpunkte der Industrie aus für die Sachdemobilisierung des Heeres und für den Abbau der Kriegswirtschaft zur Anwendung gelangen sollen. Er überreichte den Parteienverbänden ein diesbezügliches Memorandum der österreichischen Industrieverbände.

Regierungsrat Dr. v. Tschenthal besprach eingehend den Gegenstand vom Standpunkte der Handelskammern und legte großes Gewicht darauf, daß in diesen Fragen unter Mitwirkung des Parlaments die Kriegsverwaltung in stetem Kontakt mit den sachlichen Organisationen und den kompetenten österreichischen Zentralstellen vorgehe.

Oberkurator v. Steiner erörterte eine Reihe spezieller Fragen der Sachdemobilisierung, insbesondere die Weiterverwendung und Erhaltung der sozialen und hygienischen Kriegseinrichtungen sowie den Abbau der Kriegsbilsklassen.

An der Debatte beteiligten sich weiter zu einzelnen Spezialfragen Generaldirektor Günther, Generaldirektor Schuster, Abg. Steinwender, Krause, Professor Salter, Abg. Friedmann, Landtagsabgeordneter Spalowsky und Industrieller Regenhart.

Nach den Schlussworten des Abg. Heine, in welchen dieser die Organisationen ersuchte, auch späterhin bei der Ausarbeitung der Detailfragen mit den Abgeordnetenverbänden zusammenzuwirken, wurde die Sitzung vom Vorsitzenden mit Dankesworten geschlossen.

30. V. 1917

# Die Sachabrüstung nach dem Kriege.

Wien, 29. Mai.

Reichsratsabgeordnete haben jüngst mit Vertretern der Industrie, des Handels, des Gewerbes und der Landwirtschaft über die Frage der Organisation der Sachabrüstung beraten. Was ist unter Sachabrüstung zu verstehen? Es werden ohne Zweifel mit Kriegsende eine große Menge von Vorräten, lebendem und totem Inventar, wie Pferde, Automobile, Maschinen, Seilbahnen, Feldbahnen, gebrauchte Kleidungsstücke, unbrauchbar gewordene Waffen sowie zahlreiche Beutestücke vorhanden sein, deren Bewertung der Kriegsverwaltung obliegen wird. Hierbei ist die Verwendungsmöglichkeit eine außerordentlich verschiedene. Manche Gegenstände können ohne jede Reparatur oder Veränderung von Privatleuten, Industriellen, Ackerbautreibenden, Gewerksleuten in Gebrauch genommen werden. Andere Objekte und Einrichtungsgegenstände, namentlich jene, welche der Sanitätspflege dienen, werden für die Kriegsverwaltung überflüssig werden, können jedoch von anderen öffentlichen Körperschaften übernommen und zweckmäßig verwendet werden; wieder andere Gegenstände sind nicht mehr im gebrauchsfähigen Zustande, können jedoch mit mehr oder minderem Mühe oder einem größeren oder kleineren Aufwand an Arbeit wieder gebrauchsfähig gemacht werden; schließlich bildet — und das ist vielleicht der größte Teil — der übrigbleibende Vorrat ein wichtiges Rohmaterial für die verschiedensten Industrien und Gewerbe. Es ist eben eine Vielheit von Gegenständen, mit einer Vielheit von Verwendungsmöglichkeiten, wobei für letzteren Umstand ganz besonders ins Gewicht fällt, daß nach dem Kriege ein Mangel an den Rohstoffen verschiedenster Art, an Werkvorrichtungen und Transportmitteln sein wird. Die rasche und zweckmäßige Ueberführung dieser überschüssig gewordenen Kriegsvorräte in die Friedenswirtschaft für den Friedensgebrauch gewinnt daher an besonderer Bedeutung, weil hiedurch der Rohstoffmangel, vielleicht auch der Werkzeugmangel, das Fehlen von lokalen Transportmitteln für viele Industrien ebenso behoben werden könnte wie für das Gewerbe und die Landwirtschaft. Es erscheint daher ganz gerechtfertigt, wenn die politischen und wirtschaftlichen Kreise sich heute schon mit der Frage der Bewertung dieser wertvollen Vorräte beschäftigen. Die Erfahrungen des Krieges haben gelehrt, welcher großen Schaden es bringt, wenn man unvorbereitet an große wirtschaftliche Aufgaben herantritt, und daß zur Lösung solcher schwieriger Arbeit eine gründliche Vorbereitung notwendig ist.

Es ist selbstverständlich, daß das staatliche Interesse die bestmögliche Verwertung dieser Vorräte verlangt und daß jener Weg einzuschlagen sein wird, welcher am sichersten dazu führt. Um diesen zu weisen, wird wohl die Mitwirkung der berufenen Faktoren der Industrie, des Gewerbes, der Landwirtschaft und auch des Handels unbedingt notwendig sein. Des letzteren hauptsächlich deswegen, weil manche Artikel nicht sofort direkt an den letzten Konsumenten gelangen können und hier die Mitwirkung des Handels notwendig sein wird. Dessen berufenen Vertreter von vornherein heranzuziehen, wird um so notwendiger sein, als nur hiedurch die Ausschaltung unberufener Elemente möglich sein wird.

Es ist aber sicher, daß die staatsfinanziellen Momente wohl richtung-, aber nicht immer ausschlaggebend sein dürfen. Ein großer Teil der Vorräte kann belebend auf die ganze Volkswirtschaft wirken, wenn dessen zweckmäßige Verteilung durchgeführt und dafür gesorgt wird, daß die Vorräte in die richtigen Hände gelangen. So kann zum Beispiel die Zuweisung von Lastautomobilen in manchen Gegenden den Mangel einer Lokalbahn ersetzen, die zahlreichen frei werdenden Kleinmotoren können zur modernen Umgestaltung der kleingewerblichen Tätigkeit in vielen Gegenden führen, die Ueberweisung mancher Seilbahnen an Waldbesitzer kann die Abholzung von Waldbeständen möglich machen, deren Verwendung sonst unwirtschaftlich gewesen wäre. Schließlich können die Bestände an Monturen im Wege einer zweckmäßigen Regenerierung dazu verwendet werden, um der Arbeiterbevölkerung sowie dem Bauernstande trotz des Mangels an Rohstoffen entsprechende billige Kleidung zu liefern.

Es sind hier nur einige Beispiele herausgegriffen worden, die sich aber vervielfältigen lassen. Man wird hieraus ersehen, welches schwierige Problem hier vorliegt. Die finanziell beste Verwertung wird in den meisten Fällen auch gleichzeitig die volkswirtschaftlich richtige sein oder es wird zum mindesten möglich sein, Mittel und Wege zu finden, um beide Ziele miteinander zu verbinden. Es ist aber selbstverständlich, daß bei diesem ganzen Bewertungsprozeß Sachleute zu jedem Schritt herangezogen werden müssen, schon zur Inventarisierung der Vorräte, zur Wert- und Zweckbestimmung und vor allem zur Feststellung der Art der Durchführung. Unter Sachleuten sind hierbei Industrielle, Kleingewerbetreibende, genossenschaftliche Organe, Landwirte und schließlich auch sachkundige Vertreter autonomer Körperschaften zu verstehen, welche letztere vor allem das vom hygienischen Standpunkte so wichtige Interesse haben, daß die Sanitätsanlagen, welche überflüssig werden, nicht das Schicksal einer unzweckmäßigen Zerreißung erfahren, sondern direkt wiederum den Zwecken der Sanitätspflege zugeführt werden. Allerdings kommen politische Erwägungen auch nicht ganz außer Betracht. Politisch ist die Frage schon deshalb, weil diese Kriegsvorräte Eigentum der Gesamtmonarchie sind. Dies hat zunächst die eine Konsequenz, daß der Erlös quotenmäßig resundiert werden muß, welcher Erfolg übrigens dadurch auch erzielt wird, daß diese Einnahme von den Kriegsausgaben in Abzug kommt. Aber damit ist diese Seite nicht erschöpft. Nachdem die Kriegsvorräte ein für die Belebung unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens wertvolles Material bilden, müssen auch beide Reichshälften die Möglichkeit erhalten, einen bestimmten Teil dieser Vor-

räte zu erwerben. Daß solche Aufteilungen nicht ohne Schwierigkeiten sind, wissen wir aus Erfahrung. Diese werden jedoch nur behoben, wenn unverrückbare Grundsätze aufgestellt werden. So insbesondere das Prinzip, daß die Vorräte ein einheitliches Ganzes bilden und nicht etwa die eine oder die andere Reichshälfte sich einen ganzen Teil, ganze Kategorien von Gegenständen vorbehalten will. Oesterreich hat ebenso wie Ungarn ein Interesse, daß das Inventar der Agrarier aus dieser Vorräten ergänzt werden kann; daß die österreichischen Sanitätsanstalten im gleichen Maße verbessert werden wie die ungarischen, ist ebenso wichtig wie die gleiche Verteilung der Werkzeugmaschinen, Transportmittel usw. an die österreichische und die ungarische Industrie, an das österreichische und das ungarische Gewerbe. Auch darf keinem der Staaten ein Vorzug im Preise zugebilligt werden. Sind diese Grundsätze einmal festgestellt, so werden einzelne Detailfragen durch gegenseitiges Entgegenkommen sicher gelöst werden auf dem Wege der sogenannten Kompensationen. Ist es gelungen, die Beschaffung des gesamten Kriegsmaterials unter gleichmäßiger Berücksichtigung beider Reichshälften durchzuführen, so muß dies auch bei der Verwertung der Restbestände möglich sein. Das Wichtigste ist und bleibt die Aufstellung eines Programms und die strenge Durchführung desselben. Die Besprechung, welche im Abgeordnetenhaus stattgefunden hat, wies schon durch die äußere Zusammenfassung den Weg, der vom ersten Augenblicke an zu beschreiten sein wird: Heranziehung der Handels- und Gewerbeämtern, der freien Organisationen der Industrie, der Landwirtschaft, des Gewerbes und des Handels zur Mitarbeit, zum ständigen Beirat; eine Kooperation der staatlichen Bureaukratie mit den berufenen Vertretern der erwerbenden Stände.

1. / VI. 1917.

3

## Der Demobilisierungsplan.

### Fürsorge für entlassene Heeresangehörige.

Der fünfte Teilbericht des Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe betr. die Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft ist soeben herausgegeben worden. Er behandelt folgende drei bedeutungsvollen Beratungstoffe: 1. Militärische Demobilisation, 2. Organisation des Arbeitsnachweises, 3. Arbeitslosenunterstützung. Alle zu diesen drei Beratungsgruppen eingebrachten Petitionen, die eine Fülle von Vorschlägen enthalten, sind vom Ausschusse eingehend durchberaten worden. Außerdem hat derselbe über 26 aus seiner Mitte eingereichte Anträge beraten und Beschluß gefaßt.

Im Schlußantrag des Ausschusses heißt es: Der Reichskanzler ist zu ersuchen: 1. dahin zu wirken, daß bei der erfolgenden Demobilisation die einberufenen Wehrpflichtigen gegen ihren Willen nicht länger im Dienste zurückbehalten werden, als dies im Heeresinteresse unbedingt erforderlich ist; 2. dahin zu wirken, daß bei der erfolgenden Demobilisation folgende Grundsätze durchgeführt werden: a) Die Entlassung der Kriegsteilnehmer aus dem Heeresdienst ist dergestalt zu regeln, daß die für die Wiederaufnahme des normalen Wirtschaftslebens und für die Instandsetzung unentbehrlicher Betriebe benötigten Gewerbetreibenden, Techniker, Werkmeister, Facharbeiter und Verwaltungsbeamte sofort entlassen werden. Ferner sind die Berufsangehörigen solcher Gewerbe vorzugsweise zu berücksichtigen, in denen sich starke Nachfrage nach Arbeitskräften geltend macht. Im Übrigen soll jede Verzögerung der Entlassung vermieden werden. Die Rücksichtnahme auf Arbeitsmangel darf kein Grund sein, die Kriegsteilnehmer länger, als militärisch notwendig, im Dienste zu behalten; b) die Entlassung soll nach dem Wohnort der Familie oder, bei Nachweis erlangter Beschäftigung, nach dem Arbeitsort erfolgen; c) die Heeresbehörden sollen die Mannschaften zur Erlangung geeigneter Beschäftigung tunlichst unterstützen, insbesondere durch Hinwekung auf die zuständigen Arbeitsnachweise, Auskunftserteilung und Erleichterung des schriftlichen Verkehrs; d) den vom Heeresdienst entlassenen Kriegsteilnehmern sind zu Zwecken der Erholung und der Ordnung ihrer häuslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse die seitherigen Dienstbezüge als Beurlaubte für einen vollen Monat weiterzugewähren; e) Kriegsteilnehmern mit erheblich geschwächter Gesundheit, die aus dem Heeresdienst entlassen werden sollen, ist ein ausreichender Erholungsurlaub, nötigenfalls Kuraufenthalt und Verpflegung in einem Kurort oder Erholungsheim auf Kosten des Reichs zu gewähren. Die gleiche Vergünstigung muß den im Ausland Internierten bei ihrer Rückkehr zuteil werden.

Weiter soll der Reichskanzler Mittel zur Bekämpfung der Arbeits- und Stellenlosigkeit rechtzeitig anfordern, neue Arbeitsnennmittlungsstellen, vor allem eine Zentral-Reichsstelle für Arbeitsnachweis schaffen und dahin wirken, daß den Kriegsteilnehmern, die eine Familie zu versorgen haben, nach Möglichkeit die Wiedereinstellung in demjenigen Betriebe, in dem sie bis zu ihrer Einberufung zum Heeresdienst mindestens ein Jahr lang beschäftigt waren, gesichert wird. Die Weiterbezahlung der Familienunterstützung, Anstellung der Kriegsbeschädigten, die Ausfükung der Hilfsdienstverträge bilden die weiteren Grundlagen für die Anträge des Ausschusses. Zum Schluß wird verlangt, daß während der Zeit der Übergangswirtschaft eine Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln nach bestimmten Grundsätzen gewährt wird; die vom Heeresdienst entlassenen Arbeiter und Angestellten, denen eine angemessene Beschäftigung nicht zugewiesen werden kann, sollen weiterhin Arbeitslosenunterstützung erhalten.

# Volkswirtschaft.

## Demobilisierungsfragen.

Von Dr. Viktor Krafcauer.

Der Friede im Osten, der uns bald in mehrfacher Beziehung bedeutungsvolle Erleichterungen bringen soll, läßt auch deutlich die Gefährdungen erkennen, denen das Wirtschaftsleben ausgesetzt ist, wenn der ganze Komplex der Demobilisierung nicht im voraus reiflich durchdacht wird. In zahlreichen privaten und öffentlichen Betrieben, in der Industrie und in der Landwirtschaft ist gegenwärtig eine überaus große Anzahl von Kriegsgefangenen tätig, die nunmehr ihrer Befreiung harren und für die nur sehr schwer ein halbwegs angemessener Ertrag gefunden werden kann. Selbst wenn die Seeresverwaltung geneigt wäre, für diesen Zweck Militärpersonen zur Verfügung zu stellen, so würden doch der zweckmäßigen Ausführung und raschen Durchführung eines solchen Vorhabens erhebliche Hindernisse entgegenstehen. Denn die Entlassung aus dem Seeresverband hängt grundsätzlich von militärischen Erwägungen ab, von der körperlichen Eignung oder der Altersklasse des noch der Armee Angehörigen, während dessen „Zivilberuf“ nur in Ausnahmefällen irgendwie berücksichtigt wird. Bei der Mobilisierung ergaben sich daraus empfindliche wirtschaftliche Benachteiligungen. Es wurden wahllos Leute einberufen, wie beispielsweise Bergarbeiter, Professionisten, Eisenbahner und andere, auf deren Arbeit im Hinterland unmöglich verzichtet werden konnte. Die Lücken, die im weiteren Verlauf der Einberufungen dadurch entstanden sind, mußten die Militärbehörden später notgedrungen wieder ausfüllen, was, ebenfalls wahllos, durch Dirigierung irgendwelcher Mannschaft geschah, mit dem Ergebnis, daß dreimal soviel Leute dem Seeresdienst entzogen blieben, als wenn man ursprünglich die qualifizierten Kräfte bei ihrer Beschäftigung gelassen hätte. Um das Entstehen ähnlicher folgenschwerer Ereignisse bei der endgültigen Demobilisierung zu vermeiden, ist allem Anschein nach bisher nichts Wesentliches geschehen.

Es sollte aber nicht länger zugewartet werden. Sonst ist die Gefahr vorhanden, daß nach der Demobilisierung, gleichgültig, ob sie sich in längeren oder kürzeren Stappen vollzieht, nach gewissen Kategorien von Arbeitern eine überaus lebhaft Nachfrage herrschen wird, während den übrigen der Arbeitsmarkt nichts bietet. Auf der einen Seite ein gegenseitiger Wettbewerbs der Unternehmungen um die Arbeitskräfte, ein Hinausdrängen der Löhne, auf der anderen Arbeitsmangel und ein bedenkliches Sinken der Lohnhöhe. Dabei die Möglichkeit, daß gerade sehr dringliche, im allgemeinen Interesse gelegene Arbeiten von öffentlichen oder privaten Betrieben nicht rechtzeitig in Angriff genommen werden können, sei es, weil gelernte Arbeiter nicht in hinreichender Zahl vorhanden sind, sei es, weil sie vorzugsweise in solchen (rentablen) Unternehmungen Aufnahme finden, die an Wichtigkeit hinter den vorerwähnten weit zurückstehen. Auch kann es sich sehr gut ereignen, daß sich in einzelne, günstig gelegene Orte und Gebiete ein überstarker Strom von Arbeitern ergießen wird, während sie anderwärts vergeblich gesucht werden. Mit Arbeitsvermittlungen, Arbeitsnachweisen und ähnlichen, bisher üblichen Hilfsmitteln dürfte nicht viel zu richten sein, da in der ersten Zeit des Ueberganges, im Rahmen der regulierten Wirtschaft, bei der Beschränkung der Rohstoffeinfuhr, der Produktion usw., lediglich auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes die freie Wirtschaft nicht voll aufrechtzuerhalten ist.

Soll mithin eine planmäßige Personendemobilisierung vorbereitet werden, so ist es erforderlich, daß schon jetzt eine verlässliche **B e r u f s z ä h l u n g** aller dem Heere angehöriger Personen vorgenommen werde. Die oberste Militärbehörde müßte jederzeit darüber Auskunft geben können, wie viel Tischler, Schlosser, Schmiede, Glendreher, Mechaniker, Elektriker usw. sich unter den österreichischen (und wohl auch unter den ungarischen) Staatsangehörigen, die militärische Dienste leisten, befinden, dann ob diese an der Front oder im Hinterlande sind,

ob sie gesund oder krank sind, u. dal. Eine derartige Statistik, die durch Eintragung der Zuschüsse und Abgänge stets im laufenden zu erhalten wäre, würde die tauglichste Unterlage für alle weiteren Maßnahmen bieten. Dabei sollte davon ausgegangen werden, daß auch bei der Zuweisung von Arbeitskräften volkswirtschaftliche Rücksichten privatrechtlichen Sonderinteressen voranzugehen haben. Es könnte schon jetzt festgestellt werden, mit welchen Arbeiten der Staat, die Länder und die Gemeinden sofort nach Friedensschluß beginnen, welche sie, besonders auf dem gesamten Gebiete des Verkehrs, des Wohnungswesens usw., rasch ausführen wollen, damit in erster Linie die hierfür erforderlichen Arbeitermassen frei werden. Ob damit zugleich deren vollständige Entlassung aus dem Seeresverband zu verknüpfen sei, wäre noch sehr zu überlegen. Die Schwierigkeiten der Verpflegung und der Unterkunft werden in den ersten Phasen der Demobilisierung außerordentlich groß sein und für eine Zeitlang von der zusammenfassenden militärischen Organisation leichter als von den verschiedenen zivilen Behörden und Ämtern bewältigt werden können. Jedenfalls dürfte aber aus diesem Umstand den Arbeitnehmern kein geldlicher Nachteil erwachsen; es müßten ihnen die vollen ortsüblichen Löhne ausbezahlt werden.

Nach den öffentlichen Ämtern die privaten Unternehmungen. Es wäre der Arbeiterbedarf solcher Betriebe zu decken, die, wie Maschinenfabriken, Bergwerksbetriebe, Fabriken zur Herstellung von landwirtschaftlichen Geräten, von künstlichem Dünger und dergleichen, Produktionsmittel schaffen und damit zur Vergrößerung unserer Produktion beitragen. Ferner kämen alle Unternehmungen in Betracht, die die für die Ernährung und Bekleidung der großen Bevölkerungsmassen erforder-

lichen Güter bereiten usw. Sind die Arbeiten und Betriebe gegeben, so läßt sich, bei Aufwendung der für diesen Zweck erforderlichen Mühe, ohne weiteres auch die Zahl der für die Wirtschaft vor allem erforderlichen Arbeiter, nach Branchen geordnet, feststellen, und danach hätte sich beim Beginne der endgültigen Demobilisierung die Entlassung der Mannschaft aus dem Seeresverband, die bei den Millionearmeen doch nur allmählich erfolgen kann, zu richten. Bei der Aufstellung der Reihenfolge sollte dann nicht bloß ausnahmsweise, sondern durchgängig der Zivilberuf des Soldaten als ausschlaggebender Faktor gelten. In diesem Falle wäre es auch möglich, die größten Gefahren der Demobilisierung zu vermeiden. Die Reserve- und Landsturmmänner würden zum großen Teile schon bei ihrer Entlassung aus dem Heere wissen, wohin sie sich zu begeben haben, an welchem Orte, in welchem Betrieb sie angemessene Beschäftigung finden. Jeglicher Zwang wäre selbstverständlich auszuschließen. An der Durchführung einer solchen Maßnahme hätten vielmehr nicht nur die Vertreter der Arbeitgeber, sondern auch die der Arbeitnehmer mitzuwirken, die hinlänglich Erfahrung besitzen, um die Sonderinteressen einzelner Arbeiterkategorien mit den Gesamtinteressen der Arbeiterschaft in Einklang zu bringen.

Ist der Arbeiterbedarf der wichtigsten Betriebe gedeckt, dann kämen solche Unternehmungen an die Reihe, die vom Standpunkt der Allgemeinheit von geringerem Belang sind, so daß zuletzt unter den Fahnen die übrig blieben, denen es bei einer früheren Entlassung schwer fiel, beim Wiederaufbau der Wirtschaft eine passende Beschäftigung zu finden. Damit soll aber durchaus nicht irgendeiner Verlängerung der Personendemobilisierung das Wort gesprochen werden; sie hätte sich nur innerhalb des denkbar kürzesten Zeitraumes nicht nach generellen, sondern nach individuellen Richtlinien zu vollziehen, unter voller Beachtung der Berufs- und Arbeitsmöglichkeiten. Dann könnte aber auch ein bedenkliches Stadium der Arbeitslosigkeit vermieden und zwischen Zivil- und Militärverhältnis eine Brücke geschlagen werden. Die militärische Demobilisierung würde dann **gleichbedeutend sein mit dem Beginn der wirtschaftlichen Demobilisierung.**

\* Eine Magistratsabteilung für Sachabrüstung und Uebergangswirtschaft. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat die sofortige Errichtung einer Magistratsabteilung für Sachabrüstung und Uebergangswirtschaft verfügt. Zum Vorstände dieser Abteilung, welche die Bezeichnung „Magistratsabteilung XVII für Sachabrüstung und Uebergangswirtschaft“ führt, wurde Magistratssekretär Dr. Anton Schwarz bestellt. Die neue Magistratsabteilung hat bereits ihre Tätigkeit aufgenommen.

Beginn der Sachdemobilisierung. Der gemeinsame Verteilungsausschuß für Sachdemobilisierung hat seine Tätigkeit am Sitze des Kriegsmaterialverwertungsamtes in Wien aufgenommen. Dem gemeinsamen Verteilungsausschuß obliegt in der Hauptsache die Aufteilung der von der Heeresverwaltung während des Krieges und bei der Demobilisierung als unentbehrlich zur Verfügung gestellten, wo immer befindlichen Sachgüter zwischen Oesterreich und Ungarn mit Berücksichtigung volkswirtschaftlich gerechtfertigter Bedürfnisse Bosniens und der Herzegovina. Im Interesse der Volkswirtschaft haben alle in Betracht kommenden Stellen (Sammel- und Bergstellen) mit Beschleunigung die für militärische Zwecke nicht mehr benötigten Sachgüter einer Sichtung und Schätzung nach bestimmten Grundsätzen zu unterziehen und dem Amte zur Verfügung zu stellen. Ansuchen von privaten Personen, Gesellschaften, Vereinen usw. um Ueberlassung solcher Sachgüter sind für Oesterreich an das Generalkommissariat für Kriegsübergangswirtschaft im Handelsministerium, für Ungarn an den ungarischen Minister für Uebergangswirtschaft und für Bosnien an das gemeinsame Finanzministerium in Wien zu richten. Bereits beim A. M. B. A. vorliegende Gesuche wurden dem Gesuchsteller mit dem entsprechenden Vermerk zurückgestellt.

## Die Sachdemobilisierung.

Durch die im Reichsgesetzblatt am 13. Juli d. J. veröffentlichte Verordnung über die Errichtung einer Oesterreichischen Hauptanstalt für Sachdemobilisierung ist der erste Schritt zur Verwertung jener Kriegsgüter getan, die schon jetzt nicht mehr benötigt, sowie jener, die bei der feinerzeitigen allgemeinen Demobilisierung für die Heeresverwaltung entbehrlich werden und auf Oesterreich entfallen.

Bereits vor längerer Zeit ist von den beiden Regierungen über Anregung der Heeresverwaltung ein gemeinsamer Ausschuss eingesetzt worden, dem die Aufgabe zufällt, die von der Heeresverwaltung abgegebenen Kriegsgüter auf Oesterreich und Ungarn mit Berücksichtigung Bosniens und der Herzegovina aufzuteilen. Es ist dies der aus Vertretern beider Regierungen und dem Gemeinsamen Finanzministerium bestehende „Gemeinsame Verteilungsausschuss“. Seit der im April d. J. erfolgten Aufnahme der Tätigkeit dieses Ausschusses ist der selbständige Verkauf durch die einzelnen militärischen Stellen eingestellt; die Verwertung der Kriegsgüter hat nunmehr lediglich durch die beiden Regierungen und für Bosnien und die Herzegovina durch das Gemeinsame Finanzministerium selbständig zu geschehen.

Zur Durchführung der mit der Verwertung in Oesterreich verbundenen Aufgaben, insbesondere zur Auscheidung der für Zwecke des Staates, der autonomen Körperschaften sowie für sonstige öffentliche Zwecke benötigten Kriegsgüter, ist der „Sonderausschuss für Sachdemobilisierung“ der Kommission für Kriegs- und Uebergangswirtschaft geschaffen worden, in dem alle beteiligten Zentralstellen vertreten sind. Auch dieser hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen.

Nunmehr handelt es sich darum, zur unmittelbaren Verwertung der auf Oesterreich entfallenden Kriegsgüter Maßnahmen rein kaufmännischer Art zu treffen, die außerhalb des Rahmens der bisherigen Tätigkeit liegen. Die Vorarbeiten hierzu sind bereits soweit gediehen, daß die grundsätzlichen und organisatorischen Fragen im Entwurfe einer Denkschrift dargelegt werden konnten, welcher der zur endgültigen Festlegung der gesamten allgemeinen Grundsätze für die Verwertung sowie für die organisatorischen Maßnahmen zuständigen Kommission für Kriegs- und Uebergangswirtschaft unterbreitet worden wird.

Der Entwurf wurde dem kriegswirtschaftlichen Ausschusse des Abgeordnetenhauses bereits vorgelegt.

Mit Rücksicht darauf, daß die an den Staat zurückgelangenden Kriegsgüter einen nicht unerheblichen Teil der Kriegskosten verkörpern und daß wegen der Höhe dieser Kosten kein Mittel außer acht gelassen werden darf, den Staatsfinanzen Entlastung zuzuführen, wird die Abgabe der Güter ausschließlich gegen Bezahlung eines entsprechenden Marktpreises in Anleihe oder in barem erfolgen.

Zur Durchführung der Verwertung sind sachlich gegliederte, nach kaufmännischen Grundsätzen geleitete Verwertungs-

stellen in Aussicht genommen, die je nach den besonderen Verhältnissen öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Charakter tragen sollen. Diese Verwertungsstellen werden ihre gesamten Reinerträge dem Staate abzuliefern haben. Zur Mitwirkung sowohl bei Ueberwachung der Geschäftsführung der Verwertungsstellen als auch bei der unmittelbaren Abgabe an die Interessenten sollen Industrie, legitimer Handel, öffentliche Selbstverwaltungs-Körper und Verbraucherorganisationen herangezogen werden. Hierdurch sowie durch sonstige, noch festzulegende Maßnahmen sollen Schieflagen und Notienhandel mit den für die Volkswirtschaft so dringend benötigten Kriegsgütern verhindert werden.

Neben diesen sachlich gegliederten Einzelorganisationen bedarf es jedoch mit Rücksicht darauf, daß sämtliche Erträge der einzelnen Verwertungsorganisationen der Staatsverwaltung zuzuführen und daß umgekehrt der Staat für sämtliche Ausgaben aufkommen muß und demgemäß auch das ganze Risiko der Kriegsgüterverwaltung zu tragen hat, eines besonderen Organes für die Berechnung und Evidenzführung. Alle diese Obliegenheiten sollen von der Oesterreichischen Hauptanstalt für Sachdemobilisierung besorgt werden, der somit die Aufgabe einer staatlichen Treuhänderstelle zufällt.

Insofern derzeit bereits Kriegsgüter unter Heranziehung der Hauptanstalt zur Abgabe gelangen können, ist bis auf weiteres der nachfolgende Vorgang einzuhalten:

Der Bedarf der Landwirtschaft ist bei der zuständigen landwirtschaftlichen Hauptkorporation, der Bedarf an rein forstwirtschaftlichen Gegenständen bei der Forstwirtschaftsstelle in Wien, I. Bezirk, Reichsratsstraße 11, der Bedarf des Gewerbes bei den Gewerbsförderungsanstalten anzumelden.

Die übrigen Interessenten haben sich an die Oesterreichische Hauptanstalt für Sachdemobilisierung in Wien zu wenden, deren nähere Adresse öffentlich bekanntgegeben wird, sobald die Protokollierung der Anstalt erfolgt sein wird.

Bezüglich der Bedarfsanmeldung der staatlichen Behörden, Kiemer und Anstalten sowie aus staatlichen Mitteln eingeleiteter Aktionen (z. B. Wiederaufbau), dann der autonomen Behörden, endlich der Unternehmungen und Anstalten, die dem öffentlichen Interesse dienen, wie Krankenanstalten und sonstige Fürsorgeanstalten, öffentliche Verkehrsanlagen und bergleichen, sind Worfungen an die in Betracht kommenden Stellen im Auge.

Zum Präsidenten der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung ist, wie wir schon berichtet haben, Ministerialrat Dr. Josef Kunkler ernannt worden.

Und nun mein Vorschlag: Die Hausfrauen Wiens — ich glaube im Namen aller sprechen zu können — sind ge-

### Oesterreichische Hauptanstalt für Sachdemobilisierung.

Die Oesterreichische Hauptanstalt für Sachdemobilisierung, über deren Errichtung, Wirkungsbereich und Geschäftsführung bereits berichtet wurde, wird sich demnächst konstituieren und ihre Tätigkeit aufnehmen.

Zum Präsidenten dieser Anstalt wurde bekanntlich der Ministerialrat im Finanzministerium Dr. Josef K u s t l e r ernannt. In den Administrationsrat und den aus seiner Mitte zu wählenden Vollzugsausschuß werden außer den Delegierten

der beteiligten Zentralstellen Vertreter der einzelnen Kronländer und verschiedener Interessentenorganisationen berufen werden.

Es steht zu erwarten, daß diese höchst bedeutende Institution, die der österreichischen Volkswirtschaft im Laufe der Zeit wohl Sachgüter im Werte von Milliarden zuzuführen haben dürfte, sowohl in staatsfinanzieller als auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht eine nutzbringende und segensreiche Tätigkeit entfalten werde.

## Die Aufgaben der Demobilmachung.

Berlin, 31. Okt. (B. B.) Im Reichswirtschaftsamt tagte am Dienstag unter Vorsitz des Staatssekretärs Freiherrn von Stein die Kommission für Demobilmachung der Arbeiterschaft, um den Bericht über die Tätigkeit ihres Arbeitsausschusses entgegen zu nehmen. Einleitend hob der Staatssekretär hervor, daß es bei der augenblicklichen Lage noch ungewiß sei, ob es zum Frieden und der Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft oder zu einer gesteigerten Zusammenfassung aller Kräfte für die weitere Fortführung des Krieges kommen werde. Sollte es zur Demobilmachung kommen, so würden schnelle Entschlüsse und ihre rasche Umsetzung in die Tat erforderlich sein. Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, Industrie, Landwirtschaft und auch der einzelne müßten ihr ganzes Wirken auf die Lösung dieser Aufgabe unter Voranstellung der allgemeinen Gesichtspunkte einstellen. Unterstaatssekretär Dr. Müller erstattete sodann Bericht über die bisherige Tätigkeit des Arbeitsausschusses. Seine Ausführungen über die Behandlung der Entlassung aus dem Heeresdienste entsprachen den Erklärungen, die er vor einigen Tagen im Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe abgegeben hat. Ferner führte er aus, daß der Arbeitsausschuß in zahlreichen Besprechungen Fühlung mit den wichtigsten Industrie- und Gewerbegruppen aufgenommen habe und diese Besprechungen fortsetze. Als wichtigstes Ergebnis teilte er mit, daß die großen Arbeitgeberorganisationen ihre frühere Erklärung wiederholt haben, wonach sie es für ihre Ehrenpflicht betrachten, ihre ehemaligen Angestellten und Arbeiter nach der Entlassung aus dem Heeresdienste, soweit es die Betriebsverhältnisse irgend zuließen, wieder in ihre Betriebe aufzunehmen. Die Arbeitgeber haben diese Bereitwilligkeit schon jetzt in großem Umfange ihren im Felde stehenden früheren Betriebsangehörigen mitgeteilt und wollen fernerhin alles tun, die durch die Kriegsverhältnisse etwa oberrissenen persönlichen Beziehungen wieder aufzunehmen. Dazu können die Arbeitnehmer selbst viel beitragen, indem sie von sich aus an ihre früheren Arbeitgeber herantreten. Es ist selbstverständlich, daß die Witwen oder Waisen Gefallener und arbeitsunfähig Gewordene ebenfalls eine Anwartschaft auf Beschäftigung haben. Nach Mitteilung des Unterstaatssekretärs hat der Arbeitsausschuß bei der Frage der Arbeitsbeschaffung bei seinen bisherigen Arbeiten die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Er hat es sich besonders angelegen sein lassen, auf schleunigste Vergebung der zahlreichen rückständigen Reichs-, Staats- und Kommunalaufträge, die Milliardenwerte darstellen, hinzuwirken, und hat Vorkehrungen getroffen, diese Aufträge auf eine noch breitere Grundlage zu stellen und für beschleunigte Flüssigmachung der hierfür benötigten Mittel zu sorgen. Die Pflicht zur Arbeitsbeschaffung erstreckt sich aber auch auf jeden einzelnen, der in seinem Betriebe von sich aus jede greifbare Arbeit sofort so vorbereiten muß, daß sie im Augenblick der Demobilmachung in Angriff genommen werden kann; denn nur so ist eine rechtzeitige Bereitstellung ausreichender Arbeitsgelegenheit möglich, die die Gewähr für eine ordnungsmäßige Durchführung der wirtschaftlichen Demobilmachung bietet.

## Frankfurter Angelegenheiten.

## Arbeitsbeschaffung und Demobilisation.

Der Magistrat hatte gestern Nachmittag Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Besprechung der Frage eingeladen: Womit können wir die Arbeiter während der Demobilisation beschäftigen? Oberbürgermeister Voigt legte dar, daß 70 bis 80 000 Munitionsarbeiter beschäftigungslos würden, dazu kommen die zurückkehrenden Soldaten. Bei der Weiterbeschäftigung bisheriger Munitionsarbeiter müsse eine strenge Auswahl getroffen werden. Kohlen seien zu beschaffen, es müßten Aufräumungsarbeiten vorgenommen werden, auch Notstandsarbeiten kämen in Frage. Das Arbeitsnachweisamt solle durch Hinzuziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verstärkt werden. Wer arbeitslos bleibe, müsse unterstützt werden, Soldaten sollten ihre Bezüge weiter erhalten und schließlich müsse die Erwerbslosenfürsorge in Kraft treten. In der Aussprache teilte Kommerzienrat Häfner den Beschluß der Industriellen mit, alle Arbeiter und Arbeiterinnen weiter zu beschäftigen. Direktor Käster (Kocherh u. Witternd) verlangte Aufträge für die Industrie. Gewerkschaftsbeamter Schott bezweifelt, ob auch die sogenannte kleine Industrie ihre Arbeiterschaft weiterbeschäftigt. Die nächsten 14 Tage seien die schwersten. Es gelte den Strom der Millionenarmee in die richtigen Bahnen zu lenken, für Unterkunftsmöglichkeit und Verpflegung zu sorgen. Es werden sich sofort Hunderttausende der Heimat zu in Bewegung setzen. Unter Zugiehung der Arbeiterausschüsse müssen Leute, die auf das Land auständig sind, dorthin abgeschoben werden. Die Rohstoffe der Kriegswirtschaft müssen baldigt der Friedenswirtschaft zugeführt werden. Die achtstündige Arbeitszeit müsse — möglichst ohne Zwang — mit Lohnausgleich sofort eingeführt werden. Die Arbeit müsse nach Möglichkeit gestreckt werden. Direktor Säuberlich (Aderwerke) betonte die Notwendigkeit der Beschaffung von Rohstoffen, im Kriegswirtschaftsamt sei erklärt worden, an Herausgabe von Rohstoffen sei in Monaten nicht zu denken. Die Kriegsaufträge müßte man darum noch mehrere Monate weiterlaufen lassen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müßten das alte Kriegsbeil begraben und eng zusammenarbeiten. Die Notwendigkeit der Arbeitszeitverlängerung ergebe sich schon aus dem Stand der Kohlenfrage. Oberbürgermeister Voigt wundert sich, daß die Aderwerke nicht sofort Automobile und Schreibmaschinen herstellen könne. Gewerkschaftsbeamter Brenneke erklärte, daß Torpedos und Granaten nicht mehr weiter angefertigt werden dürfen. Die Hauptsache sei die Arbeitsbeschaffung. Direktor Landsberg (Kupferwerke Hedderheim) hofft, daß bald Rohstoffe zu erhalten sein werden. Die Vergabungen sollten ohne lange Fristen erfolgen, sofort nach einem bestimmten Schlüssel. Direktor Herz-Mills (Schuhfabrik Herz) empfiehlt Ausbau der Flugzeugindustrie zur Entlastung der Eisenbahn. Bürgermeister Dr. Luppe teilte mit, daß vorläufig vier Wochen die Unterstützungsgelder bezahlt werden. In Frankfurt seien genug Rohstoffe, man dürfe nicht auf Berliner Zuteilungen warten. Die Stadt werde, sobald genügend Personal vorhanden sei, die achtstündige Arbeitszeit einführen. Die städtischen Arbeiten würden jetzt ohne Submission vergeben werden. Herr Kemmler (Winte und Kemmler) weist auf die Schwierigkeiten hin, die Kriegswirtschaft in die Friedensindustrie sofort umzustellen. Herr Gensler ist der Ansicht, daß die Kriegswirtschaft nach dem Waffenstillstand eingestellt werden muß. Die Arbeitszeit werde auf 6 Stunden herabgesetzt werden müssen. Herr Weber (Eisenbahndirektion) bespricht die Schwierigkeit der Rückbeförderung der Truppen, die um Frankfurt herumgeleitet werden soll, dazu kommen noch die Flüchtlinge. Es sei dringend nötig, für Arbeitsbeschaffung zu sorgen. Es sei nicht möglich, in nächster Zeit auf der Bahn Rohstoffe heranzubringen. Angesichts der Besetzung der linksrheinischen Festungen werden auch kaum die Wasserstraßen zur Verfügung stehen. Die Eisenbahn werde etwa 2000 Mann in nächster Zeit beschäftigen können. Die vorübergehend Eingestellten könnten nicht voll weiterbeschäftigt werden. Ein Handwerksmeister erklärte, daß das Handwerk die gelerntten Arbeiter, welche jetzt die Munitionsindustrie entlasse, gern aufnehme, es brauche allerdings Rohstoffe. Gewerkschaftsbeamter Kaiser bezweifelt, daß das Handwerk die Massen, welche austreten, aufnehmen könne. Die Eisenbahn müsse eine weit größere Zahl als beabsichtigt, beschäftigen. Die Privatindustrie müsse jetzt ohne Rücksicht auf Gewinn arbeiten, nur mit dem Ziel, möglichst viel Arbeiter zu beschäftigen. Die Masse sollte nicht auf die Straße gestoßen werden, darum sollten Arbeiterentlassungen vermieden werden. Herr Hils (Vertreter der Werkmeister) wünscht, daß auch die Angestellten wieder eingestellt werden sollen. Alle Fabriken — auch die städtische Straßenbahn — könnten weitgehende Reparaturarbeiten vornehmen. Eine Rednerin wünschte, daß nicht alle Arbeiterinnen entlassen würden. Stadtv. Montanus hofft, daß die gelerntten Arbeiter wieder zu ihrem alten Handwerk zurückkehren. Die Genossenschaften müßten bei der Arbeitvergebung berücksichtigt werden. Kommerzienrat Ladenburg erklärte, daß die Bankwelt ihre Angestellten wieder einstellen werde und keine entlasse. Stadtv. Fammeler regt einen Erholungsurlaub für Arbeiter und Angestellten an. Ein Antrag, daß Magistrat und Handelskammer die Rohstoffe ganz gleich, wo sie sich befinden, beschlagnahmen sollen, wurde angenommen. Oberbürgermeister Voigt teilte zum Schluß noch mit, daß Sachausschüsse speziell für die Bau- und Metallindustrie eingerichtet seien.

13/10  
M

## Städtische Demobilisationsmaßnahmen.

Wie die Städtische Nachrichtenstelle mitteilt, beantragt der Magistrat bei der Stadtverordnetenversammlung, für die Erfordernisse der bevorstehenden Demobilisation das Städtische Arbeitsamt unter Einstellung neuer Kräfte weiter auszugestalten und für die städtischen Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden einzuführen.

Zu den bedeutendsten Problemen der wirtschaftlichen Demobilisation gehört, so heißt es in der Vorlage, die ausreichende Arbeits- und Erwerbsbeschaffung für die heimkehrenden Krieger und für die Arbeiter der Rüstungsindustrie, falls deren Einstellung zugleich mit der Demobilisation erfolgt. Das Arbeitsamt soll die Zentrale sein, in der alle Verbindungen für die Arbeitsbeschaffung und Stellenbesetzung zusammenlaufen. Es soll in engerer Fühlung mit den Berufsgereinen die Unterbringung der Arbeitslosen in die Hand nehmen, möglichst auf Grund von Verhandlungen mit den städtischen Betrieben, sowie mit den Fabrikleitungen und mit den Arbeitern an Ort und Stelle. Hierzu kommt noch die Durchführung der Erwerbsloser-Fürsorge für die nicht selbständigen Arbeiter und Angestellten, die in ihren Grundzügen von den oberen städtischen Behörden bereits genehmigt ist, sowie die Erwerbslosen-Fürsorge für selbständige Handwerker, Handeltreibende und Angehörige freier Berufe, die der Verabschiedung bei der Stadtverordnetenversammlung harri. Zur Erfüllung dieser neuen Aufgaben ist die Einstellung weiterer Personen als, namentlich auch von Nebenbeamten, sowie die Schaffung weiterer Fachabteilungen notwendig. Damit die Arbeitsverteilung dauernd in Fluß bleibt, soll ein Arbeitsausschuß, bestehend aus einem Vorsitzenden, einem stellvertretenden Vorsitzenden, einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer eingesetzt werden. Dem Vorsitzenden dieses Ausschusses soll gleichzeitig die Gesamtleitung des Amtes übertragen werden.

Ein wirksames Mittel, einer größeren Anzahl von Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, ist die Verkürzung der reinen Arbeitszeit für die städtischen Arbeiter auf acht Stunden, unter Verfassung des bisherigen Lohnes für die Arbeitsschicht. Welche Mehraufwendungen diese Demobilisationsmaßnahme für die Stadt erfordern wird, läßt sich mangels jeder sicheren Unterlage jetzt nicht feststellen. Die Höhe der Mehrkosten kann aber für die Durchführung des Planes nicht entscheidend sein, vielmehr müssen die Gesichtspunkte der Arbeitsbeschaffung zum Zweck der Verhütung einer größeren Arbeitslosigkeit voranstellen.

Der Magistrat beantragt deshalb bei der Stadtverordnetenversammlung, für die Ausgestaltung des Arbeitsamtes und die Einstellung neuer Kräfte einen Kredit von über 50 000 M., sowie ferner die infolge der Verkürzung der Arbeitszeit für die städtischen Arbeiter entstehenden Kreditüberschreitungen zu bewilligen.

18. X. 1918

12

— (Demobilisierungsfragen in Deutschland.) Aus Berlin, 17. d., wird telegraphiert: Im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Erörterungen der politischen und militärischen Lage hat die Frage der Demobilisierung und der Entlassung der Arbeiter aus dem Seereserverband erhöhtes Interesse und besondere Bedeutung gewonnen. Nach dem schon ausgearbeiteten Plan oblag dem Reichswirtschaftsamt die Aufgabe, zu entscheiden, in welcher Reihenfolge bei einem Friedensschluß die Facharbeiter, um die es sich hier in erster Linie handelt, zu entlassen seien. In Anbetracht der ungeheuren Bedeutung, die die Entscheidung dieser Frage für die Zukunft des deutschen Wirtschaftslebens hat, glaubte das Reichswirtschaftsamt, die Verantwortung für die Entscheidung dieser Frage nicht allein tragen zu können. Am vergangenen Freitag traten deshalb, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung erfährt, die Vertreter der für diese Fragen besonders in Betracht kommenden Hauptressorts mit Mitgliedern der bundesstaatlichen Regierungen zusammen. Das Ergebnis der Besprechungen war die Bildung einer besonderen gemischten Kommission. Ihr gehören Vertreter der hauptsächlichlichen Reichsbehörden an, darunter auch Vertreter des Reichskommissariats für das Wohnungswesen, ferner Vertreter der bundesstaatlichen Regierungen, und zwar der preussischen Ministerien sowie die bevollmächtigten Vertreter zum Bundesrat für Handel und Verkehr, und schließlich eine Anzahl von Arbeitgebern der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft sowie Vertreter von Angestellten und Arbeitnehmern. Wie wir weiter erfahren, hat diese große Kommission einen aus 10 bis 12 Personen bestehenden kleinen Arbeitsausschuß gebildet, der seine Sitzungen heute beginnen wird. Es ist vorgesehen, über die Ergebnisse der Beratungen fortlaufend die Öffentlichkeit zu unterrichten.

19./X. 1918

13

## Die Personendemobilisierung.

Wien, 18. Oktober.

Bei der Vorbereitung für die Friedenswirtschaft wird die Personen- und Sachdemobilisierung von großer Bedeutung sein. Diese wichtige Aufgabe fällt der Heeresverwaltung gemeinsam mit mehreren Zentralstellen zu, unter denen wiederum das Handelsministerium, beziehungsweise das Generalkommissariat besonders umfangreiche Aktionen durchzuführen haben werden. Ueber die Personendemobilisierung besteht ein Uebereinkommen mit der Heeresverwaltung, wonach für Oesterreich und Ungarn ein bestimmtes Kontingent von Männern aufgestellt worden ist, die vorweg aus dem Militärdienste gezogen werden, um die Wirtschaft für die Friedensarbeit vorzubereiten, ehe noch der große Strom der Soldaten zur zivilen Berufstätigkeit zurückkehrt. Im ganzen dürften bei der Demobilisierung 5 Millionen Personen in Betracht kommen; das österreichische Kontingent, das zunächst der Ziviltätigkeit wiedergegeben wird, umfaßt ohne Einbeziehung der für die Schifffahrt notwendigen Leute etwa 200.000 Personen, von denen beikünftig 60.000 der Landwirtschaft, 140.000 der Industrie, dem Handel, Gewerbe sowie freien Berufen wie dem Advokaten- und Notariatsstande angehören. Diese 200.000 Menschen sollen eine Art von Wirtschaftsstäben darstellen, also Leiter von Betrieben und qualifizierte Vorarbeiter sein, welche Unternehmungen, die entweder stillstehen, eingeschränkt arbeiten und überhaupt erst instand gesetzt werden müssen, soweit wieder in Gang bringen sollen, daß späterhin die große Menge der von der Front und den Stappenräumen Zurückkehrenden Beschäftigung finden kann. Die Fachgruppen werden die Personen, deren Rückkehr sie in allererster Linie für nötig halten, individuell bezeichnen, und eine österreichische Reichskommission wird entscheiden, wieviel von den 200.000 Menschen in jedem Betriebszweige demobilisiert werden sollen. Es wird ein Ausgleich stattfinden müssen, der einen Branche werden nach der Prüfung mehr, der anderen weniger zugebilligt werden, und die ursprünglichen Listen, die in einer die Dringlichkeit berücksichtigenden Reihenfolge aufgestellt werden sollen, werden vielfach Streichungen erfahren, um die gesamten Bedürfnisse dem Kontingent von 200.000 Personen anzupassen. Nach der Entscheidung wird jede der Personen, die zu diesem Kontingent gehört, auf einer gelben Karte, welche die Personalien, die frühere Beschäftigung, den Truppenkörper und die anfordernde Stelle enthält, verzeichnet. Die Karte wird an die Fachabteilung des Kriegsministeriums gesandt, mit der Aeußerung desselben beschrieben und kommt dann dem individuell zu Befreienden zu, der vom Militär entlassen wird und sich in den Berufsbit begibt.

Für den großen Strom der Rückkehrenden haben die Vertreter der Arbeiterschaft sowohl in Oesterreich-Ungarn als in Deutschland den Grundsatz aufgestellt, daß der Reihe nach zuerst die ältesten und dann die jüngeren Jahrgänge entlassen werden. Eine wichtige Rolle spielen bei der Verteilung der Arbeitskräfte die Kriegsgefangenen. In Rußland waren ursprünglich über zwei Millionen österreichisch-ungarische Kriegsgefangene, von denen etwa 650.000 ohne Vermittlung der russischen Regierung zurückgekehrt sind. Soweit der Austausch von Regierung zu Regierung in Betracht kommt, erfolgt sie Zug um Zug, und vor etwa drei Wochen sollten 23.000 Kriegsgefangene an Großrußland abgegeben werden. Die Zahl der an die Sowjetregierung auszuwechselnden Kriegsgefangenen ist jedoch nicht allzu groß, weil die Sowjets über die Gebiete östlich vom Ural und der Wolga nicht verfügen. Bisher hat sich dieser Austausch rascher abgewickelt, als man vermutete, da gewöhnlich in einem Zug 20.000 Mann hin- und hergetauscht werden. In der nächsten Zeit wird nun die Industrie stärker zur Abgabe von Kriegsgefangenen herangezogen werden. Viele derselben haben sich durch mehrere Jahre in den Fabriken eingearbeitet und ihre Abziehung wäre für die Fabriken eine Verlegenheit. Das Kriegsministerium hat daher erklärt, darauf Rücksicht zu nehmen und schwer entbehrliche Personen vorderhand nicht abziehen zu wollen. Das Generalkommissariat hat sich daher an die Wirtschaftsverbände mit dem Ersuchen gerichtet, ihm darüber Mitteilung zu machen, damit beim nächsten Austausch, der Ende November erfolgt, mit Schonung für die Industrie vorgegangen wird.

Von großer Wichtigkeit wird natürlich das Problem der Arbeitsvermittlung sein. Mit Rücksicht auf die Demobilisierung ist beschlossen worden, die Frist zu verlängern, innerhalb welcher ein Posten für einen Eingerrückten freizuhalten ist. Die Arbeitsvermittlung, die im Ministerium für soziale Fürsorge konzentriert sein wird, muß begreiflicherweise vor der Demobilisierung einsehen, wenigstens ehe die große Masse zurückkehrt. Das Generalkommissariat hat, soweit die Lagerhausarbeiter in Betracht kommen, die als kräftige Leute zum größten Teile eingerrückt sind, verfügt, daß die Lagerhausverwaltung die Truppenkörper der Arbeiter in Evidenz hält, um sie bei Wiederbeginn der Schifffahrt sofort zurückfordern zu können. Ebenso wird auch die Industrie sich um eine solche Evidenzhaltung bekümmern. Eine sehr schwierige Frage wird die Unterbringung der zahlreichen jugendlichen Arbeiter bilden, die in Kriegsleistungsbetrieben untergebracht waren, dort hohe Löhne erhielten und nun in anderen Unternehmungen und unter veränderten Bedingungen Erwerb suchen sollen. Es wird notwendig sein, daß die Arbeitsvermittlungsstellen mit der Heeresverwaltung im Einvernehmen vorgehen. Der Arbeitssuchende kann sich nicht so frei bewegen wie im Frieden, und der Unternehmer wiederum weiß nicht, wo sich die Arbeitskräfte befinden. Die Arbeitsvermittlung ist im allgemeinen gut organisiert, und es wird sich darum handeln, daß die maßgebenden Faktoren sich in die Hände arbeiten, um Nachfrage und Angebot möglichst rasch in Einklang zu bringen. Es ist selbstverständlich, daß all diese großen Fragen nicht ohne Reibungen und Widerstände werden erledigt werden können.

**Vorarbeiten für die Demobilisierung.**

Die feinerzeitige Abrüstung der in militärischer Dienstleistung stehenden Militärpersonen ist nach einer amtlichen Mitteilung derart beabsichtigt, daß grundsätzlich zuerst die ältesten Jahrgänge entlassen werden. Zur Förderung des Wiederaufbaues der Friedenswirtschaft und des Erwerbslebens soll jedoch sofort nach Erlassung des Demobilisierungsbefehles eine Anzahl von namentlich zu bezeichnenden, besonders qualifizierten Personen, deren eheste Rückkehr zu ihrem bürgerlichen Berufe im Interesse der Wiederbelebung des Wirtschafts- und Erwerbslebens liegt, vorzeitig aus der militärischen Dienstleistung entlassen werden. Ihre Auswahl ist für Industrie, Handel und Gewerbe von paritätisch aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiterschaft zusammengesetzten Berufskommissionen vorzunehmen.

[Vorbereiten für die personelle Demobilisierung.] Die feinerzeitige Abrüstung der in militärischer Dienstleistung stehenden Militärpersonen ist derzeit beabsichtigt,

daß grundsätzlich zuerst die ältesten Jahrgänge entlassen werden. Zur Förderung des Wiederaufbaues der Friedenswirtschaft und des Erwerbslebens soll jedoch sofort nach Erlassung des Demobilisierungsbefehls eine Anzahl von namentlich zu bezeichnenden, besonders qualifizierten Personen, deren eheste Rückkehr zu ihrem bürgerlichen Berufe im Interesse der Wiederbelebung des Wirtschafts- und Erwerbslebens liegt, vorzeitig aus der militärischen Dienstleistung entlassen werden. Ihre Auswahl ist für Industrie, Handel und Gewerbe von paritätisch aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiterschaft zusammengesetzten Berufskommissionen vorzunehmen. Diese Kommissionen werden in kürzester Zeit gebildet werden. Die Anforderungen seitens der interessierten Stellen werden ausschließlich an die Berufskommissionen zu richten sein, über die noch nähere Daten zur Verlautbarung gelangen werden. Die stempelfreien Anforderungsverzeichnisse werden rücksichtlich jeder für die vorzeitige Entlassung angesprochenen Person folgende Angaben zu enthalten haben, deren Beschaffung den Interessenten selbst obliegt: 1. Vor- und Zuname, 2. Geburtsjahr und -ort, 3., 4., 5. Zuständigkeitsort, -bezirk und -land, 6. Truppenkörper, Anstalt, Evidenzbehörde usw., 7. Charge, mit Angabe des Dienstpflichtverhältnisses, beziehungsweise der Zugehörigkeit zum Landsturm, 8. Assentjahr, 9. Musterungsjahr, 10. Anfordernde Stelle (genaue Adresse), 11. Diensteseigenschaft des Angeforderten in der Zivilanstellung. Von einem solchen Ansuchen sind jedoch vorläufig folgende Mannschafspersonen und Sagisten (Offiziere, Militär-, Landwehr- und Landsturmbeamte sowie Sagistenaspiranten) ausgeschlossen: a) alle Berufssagisten (Sagistenaspiranten); b) alle präsenzdienstpflichtigen Mannschaften, das sind jene auf Grund des Wehrgesetzes zu einem ein- bis vierjährigen Präsenzdienst assentierten Dienstpflichtigen, die mit 31. Dezember 1917 den gesetzlich vorgeschriebenen Präsenzdienst noch nicht vollstreckt hatten; c) alle nichtaktiven Sagisten (Sagistenaspiranten) und Landsturmmänner nachstehender Geburtsjahrgänge, und zwar bei der Kavallerie und reitenden Artillerie: 1895, 1896 und 1897, bei der Kriegsmarine: 1894, 1895, 1896 und 1897, bei allen übrigen Truppen-, Waffengattungen, Branchen u. dgl.: 1896 und 1897; d) alle sonstigen Reservegagisten (Sagistenaspiranten), die mit 31. Dezember 1917 den gesetzlich vorgeschriebenen Präsenzdienst noch nicht vollstreckt hatten; e) jene Sagisten (Sagistenaspiranten) und Mannschaften, die auf solchen Fahrzeugen der See- und Flußschiffahrtsgesellschaften eingeteilt sind, die bei der Kriegsmarine oder der Heeresverwaltung (Seetransportleitung oder Zentraltransportleitung, Schiff) in Verwendung stehen. — Kriegsfreiwillige, gleichgültig welchem Geburtsjahrgang sie angehören, können angefordert werden. Der Zeitpunkt, bis zu dem diese Verzeichnisse einzureichen sein werden, wird zugleich mit den Adressen der Kommissionen verlautbart werden. Bis dahin wird es sich für Arbeitgeber und Unternehmer aller Art empfehlen, die bezüglichen Anforderungsverzeichnisse nach Fühlung mit den anzusprechenden Personen vorzubereiten. Doch wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Gesamtzahl der im Interesse des Wiederaufbaues der Friedenswirtschaft vorzeitig zu entlassenden Personen sehr eng begrenzt bleiben muß, damit nicht der Abtransport der Hauptmasse der heimkehrenden Krieger verzögert werde. Bei der Auswahl kann daher nur auf Personen Rücksicht genommen werden, deren eheste Rückkehr unzweifelhaft im Interesse der Volkswirtschaft gelegen ist. Nach besonderen Verfügungen der Unterrichtsverwaltung wird auch ein Teil der Professoren, Lehrer, Hörer und Schüler höherer Bildungsanstalten der vorzeitigen Entlassung zugeführt werden. Das zur raschesten Wiederaufnahme der Seeschiffahrt und der Flußschiffahrt auf der Donau und deren Nebenflüssen notwendige Schiffahrts- und Werftpersonal wird von Amts wegen nach besonderen Anordnungen der Heeresverwaltung gleich zu Beginn der Demobilisierung vorzeitig entlassen werden. Das für eine vorzeitige Entlassung in Betracht kommende Personal der übrigen Binnenschiffahrt der Monarchie muß jedoch nach dem eingangs erwähnten Verfahren von den Unternehmern selbst mit Verzeichnissen angesprochen werden.

### Die Personendemobilisierung.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist die Abrüstung der in militärischer Dienstleistung stehenden Militärpersonen derart beabsichtigt, daß grundsätzlich zuerst die ältesten Jahrgänge entlassen werden. Zur Förderung des Wiederaufbaues der Friedenswirtschaft und des Erwerbslebens soll jedoch sofort nach Erlassung des Demobilisierungsbefehls eine Anzahl von namentlich zu bezeichnenden, besonders qualifizierten Personen vorzeitig aus der militärischen Dienstleistung entlassen werden. Ihre Auswahl ist für Industrie, Handel und Gewerbe von paritätisch aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiterschaft zusammengesetzten Berufskommissionen vorzunehmen. Diese Kommissionen werden in kürzester Zeit gebildet werden. Die Anforderungen seitens der interessierten Stellen werden ausschließlich an die Berufskommissionen zu richten sein. Von einem solchen Ansuchen sind jedoch vorläufig folgende Mannschafspersonen und Gagisten ausgeschlossen: alle Berufsgagisten (Gagistenaspiranten); alle präsentdienstpflichtigen Mannschaften, die am 31. Dezember 1917 den gesetzlich vorgeschriebenen Präsenzdienst noch nicht vollstreckt haben, alle nichtaktiven Gagisten (Gagistenaspiranten) und Landsturmänner nachstehender Geburtsjahrgänge: bei der Kavallerie und reitenden Artillerie: 1895, 1896 und 1897, bei der Kriegsmarine: 1894, 1895, 1896 und 1897, bei allen übrigen Truppen, Waffengattungen, Branchen u. dgl.: 1896 und 1897; alle sonstigen Reservegagisten (Gagistenaspiranten), die mit 31. Dezember 1917 den gesetzlich vorgeschriebenen Präsenzdienst noch nicht vollstreckt hatten; jene Gagisten (Gagistenaspiranten) und Mannschaften, die auf solchen Fahrzeugen der See- und Flußschiffahrtsgesellschaften eingeteilt sind, die bei der Kriegsmarine oder der Heeresverwaltung (Seetransportleitung oder Zentraltransportleitung, Schiff) in Verwendung stehen. — Kriegsfreiwillige, gleichgültig, welchem Geburtsjahrgange sie angehören, können angefordert werden.

## Dandl über die Demobilisierung.

Arbeitsnachweise — Umschaltung der Rüstungsindustrie

In der Mittwochssitzung der Bayerischen Abgeordnetenkammer machte in Beantwortung einer liberalen Anfrage, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt, um den schweren wirtschaftlichen und politischen Gefahren zu begegnen, die aus der Demobilisierung des Heeres und der Einstellung der Rüstungsarbeiten erwachsen müßte, Ministerpräsident v. Dandl eine Reihe wichtiger Mitteilungen. Die für die personelle wirtschaftliche Demobilisierung geltenden Bestimmungen, so führte er aus, sehen weitgehendes Zusammenarbeiten der Arbeitsnachweise aller Art mit den Kriegsamtsstellen vor. Neben der Entlassung aller wirtschaftlich Selbständigen sei für Leute, die keine gesicherte Arbeitsgelegenheit nachweisen können, bei den einzelnen Kompagnien eingehende Belehrung vorzusehen, wie sie in ihren früheren Orten Arbeit finden können. Leute, die keine Arbeit finden, dürfen vier Monate in Verpflegung und Löhnung ihres Ersatztruppentells verbleiben. Das Abwickeln der personellen Demobilisierung werde nach den bisher festgelegten Plänen ordnungsgemäß und ohne erhebliche Störungen vor sich gehen. Das Kriegsministerium habe ferner angeordnet, daß die Arbeiter der militärischen Verwaltung auf Verlangen über die vertragsmäßige Kündigungsfrist hinaus auf die Dauer von vier Wochen vom Zeitpunkt der Kündigung ab noch im Arbeitsverhältnis zu belassen sind, wenn sie keine andere Arbeitsgelegenheit haben sollten. Im Einvernehmen mit der Reichsleitung werde für die Heeresaufträge in Rüstungsbetrieben, insbesondere für Erzeugnisse, die auch Friedenswerte darstellen, eine gewisse Auslaufzeit gegeben werden.

Die wichtigste Aufgabe bleibe rasche Umgestaltung der Rüstungsindustrie auf Friedensarbeit, worauf die Regierung die Industrie in einer kürzlich abgehaltenen Besprechung hingewiesen habe. Am günstigsten liegen die Verhältnisse in der Metall-, der Holz-, Baustoff- und der Porzellanindustrie. Der Minister äußerte sich dann über die Absatzmöglichkeiten in dem großen Bau- und Wohnbedarf, der nach Befriedigung der Verlangen werde. Für die eigentliche Rüstungsindustrie werden Reich und Staat noch Kräfte für Aufträge sorgen müssen. Ein unwirtschaftlicher Mehraufwand für derartige Zwecke werde in erster Linie vom Reich auf besondere Kriegs- und Übergangslasten übernommen werden. Die Unterbringung der freierwerbenden Rüstungsarbeiter und der zurückströmenden Kriegsteilnehmer hänge wesentlich von der richtigen Gestaltung der Arbeitsvermittlung und von der ausreichenden Schaffung öffentlicher Arbeiten ab. Zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung wird schlimmstenfalls auch vor einer Kürzung der Arbeitszeit nicht zurückgeschreckt werden dürfen. Daneben wird man aber auch eine Arbeitslosenfürsorge der Gemeinden unter finanzieller Beteiligung von Reich und Staat vorbereiten müssen. Es werde eine einheitlich geregelte Arbeitslosenfürsorge für das Reich geschaffen werden, deren Träger die Verbände unter entsprechender Beteiligung von Reich und Staaten an der Kostentragung sein sollen. Insbesondere sei an Zusammenarbeiten auch mit der Reichsleitung vorzudenken. Deshalb sei auch dauernd eine Demobilisierungskommission bei dem Reichswirtschaftsamt vertreten, dessen Arbeitsauschuß bereits die Arbeiten begonnen habe.

## Arbeitgeber und Gewerkschaften beraten über die Folgen der Demobilisierung.

Düsseldorf, 28. Oktober. Die schweren Sorgenstunden, in denen unser deutsches Volk zurzeit lebt, führten auch die Arbeitgeber der Nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustrie mit den Gewerkschaften zu gemeinsamer Beratung zusammen. Vorstandsmitglieder der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, des Christlich-Sozialen Metallarbeiterverbandes und des Gewertvereins Deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Dunker), waren hier am 26. Oktober versammelt, um in erster Linie die Fragen einer gegebenenfalls eintretenden Demobilisierung zu besprechen. Es herrschte völlige Einigung darüber, daß die Demobilisierung unter Berücksichtigung aller für unser wirtschaftliches Leben in Betracht kommenden Vorhältnisse — u. a. des Transports, der Ernährung, der Wohnungsflurfrage, der Beschäftigung der Arbeiter — in solcher Weise geregelt werden müsse, die eine ruhige Fortentwicklung unserer vaterländischen Wirtschaft ermögliche und sichere. Auch über die den Behörden in dieser Richtung vorzuschlagenden Wege war man völlig einer Meinung. Ferner wurden Fragen der Arbeitsdauer und der Sozialpolitik überhaupt besprochen, in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit, sie bei den Friedensverhandlungen zum Gegenstand internationaler Festlegung zu machen, weil hierbei die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt ebenso berücksichtigt werden müsse, wie das soziale Wohl der Arbeiterbevölkerung. Eine Besprechung der Fragen der möglichen Verkürzung der Arbeitszeit, des Arbeitsnachweises, der Ernährung und anderer mehr erfolgt, nachdem sie zuvor in den Beratungen der einzelnen Körperschaften und Organisationen noch geklärt sind, in weiteren gemeinsamen Sitzungen.

31. / 10. 1918.

31

19

**\* Maßnahmen der Städte bei einer Demobilisierung.**  
Im Berliner Rathaus fand unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Bermuth eine Sitzung des Vorstandes des Deutschen Städtetages statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Frage, welche Maßnahmen bei einer Demobilisierung von städtischer Seite zu ergreifen sind. Es wurde eine Eingabe an das Reichswirtschaftsamt und das preussische Kriegsministerium beschlossen wegen Abänderung der bisher in Aussicht genommenen Bestimmungen über den Ort, an welchem die Truppen zur Entlassung kommen sollen. Besonders eingehend wurde ferner die Frage der Arbeitsbeschaffung, der Erwerbslosenfürsorge sowie der Ueberleitung der Rüstungsbetriebe in die Friedenswirtschaft behandelt. Eine von dem Vorstande einstimmig angenommene Entschliebung konnte noch am selben Tage bei einer Besprechung im Reichswirtschaftsamt, an welcher eine Abordnung des Vorstandes teilnahm, zum Gegenstande der Beratung gemacht werden. Der Vorstand beschloß, einen besonderen Demobilisierungsausschuß einzusetzen, um, wenn nötig, eine schnelle Prüfung und Entscheidung herbeiführen zu können. — Neu in den Vorstand wurde gewählt Oberbürgermeister Dr. Johansen-Krefeld; zum Beigeordneten des Städtetages wurde der Beigeordnete der Stadt Sterkrade, Meyer-Bülmann, gewählt.

### Die schullese Großstadt.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Polizei jetzt einen ungewöhnlich schweren Stand hat, und es soll ihr aus ihrer absoluten Machtlosigkeit keineswegs ein Vorwurf gemacht werden. Teils war sie den jüngsten ernstesten Ausbrüchen einer seit langem aufgespeicherten Erregung und wilden Erbitterung tatsächlich nicht gewachsen, teils befehligte sich die Polizeimannschaft einer stichtlich befristeten Zurückhaltung, um nicht etwa durch ein vor schnelles Eingreifen die Leidenschaften noch mehr zu steigern. Aus dieser Passivität aber schöpft der Abschaum der Großstadt, der gestern in seiner ganzen Masse am Blase war, Mut zu allerhand fetten Uebergriffen, die sich, so sollte man meinen, unter gar keinen Umständen wiederholen dürfen. Etwas muß geschehen, damit die Reichshauptstadt nicht unter die Willkürherrschaft von Exaltados gerät, deren Umtriebe die Neuordnung des Staates nur gefährden und die Ruhe der Bürgerschaft beherrschend erschüttern könnten. Gewiß wäre es durchaus verfehlt, die Polizisten an einem rücksichtslosen Vorgehen zu ermuntern. In diesen ernstesten Stunden muß alles vermieden werden, was von der breiten Masse etwa irrtümlich als Gewalttätigkeit oder Provokation aufgefaßt werden könnte. Aber deshalb darf andererseits nicht die Strafe geduldig dem Bösel überlassen werden. Erscheint derzeit wirklich die Säbelherrschaft der Staatspolizei ganz und gar nicht am Platz, so erheischt die allgemeine Erregung doch andererseits um so dringlicher die Schaffung einer Schutz- und Sicherheits-truppe, die sich beim Volke nicht nur voller Autorität, sondern vor allem auch der jetzt so wünschenswerten Popularität erfreut. Wer mit der Psychologie der Massen rechnet, wird begreifen, daß alles, was einer Widelhaube ähnelt, gerade jetzt nicht auf allzu große Sympathien stoßen kann. Aber eine Bürgerweh, die im Namen des Nationalrates den Strahendienst übernimmt, würde wohl der ihr erwachsenden schwierigen Aufgabe sich gewachsen zeigen. Etwas muß unbedingt geschehen, damit Ruhe und Ordnung verbürgt bleiben. Kann schon, wie der gestrige Abend mit seinen tief beschämenden Ereignissen es drastisch bewies, die alte Wiener Polizei der Begebenheiten nicht mehr Herr werden, dann muß sie eben abgelöst oder ergänzt werden von einem freien Ordnungsdienst der nationalen Bürgergewalt.

## Die Vorgänge in Wien.

Die heutige Nacht und der Vormittag sind erfreulicherweise vollständig ruhig verlaufen. Der strömende Regen, der bis nach Mitternacht anhielt, hat wohl das Meinige dazu getan, um Ansammlungen auf der Straße und Kundgebungen hintanzuhalten. In einigen äußeren Bezirken kam es zu belanglosen Zwischenfällen, denen aber keinerlei Bedeutung zukommt.

### Unruhen im Garnisonsarrest.

Gestern abends gab es im Garnisonsarrest Unruhen unter den Häftlingen. Die Häftlinge revoltierten in den Zellen und sollen den Versuch gemacht haben, auszubrechen. Die Revolte nahm solche Dimensionen an, daß die Gefängniswache einschreiten und, da die Häftlinge zu Tötlichkeiten übergingen, von der Waffe Gebrauch machen mußte. Dabei wurde der 25jährige inhaftierte Infanterist Georg Lukcsanyi von der Wache durch einen Stich in den Rücken und einen Hieb über den Kopf erheblich verletzt. Außerdem wurde ihm der linke Unterarm durchschossen. Die Rettungsgesellschaft brachte ihn ins Garnisonsspital Nr. 1.

### Ausbrechen von Häftlingen.

Nach einem von anderer Seite uns zugehenden Bericht stehen die oberrwähnten Unruhen in Zusammenhang mit dem Ausbruch einer Anzahl von Häftlingen aus dem Garnisonsarrest. Die Häftlinge wurden gestern, wie alle Tage, gegen 8 Uhr früh aus dem Garnisonsarrest in der Blindengasse geführt, um ihren einstündigen Spaziergang zu machen. Pötzlich ergriff eine Anzahl von Häftlingen durch das aus dem Korridor in den Hof mündende Tor die Flucht. Sie schlugen die Türe zu und versperrten sie, so daß die Aufsichtsborgane, die die Häftlinge auf ihrem Spaziergange begleiteten, im Hofe eingesperrt waren. Die Häftlinge stürzten sich nun auf die einzelnen Wachposten, entriß ihnen die Torschlüssel, und gelangten ins Freie. Unter den Ent-

sprungenen befinden sich Deserteure und Soldaten, die wegen Ueberschreitung des Urlaubes in Untersuchungshaft saßen, jedoch auch einige Schwerverbrecher, darunter der wegen mehrfachen Mordes und zahlloser Einbruchsdiebstähle nach monatelangen Recherchen dingfest gemachte Markthelfer Leopold Kopecky.

### Brandstiftung in einer Militärbaracke.

Heute nachts um 1/3 Uhr marschierte der restliche Teil des ungarischen Infanterie-Regiments Nr. 86 von seiner Baracke in Hiebing samt dem Train ab. Unmittelbar danach brach in der Baracke VIII ein Brand aus der zweifellos gelegt worden ist. Der Brand äscherte die Baracke ein. Während des Brandes explodierten in der Baracke die herumliegende Infanteriemunition und Handgranaten. Die Feuerwehr rückte mit starken Bügen aus und löschte das Feuer nach mehr als einer Stunde. Durch die explodierten Granaten wurden bei den Löscharbeiten zwei Soldaten leicht verletzt.

## Große Ausschreitungen czecho-slowakischer Soldaten auf dem Wiener-Neustädter Flugfeld.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Wiener-Neustadt, 2. November.

Auf dem Wiener-Neustädter Flugfeld haben sich gestern czecho-slowakische Soldaten schwerer Ausschreitungen schuldig gemacht. Diese Soldaten, ungefähr tausend an der Zahl, waren auf dem hiesigen Flugfeld kommandiert und wurden gestern zu ihren Kavernen nach Böhmen einrückend gemacht.

Eine Anzahl der Soldaten waren am Abend zuvor in die Schuppen eingebrungen, in denen die Flugapparate eingestellt sind, und hatten die phantastische Absicht, diese Apparate zum Flug von Wiener-Neustadt in ihre

Geimat zu bringen. Die Offiziere traten diesem Vorhaben entgegen und wußten es zu verhindern.

Nun machten sich die Exzessiven großer Ausschreitungen schuldig. Sie demolierten sämtliche Flugzeuge, zerstörten die Gewehre und vernichteten die gesamte im Vorrat befindliche Munition.

Am Allerheiligentag wurden die Monturdepots erbrochen und aus diesen etwa 800 Ledermäntel entwendet. Die Soldaten bekleideten sich mit den geraubten Mänteln und zogen unter Absingung czechischer Lieder und unter Nachrufen zum Südbahnhof, wo sie sich einwaggonierten. Der Versuch, ihnen dort das geraubte Gut abzunehmen, mißlang. Die Soldaten fuhren mit ihrer Beute davon.

Dem Nationalrat wurde von diesen Vorfällen Meldung gemacht.

Die vorstehende Meldung von den argen und bedauerlichen Ausschreitungen auf dem Wiener-Neustädter Flugfeld hat zu übertriebenen Gerüchten von ausgebreiteten Plünderungen und Brandstiftungen in Wiener-Neustadt Anlaß gegeben, die als unrichtig bezeichnet werden.

**Beschlagnahmen im Ostbahn-  
hose.****2000 Gewehre und 22 Millionen Kronen  
Papiergeld.**

Der Adjutant des Staatssekretärs für das  
Heerwesen **Meyer** hat am Ostbahn-  
hose 2000 Gewehre beschlagnahmt, ferner 22 Mil-  
lionen Kronen in Metall- und Papier-  
geld, die, in fünf großen Kisten verpackt, durch die  
Oesterreichisch-ungarische Bank nach **Budapest**  
abtransportiert werden sollten. Die Ungarn haben  
das Geld bereits reklamiert, natürlich ohne Erfolg.

Offiziere, die bei dem Abgeordneten **Doktor  
Selling** erschienen, teilten mit, daß ihnen  
in Preßburg ihre Waffen und Uniformen, beides  
**Privateigentum**, abgenommen wurden.  
Ihre guten Schuhe wurden ihnen gleichfalls weg-  
genommen und ihnen schlechte dafür gegeben. Auf  
dem Ostbahnhose hat man an Ungarn in ähnlicher  
Weise Vergeltung geübt; sie erhielten über ihre  
Bitte jedoch ihr Eigentum alsbald wieder zurück.

### Der Sonntag in Wien.

Der gestrige Sonntag, dem die Bevölkerung auch mit Rücksicht auf die Arbeitsruhe in den Fabriken und nach den aufregenden Gerüchten des Samstags mit einiger Beschränkung entgegen sah, verlief erfreulicherweise in großer Ruhe. Die Panik, in die die Bevölkerung am Vorabend des Sonntags durch die Nachricht eines geistesgefügten, bereits ermittelten Militärchauffeurs über den Anmarsch vieler Tausende italienischer Kriegsgefangener gegen Wien gestürzt wurde, hatte sich gelegt. Friedlich und ohne Aufregung vollzog sich der Verkehr auf den Straßen. Nur die an anderer Stelle besprochenen Zustände auf den Bahnhöfen, das völlig unbehinderte Spazierengehen Kriegsgefangener Offiziere auf dem Ring und die unbedeutenden Ansammlungen, die sich nach der Abhaltung der einzelnen Soldatenversammlungen am gestrigen Tage zeigten, waren Kennzeichen, die den gestrigen von einem gewöhnlichen Sonntag unterschieden.

Der Verkehr in den Straßen war überaus lebhaft. Die Offiziere trugen rotweißrote oder schwarzrotgoldene Abzeichen. Rote Abzeichen sah man fast nur bei jüdischen Offizieren, bei Mannschaft nur sehr wenig. Dort waren die rotweißroten Kofarden in ziemlich gleicher Stärke mit den schwarzrotgoldenen vertreten. Sehr viele Soldaten trugen überhaupt kein Abzeichen. Das scheinen die zu sein, die dem alten Oesterreich nachtrauern

und dem neuen noch abwartend gegenüberstehen. Die Wachleute trugen auf ihren Helmen bereits rotweißrote Bänder.

## Das Zurücksinken der Front.

### Ankunft der ersten Frontsoldatenzüge in Wien.

Heute sind die ersten Frontsoldatenzüge vom Piave auf den Wiener Bahnhöfen eingetroffen, um weiterbefördert zu werden. Die Hauptmassen werden erst erwartet, sie dürften in den nächsten Tagen, aber nicht überstürzt, sondern gruppenweise durchgehen. Die Wiener Bahnhöfe werden hierbei, wie man versichert, größtenteils umfahren werden, und zwar vermittelt der Gletseverbindung von der Südbahn über Kleinschwechat bis Breitenfee und dann weiter auf der Nord- und Nordwestbahnstrecke.

Man entfendet jetzt von Wien aus zahlreiche Zugbegleiter nach dem Süden zur Unterstützung des Armee-Rücktransportes. Außer den vollen Gebühren werden hiefür jedem sich meldenden Bahnzugsbegleiter täglich K 20 Prämien gewährt.

Der Rücktransport der so wichtigen Bahnwagen aus den anderen Nationalstaaten soll nicht unbedenklich vor sich gehen. Auf den Wiener Hauptbahnhöfen gab es heute verstärkte Militärbewachung. Nicht nur vor den Bahnhöfen, sondern auch in den Abfahrts- und Ankunftshallen ist Militärwache mit Bajonnett aufgestellt.

Vor dem Nordbahnhofe sind die Ansammlungen von allerlei Leuten, die zum E. u. dort gar nichts zu tun haben und nur billig laufen wollen, heute schwächer. Es herrscht Ruhe.

Am Ostbahnhofe durchziehen bewaffnete Militärposten unablässig das bekannte liegende Marktgebiet, wo Lebensmittel und Ausrüstungsstücke verschachert werden. Mehrere Arrestierungen wurden vorgenommen.

Auf dem Südbahnhofe geht es infolge der zahlreichen Ansammlungen namentlich auf der Ankunftsseite sehr lebhaft zu. Auch dort mußten einige Arrestierungen vorgenommen werden.

Auf dem Franz Josefsbahnhof war es ziemlich still.

Der Westbahnhof, gleichfalls heute militärisch stärker bewacht, ist fortgesetzt stark überlastet.

### Der Abtransport in zehn Tagen beendet?

Aus Laibach wird berichtet: Die österreichisch-ungarische Armee flutet von der Front zurück und hat die Linie Adelsberg überschritten. In drei bis vier Tagen werden große Truppenmassen erwartet. Bisher geht die Weiterbeförderung der Truppen glatt vor sich. Es werden täglich 30.000 bis 40.000 Mann in die Heimat befördert. Wenn es so weitergeht, wird der Abtransport in höchstens zehn Tagen vollendet sein. Die Truppen, die ihren Weg über Tirol nehmen, scheinen aber zahlreicher zu sein als diejenigen, die über Laibach gehen.

### Verhandlungen mit den Südslawen.

Wie verläuft, hat sich der südslawische Nationalrat an den deutschen Staatsrat gewendet, um ein Einvernehmen über die Aufrechterhaltung des Verkehrs auf den Bahnen und den Abtransport der Truppen von der italienischen Front sicherzustellen. Die Verhandlungen dauern fort.

### Keine Ausschreitungen. — Eine Bestätigung des Tiroler Nationalrates.

W. Innsbruck, 5. November.

Die unaufhörlich herantrollenden Züge aus dem Süden sind immer noch bis auf die Dächer der Wagen und auf die Buffer und Pressen voll mit Soldaten besetzt, die vielfach ihre Munition während der Fahrt verschießen und auch schon einigen Schaden angerichtet haben. Zu Fuß ankommende Soldaten wurden bisher nur in kleineren Trupps bemerkt. Sie sind meistens schon entwaffnet. Ausschreitungen sind im allgemeinen nicht vorgekommen.

Aus Südtirol, mit dem jede Verbindung aufgehört hat, sind keine Nachrichten eingelaufen.

### Nachrichten aus Salzburg.

W. Salzburg, 6. November.

Das Zurückströmen der Soldaten von der Front und den Stappenräumen hat bereits in ausgedehntem Maße eingesetzt. Frachtwagen und mit Truppen vollbesetzte Eisenbahnzüge passieren stündlich die Stadt. Auch von der Westfront hat die Rückkehrbewegung der Truppen bereits begonnen. Der Wehrausschuß der Landesversammlung ist bestrebt, Militär, Gendarmen und Volkswehren zur Hintanhaltung von Ausschreitungen der Heimkehrer zu organisieren und an den wichtigsten Durchzugsorten Verpflegung für die Truppen sicherzustellen sowie Maßnahmen zur Entwaffnung der Soldaten und Sicherung des vielfach mitgeführten ärarischen Gutes zu treffen.

### Die Abreise der Kriegsgefangenen.

Die Kriegsgefangenen der Hofauer Kaserne, deren Zahl bis gestern abends auf 4500 Russen und 650 Italiener angewachsen war, wurden gestern nach 8 Uhr abends in geschlossenem Zuge teils nach dem Süd-, teils nach dem Ostbahnhof überführt, um von dort die Rückreise in die Heimatländer anzutreten. Nachträglich trafen neuerlich 500 Russen ein, die die Nacht in der Kaserne verbrachten und dort verpflegt wurden.

10. II. 1918

31

## Der große Zug durch Wien.

Ueber 30.000 Soldaten vom Nordbahnhof abgefertigt.  
 — Der Durchzug der Russen. — Die Bahnhofsmittel.  
 — Die bewaffnete jüdische Selbstwehr. — Verbot des  
 Alkoholausschankes. — Der erschossene Offizier. — Der  
 Stöckpersonenverkehr.

Wien bietet jetzt das Bild einer großen Durchzugsstadt. Täglich bringen die Bahnen Soldaten, Flüchtlinge, Kriegsgefangene nach Tausenden, die auf dem einen Bahnhof ankommen, auf dem anderen weiterfahren. Die in den Eisenbahnwaggons nicht Platz finden, stehen auf den Dächern, aber alle atmen erleichtert auf, wenn sie nur schon hier in Wien sind, selbst die russischen Kriegsgefangenen, für die sich der Weg von hier in ihre Heimat noch gewaltig zieht. Von der Südbahn auf die Ostbahn vollzieht sich jetzt der Verkehr der Soldaten bereits in geordneten ruhigen Formen, auf der Franz-Josef- und Nordwestbahn war der Andrang heute überhaupt nicht so bedeutend. Dagegen unlagern den Nordbahnhof noch immer Tausende von Soldaten, obwohl die Bahn nach den Äußerungen eines Beamten täglich zehn Extrazüge für Militär abläßt und auf diese Weise bereits 30.000 Soldaten in ihre Heimat befördert hat. Während auf den anderen Bahnhöfen die Sicherheitswache im Verein mit den Hochschülern und der Militärpolizei die Ordnung aufrechtzuerhalten imstande ist, erwies sich für den Nordbahnhof ein starkes militärisches Aufgebot als nötig, das auch für die Entwaffnung der abreisenden Soldaten sorgt. So kam es, daß auch auf diesem Bahnhof sich heute keine unliebamen Störungen ergaben.

Am Nordbahnhof sind es neben den polnischen und ruthenischen Soldaten hauptsächlich russische Kriegsgefangene, die auf die Weiterbeförderung warten. Heute mittag kamen Hunderte von Russen am Südbahnhof an. Da der Ordnungsdienst auf den Bahnhöfen bereits ausgezeichnet funktioniert, wurden die Russen zunächst auf den nahen Karolinenplatz geführt, wo sie die weiteren Weisungen abwarteten. Sie waren in ausgezeichnete Stimmung, lagerten sich am Plaze, sangen, spielten und tanzten und erklärten, als ein Polizeioffizier mit einigen Veritlenen erschien, um ihre Weiterbeförderung zu veranlassen, sie verzichteten gerne auf Menage, obwohl viele unter ihnen schon drei Tage nichts gegessen hätten, sie hätten nur den einen Wunsch, möglichst bald weiter fahren zu dürfen. Ueber Weisung des Polizeipräsidenten wurden sie sodann in die Kofbauerkaserne geführt, von wo ihnen der Abtransport auf dem Nordbahnhofe für abends zugesichert wurde.

Vor den Bahnhöfen gibt es noch immer ganze Märkte, auf denen die Soldaten Mäntel und sonstige Sachen — es handelt sich dabei allerdings oft genug um gestohlenen Gut — verkaufen. Der Ankauf ärarischer Gegenstände findet, obwohl verboten, seine Fortsetzung; doch wird den Käufern bei Betretung durch Polizei die Ware, den Verkäufern das Geld hiefür abgenommen. Unbegreiflich ist, daß man unzähligen Weibern und Handeljuden gestattet, den Soldaten Zuckerln und oft genug völlig ungenießbare Bäckereien, besonders Tortenstücke, die schon von außen ekelerregend sind, zu unverhältnißmäßigen Preisen zu verkaufen. Hier würde sich das Kriegswucheramt sehr verdienstlich machen, wollte es seinen Organen die Ueberwachung dieses Handels ans Herz legen.

In der Leopoldstadt und besonders auf dem Nordbahnhof trat heute auch die „bewaffnete jüdische Selbstwehr“ an die Seite der Polizei. Sie oblag auf dem Bahnhofe der Aufrechterhaltung der Ordnung und übernahm den Schutz der Juden in der Leopoldstadt, die allerdings gar nicht bedroht wurden. Im übrigen verfahren diese zionistischen Wehrleute, die dem Staatsrate unterstellt sind, in einwandfreier Weise ihren Dienst.

Um zu vermeiden, daß sich Soldaten in den Gastwirtschaften der Wiener Bahnhöfe betrinken und im betrunkenen Zustande Exzesse verursachen, wie es in den letzten Tagen wiederholt vorgekommen ist, hat das Staatsamt für Heereswesen den Alkoholausschank bis auf weiteres verboten. Daß gestern abend auf dem Nordbahnhofe im Verlaufe eines Streites zwischen zwei Offizieren der eine den andern erschoss, haben wir bereits berichtet. Ergänzend wird uns nun mitgeteilt, daß der Offizier, der den tödlichen Schuß abgab, in gerechter Notwehr gehandelt hat, da sein Gegner, ein Leutnant, ganz ohne jeden Grund den Säbel gezogen habe und gegen den Offizier losgegangen sei.

Schlecht haben es jetzt die Zivilreisenden. Auf der Franz-Josef- und Nordwestbahn blieb der Verkehr für Zivilreisende überhaupt verboten, wengleich auf letztgenannter Bahn heute bereits einzelne Zivilpersonen mitfahren konnten. Auf der Nordbahn verkehren nur drei Zivilzüge. Heute abend geht allerdings wieder der Schnellzug fahrplanmäßig ab. Auch auf der Südbahn erfordern die gegenwärtigen schwierigen Betriebsverhältnisse für die nächste Zeit eine weitere Einschränkung des Personenverkehrs. Ab 5. November werden nach einer heutigen Verlautbarung demnach nur nachstehende Züge verkehren: Wien—Triefst 5, 31, 6, 34, Wien—Bruck—Leoben: 1, 2 mit Anschlüssen nach und von Graz, Wien—Payerbach: 105, 157, 152, 36, Wien—Br.-Neustadt: 305, 553, 309, 257, 252, 306, 258, 308, Wien—Bottendorf—Br.-Neustadt: 1321, 1325, 1329, 1322, 1326, 1330, Wien—Leobersdorf: 401, 405, 411, 537, 243, 253, 419, 404, 106 420, 266, Wien—Vöslau: 573, 577, 502, 504, 510, 560, Wien—Mödling: 679, 626. Auf der Linie Diefing—Kaltenleutgeben bleibt so ziemlich der ganze Verkehr aufrecht, auf der Linie Mödling—Laxenburg ist seit 2. November der Gesamtverkehr eingestellt.

## Die Rückkehr der Armee.

Die Italiener in Triest. — Von der Agramer Front.

Aus Laibach, 5. November, 4 Uhr 30 Min., nachmittags, berichtet die Slav. Korr.:

Die österreich-ungarische Armee flücht von der italienischen Front zurück und hat zur Stunde die Linie Abelsberg erreicht. In drei bis vier Tagen werden große Massen der zurückfliehenden Armee in Laibach erwartet. Bisher funktioniert der Transport des Militärs noch sehr gut. Es werden 30.000 bis 40.000 Mann täglich befördert. Wenn es möglich sein wird, diese Aktion in demselben Maße aufrechtzuerhalten, so liegt man die Hoffnung, daß die Aufgabe in den nächsten zehn Tagen bewältigt und beendet sein wird.

In Triest befinden sich bereits gegen 7000 Italiener. Das italienische Kommando übernahm die Zivil- und Militäradministration und will nunmehr Triest gänzlich von dem slowenischen Hinterlande abschneiden, doch „hofft man“, es werden sich freundschaftliche Beziehungen herstellen lassen.

Serben und Franzosen erreichten Kuma in Slavonien und werden in den nächsten zwei bis drei Tagen Agram erreichen.

### Ordnung in Laibach und Triest.

Die „Reichspost“ erhielt heute zwei Drahtnachrichten aus Laibach und Triest, denen zufolge auch in diesen Städten Verwirrung und Ordnung eingetreten ist. Für die dort weilenden Deutschen ist jede Gefahr beseitigt.

6./X. 1918

33

**Die Lage in Tirol.**

Innsbruck, 6. November.

Der Nationalrat für Tirol tagt im Landhause vom frühen Morgen fast ununterbrochen bis spät in die Nacht, um alle Maßnahmen zu treffen, die sowohl wegen der Sicherung der Ordnung als auch dazu notwendig sind, um die Verwaltung des Landes in geregelte Bahnen zu lenken. In Nordtirol wird an der Bildung von Volkswehren eifrigst gearbeitet.

Die unaufhörlich heranrollenden Züge aus dem Süden sind immer noch bis auf die Dächer der Wagen und auf die Puffer und Pfeiler voll mit Soldaten besetzt, die vielfach ihre Munition während der Fahrt verschießen und auch schon einigen Schaden angerichtet haben. Zu Fuß ankommende Soldaten wurden bisher nur in kleineren Trupps bemerkt. Sie sind meistens schon entwaffnet. Ausschreitungen sind im allgemeinen nicht vorgekommen.

Aus Südtirol, mit dem jede Verbindung aufgehört hat, sind keine Nachrichten eingelaufen.

## Die Vorgänge in Wien.

Auch der gestrige Tag ist in Wien vollkommen ruhig verlaufen. Es ist zu erwarten, daß für die Stadt die Tage der Unruhe vorbei sind und daß allmählich die Beruhigung der Gemüter einkehrt.

Auf dem Ostbahnhof, der auch von Patrouillen der Sicherheitswache und des Militärs bewacht wird, ist gestern eine falsche Militärpatrouille aufgetaucht; sie hat den Soldaten die Wertsachen, angeblich im amtlichen Auftrage, abzunehmen versucht. Die Patrouille wurde überrascht, als falsch erkannt und verfolgt, ist aber entkommen.

Eine Besserung der Sicherheitsverhältnisse ist zuversichtlich von dem Ergebnis der Werbungen für die Stadtschutzwache zu erwarten. In den schon bekannten Werbebureaus in den Gemeindegemeinschaften melden sich die freigewordenen Soldaten in Scharen. Vorgestern haben sich tausend, gestern ebensoviele gemeldet, so daß schon 2000 Personen der neuen Stadtschutzwache, die der Sicherheitswache angegliedert ist, zur Verfügung stehen.

### Eine Hausschutzwehr.

Auf Anregung und Veranlassung des R. Hoenicke, Generaldelegierten der Gesellschaft vom österreichischen Silbernen Kreuz, hat sich im Hause Linke Wienzeile Nr. 10 eine Hausschutzwehr gegründet. Direktor Hoenicke hat nun an die Bewohner des genannten Gebäudes, das 39 Parteien, darunter 28 männliche Wohnungsvorsteher zählt, einen Aufruf gerichtet, in dem es unter anderem heißt:

„Es mehren sich die Verbrechen! Die Eigentumsdelikte dürften sich wahrscheinlich noch steigern. Die Sicherheitswache kann unmöglich in der kommenden Zeit bei allen Vergehen und Verbrechen rechtzeitig einschreiten oder dieselben verhüten, weshalb die Bewohner der einzelnen Häuser zum Selbstschutz schreiten müssen. Als ältester Bewohner unsres Hauses, erlaube ich mir nun, Ihnen die Bitte zu unterbreiten, daß wir Männer uns vereinigen und eine „Hausschutzwehr“ bilden, die unsern Lieben, uns und unsrer Habe Sicherung bieten muß.“

Behufs Feststellung der Organisation, Fassung von Beschlüssen und Erteilung der entsprechenden Instruktionen wurde eine Versammlung aller Bewohner des bezeichneten Hauses einberufen. Direktor Hoenicke versetzte die Sitzungen dieser neuen Hausschutzwehr, die im ganzen acht Punkte umfaßt. Dies Beispiel verdient Nachahmung.

## Die Vorgänge in Wien.

Ankunft des Marinestabes aus Pola.

Gestern abends ist der Marinestab mit dem Kommandanten Admiral Kamilla Tenisch aus Pola hier eingetroffen.

### Kampf mit Plünderern.

Heute nachts kam es im Ost- und Südbahnhof zu Scharmühen zwischen Plünderern, die die Waggons erbrachen, und der einschreitenden Bahnhofswache. Da die Plünderer sich gewalttätig benahmten, mußte die Bahnhofswache vom Gebrauch der Waffe Gebrauch machen. Dabei wurden der Wächter Trainsoßat Rudolf Schelby durch einen Schuß in die linke Brust schwer und der Infanterist Anton Böng des Infanterieregiments Nr. 4 durch einen Schuß in den rechten Oberarm leichter verletzt. Die Rettungsgesellschaft brachte Schelby in das Wagnerspital Nr. 2.

### Für Heimkehrende.

Die Zentralausgleichsstelle für Arbeitsvermittlung gibt bekannt, daß 400 Kutser und 50 Pferdewärter für Wien sofort Arbeit finden. Anmeldungen nehmen entgegen: Oesterlicher allgemeiner Arbeitsnachweis der Stadt Wien, 7. Bezirk, Neubaugürtel 38; Verein für unentgeltlichen Arbeitsnachweis, 2. Bezirk, Laborstraße 59; Verband der Handels- und Transportarbeiter, 6. Bezirk, Margaretenstraße 106; Deutsche Hauptstellenvermittlung, 6. Bezirk, Matrosengasse 9.

### Gründung eines Aktionskomitees der freien akademischen Berufe.

Ueber Einladung des Wirtschaftsverbandes der Angehörigen freier akademischer Berufe in Wien „Wasa“ fand in den Räumen der Advokatenkammer eine Versammlung von Vertretern aller freien akademischen Berufe statt, bei welcher u. a. die Notwendigkeit erörtert wurde, für eine entsprechende Vertretung dieser Berufe bei der im Zuge befindlichen politischen Neugestaltung der Nationalstaaten Oesterreichs Sorge zu tragen. Es wurde sogleich ein Aktionskomitee eingesetzt, dem derzeit die Vertreter der akademischen Berufe angehören. Ein engerer Vollgungsausschuß dieses Aktionskomitees wurde beauftragt, beim Deutschösterreichischen Nationalrat sowie beim Bürgermeister von Wien vorzusprechen, um seine Wünsche nach entsprechender Berücksichtigung der freien akademischen Berufe bei Zusammensetzung der politischen Körperschaften geltend zu machen und in der besonders brennenden Ernährungsfrage praktische Vorschläge zu erstatten. Noch am gleichen Tage trat das Aktionskomitee zu seiner zweiten Sitzung zusammen, um weitere Schritte zu beraten. (Geschäftsstelle: Wien, 2. Bezirk, Spitalgasse 81, Apothekervereinshaus.)

### Organisation einer Fliegerpolizei in Ungarn.

Budapest, 7. November. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) Der Kommandant der Budapester Militärpolizei hat einen Fliegerdienst zur Verhütung der zahlreichen Plünderungen in der Umgebung der Hauptstadt organisiert. Polizeiflieger werden bei Tag und Nacht systematische Streifungen unternehmen. Nachts werden sie mit Leuchtstrahlen operieren.

### Durchreise bewaffneter Czechen durch Wien.

Wien, 8. November.

Aus Hartberg in Steiermark kam gestern an die Wiener Behörden das telegraphische Aviso, daß das czechische Infanteriebataillon Nr. 102 in der Stärke von 800 Mann in voller Bewaffnung, auch mit Maschinengewehren und mit einer übermäßig großen Menge von Lebensmitteln, wie Mehl, Zucker und Fett, nach der Heimat Beneschau abgereist sei und durch Wien fahre, mutmaßlich auf dem Aspangbahnhof ankomme.

Schon in Wiener-Neustadt wurde der Zug angehalten, der 16 volle Güterwagen mit sich führte, und die Czechen wurden aufgefordert, die Waffen abzugeben und die Lebensmittel zurückzulassen. Die Intervention hatte keinen Erfolg.

In Wien wurde der Zug mit dem Beneschauer Bataillon nichts über die Donauuferbahn nach dem Brigittenauer Rangierbahnhof geführt. Auch hier blieben die Czechen bei ihrer Weigerung. Es rückte auf den Bahnhof Militär, Volksmehr- und Stadtschutzmannschaft aus.

Gegen 11 Uhr vormittags traf auf dem Bahnhofe das amtliche Aviso ein, daß zwischen dem deutschen und dem czechischen Nationalrat eine allgemein für Waggondurchzüge gegenseitig gültige Vereinbarung folgenden Inhalts getroffen wurde: Die Mannschaften haben die Waffen abzulegen und der gesamte Waffenvorrat ist in einem besonderen Wagen mitzuführen. Lebensmittel dürfen nur im Ausmaße des notwendigen Reisevorrates als Bagage befördert werden. Die Mitführung ganzer Waggons ist nicht gestattet.

Der czechische Bataillonskommandant erklärte, daß ihm diese Abmachung nicht zur Kenntnis gebracht worden sei und daß er sich in dieser Frage an den czechischen Gesandten Lujar um Intervention wenden müsse.

**Die Vorgänge des Tages.**

Auch der gestrige Tag ist ruhig verlaufen. Die Bahnhöfe sind noch immer umlagert, und die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen schreitet rüstig vorwärts. Gestern hat die Polizeidirektion allein 2500 Kriegsgefangene zu den Bahnhöfen gebracht und für ihre Heimbeförderung Sorge getragen. Die großen Ansammlungen eigener und fremder Soldaten auf den Bahnhöfen gibt auch vielem leichtsinnigen Gesindel Anlaß, dort bei nähen Leuten Beute zu suchen. Neben den echten Patrouillen der Sicherheitswache und der Stadtschutzgarde tauchen auch viele falsche Patrouillen auf, die die Soldaten anhalten, unter dem Scheine einer Amtshandlung durchsuchen und ihnen beschlagnahmen, was des Mitnehmens wert ist. Um diesem Uebelstande abzuwehren, unternahmen die Wachen Streifgänge. Heute nacht ist nun auf einem solchen Streifgange eine von einem Leutnant geführte Akademikerpatrouille auf eine Gruppe von Zivillisten und Soldaten gestoßen, die zwischen dem Süd- und Ostbahnhofe eben einen Offiziersdiener in der Arbeit hatte, dem sie das Gepäck seines Herrn abnehmen wollten. Als die Patrouille sich der Gruppe näherte, wurden gegen sie fünf scharfe Schüsse abgegeben. Darauf hin sah sich die Patrouille zum eigenen Schutze vor Lebensgefahr genötigt, auch von der Feuerwaffe Gebrauch zu machen. Durch zwei Schüsse wurden ein Trainsoldat schwer und ein Militärkassoffier leicht verletzt.

## Der Abtransport.

Der Abtransport der heimkehrenden Truppenmannschaften und Gefangenen in den Wiener Bahnhöfen vollzog sich gestern in vollster Ruhe. Der Andrang ist natürlich fortgesetzt sehr stark und die Plätze vor den Bahnhöfen haben das Aussehen eines Kriegslagers. Vor dem Süd-, Ost- und Nordbahnhof stauen sich die Mengen in fürchterlichem Gedränge, und in den Hallen und Wartesälen stehen die Mannschaften Kopf an Kopf zusammengepackt. Aber man konnte gestern schon deutlich merken, daß an Stelle des Chaos, wie es in den ersten Tagen vorhanden war, allmählich eine gewisse Ordnung getreten ist. Vor den Eingängen, in den Hallen und bei den Stiegenaufgängen sind Militärposten aufgestellt, die im Verein mit den vor den Bahnhöfen postierten Sicherheitswachleuten zu Pferde und zu Fuß streng auf Disziplin sehen. Ein buntes Aussehen gewinnt das Bild vor dem Ost- und dem Südbahnhof, wo sich unzählige kleine Händlerinnen mit ihren „fliegenden Ständen“ niedergelassen haben, die allerlei Schwären feilhielten, die von den ankommenden und abreisenden Soldaten eifrig gekauft werden. Von Zivilreisenden merkt man nur wenig, und das Bahnhofsbild hat überall ein fast vollkommen militärisches Aussehen.

**Zugsverkehr auf den Wiener Bahnhöfen.** Ueber die gewaltigen Leistungen, die in diesen Tagen den Eisenbahnen zur Bewältigung des Personenverkehrs auferlegt sind, geben nachstehende Verkehrszahlen einigen Aufschluß: Vom 2. auf den 4. d. wurden vom Nordbahnhof innerhalb

nierundzwanzig Stunden 21.000, vom Ostbahnhof 14.000, vom Franz Josefs-Bahnhof 8000, vom Nordwestbahnhof 7000 Militärpersonen abbefördert. Die Zahl der auf den vorbezeichneten vier Bahnhöfen angekommenen Militärpersonen war wesentlich geringer. Im Westbahnhof hingegen wurden etwa 6000 abreisende und gegen 28.000 ankommende Personen gezählt. Die im Fahrplan vorgesehenen Schnell- und Personenzüge genügten natürlich weitaus nicht; es mußte auf allen Hauptlinien eine größere Zahl von Sonderpersonenzügen eingeleitet werden. In gleichem, wenn nicht noch größerem Ausmaß wird auch noch für die nächsten Tage mit einem derartigen Massenandrang von aus der Front und dem Hinterland abströmenden Militärpersonen zu rechnen sein. Uebrigens ist — entgegen umlaufenden Gerüchten — der Zivilpersonenverkehr keineswegs eingestellt; allerdings bestehen angesichts der zumeist vollständigen Ueberfüllung der Fernzüge durch Militärpersonen gegenwärtig große Schwierigkeiten für Zivilpersonen, in solchen Zügen Platz zu finden.

## Der Rückmarsch der Armee.

Wien, 7. November.

Ueber den Rückmarsch der Armee aus dem Südwesten wird amtlich mitgeteilt:

Die große Massenbewegung geht selbstredend nicht ohne mächtige Reibungen vor sich. Das wenig ausgiebige Straßennetz des Alpengebietes führt nicht selten zu Kolonnenstauungen, die Armut des Landes an Hilfsmitteln aller Art, namentlich Verpflegung, tut noch ein Uebriges. Die stellenweise ohnehin durch die Gestaltung der politischen Verhältnisse gelockerte Mannszucht wird nicht selten auf schwere Proben gestellt. Dessenungeachtet kann man bis jetzt sagen, daß es noch nicht zu unüberwindlichen Schwierigkeiten gekommen ist.

Beiderseits der Linie Trient-Bozen-Brenner liegen die Verhältnisse so, daß das Höchstkommando in Innsbruck doch immer über Marschlinien und Rüstungsort der einzelnen Verbände bis zur Division genau unterrichtet ist. Das ist immerhin ein gutes Zeichen. Nur von den aus den südlichsten Teilen Tirols anrückenden Divisionen weiß man nichts, weil infolge der Feindlage der Telegraph nicht mehr funktioniert. Verpflegungsschwierigkeiten waren bis nun überall ohne ernstere Krise zu überwinden. In Innsbruck herrscht, abgesehen von den auf dem Bahnhofe vorgetragenen Wünderungen, Ruhe und Ordnung.

Im Pustertal stauen sich die aus dem Bereiche von Belluno anrückenden Kolonnen; es wird nicht leicht sein, diesen Anäuel zu entwirren. Damit stellen sich auch Verpflegungssorgen ein. Die italienische Heeresleitung wurde um Anshilfe an Nahrungsmitteln gebeten, sie zeigt sich entgegenkommend.

Aus Kärnten sind schwere Reibungen nicht gemeldet. In Klagenfurt ist es ruhig.

Von der Soudoarmee, die über Graz zurückweicht, wird gemeldet, daß dank dem günstigen Straßennetz der Marsch in Ordnung vor sich geht.

Ist sonach das Gesamtbild ein besseres als man erwarten durfte, so steht es andererseits über jedem Zweifel,

daß noch überaus schwierige Lagen zu bewältigen sein werden. Dabei spielt die Verpflegungsfrage die wichtigste Rolle. Nur wenn sie durch die Mitarbeit des Hinterlandes günstig gelöst wird, können die ausschlaggebenden Krisen überwunden werden.

## Entwaffnung der zurückflutenden Truppen am Brenner.

Innsbruck, 7. November.

Der Einfluß der ordnenden Macht ist in Tirol schon deutlich erkennbar. Die befürchtete Ueberflutung mit regellos zurückströmenden Truppen scheint nunmehr abgewendet zu sein. So viel man hört, können die Truppen bereits am Brenner entwaffnet und genügend verköstigt werden, wodurch die Abfertigung in kleineren Abteilungen möglich wird.

Seit gestern sieht man in Innsbruck bayerische Truppen samt reichlichem Train, in dem sie viel von dem für die Verpflegung Notwendigen mitführen, was im Lande selbst gar nicht oder nur mit schwerster Schädigung der Bevölkerung erhältlich wäre.

**Aus den deutschösterreichischen Kron-  
ländern.**

Aus den deutschösterreichischen Kronländern kommen im allgemeinen sehr beruhigende Nachrichten. In **V i n z** ist wieder Ordnung eingetreten. Aus dem immer zahlreicheren Auftauchen der rotweißen Armbinde der „Vollwehr“ darf auf das erfreuliche Anwachsen der Bestände dieser Sicherungstruppe geschlossen werden. Auf dem Bahnhof treffen vollbesetzte Militärzüge wieder der Reihe nach ein. — Die Behauptung, daß durch den Einmarsch der Bayern in **S a l z b u r g** und **T i r o l** die beiden Länder zum Kriegsschauplatz werden könnten, ist im Schwinden, da angenommen wird, daß die im Gange befindlichen Waffenstillstandsverhandlungen an der Westfront zu einem baldigen Ende des Krieges führen dürften. Man ist der Ueberzeugung, daß die Bayern in Tirol und Salzburg hauptsächlich die Aufgabe haben, in die rückstiehenden Massen Ordnung zu bringen, sie vor Hunger und die Länder vor Verwüstungen und Plünderungen zu schützen. Für den Fall des Waffenstillstandes Deutschlands mit der Entente soll in der Nähe von Brigen das anmarschierende Fußvolk gesammelt und von dort per Bahn nach einem ordentlichen Fahrplan abtransportiert werden. So erscheint in beiden Ländern der bayrische Einmarsch jetzt in einem viel hoffnungsvolleren Lichte als in den letzten Tagen. — In Steiermark klappert der Durchzug der Heimkehrer weniger. Hier gibt es des öfteren auch blutige Zwischenfälle. So erschien Mittwoch in Mürzzuschlag ein mit Mannschaft besetztes Militärauto aus dem Süden. Es wurde am Ortseingang im Auftrage des Wohlfahrtsausschusses, wie alle anderen Autos, aufgehalten, fuhr aber weiter. Deshalb erging die Meldung

8. XI. 1918

63

### Anerkennung des südslawischen Staates durch Feldmarschall Boroewic.

L. Laibach, 7. November. (Meldung des Korrespondenzbureaus Laibach.) Feldmarschall Boroewic hat die südslawische Armee anerkannt und in seinem heutigen Armeebefehl allen Angehörigen der Tsongarmee, die im südslawischen Staate heimatberechtigt sind, das Tragen der südslawischen Polarde gestattet.

#### Der Rückzug der Tsongarmee durch das slowenische Gebiet.

L. Laibach, 7. November. Das Korrespondenzbureau Laibach meldet: Die Nationalregierung in Laibach hat einen Aufruf erlassen, worin sie das Gerücht, das die gegenwärtig in Laibach weilenden ehemaligen österreichisch-ungarischen Generale einen Putsch gegen das junge südslawische Staatswesen planen, als unbegründet zurückweist. Der Befehlshaber der Tsongarmee habe die Souveränität des südslawischen Staates feierlichst anerkannt und sei mit seinem Stabe nur deshalb in Laibach geblieben, um einbernehmlich mit der Nationalregierung für einen raschen und geordneten Rückzug der Tsongarmee durch das slowenische Gebiet Sorge zu tragen. Dem bisherigen Generalstab der Tsongarmee müsse die militärische Autorität gewahrt bleiben, damit die Armee nicht in aufgelöste und disziplinlose Haufen zerfalle. In einigen Tagen würden über 400.000

Mann der ehemaligen österreichisch-ungarischen Armee slowenischen Boden zu passieren haben. Den Soldaten der Tsongarmee müsse als freien Angehörigen ihrer nationalen Staaten der Weg in ihre Heimat freigegeben werden.

**Neue Mannschaftsbeurlaubungen**

Soeben ist, wie wir erfahren, eine Verfügung über die Beurlaubung der unter 42 Jahre alten Mannschaften ergangen.

Sie lautet: „Der Unterstaatssekretär für Seerwesen befiehlt, daß auch die unter 42 Jahre alten Mannschaften von den Formationen, Behörden, Ersatzkörpern und Anstalten dauernd beurlaubt werden können, wenn sie eine Existenzmöglichkeit nachweisen. Diesen Leuten sind Urlaubsdokumente mitzugeben.“

**273 Tote auf Waggondächern.****Der Abtransport der Truppen von der Front.**

Junshbrud, 8. November. Der Abtransport der aus dem Süden kommenden Truppen ist nunmehr als völlig geregelt anzusehen. In der heutigen Nationalratsitzung wurde mitgeteilt, daß gestern allein 40,000 Mann auf der Bahn befördert wurden und die Störungen im Eisenbahnverkehr durch Beseitigung der bestehenden Schwierigkeiten und hauptsächlich deshalb aufgehört haben, weil Bayern sich bereit erklärt hat, täglich fünf Züge über Rufftein-Rosenheim zu leiten.

Erschreckend ist die Zahl jener Soldaten, die in dem Bestreben, recht rasch in die Heimat zu gelangen, infolge des Platzmangels in den Zügen auf den Waggondächern oder sonstigen ungeeigneten Stellen Platz nehmen und vielfach in den niederen Tunneln herabgestreift oder heruntergeschleudert werden. An einem der letzten Tage wurden 273 Leichen auf solche Weise verunglückter Soldaten nach Junshbrud gebracht.

Durch Junshbrud kommen nunmehr hauptsächlich die zurückgebliebenen Automobile und lange Trainkolonnen, während die zu Fuß marschierenden Truppen, entwaffnet, zum größten Teil über die alte Römerstraße in das untere Inntal geleitet werden. Unter anderem ist die Grazer Traindivision in ziemlich guter Verfassung und geschlossen hier angekommen und wird ihren Marsch fortsetzen.

In Junshbrud haben die bayerischen Truppen die Ueberwachung des Bahnhofes und der Brücken übernommen.

Auch aus den übrigen Teilen des Landes lauten die Nachrichten über die Durchführung des Abtransportes der Truppen sehr günstig. Nur aus einzelnen Orten kommen Meldungen über kleine Blünderungen und Blünderungsversuche.

Salzburg, 8. November. Der Durchzug der von der Front kommenden Truppen verstärkt sich von Stunde zu Stunde. Alle Eisenbahnzüge sind dicht besetzt. Autokolonnen passieren die Stadt. Die Automobile werden von Militär- und Gendarmeriepatrouillen aufgehalten und durchsucht. Ihre Abfertigung erfolgt beim Stationskommando. Sowohl in der Stadt als auch in der Umgebung haben sich mehrere Autounfälle ereignet.

Die von der Westfront kommenden Truppen müssen in Freilassung die Züge verlassen und ihren gesamten Train dort ausladen. Sie werden dann entwaffnet und marschieren unter österreichischer Bedeckung nach Salzburg, von wo ihr Weitertransport per Bahn erfolgt.

Aus Saalfelden und anderen Stationen der Strecke Junshbrud-Salzburg werden Blünderungsversuche der durchziehenden Truppen gemeldet, die jedoch rasch unterdrückt werden konnten. Von den Zügen stürzen täglich mehrere Soldaten, die die Fahrt auf den Waggondächern machen, ab. Die Zahl der hierbei tödlich Verunglückten und Schwerverletzten wurde bisher nicht festgestellt, dürfte aber erheblich sein. Auch im Tauertunnel sowie im Tunnel bei Golling wurden Leichen verunglückter Soldaten gefunden.

**Pläne für die Demobillierung.**

Gestern fand im Reichswirtschaftsamt eine Sitzung über Groß-Berliner Demobilmachungsfragen statt. Die Sitzung hatte den Zweck, den Gemeindebehörden, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern Groß-Berlins Gelegenheit zu geben, ihre besonderen Wünsche vor den Geladenen und auch Vertretern von Reichsämtern, preussischen Ministerien und Militärbehörden zum Ausdruck zu bringen. Nach den einleitenden Worten des Unterstaatssekretärs Dr. Müller schilderte Oberbürgermeister Wermuth in kurzen Zügen die ganzen bevorstehenden Aufgaben, sowie die bisher getroffenen Maßnahmen. Im Laufe der Verhandlungen wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, in aller kürzester Zeit die Bekanntgabe der Richtlinien für die Erwerbslosenfürsorge herbeizuführen, ferner die Zuführung der Heeresentlassenen in ihre alten Arbeitsstätten unter weitgehendem Ausbau der Arbeitsnachweise, die Ueberleitung der Heeresbestände an Rohstoffen, Halb- und Fertigerzeugnissen für Bekleidung zum bürgerlichen Bedarf, die Schaffung besonderer Reserven, um die Versorgung der Großstädte sicherzustellen, endlich die Bereitstellung von Baumaterialien. Die Vertreter der Industrie erklärten sich bereit, unter Zurückstellung des Verdienstmomentes für die weitgehendste Einstellung der Arbeiter zu sorgen. Sämtliche anwesenden Gemeinden erklärten sich entschlossen, in engem Einvernehmen miteinander in einer freien, die eigene Initiative am rechten Ort ermöglichenden Weise zu arbeiten.

9./XI. 1918

**Die Vorgänge in Wien.**

Der Vormittag in Wien ist ruhig verlaufen. Nur in Mariahilf und Neubau entstand unter den Geschäftsleuten einige Beunruhigung, weil eine augenscheinlich Geistesgestörte durch viele Straßen von Geschäft zu Geschäft eilte und die Leute aufforderte, die Läden unverzüglich zu schließen und zu verbarilladieren, da große Ausschreitungen und Plünderungen unmittelbar bevorstünden. Der Polizei gelang es, die Bewohner der beiden Bezirke wieder zu beruhigen, indem die wahrheitsgemäße Erklärung abgegeben wurde, daß von derartigen Plänen absolut nichts bekannt und zu Befürchtungen absolut kein Anlaß vorhanden sei. Die Ausforschung des, wie gesagt, augenscheinlich Geistesgestörten ist im Zuge.

**Ein Aufruf an die Reserveoffiziere.**

Wir werden um Aufnahme folgenden Aufrufes gebeten:

„Reserveoffiziere und Gleichgestellte! Nichtaktive Gajisten aller Waffengattungen des Heeres, der Landwehr, der Kriegsmarine und des Landsturmes, Ruhestands-offiziere, aus der Reserve hervorgegangen, außer Dienst, in der Evidenz usw., ohne Unterschied der Staatszugehörigkeit!

Der soeben erschienene Demobilisierungserlaß greift an eure wirtschaftliche Existenz! Nehmt hierzu Stellung und erscheint vollzählig zu der am 10. d. um 10 Uhr vormittags im großen Musikvereinsaal stattfindenden Versammlung!

Der vorbereitende Ausschuß.“

**Arbeit für die Heimkehrer!**

Ein Zirkular, das der Vorsteher Franz Egther an die Mitglieder der Kaffeeberggenossenschaft richtet, verdient wohl auch in allen andern Geschäftszweigen Berücksichtigung zu finden. In dem Rundschreiben heißt es:

„Unsre Stellenvermittlungen werden jetzt von unsern Heimkehrern stark in Anspruch genommen, um Dienst und Arbeit zu finden.

Pflicht ist es, diesen Braven, die seit 4½ Jahren viele Entbehrungen erdulden mußten,

wieder Arbeit zu geben, damit sie wieder ihren Hausstand aufrichten, eventuell neu gründen können.

Ich stelle deshalb an Sie, geehrtes Genossenschaftsmitglied, das höfliche und dringende Ersuchen der Heimkehrer nicht zu vergessen und sie so bald als möglich in Dienst und Arbeit zu stellen.“

**Der Verkehr auf der Nordbahn.**

Ab 8. d. verkehren Personenzug 17 (Wien ab 12 Uhr 20 Min. nachmittags) und Personenzug 28 (Wien an 7 Uhr 33 Min. vormittags) täglich in der Strecke Wien-Mährisch-Strau-Oderfurt.

Zug 27 (Wien ab 8 Uhr 48 Min. abends) unterbleibt bis auf weiteres.

**Einstellung des Paketverkehrs nach und über Ungarn.**

Amlich wird verlautbart:

Der Paketverkehr nach und über Ungarn ist eingestellt.

\* (Die Heimkehr eines Piavekämpfers.) Ein aus der letzten Piaveschlacht heimgekehrter Offizier erzählte über seine Erlebnisse auf seiner Heimreise folgende interessante Einzelheiten: „Ich bin noch am 26. Oktober in Armeereserve in Sacile gewesen. Um 7 Uhr abends kam ein Phonogramm, wonach wir marschbereit erklärt wurden. Bald darauf langte der Befehl zum Abmarsch an. Um 1 Uhr nachts trafen wir auf dem Bestimmungsort an. Nächsten Tag um 8 Uhr früh war Alarm. Es wird mitgeteilt, daß die Engländer durchgebrochen seien und daß wir zum Gegenangriff überzugehen haben. Wir marschieren ab und verschanzen uns bald. Bis am Abend liegen wir in Bereitschaft und belommen, sobald es dunkel geworden war, unsere Menage. Bald darauf langt der Befehl „Vorwärts!“ ein. Auf einmal schreien Hunderte Soldaten — es wären lauter Eschehen — „do domu!“ drehen sich um und laufen weg. Die Offiziere erhalten den Befehl, die Mannschaft nicht zu verlassen, an ein Zurückhalten war nicht mehr zu denken. So begann Montag den 28. Oktober der Rückzug. Wir marschierten nun ununterbrochen bis Mittwoch den 6. November und haben damit eine Strecke von etwa 300 Kilometern zu Fuß zurückgelegt. Unser Rückmarsch vollzog sich in vollkommener Ordnung. Von Sacile ging es über Pordenone—Spilimbergo—Tagliamento nach Pontebba und Pontafel. Wir bivakkierten oft im Freien, manchmal hielten wir uns in einem Dorfe auf. Die Verpflegung mußten wir uns selbst besorgen. Ueber Tarvis gelangten wir am 9. Tag vor Villach. Wir meldeten unsere Ankunft beim Armeekommando in Villach, das weder für Verpflegung noch für den Transport Garantien geben konnte. Die Offiziere fragten nun die Leute, wer weiter im Verbandsbleiben wolle und wer sich sein Heil selbst zu suchen beabsichtigt. Der weitaus größte Teil trennte sich von der Mehrzahl der Offiziere, die mit einzelnen Getreuen — 70 Mann stark — den Weg fortsetzten. So marschierten wir bis Ossiach am Ossiachersee. Ein Stationsvorstand kaufte eine mitgenommene Kuh ab, dafür stellte er für den Weitertransport — es war inzwischen Mittwoch, 6. November, geworden — einige Waggons zur Verfügung. Bis Linz fuhren die 70 Getreuen zusammen. Dort trennten wir uns und jeder strebte seiner Heimat zu. So bin ich nun gestern hier in Wien eingetroffen.“

## Die Heimbeförderung der Soldaten.

### Die Transporte durch Wien und Niederösterreich.

Die Abbeförderung der heimkehrenden Soldaten nach Böhmen und die Ankunft durchreisender Soldaten, die von der Front kommen, wickelt sich bisher unter Einschaltung von Erforderniszügen klaglos ab. Von gestern an werden die nach Deutschböhmen rückkehrenden Soldaten deutschösterreichischer Nationalität auf der Franz-Josef-Bahn zu Transportgruppen gesammelt und täglich mit einem eingeleiteten Abendzug über Tulln, St. Pölten und Linz in die Heimat befördert.

Das Staatsamt für Heereswesen hat im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Volksernährung Vorfrage getroffen, daß die heimkehrenden Truppen aus dem Westen und Süden in St. Pölten und Wiener-Neustadt (täglich 8000 bis 10.000 Mann) ausgespeist werden. Auch auf den Wiener Bahnhöfen, und zwar auf dem Ost-, Süd- und Nordbahnhof wurden Versorgungsstationen eingerichtet, in denen bis zu 20.000 Mann täglich verpflegt werden können. — Als Sammelstellen der Soldaten der verschiedenen Nationalitäten wurden bestimmt: Ungarn: Schule 20. Bezirk, Wasnergasse 33. Südslaven: Truppenunterkunft 10. Bezirk, Rundratgasse. Italiener: Truppenunterkunft 3. Bezirk, Graßberggasse. Ukrainer: Truppenunterkunft 10. Bezirk, Saerstraße. Tschechen, Polen und Slowaken: Truppenunterkunft, 20. Bezirk, Forsthausgasse. Rumänen: 10. Bezirk, Franz-Ferdinands-Kaserne und Deutschböhmen: 9. Bezirk, Alserbachstraße.

### Salzburg, die Stadt der Automobile.

Salzburg ist nach einer Meldung vom 9. d. überfüllt mit vollbesetzten und schwer beladenen Militärlastautomobile, kleineren Personenautos, die ebenfalls von Offizieren und Soldaten besetzt sind. Die Lastenautomobile, die zum größten Teile von Belgien kamen, wurden von der ungarischen Mannschaft abgenommen. Es befanden sich in diesen sowie in anderen von der Tiroler Front kommenden Autos große Mengen, zum Teile sehr wertvolle Güter, Hafer, Heu, Benzin, aber auch Waffen aller Art, welche vom dortigen Stationskommando namens des Landesrates mit Beschlag belegt wurden. Die Automobile kamen dem Lande sehr gelegen, da im Gefangenelager in Grödig sehr große Gütermengen, insbesondere Textilwaren, dann auch Nahrungsmittel, wie z. B. ein großer Posten von den serbischen Offizieren zurückgelassenen serbischen Zwiebäckers unbewacht liegen. Diese Güter können nun auf den beschlagnahmten Autos hiehergebracht werden.

### Beschlagnahme aller militärischen Gegenstände in Innsbruck.

Ueber Beschluß des Tiroler Nationalrates sind alle widerrechtlich erworbenen staatl. bzw. militärischen Gegenstände zu ermitteln und im Namen des Nationalrates im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt zu beschlagnahmen.

Am 9. d., vormittags, wollten einige Soldaten eines Eisenbahn- und Telegraphenregimentes in Linz einen Waggon plündern, in welchem Rotwein und Kartoffeln geladen waren. Es kam mit der Bahnhofswache zu einem Kampf, wobei auf Seite der Plünderer fünf getötet, drei schwer und mehrere leicht verletzt wurden. Ein Teil des Zuges ist bereits abgefahren. Sonst war es hier ruhig. In Spittal am Pyhrn wurde eine große Stappenstation für die Perlustrierung und Verpflegung der über den Pyhrnpaß zurückkehrenden Truppen errichtet.

(Ankündigung der Wiener Hausregimenter von der Südwestfront.) Gestern nach 8 Uhr abends traf das Wiener Deutschmeisterregiment, das sich in den letzten Kämpfen an der Wawe noch so hervorragend ausgezeichnet hatte, unter Führung seines Kommandanten Oberst v. Düdelmann am Mayleinsdorfer Frachtenbahnhofe der Südbahn ein. Regimentsangehörige, Frauen und Kinder von Deutschmeistern erwarteten die Heimkehrenden. Der Oberbefehlshaber Deutschösterreichs FML. v. Boog war mit dem Unterstaatssekretär Dr. Weiß und dem Generalstabschef der Wiener Division Major Hennig zum Empfange des Wiener Hausregiments gekommen. Feldmarschalleutnant v. Vogl hielt eine Ansprache, in der er sagte, das Regiment hätte nun die Aufgabe, über Schutz und Ordnung Wiens zu wachen, die deutschösterreichische Regierung rechne in dieser schweren Zeit auf die Deutschmeister als neue Volkswehr für die geliebte Vaterstadt. Er wünsche und hoffe, daß jeder Deutschmeister nach kurzem Aufenthalte bei seinen Lieben sich wieder in der Rennweger Kaserne zur Deutschmeister-Volkswehr einfinden werde und gab die neuen Besoldungen (6 K. Löhnung, Unteroffiziere 7 K., tägliches Verpflegungsgeld 5 K., neue Bekleidung und Ausrüstung) bekannt. Sodann nahm Unterstaatssekretär Dr. Weiß die Anrede vor. Die Deutschmeister

bereiteten sodann FML. v. Boog eine herzliche Ovation. — Auch ein Bataillon des Infanterieregiments Nr. 84 ist gestern von der Südwestfront am Hütteldorfer Bahnhof eingetroffen und herzlich begrüßt worden.

## Der gestrige Sonntag.

Festlicher Empfang eines Bataillons des I. R. 84. — Kämpfe mit Plünderern. — Das gefährliche Fahren auf den Waggonwädhern.

Der gestrige Sonntag ist in Wien in vollkommener Ruhe verlaufen. Auf dem Hütteldorfer Bahnhofe kam ein ganzes Bataillon des I. R. 84 in vollkommener Ausrüstung und mit dem gesamten Train von der Südwestfront an und fand einen festlichen Empfang durch die Wiener Bevölkerung. Die Truppe, die schon auf die deutschösterreichische Regierung beeidigt war, wurde im Bahnhofe vom Kommandanten des deutschösterreichischen Heeres, FML. V o g g, erwartet und begrüßt. Der General hat das Bataillon in die Volkswehr einverleibt. Die Truppe, die in der Baumgartner Schützenkaserne untergebracht wurde, wurde auf dem Marsche dahin, von der Bevölkerung jubelnd begrüßt.

Die Sicherheitsverhältnisse erfahren von Tag zu Tag mehr Festigung. Seit gestern stehen bereits sämtliche Postämter und Banken unter dem Schutze der Volkswehr. Posten mit auf-gepflanzten Bajonetten patrouillieren davor. Nur auf den Bahnhöfen bedarf es dringend noch einer Vermehrung der Wache, wengleich auch das energische Vorgehen der oft nur wenige Mann zählenden Wackpatrouillen den täglichen Plünderungen bedeutend Einhalt geboten hat. Auf dem Masleinsdorfer Bahnhof wurden gestern nacht von einer Patrouille fünf Zivilisten und eine Militärperson beim Plündern betroffen. Da sie sich trotz Abmahnung der Patrouille widersetzen, feuerte diese drei Schüsse gegen die Leute ab, denen einer der Plünderer zum Opfer fiel.

Auf dem Stadlauer Bahnhofe betraf gestern nacht die Bahnhofswache Diebe, die Waggonz plündern wollten. Da sie dem Anrufe, stehen zu bleiben nicht Folge leisteten, wurden sie beschossen. Vier Diebe, ein Heizer und eine Hilfsarbeiterin wurden dabei verletzt. — Als der Vormeister Richard K l i c k a Plünderern im Monturdepot in Kaiser-Ebersdorf entgegentrat, wurde er von einem Strolche durch einen Schuß in das rechte Knie schwer verletzt. — Eine Rauferei mit Revolvern und Messern entstand gestern nacht an der Ecke der Buchen- und Gellertgasse im 10. Bezirke. Bei dem Gemehel wurde der Wackmann Friedrich S t o f f e l durch einen Schuß in den Bauch schwer verletzt. Weiters erhielten der Chauffeur Rudolf O p l u s t i l einen Schuß in die Brust und einen Stich in den Hals, der Schlosser Franz S t u r einen Stich in den Rücken. Als einer der Täter wird der in der Buchengasse 54 wohnhafte Josef M a l y verfolgt, der am Fuße verletzt sein dürfte und noch die Pistole bei sich hat. — Gestern früh hat der Militärposten bei der Hauptzentrale am Dandelskai drei Männer aufgehalten, die, mit schweren Säcken beladen, die Flucht ergreifen wollten. Da sie nicht stehen blieben, gab der Posten Alarmschüsse ab. Daraufhin wurden von einem der auf der Donau vorbeifahrenden Schlepper gleichfalls Schüsse abgegeben. Ob die Schüsse dem Posten galten, steht noch dahin.

### Die höheren Kommandos waren die ersten! — Die braven Fronttruppen.

Die Innsbrucker Blätter bringen ausführliche Schilderungen vom Zurückfluten der Front nach Abschluß des Waffenstillstandes. Unter der Ueberschrift „Entlang der Brennerstraße“ erzählt „ein Augenzeuge, Dr. M. G., der am 6. und 7. d. von Brigen nach Steinach marschiert und am 8. d. nach Innsbruck gefahren ist“, den „N. Tir. Stimmen“ vom 9. d. u. a.:

Es ist natürlich, daß bei einem so überstürzten Rückzug, wenn eine Millionenmasse sozusagen nur eine einzige Verkehrsstraße zur Verfügung hat, Ausschreitungen vorkommen, daß unlaute Elemente diesen Wirbel benützen, aber im großen kann gesagt werden, daß der überwiegende Teil unserer Truppen auch ohne höhere Führung — die oberen Kommandos waren ja die ersten, die flüchteten und haben gerade durch ihr Kopf- und verantwortungsloses Davonrennen die gefährliche Lage geschaffen — ordnungsliebend und diszipliniert sich betragen. In Bozen und Klausen sind ja bedauerliche Ausschreitungen bei dem ersten Ansturm vorgekommen. Es waren dies zunächst die Stappentruppen und unter diesen speziell Ungarn und Tschechen, welche im Verein mit dem allorts vorhandenen einheimischen Mob Plünderungen und Verwüstungen anrichteten. In Brigen war und ist die Sachlage bereits eine ganz andere. Wohl haben auch dort bagierende Teile am Bahnhof etliche Waggons und ein Magazin geplündert, wobei russische Kriegsgefangene und Zivil sich in besonderer Weise mitbetätigte, das Magazin dann eingeschert, außerdem ein Privatmagazin ausgeraubt, Ausschreitungen in der Stadt unterblieben ganz. Die Stadtvertretung hat nach der Flucht der Kommanden die Führung energisch in die Hand genommen und weiteren Plünderungen einen Megel vorgeföhoben. Sowie aber einmal die eigentlichen Fronttruppen mit ihren ersten Staffeln eintrafen, kam Ordnung in die ganze Kette, die sich von Bozen bis über den Brenner zieht. Die Soldaten finden Verpflegung und Unterkunft in der Stadt, sie benehmen sich sehr anständig und ebenso ruhig wie ihr Aufenthalt in der Stadt, erfolgt ihr geordneter Abmarsch. Die große Masse zieht an der Stadt vorbei Bahnen zu, Wagen an Wagen, Kolonne an Kolonne, zumeist geführt von ihren Subalternoffizieren, die das schlechte Beispiel ihrer Vorgesetzten glücklicherweise nicht befolgten und in treuer Pflichterfüllung bei ihrer Truppe ausharren.

Ähnlich schildert der „Allg. Tir. Anz.“ (Nr. 267) in einem Aufse „Zurück zur Ordnung“ den Hergang:

Die ungeheure Verwirrung, die der zwar lang erhoffte, für die Durchführungsmaßnahmen immerhin überraschend schnelle Waffenstillstand gebracht hat, ist wohl zum weitans größten Teile auf die völlige Desorganisation der Armeekommanden zurückzuführen. Ganz abgesehen von dem unschätzbaren Materialverlust hat das Unvermögen der Quartiermeisterabteilungen und die regellose Flucht der Kommanden das Hinterland vor Gefahren und Aufgaben gestellt, die, hätte man sie vorausgesehen, für unmöglich gehalten worden wären. Zu einem späteren Zeitpunkte wird hiefür die Verantwortung nicht ausbleiben. Aber nicht allein, daß die Stabsoffiziere und Generäle im Felde ihre Truppen und Kommanden verlassen haben, im Hinterland war die Kopflosigkeit womöglich noch unverantwortlicher. Von da und dort kam die Kunde, daß dieser Stabsoffizier „plötzlich erkrankte“, jener „verreisen“ mußte. Es gab eine Zeit — und die ist noch gar nicht so lange her — wo es nicht genug Inspizierungsgebiete für Generäle und Bahnhof-, Stations- und andere Kommanden für Stabsoffiziere gegeben hat. Und nun sind sie anscheinend alle — in Innsbruck. Es würde nur im Interesse des Ansehens des hohen Offizierskorps liegen, wenn sich die Herren schleunigst wieder zu ihren Truppen, bezw. Kommanden begeben würden.

**Die wirtschaftliche Demobilmachung.****Ein Aufruf zur Mitarbeit.**

An die Arbeiter- und Soldatenräte erläßt die Regierung folgenden Aufruf:

In Berlin ist ein Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung (Demobilmachungsamt) von dem Rat der Volksbeauftragten und dem Arbeiter- und Soldatenrat errichtet worden. Ihre erste Aufgabe ist, unseren aus dem Felde heimkehrenden Brüdern auf dem Weg zur Heimat und zur früheren Arbeitsstätte helfend zur Seite zu stehen und den aus der Rüstungsindustrie freiwerdenden Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten andere Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Arbeiter- und Soldatenräte! Helft der Zentralstelle! Ihre Arbeit ist für den Bestand unseres Volkslebens entscheidend. Haltet Euch an die von der Zentralstelle eingerichteten Demobilmachungsorgane — die Demobilmachungskommissionen in den Regierungsbezirken und die Demobilmachungsausschüsse in den Stadt- und Landkreisen. Die bisherigen Beschlagnahmungen von Rohstoffen müssen zunächst bestehen bleiben. Neue Beschlagnahmen durch Arbeiter- und Soldatenräte dürfen nicht stattfinden, sonst ihre Verwirrung unvermeidlich und der Arbeiter kann nicht arbeiten.

In der Landwirtschaft sind alle Besitzer verpflichtet und bereit, ihre früheren Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten wieder aufzunehmen, ebenso in gewerblichen Betrieben, Industrie und Handwerk, soweit Rohstoffe und Betriebsmittel vorhanden sind. Wo die Aufnahme unmöglich ist, werden die Demobilmachungsorgane durch Notstandsarbeiten helfen.

Wer arbeiten will, soll Arbeit und angemessenen Lohn erhalten. Für alle, die keinen Erwerb finden, wird der Staat sorgen, die nötigen Geldmittel werden zur Verfügung gestellt werden. Die Erwerbslosenfürsorge ist gesichert.

Nur bei ungeführter Arbeit der Demobilmachungsorgane kann es gelingen, allen Heimkehrenden und in der Rüstungsindustrie nicht mehr zu beschäftigenden Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten Arbeit zu schaffen. Die werttätige Arbeit aller aber ist die Voraussetzung jeder neuen politischen und sozialen Organisation des Volkes. Wer die ordentliche Beschaffung von Arbeit stört, wer die ruhige Demobilisation hindert, wer die Arbeitsverbindung zwischen Front und Heimat untergräbt, veründigt sich deshalb aufs schwerste am Volke. Jeder folge daher in Ruhe und Ordnung den notwendigen Demobilisationsvorschriften.

Berlin, den 12. November 1918.

Ebert. Haase. v. Roeth.

## Die Heimkehr von der Front.

**Urge Ausschreitungen ungarischer und tschechischer Soldaten. — Ein Gefecht am Grazer Bahnhof.**

Bezüglich der Ernährungsfrage in Tirol schreiben die „Innsbrucker Nachrichten“: Die Verköstigung der rückfließenden Truppen vollzieht sich, dank der Opferwilligkeit der Gemeinden die mit der Verpflegung betraut wurden, im Rahmen der jetzigen Verhältnisse ziemlich kläglich. Allerdings mußte, um die Truppen von Zwangsrequisitionen abzuhalten, die Verpflegung der Zivilbevölkerung bis jetzt den Erfordernissen der Sicherheit untergeordnet werden.

Heute sind zum ersten Male aus Deutsch-Südtirol wieder Heimkehrer nach Innsbruck gelangt. Ihnen ist zu entnehmen, daß sich in Bozen und in Vözen provisorische Nationalräte gebildet haben. In Bozen ist der Nationalrat im Einverständnis mit dem Tiroler Nationalrat gewählt worden und besteht aus dem Bürgermeister Dr. Peratoner, vier Stellvertretern und fünfzehn Mitgliedern. Der Bozener Magistrat hat sich durch Vertreter der Sozialdemokraten, der Volkspartei und der Alldeutschen verstärkt. Die Beamtenangewohnung für den Nationalrat in Bozen wurde am 8. d., also zwei Tage nach Eintreffen der italienischen Besatzung, vorgenommen. Von den ungarischen Truppen werden leider täglich neue Schandtaten berichtet. So heißt es im „Tiroler“ vom 6. d., daß ungarische Soldaten den Bozener Bahnhof vollständig geplündert und angezündet haben. Die Einrichtung der Bahnhofrestauration wurde vollständig in Trümmer geschlagen. In der Nacht zum 5. d. wurde das Gen- und Erzhmagazin der Stadt Bozen in Brand gesteckt. Am Abend des 6. d. mußten die einziehenden Italiener (!) Ordnung machen.

Ein hier gebildeter Gendarmenrat ruft alle Gendarmen auf, dem Wohl des deutschösterreichischen Vaterlandes ihre ganzen Kräfte zu widmen.

In Salzburg haben nichtdeutsche Soldaten eine Waggonladung Leder geraubt. In den benachbarten Stationen Steindorf und Straßwalchen wurden viele Waggons und ein Frachtmagazin von ungarischen und tschechischen Truppen geplündert.

Am 12. d. abends traf auf dem Grazer Hauptbahnhof ein Militärtransportzug mit 1500 auf der Heimreise befindlichen tschechischen Offizieren und Soldaten ein. Diese wehrten sich heftig gegen die vorgeschriebene Durchsuchung der Waggons nach Waffen und anderem militärischen Gute. Als um 1/2 12 Uhr nachts die Bahnhofswache einen neuerlichen Versuch machte, in die Waggons einzudringen, fielen aus dem Zuge mehrere Schüsse. Es mußte der Zug, der sich in Bewegung setzte und ohne Durchsuchung die Station verlassen wollte, unter Maschinengewehrfeuer genommen werden. Bei dem folgenden kurzen, aber heftigen gegenseitigen Feuer wurden von den Insassen des Zuges acht getötet, zwölf schwer und ein leicht verletzt. Von der Bahnhofswache wurde ein Mann verwundet. Acht tschechische Offiziere wurden verhaftet und der Hauptwache überstellt. Der Zug wurde bis heute mittag in der Station zurückgehalten und die Durchsuchung der Waggons vorgenommen, wobei viele Waffen, darunter Maschinengewehre und anderes militärisches Gut, abgenommen wurden.

## Soldatenausschuß der Berufsunteroffiziere der Garnison Wien.

In der am 5. d. stattgefundenen Versammlung der Berufsunteroffiziere der Garnison Wien, an welcher 36 Truppenkommandos, Behörden und Anstalten teilnahmen, wurde die Gründung eines Soldatenausschusses der Berufsunteroffiziere der Garnison Wien beschlossen. Dieser ist nicht nur bestrebt, die Interessen der eigenen Garnison zu vertreten, sondern wird er auch demnächst schon den Ausbau derart gestalten, daß die übrigen Garnisonen des deutschösterreichischen Staates sich dieser Organisation anschließen. Der Soldatenausschuß der Berufsunteroffiziere der Garnison Wien erklärt sich ab 5. November 1918 als ständig und sind alle Anfragen sowie überhaupt alle Zuschriften an das Präsidium des Soldatenausschusses der Berufsunteroffiziere der Garnison Wien in Wien, I. Fiedlitzgasse 8, I. Stock, Zimmer Nr. 9, Telefon 4353, zu richten. Von allen Truppen, Kommandos und Anstalten der Garnison werden für je 50 Unteroffiziere ein Delegierter im Soldatenausschuß vertreten sein, Bruchteile über 50 zählen also volle 50. Diese Delegierten bringen im Namen sämtlicher Berufsunteroffiziere, von denen sie gewählt wurden, ihre Anträge usw. im Soldatenausschuß der Berufsunteroffiziere der Garnison Wien zum Vortrage, wo sie dann zur Beschlußfassung und an die Staatsräte für Heerwesen des deutschösterreichischen Staates zur Vorlage gelangen. Das Präsidium des Soldatenausschusses hat die in der Vollversammlung am 5. November aufgestellten Forderungen der Berufsunteroffiziere dem Staatssekretär für Heerwesen überreicht.

## Die Zukunft der Gagitzen.

In der gegenwärtigen Zeit ist die bange Sorge aller Gagitzen des ehemaligen I. u. I. Heeres um ihre Zukunft begründet. Zu ihrer Beruhigung diene, daß sich der bisherige Kriegsminister Generaloberst Frh. v. Stöger-Steiner trotz der höchsten Anforderungen, die die letzten weltgeschichtlichen Tage an ihn gestellt haben, der Interessen aller Angehörigen des ehemaligen I. u. I. Heeres in wärmstführender Art und Weise angenommen hat, indem er sich zur Vereinerung aller schwebenden Fragen betreffs der Zukunft unversehrt mit den Nationalräten ins Einvernehmen geehrt hat. So dürfte, wie wir vernehmen, das fertiggestellte Novemberavancement, die Zustimmung der Natio-

nalregierungen vorausgesetzt, in den nächsten Tagen verkäuflich werden. Hierbei sollen die Aspirationen auch jener Gagitzen der 9. Rangklasse nach Möglichkeit berücksichtigt werden, die während des Krieges nicht befördert wurden. Desgleichen sollen die in Schwere gebliebenen Auszeichnungen angelegentlich nach Tüchtigkeit der Erledigung zugeführt werden. Bezüglich der ununterbrochenen Sicherstellung der Aktivität und Versorgungsgebühren aller ehemaligen Angehörigen des bestandenen I. u. I. Heeres wurde mit den Nationalregierungen Fühlung genommen. Schließlich haben wegen der Devikulierung der Heiratskauttionen Verhandlungen mit dem deutschösterreichischen Staatsamt für Heerwesen stattgefunden, deren Ergebnis in nächster Zeit veröffentlicht werden wird.

Die Berufs-Militärangagisten in Wien haben sich zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu einem Verband „deutschösterreichischer Militärangagisten“ zusammengeschlossen, in dem alle Ständegruppen und Beamten ihre Vertreter haben. Interessen der Militärangagisten fremder Staatsangehörigkeit werden an die zuständigen Stellen geleitet. Zuschriften an die Austen 4, Bezirk, Belvederegasse Nr. 10 (Tel. Nr. 55391).

## Fürsorge für Nichtaktive.

Die „Wirtschaftsorganisation nichtaktiver Gagitzen“, Wien, 2. Bezirk, Hotel „National“, Zimmer Nr. 259, ersucht uns um Verlautbarung folgender wichtiger Mitteilungen: „Nichtaktive Gagitzen und Mannschaften aus Deutschböhmen! Laut Auskunft des deutschösterreichischen Staatsamtes für Heerwesen sind alle nichtaktiven Gagitzen sowie Mannschafspersonen (deutschösterreichische) aus Deutschböhmen, die Samstag früh über Passau in die Heimat fahren wollen, in entlassen und haben die Abfertigungsdokumente von ihrem vorgelegten Kommando sofort zu erhalten. Eine diesbezügliche Verordnung des deutschösterreichischen Staatsamtes für Heerwesen erfolgt unverzüglich. — Für nichtaktive Gagitzen! Für heimkehrende nichtaktive Gagitzen gibt die Wirtschaftsorganisation nichtaktiver Gagitzen Anweisungen für Quartiere und Mittagessen im Hotel „National“, 2. Stock, Zimmer Nr. 259. Dort werden auch Auskünfte in Militärangelegenheiten erteilt.

**Die Rückbeförderung der Truppen.**

**Aus Tirol 385,000 Mann abtransportiert.**

Innsbruck, 13. November. Die „Innsbrucker Nachrichten“ erfahren von maßgebender Seite, daß die Abbeförderung der rückkehrenden Truppen sich, wenn auch nicht klaglos, so doch im Rahmen alles dessen vollzieht, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen geleistet werden kann. Bis zum 12. d. wurden mit der Eisenbahn aus Tirol rund 385,000 Mann abtransportiert.

### Schießerei am Schwechater Bahnhof.

Bei der Entwaffnung fremder Soldaten.

Immer mehr häufen sich die Fälle, daß durchfahrende Truppenteile der ehemaligen k. u. k. Armee, die nun zu den fremden Nationalitäten gehören, sich, wenn sie das Gebiet des Staates Deutschösterreich zu verlassen sich anschiden, entgegen den Abmachungen nicht dulden wollen, daß sie entwaffnet werden. Heute nachts hat sich aus diesem Anlaß auf dem Klein-Schwechater Bahnhof abermals eine Schießerei entwickelt, bei der fünf Verletzte gezählt wurden.

Mit einem Zuge waren ungarische Truppen mit voller Bewaffnung und vielen Lebensmitteln angekommen. Der Vereinbarung gemäß sollten die Truppen, ehe sie wegfuhr, ihre Waffen ablegen. Sie weigerten sich das zu tun und wollten mit voller Rüstung die Fahrt fortsetzen. Als das nicht geduldet wurde, entstand ein heftiger Wortwechsel zwischen der Bahnhofswache, die das 3. Bataillon der Volkswehr beistellte, und den Ungarn. Die Entwaffnung sollte nun befehlsgemäß trotzdem durchgeführt werden. Da eröffneten die Ungarn das Feuer. Die Jäger der Volkswehr schossen zurück, und alsbald gab es auf beiden Seiten Verletzte. Bei den Ungarn wurde nur ein Mann verletzt, während die Volkswehr drei Opfer zu beklagen hat. Von der Volkswehr wurden verwundet: die Jäger Franz Püringer (Durchschuß der Brust), Heinrich Horvath (Durchschuß des rechten Oberarmes) und Leopold Ortner (Durchschuß des linken Mittelfußes). Auf Seite der Ungarn wurde ein Infanterist durch einen Stedtschuß am linken Oberarm verletzt.

## Kriegerheimkehr.

Als damals der Kampfruf durch alle Straßen gellte und uns das Wort Krieg aus den Extraausgaben entgegenraste, als wir sahen, wie sich die Männer von den Weibern, Frauen und Mädchen losrissen, um einer ungewissen Zukunft entgegenzuschreiten, und als die ersten Automobile mit Verwundeten über das Pflaster der Stadt jagten, da winkte uns von ganz weither ein Hoffnungsschimmer: der Tag, an dem die Waffen wieder ruhen würden, an dem wir jubelnd Frieden! rufen könnten. Wir glaubten, daß das ein Tag sein werde mit frohbelegten Menschen in den Straßen, mit wehenden Fahnen und mit Truppen, die unter klingendem Spiel einrücken. Lange hielt uns die Hoffnung auf solch einen herrlichen Tag aufrecht.

Aber dann begannen wir langsam zu begreifen, daß das Ende weniger froh und sonnenhell sein werde, als wir wünschten, und schließlich kamen wir so weit, daß wir mit jedem Ende zufrieden sein wollten. Nun sind die Tage gekommen, an denen der letzte Schuß an der Front verhallt ist, der Tag des Friedens ist nicht mehr allzu fern, und die Krieger kehren heim. Kommen zurück in eine todmilde, lebensunlustige Stadt, über der bis zu den Dächern herab grauer Nebel hängt und deren Straßen immer schmutzig sind. Ach, diese unsäglich traurige Rückkehr! Aus Kampf und Todesnot sind sie in tagelangen Märschen zu den Eisenbahnen geeilt, um sich ein Plätzchen in einem verelendeten Waggon zu erkämpfen oder doch wenigstens auf seinem Dache. Dann sind sie gefahren Tag und Nacht und Nacht und Tag, hungrig und durstig, ohne die Möglichkeit, sich zu waschen oder sich zum Schlafe hinzustrecken. Kranke Kameraden sind neben ihnen gestorben, andere, die vier Jahre lang die Feindeskugel verschont hatte, haben schlaftrunken vom Wagendach den Todessturz getan oder den Schädel irgendwo zerquetscht. Und die überreizten Nerven wurden immer wieder aufgepeitscht durch die Nachrichten von Revolution und Freiheit, von entthronten Herrschern und dem werdenden Reichstaat. So lange haben sie für ihren Kaiser gekämpft und geblutet, gedurft und gelitten, und nun gibt es keinen Kaiser mehr! Das Verstehen für das,

was geschieht, will nicht hinein in die armen Köpfe. Und immer wieder surren die Räder: Wozu war das alles, wozu?

Dann sind sie endlich in Wien. Nur mühsam erzwingen sie sich den Ausgang aus dem Bahnhof, vor dem tausend gierige Menschen herumlungern, die mit jedem Soldaten um ein bißchen Gab und Gut seilschen wollen. Keine wehende Fahne winkt, kein froher Ruf ertönt, kein Willkommenruf wird geboten. Die Straßenbahn hat keinen Platz für die heimkehrenden Krieger mit ihren unförmigen Rucksäcken, und so stapfen sie mit zerrissenen Stiefeln und hängenden Köpfen durch den Straßenkot dem Heim zu. Sehen, daß die Plakette der Offiziersmützen durch farbige Bändchen verdeckt sind, lesen Manifeste, unter denen die Namen neuer Männer stehen, blicken verwundert durch trübe Spiegelgehäusen, hinter denen es nichts Erhabenes mehr gibt, und beahren nicht, warum Zimmerleute so eifrig bemüht sind, Fenster und Türen fashionabler Geschäfte mit Brettern zu vernageln.

Vielleicht wühlen sie auch in der halbversunkenen Erinnerung an all das Entsetzliche, das sie miterleben mußten, denken an die stürmische Freude der Siege und an die angstvolle Geheißtheit der Niederlagen. Bilder von Städten und Flüssen, deren Namen sie nicht mehr wissen, tauchen auf: sie sehen eine Waldparzelle vor sich, in der sie zwischen blühenden Granaten lagen, oder ein brennendes Haus, das sie mit der Handgranate in der Faust stürzten. Aber jetzt sind sie ja zu Hause und wollen an das Schreckliche nicht mehr denken. Und eiliger stapfen sie durch den Kot mit dem einzigen Wunsche, nicht mehr kämpfen zu müssen. Nur nicht mehr kämpfen! Um nichts und gegen niemanden! Wenn schon alles andere zusammengebrochen ist, so wollen sie aus den Trümmern doch wenigstens die friedenvolle Ruhe retten.

### Grundsätze für die Verpflegung der entlassenen Heeresangehörigen.

Berlin, 17. November. Der Uebergang der zur Entlassung kommenden Heeres- und Marineangehörigen aus der militärischen Verpflegung in die allgemeine Lebensmittelversorgung der bürgerlichen Bevölkerung hat nach folgenden, im Einverständnis mit den militärischen Stellen festgesetzten Grundsätzen zu erfolgen:

1) Die Verpflegung geschlossener Verbände erfolgt wie bisher durch die Militärbehörde.

2) Bei der Entlassung ist den zu Entlassenden Verpflegung für 3 Tage mitzugeben.

3) Soweit die Entlassenen binnen dieser Zeit noch nicht in die Lebensmittelversorgung ihres neuen Wohnorts aufgenommen sind, erhalten sie bis zum 7. Tage nach der Entlassung durch die Zivilbehörden auf Grund ihrer Entlassungsbescheinigung die erforderlichen Ausweise zur Beschaffung ihrer Verpflegung oder, soweit Massenspeisungen oder besondere Verpflegungsstellen vorhanden sind, Verpflegung aus diesen.

Auf der Entlassungsbescheinigung (Soldbuch) ist zu vermerken, wo und wann Ausweise oder Verpflegung gegeben sind. Nach Ablauf von sieben Tagen werden die Entlassenen regelmäßig in die Lebensmittelversorgung ihrer Wohnge-  
meinde aufgenommen sein.

4) Personen, die eine Entlassungsbescheinigung nicht vorweisen können, sind in erster Linie an militärische Verpflegungsstellen zu verweisen; befindet sich eine solche nicht am Orte, so sind ihnen die zur Beschaffung der Verpflegung erforderlichen Ausweise jeweils für ein bis zwei Tage zu geben oder es ist ihnen durch Zuweisung zu Massenspeisungen und so weiter für diese Zeit die Verpflegung zu ermöglichen. Dabei ist darauf hinzuwirken, daß sie sich auf schnellstem Wege bei der nächsten militärischen Meldestelle melden. Es empfiehlt sich, solchen Personen als Ausweis für die nächste Verpflegungsstelle eine Bescheinigung darüber auszu-  
händigen, wann, wo und für wie lange ihnen Verpflegungs-  
ausweise oder Verpflegung gegeben sind.

5) Eine Verpflichtung zu unentgeltlicher Verpflegung wird hierdurch den Gemeinden nicht auferlegt.

**Gesundheitliche Maßnahmen für Heimkehrer.** Die Demobilisierung der Armee und die Rückkehr der Soldaten wird in einigen Tagen vollendet sein. Fast alle Soldaten begeben sich direkt von den Bahnhöfen zu ihren Wohnungen. Darin liegt nun eine Gefahr für die Gesundheit und das Leben der Heimkehrenden und ihrer Angehörigen, da sehr viele Soldaten in ihren Uniformen und in ihrer Wäsche Ungeziefer (Lederläuse) mitbringen. Durch diese Kleiderläuse kann aber Flecktyphus und Schistidiose übertragen werden. Es liegt daher im Interesse der Zurückkehrenden und ihrer Familien, daß sich die Heimkehrer rechtzeitig von ihren Säcken befreien lassen. Dies kann am besten in den Reinigungs- oder Entlausungsanstalten geschehen. Die Benutzung dieser Anstalten ist unentgeltlich. In Wien sind drei solche Anstalten: II., Engerthstraße 150; X., Gudrunstraße 57, und XII., Steinhilberstraße. Gibt es in einem Orte weder eine Entlausungsanstalt noch entsprechende Bademöglichkeiten, so können im äußersten Notfalle Entlausungen auch zu Hause vorgenommen werden. Am sichersten geschieht es, Kleiderläuse durch Hitze abzutöten, zum Beispiel in einem Backofen, der dann aber nur so weit angeheizt werden darf, daß die Kleider nicht angeleimt werden.

### Ein neues Amt für Sachdemobilisierung.

Das deutschösterreichische Staatsamt für Seerwesen verlautbart:

Sämtliche auf dem Territorium des deutschösterreichischen Staates befindlichen beweglichen und unbeweglichen Sachgüter der ehemaligen Seeresverwaltung, einschließlich aller militärischen Eigenproduktionen (Betriebe und Anlagen), gelten als vom deutschösterreichischen Staate beschlagnahmt. Das Staatsamt für Kriegs- und Übergangswirtschaft wurde auf Grund eines Staatsratsbeschlusses ermächtigt, alle diese Güter unter Wahrung der Anteilsrechte der übrigen nationalen Staaten zu übernehmen und, soweit sie für das deutschösterreichische Staatsamt für Seerwesen entbehrlich sind, ebemöglichst der Verwertung zuzuführen.

Zur Durchführung dieser Aufgaben wurde vom Staatsamt für Kriegs- und Übergangswirtschaft das deutschösterreichische Materialverwertungsamt, Wien, 2. Bezirk, Laborstraße Nr. 18 (Hotel National), errichtet, das mit den in Betracht kommenden militärischen Stellen im Wege des Staatsamtes für Seerwesen verkehren wird.

Die exekutiven Befugnisse des ehemaligen k. u. k. Kriegsmaterialverwertungsamtes sind für den Bereich des deutschösterreichischen Staates als eingestellt zu betrachten. Die militärischen Kommandanten haben alle Vorfragen zu treffen, um die Verschleppung und das Verderben der in ihrem Gewahrsam befindlichen Güter zu verhüten. Ansuchen von Verwahrern ärztlichen Gutes betreffend Anforderung von Bewachungsmaterial ist vom nächstgelegenen Stations-(Militär-)Kommando, wenn irgend möglich, zu willfahren.

Eigenmächtige Verkäufe militärischen Eigentums sind strengstens verboten, rechtlich ungültig und werden bestraft.

Es ist auch verboten, ehemals militärische Güter an Lieferanten an Zahlungsstatt zu überlassen.

Privatpersonen, die sich um Ueberkaffung von Demobilisierungsgütern bewerben, können an die deutschösterreichische Hauptanstalt für Sachdemobilisierung, Wien, 2. Bezirk, Laborstraße Nr. 18, angewiesen werden, der die Durchführung der Verwertung obliegt.

### Des Hinterlandes Dank.

Wie man denjenigen mißspielt, die Blut und Leben für Heimat und Mitbürger eingesetzt haben.

Der seinerzeit von Freund und Feind bewunderte heldenmütige Linienschiffskapitän Paul Pachner, welcher in den ersten Kriegstagen als Kommandant S. M. S. „Zenta“ den Kampf mit der gesamten englisch-französischen Mittelmeerflotte aufnahm und als Letzter sein mit wehenden Flaggen sinkendes Schiff verließ, kam aller Mittel entblößt in Wien an. Die erste Nacht mußte er auf einer Bank im Freien übernachten, weitere Unterkunft bei Kameraden erbetteln. Von den Behörden wurde er mit Wizen abgespeist und ist momentan dem jammervollsten Elend preisgegeben.

Leider ist das ein Einzelschicksal, das sich gegenwärtig tausendmal wiederholt. Es ist beschämend, welches Loß gegenwärtig Männern bereitet wird, die als die größten Helden in der Geschichte stehen werden und die sich jetzt von dem „dankbaren Hinterlande“, das heißt von Leuten, die sich gegenwärtig breit machen, zum Lohn für alle Leistungen und Opfer auf die Straße gesetzt sehen. Man muß schamrot werden angesichts der Dinge, die sich jetzt mit verdienten Männern, die von der Front kommen, abspielen . . .

20. XII. 1918

65

[Die Sachdemobilisierung.] Das Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel versendet über die zur Vorbereitung der Sachdemobilisierung unternommenen Schritte eine Mitteilung, der folgendes zu entnehmen ist: Der Staat hat beschlossen, alle ehemaligen Heeresgüter der deutschösterreichischen Hauptanstalt für Sachdemobilisierung zu überantworten, die nach den Weisungen des Staatsamtes für Kriegs- und Uebergangswirtschaft auch die Verwertung dieser Güter durchzuführen haben wird. Es ist mit Aufwendung der vorhandenen Kräfte möglich gewesen, bisher wenigstens einige der hauptsächlichsten Depots durch Uebernahme in die Zivilverwaltung und Bereitstellung militärischer Ueberwachung zu sichern. Die Staatsverwaltung wird schon jetzt Veräußerungen vornehmen, wenn es sich um verderbliche oder zur Aufrechterhaltung von Betrieben dringend benötigte Güter handelt. Hinsichtlich der frei gewordenen Pferde hat das Staatsamt für Kriegs- und Uebergangswirtschaft die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung ermächtigt, durch die Vieh- und Fleischverkehrs-gesellschaft in Wien für die Sicherung, Vergung und Verwertung dieser Pferde zu sorgen. Die Gesellschaft wurde angewiesen, vor allem die leihweise Ueberlassung gegen Revers und, wo dies nicht angeht, den Verkauf unter Wahrung des Rückkaufsrechtes oder wenigstens unter Sperre des Weiterverkaufes für eine bestimmte Zeit durchzuführen und Pferde nur äußerstenfalls freihändig zu verkaufen. Für die geregelte Kriegsgüterverwertung wird schon demnächst ein Materialverwertungsamt (Wien, 2. Bezirk, Laborstraße 18) als besondere Abteilung des Staatsamtes für Kriegs- und Uebergangswirtschaft errichtet werden, um die Richtlinien der Verwertung durch die deutschösterreichische Hauptanstalt für Sachdemobilisierung (Wien, 2. Bezirk, Laborstraße 18) festzustellen. Insbesondere wird zu bestimmen sein, welcher Teil der Kriegsgüter für die deutschösterreichische Heeresverwaltung zurückzubehalten ist. Hinsichtlich des Restes wird unter Mitwirkung aller Interessentengruppen festgestellt werden, welche Teile für den staatlichen und sonstigen öffentlichen Bedarf auszuscheiden und wie die Bedürfnisse von Gewerbe, Industrie, Handel, Land-, Forstwirtschaft, Arbeiterschaft und Verbrauch zu decken sein werden.

**Heimkehrbewegung der Truppen**

Die seit Anfang des Monats erfolgte Bewegung der nicht nur aus den Etappen- und Frontenbereichen, sondern aus allen Gebieten des Hinterlandes der alten Monarchie in die Heimat rückströmenden Militärpersonen ist seit einigen Tagen im Abflauen begriffen.

In den Wiener Bahnhöfen kamen seit Beginn des Monats November, ganz abgesehen von den zahlreichen Zivilreisenden, rund 920.000 Militärpersonen an, während 1.065.000 abgeführt werden mußten. Auf die von der Bewegung besonders berührten Wiener Bahnhöfe entfallen hierbei allein rund 800.000 ankommende (u. a. am Ostbahnhof allein am 10. d. rund 35.000 Mann) und 835.000 abführende Militärreisende (am Ostbahnhof allein am 7. d. rund 34.000 Mann). In diesen Riffen sind die zahlreichen über die neuen Wiener Umfahrungslinien geführten Mannschafts- und sonstigen Transporte nicht unberührt.

24./XI. 1918

68

### **Beschlagnahme der Flugfelder Deutschösterreichs durch Unteroffizierspiloten.**

Anerkennung durch das Staatsamt für Verwehren — keine bolschewistischen Tendenzen.

Gestern vormittag fand sich eine Gruppe von Unteroffizierspiloten auf dem Flugfelde in Aspern ein und ließ durch einen Sprecher die dort befindlichen Offiziere verhandigen, daß sie das Flugfeld, die Einrichtungen, die Apparate und Materiale in Beschlag nehmen. Zugleich gaben sie bekannt, daß alle im deutschösterreichischen Bereiche liegenden Flugfelder durch Abordnungen der Unteroffizierspiloten besetzt worden sind. Den Offizieren wurde bedeutet, daß die Unteroffiziere selbst die Organisation und Neuaufstellung der Fliegertruppen in die Hand nehmen werden.

Die Fliegeroffiziere waren mit den Vorarbeiten für die Einrichtung einer Flugpost zwischen Wien und anderen Stationen Deutschösterreichs sowie auch Deutschlands beschäftigt, für die Aufnahme des Betriebes waren schon die Offiziere bestimmt. Die Vertreter der Unteroffizierspiloten erklärten, daß sie die Aufnahme des Betriebes jetzt nicht zulassen und lassen aus dem Mannschafsstände der Fliegertruppen Posten aufmarschieren, die in den Kanzleiräumen sowie vor einzelnen Abteilungen Anstellung nahmen.

#### **Versammlung der Unteroffizierspiloten.**

Nachmittags fand im „Beingart“ eine Versammlung der Unteroffizierspiloten statt, der auch Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates und einige Offiziere anwohnten. Einzelne Redner erhoben heftige Ausfälle gegen leitende Offiziere der ehemaligen k. u. k. österreichisch-ungarischen Luftfahrtruppe und gegen die Mitglieder der Uebernahmskommission, die beschuldigt wurden, durch Uebernahme minderwertiger Apparate das Leben zahlreicher Piloten gefährdet zu haben. Auch die administrative Geharung leitender Organe wurde einer abfälligen Kritik unterzogen. Die Wortführer bezeichneten es als Hauptaufgabe der Unteroffizierspiloten, die Reorganisation des Flugzeugwesens in Deutschösterreich im dem Sinne durchzuführen, daß die Unteroffiziere sowie Apparataufseure und Mannschaft der Flieger sich zu einer Gewerkschaft zusammenschließen. Zum Kommandanten wurde Hauptmann Siebert gewählt und ein Aktionskomitee aus sechs Unteroffizieren zusammengesetzt. Von einzelnen Rednern wurde betont, daß der Aktion keinerlei bolschewistische Tendenzen zugrunde liegen. In anerkennenden Worten wurde der Offizierspiloten und Beobachter gedacht, die sich an der Front als Freunde der Mannschaft bewährt haben. Die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates sowie die Vertreter der Arbeiter im Arsenal und in den Flugzeugfabriken erklärten sich mit den Unteroffizierspiloten solidarisch. Der Einberufer machte die Mitteilung, daß seitens des Unterstaatssekretärs Dr. Deutsch die Zusicherung gegeben wurde, den von der Versammlung gewählten Kommandanten anzuerkennen. Einem Antrage eines Offiziers, gemeinsam mit den Offizieren vorzugehen, wurde keine Folge gegeben.

#### **Der Standpunkt der Fliegeroffiziere.**

In Fliegeroffizierskreisen wird zu diesem Vorgehen Stellung genommen werden. Erfahrene Offiziere halten die Aufrechterhaltung der Disziplin, ein harmonisches Vorgehen zwischen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaft für einen klugen Flugbetrieb für um so notwendiger, als auch ohne feindliche Einwirkung die Durchführung eines Fluges mit mannigfachen Gefahren verbunden ist. Eine gewisse Unterordnung der Piloten wie der Bedienungsmannschaft ist unbedingt notwendig. Die vollständige Ausschaltung der Offiziere müßte die Aufrechterhaltung des Betriebes in Frage stellen, denn der überwiegenden Zahl der Unteroffizierspiloten fehlt es an der geeigneten Schulung, an den erforderlichen Vorkenntnissen, um allen Zweigen des Dienstes gerecht zu werden. Die Fliegeroffiziere, von denen mehr als 80 Prozent im Kriege ihr Leben lassen mußten, haben das Recht, bei der Reorganisation des Flugzeugwesens maßgebend mitzureden, gleichfalls gehört zu werden.

## Die Gefahren des Ueberganges.

Von  
Gans Dominik.

Durch die unerwartet plötzliche Beendigung des Kriegszustandes sind wir auch genötigt, uns ganz plötzlich auf die Friedenswirtschaft umzustellen. In den meisten Industriewerken liegt die Sache wohl so, daß heute noch Kriegsaufträge vorliegen, die eine Beschäftigung auf mehrere Wochen, ja Monate geben könnte. Aber ganz zweifellos würde die Ausführung dieser Aufträge, ja auch nur die Fertigstellung der für reine Kriegszwecke begonnenen Sachen eine völlig unproduktive Arbeit sein. Nehmen wir beispielsweise Zünder. In irgendeinem Werke müßten noch für 3 000 000 M. Zünder fertiggemacht sein. Man weiß heute bereits, daß die Eisenbahnen derartige Dinge gar nicht mehr transportieren, daß also die fertigen Zünder an Ort und Stelle wieder auseinandergenommen werden müßten. Trotzdem besteht durchaus die formale Möglichkeit, die Arbeit in aller Gemütsruhe zu Ende zu führen. Denn die Behörden haben den Auftrag einmal erteilt, und die jetzigen Behörden würden ihn schon mit Rücksicht auf die Arbeiter nicht widerrufen.

Was wäre nun aber der Erfolg einer solchen Arbeit? Man würde erstens eine große Lohnsumme für die Herstellung des Auftrages ausgeben. Man würde danach eine zweite nicht viel geringere Summe für die Demontierung der fertigen Zünder bezahlen, und man würde als Ergebnis dieser Arbeiten nicht nur nichts Nützliches haben, sondern sogar eine beträchtliche Menge guten Neumaterials in ein viel wertloseres Altmaterial verwandelt haben. Und dies zu einer Zeit, da uns die nötigsten Dinge des Friedensbedarfs an allen Ecken und Enden fehlen. Zu einer Zeit, da wir Werkzeugmaschinen und Lehrmittel aller Art ebenso nötig wie das Lieb Brot brauchen.

Dies Beispiel zeigt wohl, daß die Umschaltung auf die Friedensfabrikation von ungeheurer Wichtigkeit ist, daß es hier nicht auf Wochen, sondern auf Tage ankommt. Die Dinge liegen heute so, daß der Staat als Auftraggeber natürlich juristisch für die von ihm erteilten Aufträge haftet. Aber der Staat, das sind ja doch letzten Endes die Steuerzahler, zu deren Lasten schließlich alles verkehrte Politik in der Welt Kriegswirtschaft gehen würde. Es liegt also im allgemeinen Interesse, daß der Staat dort, wo noch große Kriegsaufträge laufen, diese sofort in geeignete Friedensaufträge umschreibt, damit einerseits laufende Beschäftigung für die Arbeiter und die Werke vorhanden ist und andererseits nicht unproduktive, sondern wirkliche Aushilfe geleistet wird.

Aber wir müssen nicht nur produktive Arbeit leisten, sondern auch die Arbeitsweise so halten, daß sie wirtschaftlich und dem Auslande gegenüber konkurrenzfähig bleibt. Es ist daher ein Ziel, aufs innigste zu wünschen, daß die verschiedenen Arbeiter- und Soldatenräte, die jetzt in den deutschen Industriewerken mitzureden haben, sich nicht nur auf Lohn- und Arbeitsfragen beschränken, sondern sich wenigstens einigermaßen und nach Möglichkeit auch mit dem gar nicht so einfachen Komplex der wirtschaftlichen Fragen vertraut machen, die für jeden Industriebetrieb bestimmend wirken. Das russische Beispiel zeigt ja, daß auch ein unwirtschaftlicher Betrieb eine ganze Weile gehen kann, wenn die Regierung des betreffenden Landes über eine gut gedrückte Notenpresse verfügt. Aber konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt wird man bei einer solchen Wirtschaft nicht. Damit aber schwindet dann auch die Möglichkeit, sich auf dem Weltmarkte ein Vergut haben zu schaffen und sich für die deutsche Bevölkerung im Auslande die nötigen Mengen Butter und Schinken zu kaufen, die uns doch heute recht dringend nützen.

Es stehen sich heute in Deutschland zwei politische Gruppen gegenüber, von denen die eine den privatwirtschaftlichen, die andere den staatlichen Betrieb aller großen Werke für richtig hält. Man mag sich zu dieser Frage stellen, wie man will, eins bleibt in jedem Falle in Gültigkeit, daß nämlich in solchen Betrieben auch für den Weltmarkt konkurrenzfähig und dementsprechend wirtschaftlich gearbeitet werden muß, wenn anders nicht das einzelne Werk und schließlich auch der ganze Staatslörper die Folgen spüren soll.

Diese Betrachtungen zeigen wohl die großen Gefahren, die unserem Wirtschaftsleben in der Uebergangszeit drohen, wenn nicht an allen Stellen zugegriffen und sofort nach den wirtschaft-

lichen Gegebenheiten gehandelt wird, um die einmal nicht hergewaltigen lassen.

Der 8-Stunden-Tag ist eine sehr schöne Sache, und es wäre zu wünschen, daß er recht bald überall in der Welt zur Durchföhrung käme. Augenscheinlich aber liegen die Dinge doch so, daß man nicht neben unserer Grenze in Belgien mit wüßlingigen Beschäftigten rechnen darf, daß also gleiche Löhne vorausgesetzt, die Preise der belgischen zur deutschen Stelle sich ungefähr verhalten müssen wie 8:11. Letztere Höhe wird uns den Kampf auf dem Weltmarkt schon ersäwären. Aber dieser Umstand kann vielleicht noch ausgemildert werden, wenn nur die sonstige Fabrikation unter weitestgehender Beobachtung der Wirtschaftlichkeit arbeitet. Jede Stunde, die unnütz verfliehet, aber als Lohnsumme auf das Erzeugnis verrechnet wird, schwächt unsere Stellung auf dem Weltmarkt. Für die ersten Wochen können wir uns damit trösten, daß die zunächst hergestellten Erzeugnisse für den eigenen dringenden Bedarf bestimmt sind und hier etwas teurer bezahlt werden. Für die weiter folgenden Wochen und Monate müssen wir dagegen die allbewährten Grundfälle einer intensiven und peinlich wirtschaftlichen Betriebsführung genau befolgen, wenn wir überhaupt in absehbarer Zeit aus der augenblicklichen Misere wieder herauskommen wollen.

## Die Demobilisierung.

### Bestimmungen für Mannschaften und Gajisten.

Der Staatsrat für Heereswesen hat eine Reihe von Bestimmungen getroffen, durch welche die Demobilisierung für Mannschaftenspersonen sowie für Gajisten geregelt wird. Die wesentlichsten Anordnungen lauten:

Mit der Entlassung aller deutschösterreichischen Soldaten der bisherigen Wehrmacht ist ebenfalls zu beginnen. Alle Entlassenen, dann alle Deutsche laubien, sowie alle jene, die bereits aus eigenem oder aus militärischen Dienstleistung traten, endlich alle aus der Kriegskriegsgefangenschaft heimkehrenden deutschösterreichischen Mannschaften gelten als entlassen. Den Soldaten unter 42 Jahren steht es frei, sich um die Aufnahme in die Volkswehr zu bewerben. Zur Erhaltung, Sammlung und Verwaltung des zahlreichen Staatsgutes (Kriegsmaterial, Pferde usw.) und zur Versorgung bestimmter Kategorien (Pferde der Verwundeten und Kranken, Wartung der Pferde, wichtige landwirtschaftliche Arbeiten, wichtige Arbeiten für die deutsche Waffe) werden zahlreiche Personen für die deutsche Waffe benötigt; dieser Bedarf ist durch Belassung von freiwillig noch verbleibenden Mannschaften, die bei diesen Stellen bereits eingesetzt sind, oder durch Errichtung von Ersatzstellen bei den genannten militärischen Stellen zu decken. Es können auch Personen, die das 42. Lebensjahr überschritten haben, angeworben werden. Die Anwerbung hat nur für die Zeit des jeweiligen Bedarfes zu erfolgen. Gajistenbedürftige Kranke, Verwundete und Invaliden sind auf ihren Wunsch in den Spitätern zu belassen. Mannschaften der Rekonvaleszenzabteilungen und solche die nach einer Behandlung und Pflege belassen, sind auf ihre Verlangen gleichfalls zurückzubehalten.

Für allgemeine gelten für Gajisten sinngemäß die Bestimmungen wie für die Mannschaften. Ebenso sind die aktiven Dienstleistungen zu belassen: Sämtliche bezogen noch in aktiver Dienstleistung stehende nichtaktive Gajisten deutschösterreichischer Volksangehörigkeit, die Staats-, Landes- oder öffentliche Angehörige sind; nichtaktive Gajisten, deren Fortkommen im Zivilverhältnis gefährdet erscheint, Studierende aller Fächer, dann zu Hochschulstudien gelangende zur sofortigen Aufnahme ihrer Studien vorläufig zu verbleiben haben; nichtaktive Gajisten auf solchen Dienstposten, deren sofortiges Verlassen wichtig allgemeine Interessen gefährden würde; nichtaktive Gajisten, deren Fortkommen im Zivilverhältnis noch nicht gefährdet erscheint, können auf ihren Wunsch bis längstens Ende Februar 1919 in militärischer Dienstleistung verbleiben. Den nichtaktiven Gajisten ist nach ihrer Entlassung das Austragen ihrer Uniform — selbstverständlich ohne Waffen — an Stelle fehlender Zivilkleider bis längstens Ende 1919 gestattet. Dagegen verbleibende Unteroffiziere verbleiben vorläufig in aktiver Dienstleistung. Wegen ihrer Veranbarung und Verwendung werden weitere Bestimmungen folgen.

### Hilfsleistungen für die Reserveoffiziere.

Die Reserveoffiziere, die aus der Aktivität scheiden müssen, sollen, wie von anderer Seite gemeldet wird, eine Unterstützung erhalten. Diese Offiziere werden in zwei Gruppen geteilt, und zwar in solche, die bereits eine Anstellung besitzen, und in solche, die vorläufig arbeitslos sind. Jene Offiziere, die nach ihrer Entlassung eine Existenz haben, erhalten nach der Devisenvergabe und einer Ausbühne von 200 K. Die arbeitslosen Reserveoffiziere erhalten ihre Bezüge noch bis längstens Februar kommenden Jahres.

### Die Sachdemobilisierung.

Vom Staatsrat für Gewerbe, Industrie und Handel wird verhandelt: Am 8. d. hat der Staatsrat beschlossen, die ehemaligen Oberbefehlshaber der deutschösterreichischen Hauptmacht für Sachdemobilisierung zu übernehmen, die nach den Weisungen des Staatsrates für Kriegs- und Ubergangswirtschaft auch die Verwertung dieser Güter durchzuführen haben wird. Für die geordnete Verwertung der Kriegsgüter wird schon in den nächsten Tagen ein Materialverwertungskomitee als eine besondere Abteilung des Staatsamtes für Kriegs- und Ubergangswirtschaft errichtet werden, das seinen Sitz in Wien, II., Taborstraße 13, haben soll. Es wird insbesondere zu bestimmen sein, welcher Teil der Kriegsgüter für die Heeresverwaltung des deutschösterreichischen Staates zurückzubehalten ist. Bezüglich des Restes wird unter Mitwirkung aller Interessentengruppen festgestellt werden müssen, welche Teile für den staatlichen und sonstigen öffentlichen Bedarf auszuscheiden und wie die Bedürfnisse des Gewerbes, der Industrie, des Handels, der Land- und Forstwirtschaft, dann der Arbeiterchaft und der Verbraucher zu decken sind.

**Demobilisierung und Offiziersgebühren.**

Aus Offizierkreisen wird uns geschrieben: Die Personendemobilisierung steht in kürzester Zeit bevor. Damit ist auch die Einstellung der Kriegsgebühren verbunden. Wie steht es nun mit den Friedensgebühren? Nach den jetzt bestehenden Normen gebühren im Frieden die Gage, das Quartiergeld samt Möbelzins und das Dieneräquivalent. Die Militärbeamten haben auf letzteres im Frieden keinen Anspruch. Ein Leutnant niederer Gebühr hat eine Gage von monatlich 140 Kronen, ein Oberleutnant von 188 Kronen 33 Heller, beide weniger, als der Gehalt einer weiblichen Hilfskraft beträgt.

Die Regelung der künftigen Friedensgebühren der Gagesisten ist bei uns noch in ein Dunkel gehüllt, obwohl verkantet, daß eine solche stattfinden wird. Es ist erklärlich, daß in Offizierkreisen wegen der Ungewißheit Aufregung besteht. In Ungarn ist die Sache bereits geregelt worden, indem zu den Gagen der Oberoffiziere ein 100prozentiger, der Stabs-offiziere ein 75prozentiger und der Generale ein 40prozentiger Zuschuß vom 1. November 1918 an gewährt wurde. Das eine ist gewiß, daß die Gagesisten mit den jetzigen Friedensgebühren das Auslangen nicht finden könnten und einer bedauernswerten Existenz entgegensehen müßten, wenn nicht gleichzeitig mit dem Uebergang auf den Friedensfuß eine Regelung der Gebühren eintreten sollte. Die Lösung der Frage würde wohl in der Gewährung von Gagezuschüssen in erster Linie bestehen müssen. Das wäre aber noch immer nicht von ausschlaggebender Bedeutung, da ein Leutnant nur 30 Kronen monatlich erhalten würde, was täglich 9 Kronen 30 Heller ausmacht, wofür kaum ein Mittagmahl zu haben ist. Der Fortbestand der Bereitstellungsanlage und des Verpflegeregelungs wäre das Wenigste, was noch ausstehen werden müßte.

Durch die Demobilisierung werden auch die Reserve-, Landwehr- und Landsturmgagesisten, dann jene in der Evidenz entlassen werden. Diese fordern, wie bereits berichtet, eine Abfertigung, was bei vielen Personen durch die schwierigen Verhältnisse gerechtfertigt ist. Es müßte allerdings eine Spezialisierung in der Gewährung von Abfertigungen gemacht werden, und zwar zwischen solchen Personen, die auch während der Kriegsdienstleistung von ihren Dienstgebern (wie es zum Beispiel bei Banken, Fabriken usw. der Fall ist) die Gehalte bezogen haben, somit in Doppelbezügen gestanden sind, dann solchen, die beim Austritt aus der Kriegs-

Dienstleistung wieder in ihre früheren Stellungen zurückkehren können oder die überhaupt hinreichendes Vermögen besitzen, und solchen Reservegagesisten, die vorderhand keine Stellung haben oder finden können, also sozusagen brotlos sind. Diese letzteren müßten unbedingt eine hinreichende Geldabfertigung erhalten, um bis zur Erlangung einer Stelle leben zu können. Bei Staatsbeamten käme wohl die Gewährung einer Abfertigung gar nicht in Frage, da sie während der Kriegsdienstleistung nebst den Militärgebühren auch ihre Zivilgehälter weiter bezogen haben. Gegenwärtig besteht in vielen Gebührenfragen eine völlige Ungewißheit, so daß es zur Herbeiführung einer Beruhigung in den betreffenden Kreisen sehr wünschenswert wäre, wenn bald die Schaffung einer Klarheit eintreten würde.

**Antrag auf Untersuchung wegen der Vorgänge an der Südwestfront.**

Wien, 27. November.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung stellte Abgeordneter Friedmann folgenden Antrag: Das Staatsamt für Heerwesen wird aufgefordert: 1. Die Kommandanten der Formationen und Anstalten in der Steppe der Südwestfront vom Unterabteilungs-Kommandanten aufwärts zu verhalten, unverzüglich über die Gelder Rechnung zu legen und über die ihnen anvertrauten Materialien Rechenschaft zu geben. 2. Untersuchungen einzuleiten, um festzustellen, bei welchen Stäben der Südwestfront große Mengen von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen angesammelt waren und beim Rückzuge nicht abtransportiert wurden, während die Fronttruppen unsäglichen Entbehrungen ausgesetzt waren. 3. Untersuchungen gegen jene Organe des ehemaligen k. u. k. Kriegsministeriums einzuleiten, welche noch im Laufe des Monats Oktober dieses Jahres namhafte Bestellungen auf Kriegsmaterial vergeben haben.

### Sachdemobilisierung.

Durch die Demobilisierung sind große Vorräte an Materialien, Bedarfsartikeln aller Art, wie: Leder, Kleiderstoffe, Leinen sowie daraus hergestellte Waren (Schuhe, Kleider, Wäsche), ferner Bettzeug, Küchengerät und sonstige Haushaltungsgegenstände, aber auch Apparate, Maschinen, Kraftwagen, die zur Einrichtung und zum Betrieb von Wirtschaftsgenossenschaften, Gemeinschaftsküchen, Erholungsheimen, Sanatorien, dringend benötigt werden, frei geworden.

Diese kostbaren Gebrauchsgegenstände sind jetzt in Gefahr, dem Konsum der bedürftigen Volksschichten entzogen zu werden. Mehrmals wird der Versuch gemacht, Güter der Allgemeinheit einzelnen Interessengruppen zu Profitzwecken zu überantworten unter dem durchsichtigen Vorwand, daß es nunmehr vor allem gelte, dem privaten Handel die freie Bahn wieder zu eröffnen und Steuerträgern, die sich als der alleinige Nutzen des Staates aufspielen, beizuspringen. Übermals soll nach der veralteten Methode des Manöcher Liberalismus die Gewerbetreibenden betrieblen werden!

Eine solche neuerliche Begünstigung einer Händlergruppe wäre jedoch dem neuen Staate schädlich und seinem Ansehen abträglich. Gegen diese Auslieferung der Sachabrüstungsgegenstände und die damit beabsichtigte einseitige Begünstigung von privaten Interessenten, die ihre Profitzwecke als Konsumenteninteressen vorzutauschen beflissen sind, muß auf das energischste protestiert werden.

Die vom Kriege am schwersten betroffene Bevölkerungsschicht ist die des sogenannten alten und neuen Mittelstandes, sind die Angehörigen der beamteten und freien Berufe, die auf ein festes Einkommen beschränkt und außerstande sind, die unerhörten und zumeist spekulativen Preissteigerungen des freien Handels durch entsprechende Erhöhungen ihrer Bezüge zu paralisieren. Diese Gruppe des der Proletarisierung verfallenen Mittelstandes verdient in erster Linie Berücksichtigung und Hilfe! Können ist daher aus der Masse der freigewordenen Güter jene Menge sicherzustellen, die sie für die durch ihre Körperschaften organisierte Selbsthilfe, zu der sie der vierjährige Krieg unwiderstehlich gedrängt hat, benötigen.

Nur wenn diesem Begehren ohne Verzug Rechnung getragen wird, ist die Möglichkeit gegeben, die Milliardenwerte der Heeresverwaltung vor Verschleppung zu bewahren, die Hunderttausende der Familien der Beamten und Angehörigen der freien Berufe vor weiterer Benachteiligung durch den exzessiven Eigenwitz des freien Handels zu schützen. Die bedingungslose Auslieferung der von der Heeresverwaltung abzugebenden Sachgüter an den ungeachtet seiner gegenseitigen Befreiungen nur seinem Profitinteresse skrupellos nachjagenden Privathandel bedeutet die Alimentierung des Warenwuchers und damit die Preisgebung zahlreicher verarmter Familien des einstigen Mittelstandes, bedeutet ferner die Schädigung der von diesen Kreisen für deren bedürftige Angehörigen bestehenden Wirtschaftsgemeinschaften (Warenabgabestellen, Küchen, Rekonvaleszentenheime, Krankenanstalten).

Die Ueberlassung ausreichender Warenmengen an den organisierten Konsum ist das wirksamste Mittel zur Eindämmung nicht nur des Schleichhandels, sondern auch der spekulativen Preisbildung des freien Handels und zugleich die einzige Hilfe, die der Staat den am meisten bedrängten Schichten des ihm unentfremdeten Mittelstandes anzuwenden kann.

## Sachdemobilisierung.

Vom Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel wird uns geschrieben:

Die Bemerkungen, die in der Arbeiter-Zeitung vom 1. d. über die Durchführung der Sachdemobilisierung gemacht werden, enthalten Anregungen, die zum Teil vom Materialverwertungsamt bereits befolgt werden, während die Verwirklichung anderer unmittelbar bevorsteht. Die dringendste Aufgabe, die Sicherung der militärischen Sachgüter bei der überhätzten Demobilisierung, ist nach der unvermeidlichen Verwirrung der ersten Zeit nunmehr fast überall in guten Händen. Beim Schutz der militärischen Depots, die durch die regellose Ueberstellung der Liquidierung des Kriegsministeriums schuglos preisgegeben wurden, dürfte nicht schematisch vorgegangen werden, sondern es müßten die verlässlichen Kräfte, die jeweils verfügbar waren, nach örtlichen Bedürfnissen herangezogen werden, wobei die Volkswehr- und Sicherheitsmannschaften nicht entbehrt werden konnten. Die Sicherungsmaßnahmen mußten selbstverständlich vor allem rasch, wirksam und befehlsmäßig erfolgen; nach Ablauf der kritischsten Zeit werden sie in die Hände der sachlichen Verantwortlichen der einzelnen Wirtschaftszweige übergeben können.

Treffend sind die Bemerkungen über die Aufstellung von Verteilungs- und Verwertungsplänen. Die geforderten öffentlichen Sachverständigen zur Beratung der Güterverteilung sind vorbereitet und noch in dieser Woche werden sich im Rahmen des Materialverwertungsamtes zehn sachliche Verteilungskommissionen konstituieren, die aus Vertretern der beteiligten Staatsämter, der Industrievertreter, der Arbeiter und Konsumenten bestehen und deren Zusammensetzung oeffentlich werden wird. Diese Kommissionen werden alljährlich über die Reihenfolge und den Umfang der Verteilung an die verschiedenen Kategorien von Verbrauchern beschließen. Durch sie wird die Verteilung der verfügbaren Demobilisationsgüter, zwar nach allgemeinen Grundätzen, aber ohne bürokratische Stiefheit, sich den besonderen Bedürfnissen jedes Fachgebietes anpassen können. Die allgemeinen Grundzüge der Verteilung wurden schon vor Monaten in einer Denkschrift des Hauptauschusses für Kriegs- und Uebergangswirtschaft festgelegt. Sie unterscheiden zwischen den großen Kategorien des Staatsbedarfes, den die verschiedenen Staatsämter und öffentliche Körperschaften geltend zu machen haben, dem begünstigten Privatbedarf, das ist zum Beispiel der Bedarf der Konsumenten- und Gewerbeorganisationen, der Landwirtschaft etc., und in dritter Linie den unorganisierten Bedarf der freien Wirtschaft. Die Verteilungsbeschlüsse der Sachkommissionen werden durch Weisungen an das kommerzielle Organ der Sachdemobilisierung, die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung, ausgeführt, die die Uebergabe an den Verbrauch bewerkstelligt.

Eine schwierige Frage, die nur bei vollkommener geordneter, allmählicher Demobilisierung hätte befriedigend gelöst werden können, ist die Frage der Abgabe der Güter in repariertem oder unrepariertem Zustand. Die erwähnte Denkschrift hat hierfür besondere Regeln, je nach der Eigenart der betreffenden Güter, aufgestellt und zum Beispiel für Maschinen, Automobile etc. die Errichtung besonderer staatlicher Verwertungsorganisationen vorgesehen. In der That, die nunmehr unvermeidlich ist, wenn den Staats- und Privatwirtschaften die großen Werte der Demobilisierungsgüter unvermindert erhalten bleiben sollen, ist an die Neugründung besonderer Organisationen jedoch nicht zu denken und der zentralisierten Uebergabe zur Reparatur an einzelne Unternehmer stellen sich im Interesse der Staatsfinanzen wie auch einer billigen Preispolitik sehr ernste Bedenken entgegen, die der Fachmann leicht überblicken wird. Im übrigen wird auch über die Verwertung der Automobile demnächst eine der gemischten Sachkommissionen entscheiden.

Eine Forderung, bei der dem Verfasser des erwähnten Artikels, besonders zugestimmt werden muß, ist es zweifellos, daß in Zukunft die wichtigen amtlichen Maßnahmen in größerer Oeffentlichkeit vorbereitet und entschieden werden müssen, als es im alten Oesterreich der Fall war.

**Sachdemobilisierung!** Man berichtet uns: Dem Militärversorgungs Magazin Schwedat war eine Sackwasch- und Reparaturanstalt, die 500 Arbeiterinnen beschäftigte, angegliedert. Am 1. Dezember befanden sich dort etwa zwei Millionen reparaturbedürftiger Säcke, außerdem 70.000 Meter unverarbeiteter Jute Stoff. Der Betrieb war vollkommen ausgebaut. Sechzig Singer-Nähmaschinen, die elektrisch betrieben wurden, erzeugten im Tage an 6000 gebrauchsfähige Säcke; Handnäherinnen ergänzten sie auf 10.000. Während es selbstverständlich gewesen wäre, den Betrieb aufrecht zu erhalten, nur der Säckennot, die sich ja im nächsten Jahre erst recht fühlbar machen wird, zu steuern — dabei sei erwähnt, daß trotz der Unabhängigkeitserklärung Böhmens, die gerade vor der Tür stand, 1.800.000 Säcke dorthin abgepackt wurden —, hat das Lagerhaus der Stadt Wien, das das Versorgungs Magazin in

Swedat samt der Sackreparaturanstalt übernommen hat, den Betrieb in der Reparaturanstalt eingestellt. Die geschulten Arbeiterinnen wurden entlassen und brotlos gemacht. Die Maschinen und alle anderen Betriebsbestandteile werden verkauft werden und die Säcke wahrscheinlich später zum ungeeignetsten Zeitpunkt entweder im ungebrauchsfähigen Zustand veräußert oder zur Reparatur an Privatfirmen abgegeben werden, die sicherlich auf Kosten des Volksvermögens und zu ihren eigenen Nutzen die Säcke entsprechend teurer reparieren werden. Die zahlreichen sonstigen Investitionen, die während des Krieges in diesem Betrieb gemacht wurden, werden rücksichtslos verschleudert werden.

**Das Schicksal der Heeresgüter.****Äußerungen des Unterstaatssekretärs Riedl.**

Im Hinblick auf die jüngst in unserm Blatte erschienenen Äußerungen des tschechischen Gesandten Tufar hat einer unserer Mitarbeiter den Unterstaatssekretär Riedl um Aufklärungen über die vom Gesandten Tufar gegen die Durchführung der Sachdemobilisierung in Deutschösterreich erhobenen Beschwerden er sucht. Unterstaatssekretär Riedl machte unserm Mitarbeiter darüber folgende Mitteilungen:

Die von der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung und dem Staatsamt für Kriegs- und Uebergangswirtschaft eingeleiteten Maßnahmen haben sich bisher fast ausschließlich auf die Sicherstellung der Demobilisierungsgüter bezogen. In den ersten Tagen nach dem Zusammenbruch herrschte eine ungeheure Verwirrung. Die Magazine wurden vielfach von ihren Bewachungsmannschaften verlassen, und es ist nur der Opferwilligkeit und Pflichttreue der wenigen Zurückgebliebenen zu danken, daß das ärarische Eigentum nicht gänzlich herrenlos jedem Zugriff vollständig preisgegeben blieb. Trotzdem kam es in dieser Zeit der ersten Wirrnis an verschiedenen Orten zu bedauernden Vorfällen, und wenn auch von förmlichen Plünderungen nur in vereinzelt Fällen gesprochen werden kann, so wurden doch in dieser Zeit nicht unbedeutende Schäden und Abgänge verursacht. Teilweise haben sich an diesen Uebergriffen auch die abziehenden Wachmannschaften beteiligt. So wurden die Anlagen des Wiener-Neustädter Flugfeldes von den Bewachungsmannschaften, die fast ausschließlich aus nichtdeutschen Truppen bestanden, vollständig geplündert und ein Teil der Beute beim Verantwärtlichen der aus Wiener-Neustadt ausgerückten Volkswehr auf Automobilen weggeschafft. Ebenso ist es Tatsache, daß aus den Automobildévots in Strebersdorf die in ihre außerhalb Oesterreichs liegende Heimat abziehenden Mannschaften sich der daselbst befindlichen Automobile bedienten und dabei auch noch andre Dinge mitgehen ließen.

Das Staatsamt für Kriegs- und Uebergangswirtschaft wurde vom Staatsrat zunächst mit der Aufgabe betraut, das vorhandene militärische Gut zu sichern und seine Verwendung für friedliche Zwecke vorzubereiten. Seine Tätigkeit war in den ersten Wochen vorzugsweise hievon in Anspruch genommen. Heute kann gesagt werden, daß diese Aufgabe in den Gebieten, die nicht unmittelbar Rückzugsgebiet der Armee bilden, im großen und ganzen gelöst ist und daß auch unter nicht unbedeutenden finanziellen Opfern überall für die entsprechende Sicherung und Bewachung der militärischen Lager Sorge getragen ist. Wo Fälle unberechtigter Veräußerung festgestellt wurden, ist die Strafanzeige erstattet worden. Naturgemäß wurde gleichzeitig mit der Sicherung auch die Inventarisierung und die Vorbereitung für die künftige Verwertung eingeleitet. Vollständig unzutreffend ist es dagegen, daß vom Staatsamt für Kriegs- und Uebergangswirtschaft oder von der Hauptanstalt Auktionen und Veräußerungen zu Schleuderpreisen vorgenommen worden seien. Die hierüber verbreiteten, ins Maßlose gehenden Gerüchte mögen auf die oben berührten Vorfälle und darauf zurückzuführen sein, daß die von der Front zurückkehrenden Truppen vielfach Ausrüstungsgegenstände und Vorräte, die nicht immer in ganz ordnungsmäßiger Weise in ihren Besitz gelangt sein mochten, maßlos veräußerten.

Es ist jedoch sicher, daß diese Vorfälle sich nicht auf Deutschösterreich beschränkten und daß ihr Grund nicht in unsern inneren Zuständen, sondern in Verhältnissen zu suchen ist, für die die deutschösterreichische Regierung nicht verantwortlich gemacht werden kann. Insbesondere ist es vollständig unrichtig, daß irgendeine Auktion von Militärautos stattgefunden habe oder von der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung beabsichtigt gewesen sei. Autos wurden bisher überhaupt nicht abgegeben, ausgenommen einzelne wenige Fälle, in denen sie für öffentliche Zwecke beansprucht wurden. Ebenso ist es eine Fabel, daß das Dépot in Körneuburg den Befehl erhalten habe, noch in diesem Monat alles zu verkaufen. Auch im übrigen wurden Verkäufe nur in außerordentlich beschränktem Umfange vorgenommen oder zugelassen, und zwar dort, wo eine Veräußerung notwendig wurde, um Waren vor dem Verderben zu schützen, sie vor drohender Verschleppung oder Plünderung zu bewahren oder einem offenkundigen Notstand der Bevölkerung zu begegnen. Die Berücksichtigung solcher Notstände ist um so mehr unerlässlich, als wir nicht nur von allen auswärtigen Zufuhren abgeschnitten sind, sondern auch der frühere freie Verkehr der verschiedenen Länder der Monarchie untereinander nicht mehr besteht. Das gleiche Vorgehen wurde übrigens — wie uns wohl bekannt ist — auch im Gebiete des tschecho-slowakischen Staates und in allen andern Nationalstaaten geübt. Im übrigen könnte man sich dazu Glück wünschen, wenn eine gleich gewissenhafte Behandlung der Heeresgüter wie in Deutschösterreich überall Platz gegriffen hätte. So ist uns beispielsweise von Maßnahmen zur Sicherung des militärischen Gutes in den Stappengebieten des Südens und in Galizien bisher nichts bekannt geworden.

Daß die Verwertung der Heeresgüter so gewissenhaft wie nur möglich durchgeführt werden muß und daß der erzielte Erlös ein gemeinsames Aktivum darstellt, dessen Verteilung den Gegenstand von Verhandlungen zu bilden haben wird, stand für die deutschösterreichische Regierung von vorneherein fest. Ebensovienig haben wir es abgelehnt, aus der Demobilisierungsmasse andern Nationalstaaten Güter in Natur zu überlassen, wenn sie konkrete Wünsche äußern. Auch an Kompensationen wurde eine solche Ueberlassung nicht gebunden. Es wurde nur die Eröffnung eines freundschaftlichen Verkehrs im allgemeinen als eine selbstverständliche Voraussetzung dafür behandelt. Von einem solchen ist bisher allerdings noch nichts zu sehen, ob aus politischen oder andern Gründen, ist für uns gleichgültig.

### Gesandter Tuzar über Kohlenfrage und Gachdemobilisierung.

Über den derzeitigen Stand der Kohlen- und Liquidationsfrage, dann aber auch andre schwebende Fragen machte der tschechische Gesandte Tuzar einem unserer Mitarbeiter folgende Mitteilungen:

„Heute werden die Prager Verhandlungen eröffnet werden. Ich bin bezüglich ihres Verlaufes nach wie vor optimistisch. Es ist nur zu bedauern, daß ein Teil der Wiener Presse die Namen der Teilnehmer vorzeitig veröffentlicht hat, da dadurch das Ergebnis der Verhandlungen bereits im vorhinem unrichtig beeinflusst werden könnte. Doch

wollen wir weiter auf ein günstiges Ergebnis hoffen. Alles was Wien braucht, werden wir natürlich nicht liefern können, aber zumindest die zur Aufrechterhaltung der wichtigsten Lebensbedingungen nötige Quantitäten werden voraussichtlich ohne größere Schwierigkeiten bewilligt werden. Ich habe überdies gestern aus Prag die Mitteilung erhalten, daß sich eine eigene Kommission auf die Nordbahnstrecke begeben wird, um die daselbst unter den untergeordneten Organen noch bestehenden Schwierigkeiten betreffs des Kohlen-transportes zu beseitigen.

Nur wäre es in hohem Maße wünschenswert wenn die nationaltsche Presse auf deutschösterreichischer Seite ihre Kampagne gegen die Tschechen die während der Tagung der Verhandlungen nur böses Blut in Prag erregen kann, einschränken würde. Denn die Zeiten, da von Wien aus Beschlüsse fällen, sind endgültig vorüber, und alle diese Feindseligkeiten können die gerade jetzt bei den nahen Erledigung der Liquidierungen nötige gute Stimmung auf beiden Seiten nur nutzlos verbittern. Denn die Herren dürfen nie vergessen, daß Deutschösterreich augenblicklich ein armes Land ohne Kohle und Lebensmittel und auf die Verhandlungen mit den ehemaligen Handelspartnern angewiesen ist, was bei ich überzeugt bin, daß es sich bei den jetzigen Auseinandersetzungen mehr um Stimmungen handelt, die bald wieder abflauen dürften. Außerordentlich stehen wir ja vor der wichtigen Frage der Liquidationen, die ein beiderseitiges Entgegenkommen erfordern. Und da verlangen wir vor allem als vorläufigen Gegenwert für unsere Zugeständnisse, daß die Verschleuderung auf den Auktionen der militärischen Güter doch endlich ihr Ende nehmen auf Zeitungsstellen kann ich mich darüber freilich nicht einlassen. Ferner fordern wir, daß der deutschösterreichische Staat, dem wir die Lebensbedingung der Kohle nicht verweigern wollen, doch auch uns das unerlässlich Nötigste zur Verfügung stelle.

Wir haben beispielsweise durch die Befreiung der Slowakei ein Eisenbahnenetz von 3000 Kilometer gewonnen, und brauchen daher Eisenbahnmateriale, Telephone und Autos. Wir wollen ja nichts umsonst, aber dies sind die dringendsten Lebensnotwendigkeiten unseres Staates, ohne deren Lieferung wir uns bei der Liquidationsfrage ebenso zurückhaltend zeigen werden. Unser junger Staat konnte ja nicht wie die deutschösterreichische Republik bereits bestehende Staatsämter einfach übernehmen. Bei uns in Prag waren zuerst alle Ministerien in einem Hause untergebracht, und es wurde, da es an Schreibtischen mangelte, auf Wirtschaftstischen amtiert. Wir haben

in Prag keine Autos für die Staatsämter, während in Wien die Notände voll von Kraftwagen ist — alles Gegenstände, die wir dringend benötigen. Die Meldung, daß wir die Kohle und alles was wir Deutschösterreich liefern, möchte ich verneinen. Unser einziges Interesse bei der Kohlenlieferung ist das der Aufrechterhaltung der Ruhe, und die Entente hat auch nur diese Absicht. Allerdings ist die Entente mit der Verschickung von Waffen und Truppen nach Nordböhmen und Nordmähren von Ihrer Seite nicht einverstanden. Darüber wird man ja auch von der Entente bald direkt hören, und zwar, wie ich glaube, in der nächsten Zeit. Betreffend der Einlösung der Zännergeldscheine der Kriegsanleihe nehmen wir die gleiche abwartende Haltung wie bei den übrigen Fragen ein. Solange man nicht ordnungsgemäß liquidiert, fällt es uns nicht ein, für die Kosten dieses unseligen Krieges aufzukommen. Es muß alles ordnungsgemäß bis in alle Einzelheiten geregelt werden.

Persönlich bin ich — so schloß der Gesandte — in der Kohlenfrage wie in den andern Fragen nach wie vor Optimist. Denn ich glaube, daß die Zeit der nationalen Kämpfe bald vorüber sein wird. Zum Schiedsgerichtsorschlag des Dr. Baues kann ich mich noch nicht äußern, der Prager Regierung ist er von mir übermittelt worden. Aber ich denke, daß in wenigen Jahren die Bitterverjüngung große Fortschritte gemacht haben wird. Die kommende Zeit wird nicht mit nationalen, sondern mit großen sozialen Kämpfen und Umwälzungen erfüllt sein.“

Ein Komitee der industriellen Unternehmer und Kaufleute Wiens hat eine Abordnung nach Prag entsendet, um dort mit der tschecho-slowakischen Regierung und den Kohlenindustriellen sowie den sonstigen in Betracht kommenden Kreisen in Verhandlungen zu treten.

### Die Liquidierungsverhandlungen.

Die seit längerer Zeit an verschiedenen Stellen schwebenden Verhandlungen über die Aufteilung der Aktiven und Passiven unter den neuentstandenen Nationalstaaten haben, wie wir hören, insoferne einen Fortschritt ergeben, als über die formale Behandlung der Angelegenheit eine Verständigung zwischen den Vertretern der Nationalstaaten erzielt werden konnte. Im Rahmen dieser allgemeinen Liquidierungsverhandlungen finden, wie schon gemeldet, Beratungen über die Sachgüterdemobilisierung statt, hinsichtlich welcher insoferne ein Dissens besteht, als seitens der tschecho-slowakischen Staaten die Ueberlassung von Gütern in natura verlangt war, während der bisherige Standpunkt der war, daß die Nationalstaaten nur an dem Erlös partizipieren sollen. Welchen Wert der tschecho-slowakische Staat auf die Ueberlassung von Gütern in natura legt, geht aus der gestern über die Prager Kohlenberatungen eingetroffenen Meldung hervor, wonach von tschecho-slowakischer Seite für die Erfüllung der Wünsche Deutschösterreichs eine Reihe von Kompensationsforderungen gestellt werden, so die Ueberlassung von Automobilen und Förderdrahtseilen für den Bergbaubetrieb. Es bestehen nun allem Anschein nach begründete Aussichten dafür, daß in dieser Frage ein Kompromiß zwischen dem deutschösterreichischen und dem tschecho-slowakischen Staat erzielt werden wird. Kommt es aber in der Frage der Sachgüterdemobilisierung zu einer Vereinbarung, so ist wohl die Erwartung auf eine erfolgreiche Auseinandersetzung hinsichtlich der großen Liquidierungsfrage, nameentlich hinsichtlich der Uebernahme des aliquoten Teiles der Passiven um so mehr gerechtfertigt, als ja die Sachgüter mit Kriegsanleihe bezahlt worden sind.

**Die Verhandlungen über die Demobilisierung.**

Wien, 9. Dezember.

Gestern hat im Schoße der österreichischen Regierung eine Besprechung über die Lösung der Demobilisierungsfrage im Verhältnis zu den anderen Nationalstaaten stattgefunden. Heute folgte eine Konferenz mit den tschechischen Vertretern. Der Ausgang solcher Verhandlungen läßt sich naturgemäß nicht voraussagen, soviel scheint jedoch festzustehen, daß der Wunsch vorhanden ist, zu einer vernünftigen Lösung zu gelangen. Da dieser Wille besteht, nimmt man an, daß auch der Weg hierzu gefunden werden wird. Es wäre dann nicht ausgeschlossen, daß im Laufe der nächsten Tage eine Vereinbarung darüber zustande kommen könnte.

Man vertritt hier den Standpunkt, daß die Aktiven und Passiven gemeinsam sind und daß jedem Nationalstaat ein Anspruch an den Aktiven zustehe, wenn er dem anderen State auch reziprok den entsprechenden Anteil an den im eigenen Lande befindlichen Aktiven gewährt und ebenso mit der entsprechenden Quote an den Passiven teilnimmt.

**Die Verhandlungen mit dem tschechischen Staat.**

Die Korrespondenz der deutschösterreichischen Nationalversammlung meldet: Die in letzter Zeit von einem Teile der Wiener Presse verzeichneten Gerüchte über eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschösterreich und der tschechoslowakischen Republik, die sogar schließlich die Sensationsmeldung gezeitigt haben, daß geradezu ein offener Bruch und die Abreise des Gesandten drohe, sind vollkommen aus der Luft gegriffen. Die Verhandlungen zwischen beiden Staaten haben sich im Gegenteil in der allerletzten Zeit leichter gestaltet. Ueber die einen Verhandlungspunkt bildenden Fragen der Sachdemobilisierung und der Liquidation wurde in der letzten Sitzung des Staatsrates beraten und der Weg zur Klärung dieser schwierigen Angelegenheiten geebnet.

### Ein deutsches Wort über die „Demobilisierung“ des Dr. Deutsch.

Das Armee-Oberkommando der bestandenen I. u. I. Armee ersucht durch die „Korr. Wilhelm“ die Blätter um Aufnahme folgender Zeilen: In den Tagesblättern des 23. November l. J. wurden Äußerungen des Unterstaatssekretärs im Staatsamt für Heerwesen, Dr. Deutsch, wiedergegeben, dahingehend, daß die personelle Demobilisierung abgeschlossen sei, daß sie „binnen drei Wochen“, statt, wie vom Generalstab kalkuliert, „erst nach mehreren Monaten“ durchgeführt worden sei, und daß sich hierin ein Gewinn von mehreren Millionen ergebe. Das Armee-Oberkommando teilte hierauf am 25. November dem Staatsamt für Heerwesen mit, daß die personelle Demobilisierung, ausgenommen an der Südwestfront, noch nicht abgeschlossen sei, daß ferner das Kalkül des Generalstabes auf die Voraussetzung einer ordnungsmäßigen Demobilisierung aufgebaut worden sei und, daß durch die ungeordnete Demobilisierung wohl einerseits Millionen erspart wurden, andererseits aber viel mehr Millionen an Sachgut uneinbringlich verloren giengen. Das Staatsamt für Heerwesen, das um entsprechende Richtigstellung der Äußerungen des Unterstaatssekretärs Dr. Deutsch ersucht wurde, kam diesem Ersuchen nicht nach, sondern verwies das Armee-Oberkommando auf den Weg der Presse. Dieser wird hiemit eingeschlagen.

Herr Dr. Deutsch hatte unrecht, das ist klar; jeder weiß, wieviel Millionen und Abermillionen bei dieser Art der „Demobilisierung“, die Herr Dr. Deutsch so rühmlich wegen ihrer Billigkeit rühmte, zugrunde gehen, gestohlen, verschleudert, nutzlos vergeudet, im Straßengraben ruiniert werden; Fachleute berechnen den Schaden, der durch die regellose Demobilisierung herbeigeführt worden ist, sogar auf Milliarden. Doch irren ist menschlich und es wäre eben Herrn Dr. Deutsch kein Stein aus seiner Krone gefallen, wenn er seinen Irrtum, nachdem er ihm nachgewiesen worden war, berichtigt hätte. Aber das Staatsamt für Heerwesen verweigerte die Berichtigung und verwies auf die Presse. Das ist bequem, nobel ist es nicht.

14./XII. 1918

86

## Abschluss eines deutschösterreichisch-czechischen Uebereinkommens über die Demobilisierungsgüter.

Wien, 13. Dezember.

Nach langen schwierigen Verhandlungen, in denen sich ursprünglich starke Gegensätze zeigten, ist ein Uebereinkommen über die Demobilisierungsgüter zwischen der deutschösterreichischen und der czechischen Regierung abgeschlossen worden. Seine prinzipielle Bedeutung liegt darin, daß es der erste Vertrag zwischen dem deutschösterreichischen und dem czechischen Staate ist und daß nach einer Atmosphäre des gegenseitigen Mißtrauens schließlich der Weg einer Verständigung gefunden werden konnte. Dadurch eröffnet sich die Aussicht, daß weitere wirtschaftliche Verhandlungen vielleicht zu dem gleichen Ergebnisse führen dürften. Gegenwärtig finden in Wien und Prag wichtige Besprechungen über die Erfüllung der Verbindlichkeiten aus den Kriegsschulden statt, und maßgebende Kreise hoffen, daß die Erörterungen über die finanzielle Liquidierung des alten Staates ein rascheres Tempo nehmen werden, wobei auch die Forderungen der Heereslieferungsindustrie an das Kriegsministerium eine Regelung finden werden. Demnächst werden Verhandlungen über die Liquidierung der Bestände der Zentralen geführt werden, und wenn hierbei ein Ausgleich, der den beiderseitigen Interessen entspricht, erzielt werden sollte, könnten die wirtschaftlichen Schranken fallen, die gegenwärtig zwischen den beiden Staatsgebieten aufgerichtet sind. Natürlich hängt ein Einvernehmen auch von der Entwicklung der politischen Beziehungen ab, die sich infolge der Befreiung rein deutscher Gebiete in Böhmen gegenwärtig nicht erfreulich gestaltet haben.

Nach dem jetzt geschlossenen Vertrage verpflichten sich der deutschösterreichische und der czechische Staat, eine sorgfältige Behahrung mit den Demobilisierungsgütern durchzuführen und alle notwendigen Vorkehrungen zu ihrer Erfassung und Sicherung einzuleiten. Verkäufungen von Demobilisierungsgütern sollen nur nach Maßgabe der getroffenen Vereinbarungen stattfinden. Man war bei der Abmachung von dem Bestreben geleitet, der endgültigen Aufteilung nicht vorzugreifen, aber dennoch die Verwendung des dringend benötigten Materials für die Zwecke der Volkswirtschaft, insbesondere zur Deckung eines Bedarfes zur Verhütung von Notständen, zu ermöglichen. Zu diesem Zwecke ist man übereingekommen, daß jeder der beiden Staaten auf Rechnung des bei der allgemeinen Liquidierung auf ihn entfallenden Anteiles ein Fünftel des in jedem der beiden Staatsgebiete jeweilig vorhandenen Materials sofort in natura in Anspruch nehmen kann. Das geschieht vorbehaltlich der Auseinandersetzung über die übrigbleibenden Bestände, die natürlich von dem Verhältnis zu den anderen Nationalstaaten beeinflusst werden wird. Diese Abmachung bedeutet also, daß Deutschösterreich ein Fünftel der in seinem eigenen und ein Fünftel der im czechischen Gebiete befindlichen Demobilisierungsgüter und ebenso auch die czechische Regierung ein Fünftel ihrer und ein Fünftel der deutschösterreichischen Demobilisierungsgüter in natura beanspruchen kann. Je drei Fünftel verbleiben für eine Aufteilung, an der auch die anderen Nationalstaaten auf Grund von Vereinbarungen teilnehmen können. Die deutschösterreichischen Demobilisierungsgüter werden dem Werte nach höchstens zwei, vielleicht nur anderthalb Milliarden, die czechischen ungefähr dreiviertel Milliarden ausmachen. Würde man von anderthalb Milliarden deutschösterreichischer Demobilisierungswerte ausgehen, so würden die Czechen davon ungefähr 300 Millionen, die Deutschösterreicher hingegen etwa 150 Millionen czechischer Güter in natura sofort in Anspruch nehmen können. Dazu kommt für Deutschösterreich das eigene Fünftel von 300 Millionen, für das czechische Gebiet das eigene Fünftel von 150 Millionen, so daß für jedes der beiden Ländergebiete der gleiche Zweifünftelwert von je 450 Millionen Kronen resultiert. Diese Ziffern sollen nur ein ungefähres Bild der Werte innerhalb wesentlicher Fehlergrenzen geben. An deutschösterreichischen Demobilisierungsgütern kommen hauptsächlich

lich Leder, Bekleidungsartikel, Metalle, Geräte für un-mittelbare Heereszwecke, Eisenbahnmateral, Automobile und Maschinen in Betracht; im czecho-slowakischen Staate überwiegt das Bekleidungs- und Ausrüstungsmaterial, ferner sind dort Maschinen und verschiedenes Bergegut in größerem Umfange vorhanden.

Es liegt in der Natur der Sache, daß ein Uebereinkommen mit einem anderen Nationalstaat nur unter der Voraussetzung geschlossen werden kann, wenn die zur Sicherung und Erfassung der Güter getroffenen Vorkehrungen gleichwertig sind. Denn man kann einem Lande, das die auf seinem Territorium befindlichen Güter gewissenhaft erfasst und verwertet, nicht zumuten, Sachwerte einem anderen Staate zu überlassen, der sie dem Verderben und fremdem Zugriff überläßt und dadurch den Gegenkontrahenten schädigt, der nur eine geringe Menge von Gütern herausholen kann.

Um beiden Teilen die Kontrolle über das jeweilig vorhandene Material zu ermöglichen und die gegenseitige Uebergabe und Uebernahme durchzuführen, wird eine Kommission aus je drei Vertretern beider Staaten bestellt. Diese Kommission kann auch Fachorgane zuziehen, deren Legitimation von der Gegenseite bestätigt sein muß. Diese Organe haben das Recht, die Lager zu besichtigen und die zuständigen Behörden, Kommanden und die Demobilisierungsanstalt werden angewiesen, sie in ihren Funktionen zu unterstützen. Die Behahrung der Kommission beruht auf völkerrechtlichen Grundsätzen, und einer Ueberstimmung in derselben wird vorgebeugt.

Wichtig ist, daß die jetzt vereinbarte Verteilung von einem Fünftel der künftigen Berechnung des Erlöses, der ein gemeinsames Minimum bildet nicht vor-

greifen soll. Es wird selbstverständlich Aufgabe sowohl der czechischen als der deutschösterreichischen Regierung sein, gegenüber den anderen Nationalstaaten darauf Bedacht zu nehmen, daß nicht etwa die Verpflichtungen hinsichtlich der gemeinsamen Masse durch den Verlust des zu behütenden Materials verringert werden.

## Die Sachdemobilisierung.

Ein vorläufiger Aufstellungsschlüssel für die Deutschen und Tschechen.

In den letzten Tagen haben im Staatsamte für Aeußeres Verhandlungen über die Sachdemobilisierung zwischen der deutschösterreichischen und der tschechoslovakischen Republik stattgefunden. Es wurde ein vorläufiges Uebereinkommen geschlossen, das nunmehr beiden Regierungen zur Ratifizierung vorgelegt werden wird. Um der endgültigen Aufteilung des Kriegsmaterials auf die einzelnen Nationen nicht vorzugreifen und dennoch die Verwendung des dringend benötigten Materials zu ermöglichen, sind die beiden Staaten übereingekommen, daß jeder von ihnen auf Rechnung des bei der allgemeinen Liquidierung auf ihn entfallenden Anteiles ein Fünftel des in jedem beider Staatsgebiete vorhandenen Materials sofort in Anspruch nehmen kann. Zur Kontrolle über das vorhandene Material und zur Durchführung der gegenseitigen Uebergabe und Uebernahme wird eine Kommission aufgestellt, die aus je drei Vertretern der beiden Regierungen zusammengesetzt wird.

**Uebereinkommen über die Sachdemobilisierung.**

Wien, 13. Dezember.

Die Vertreter der deutschösterreichischen und der tschechoslowakischen Republik sind übereingekommen, daß jeder der beiden Staaten auf Rechnung des bei der allgemeinen Liquidierung entfallenden Anteiles ein Fünftel des in jedem der beiden Staatsgebiete vorhandenen Materials sofort in Anspruch nehmen kann.

16/ XII. 1918.

**Die Abfindung der Offiziere und Beamten.**

N. Berlin, 15. Dezbr. (Reich-Zeit.) In Ergänzung der Verordnung über die Abfindung der Offiziere und Beamten vom 23. November ist für die Zeit der Demobilisierung vom 1. Dezember bis längstens 31. März 1919 für die mit Friedensgehältnissen Abgefundenen jetzt folgende Bestimmung erlassen worden: 1. Sämtliche Offiziere und Beamte einschließlich der Hilfsbeamten mit einem Gehalt ohne Wohnungszuschuß bis zu 5000 Mk. einschließlich erhalten neben ihren Friedensgehältnissen eine Demobilisierungszulage von 75 Mark monatlich. Offiziere und Beamte mit einem Gehalt von mehr als 5000 Mark erhalten die Zulage in der Höhe, daß sie insgesamt nicht weniger erhalten als sie bekämen, wenn sie noch in der nächsten unter 5000 Mark liegenden Gehaltsstufe ihrer Befolungsklasse stünden. 2. Alle nicht dem Friedensstand angehörenden Offiziere und Beamten erhalten, sofern sie außerhalb ihres Wohnortes (politische Gemeinde) verwendet werden und einen doppelten Haushalt führen, eine tägliche Entschädigung in Höhe von drei bis sechs Mark. 3. Den Offizieren wird als Entschädigung für nicht gestellte Pforten eine im voraus zahlbare Monatszulage von 45 Mark gewährt. 4. Die nicht dem Friedensstand angehörenden Offiziere und Beamten erhalten Gehalt nach Dienstaltersstufen nach Maßgabe der in ihrem Dienstgrad tatsächlich abgeleisteten aktiven Dienstzeit (einschließlich Übungen), beginnend vom ersten Tage des Monats ihrer Ernennung.

18. VII. 1918

88

## Ein Demonstrationzug der Heimkehrer.

Heute um 11 Uhr vormittags erschienen in geschlossenem Zuge etwa 250 Heimkehrer mit Transparenten vor dem Kriegsministerium. Es waren durchwegs aus Rußland vor einiger Zeit heimgekehrte Kriegsgefangene, viele noch in russischen und sibirischen Uniformen. Auf den Transparenten stand: „Heimkehrer aus russischer Gefangenschaft fordern ihre Gebühren!“ Vor dem Kriegsministerium angelangt, stellten sie sich auf und entsandten eine Deputation zum Unterstaatssekretär Dr. Deutsch mit einem Memorandum, in dem sie sowohl die Auszahlung der ihnen zukommenden Gebühren, wie auch die Versorgung mit Kleidern und Schuhen forderten. Sie wiesen darauf hin, daß sie sich nicht mit den übrigen Heimkehrern vergleichen lassen, denn sie hätten eine schwere Zeit hinter sich und auch ihre Flucht aus Rußland berechtige sie zu besonderen Forderungen. Bis zur Mittagsstunde weilte die Deputation noch im Staatsamt.

## Eine Kundgebung der Mittelschüler.

Heute um 10 Uhr vormittags versammelten sich auf dem Schwarzenbergplatz etwa 2000 Mittelschüler, die in geordnetem Zuge vom Schwarzenbergplatz aus über den Ring zum Staatsamt für Kultur und Unterricht zogen. Dort angekommen, übergab eine Deputation ein Memorandum, in dem die Forderungen der Mittelschüler, die sich insbesondere auf Studiene erleichterungen für die aus dem Felde heimgekehrten Schüler erstrecken, niedergelegt sind.

Vom Unterrichtsministerium zogen die Demonstranten zur Universität und über den Ring zum Parlament. Die Demonstranten wollten Einlaß in das Parlamentsgebäude finden, wurden aber durch einen Kordon Wache zurückgedrängt.

Einigen Mittelschülern gelang es trotzdem, den Kordon zu durchbrechen und auf die Rampe zu gelangen. Nach

kurzer Zeit erhielt aber die Wache Sulkurs und drängte die Demonstranten wieder zurück. Dies alles ging unter furchtbarem Lärm, Schreien und Pfeifen vor sich. Einige Schüler ließen sich auch zu Tätlichkeiten hinreißen. Der Wache gelang es endlich, Ordnung zu machen und um die Mittagsstunde zogen die Demonstranten ab.

## Nachzugler des Krieges.

### Rückkehr aus der italienischen Kriegsgefangenschaft.

Der Hauptdelegiertevertreter des Oesterreichischen Roten Kreuzes Hauptmann Viktor Münzer ist vorgestern mit 90 Schwestern des Roten Kreuzes, die gleich ihm Anfang November dieses Jahres von den Italienern gefangen genommen worden waren, aus Trient nach Wien zurückgekehrt. Hauptmann Münzer war als Kommandant eines Felddepots des Oesterreichischen Roten Kreuzes auf dem Rückzuge von Bergine in Gefangenschaft geraten und mit seinem Personal nach Trient gebracht worden. Gleich ihm kamen im Laufe der letzten Wochen viele Ärzte und Rote Kreuzschwestern, die ebenfalls gefangen genommen worden waren, nach Trient. Mit Rücksicht auf

vielen Hunderte von erkrankten Angehörigen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Armee, die sich in der Stadt angesammelt hatten, schlug Hauptmann Münzer dem italienischen Kommando die Errichtung eines Spitals in Trient vor, welcher Plan angenommen wurde und zur raschesten Durchführung gelangte. Während der letzten sechs Wochen waren in dieses Spital mehr als 4000 Mannschafspersonen und Offiziere aufgenommen worden, von denen der größte Teil die Anstalt als genesen verlassen konnte. Die italienischen Behörden teilten die Genesenen verschiedenen in Italien gelegenen Gefangenenlagern zu. Da mittlerweile der Krankenzug nach dem provisorisch errichteten Trienter Spital, das den amtlichen Titel „Spedale austriaco Nr. 1“ führt, so ziemlich aufgehört hatte, richtete Hauptmann Münzer an das italienische Oberkommando ein Gesuch des Inhaltes, ihn und 90 Schwestern, deren Tätigkeit nicht mehr notwendig sei, freizugeben und sie nach der Heimat zu entlassen. Diesem Ersuchen gab das italienische Armeesoberkommando Folge, so daß der Delegierte und die Schwestern am 14. d. aus Trient abreisen konnten. Eine Anzahl Militärärzte und Verwaltungsbeamte, die ebenfalls als Gefangene in diesem Spital ihren Dienst versahen, mußte noch zurückbleiben, doch gab die italienische Behörde die Versicherung, daß ihnen nach vollständiger Evaluierung des Spitals die Rückkehr nach ihrer Heimat gestattet werden wird. Hauptmann Münzer brachte aus Trient eine Namensliste dieser dort zurückgebliebenen Armeeingehörigen und die Adressen ihrer Familien mit. Die Brundbesleitung hat sie sofort von dem Wohlbefinden der im Trienter Spital zurückgebliebenen Kriegsgefangenen verständigt.

20. VII. 1918

91

### Die Durchführung der Sachdemobilisierung.

Der politische Umsturz macht es notwendig, die im Juli 1918 noch für ganz Oesterreich errichtete Hauptanstalt für Sachdemobilisierung den neuen Verhältnissen anzupassen. Durch eine heute erscheinende Vollzugsanweisung wird vor allem der Wirkungskreis der Hauptanstalt auf Deutsch-Oesterreich beschränkt. Die mit Staatsratsbeschluß erfolgte Zuweisung der Aufgaben der unmittelbaren Kriegsgüterverwertung an die Hauptanstalt zwingt aber auch zu Veränderungen im inneren Aufbau: Das Materialverwertungsamt hat für die Erfassung und Sicherung sowie für die Verteilung der Kriegsgüter unter Wahrung der öffentlichen Interessen zu sorgen, während der Hauptanstalt die Durchführung der Verkäufe zufällt. Zum Präsidenten der

Hauptanstalt wurde Sektionschef Künstler bestellt, in den Administrationsrat, dem eine gewisse Autonomie gegenüber der Anstaltsleitung eingeräumt ist und der nicht aus Beamten, sondern aus Männern der Praxis und des öffentlichen Lebens, aus Vertretern von Industrie, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft, der Konsumenten und der Arbeiterschaft zusammengesetzt ist. Außerdem ist die Errichtung einer Preisprüfungskommission vorgesehen, welche aus 5 bis 7 Mitgliedern besteht und die allgemeinen Grundsätze für die Preisbildung und Preisfestsetzung bei der Kriegsgüterverwertung aufstellen und in speziellen Fällen auch die Höhe der Preissätze festlegen soll.

Trotz aller Schwierigkeiten hofft man, das außerordentlich komplizierte Werk der Sachdemobilisierung in etwa sechs Monaten beenden zu können.

## Die Sachdemobilisierung.

Durch die Zertrümmerung der Monarchie und insbesondere des Verwaltungsapparates des gemeinsamen Heeres sind die seit längerer Zeit getroffenen Vorbereitungen für eine geordnete Sachdemobilisierung vollständig vernichtet worden, und der junge deutschösterreichische Staat stand vor einer neuen sehr schwierigen Aufgabe. Wenn auch der Umfang des zu demobilisierenden Materials wesentlich geringer geworden ist, so boten die Vergang und die Vorbereitungen zur Verwertung der verschiedenen Militärgüter um so größere Schwierigkeiten. Das Staatsamt für Handel und Übergangswirtschaft, das vom Staatsrat mit der Aufgabe der Durchführung der Sachdemobilisierung betraut wurde, mußte zunächst für die Vergang der Güter sorgen und die bereits bestandene, für das ganze Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie in Aussicht genommene Organisation vollständig umändern und den neuen Verhältnissen anpassen. Hierbei begegnete das Amt mehrfachen Schwierigkeiten. Zunächst politischer Natur, da die neu entstandenen Staaten Anspruch auf einen entsprechenden Teil dieses Aktivums erhoben, ohne irgendwelche Garantien für die Uebernahme eines Teiles der im Kriege entstandenen Passiven zu bieten. Verhandlungen über diesen Gegenstand konnten bisher nur mit Tschecho-Slowakien geführt werden, weil dieser Staat relativ am weitesten in seiner Konsolidierung fortgeschritten ist und sich in bezug auf die innerhalb seines Gebietes befindlichen militärischen Güter in einer ähnlichen Lage befindet wie Deutschösterreich. Die Verhandlungen haben bekanntlich zu dem Uebereinkommen geführt, daß die beiden Staaten je ein Fünftel der auf ihrem Gebiete vorhandenen militärischen Güter für sich verwerten und ein zweites Fünftel sich gegenseitig in natura ausfolgen. Dieses ohne Präjudiz geschlossene Uebereinkommen ist um so erfreulicher, als es erhoffen läßt, daß ihm auf wirtschaftlichem Gebiete weitere ähnliche folgen werden, wodurch sich hoffentlich die Möglichkeit zu einem einträchtigen wirtschaftlichen Arbeiten mit Ausschluß der Politik zwischen den beiden auf einander angewiesenen Staaten ergeben wird. Mit den anderen Nationalstaaten konnten bisher keine Verhandlungen geführt werden, weil nicht nur deren Grenzen vollständig unsicher sind, sondern weil auch keine Regierung vorhanden ist, mit der verbindliche Abkommen getroffen werden können.

Eine weitere Schwierigkeit bei der Organisation der Sachdemobilisierung ergab sich aus dem Partikularismus einzelner Länder und Städte, deren Verwaltungen, wohl gedrängt durch die eigene Bevölkerung, zum Teil die Weisungen von Wien nicht abewartet haben, sondern einzelne Depots militärischer Güter, die sich auf ihrem Territorium befanden, ganz oder teilweise realisierten. Eine weitere Schwierigkeit boten die bekannten desolaten Verkehrsverhältnisse. Nunmehr sind alle diese formalen und materiellen Hindernisse soweit beseitigt, daß die Regierung nunmehr daran gehen kann, den auf Deutschösterreich entfallenden Teil der militärischen Güter zu verwerten. Mit dieser Aufgabe ist die deutschösterreichische Hauptanstalt für Sachdemobilisierung betraut, die

durch eine heute kundgemachte Vollzugsanweisung ins Leben tritt und deren Statut gleichfalls heute veröffentlicht wird. Hierüber wird folgende amtliche Mitteilung versendet:

Mit Verordnung vom 13. Juli 1918 ist die Oesterreichische Hauptanstalt für Sachdemobilisierung errichtet worden, die nach den damals bestandenen Absichten als Finanzierungs- und Konfiskationsorgan der zur Durchführung der Kriegsgüterverwertung in Oesterreich auf kaufmännischer Grundlage zu errichtenden selbständigen Fachverwertungsstellen gedacht war. Infolge des inzwischen eingetretenen Umsturzes ergibt sich die Notwendigkeit, die Funktion der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung den geänderten Verhältnissen anzupassen. Dem ist in der nunmehr im Staatsgesetzblatt erscheinenden Vollzugsanweisung Rechnung getragen. Auf Grund eines Staatsratsbeschlusses vom 2. November ist dem Staatssekretär für die Übergangswirtschaft die Vollmacht erteilt worden, sämtliche Lager und Borräte der Heeresverwaltung in das Eigentum des deutschösterreichischen Staates unter Wahrung der Anteilsrechte der übrigen Nationalstaaten zu übernehmen. Ein Staatsratsbeschluss vom 8. November bestimmt, daß sämtliche Kriegsgüter der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung zur Verwertung überantwortet werden.

Diesen beiden Beschlüssen entsprechend wird nunmehr vor allem der Wirkungsbereich der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung auf Deutschösterreich beschränkt und diese Anstalt selbst dem Staatsamte für Kriegs- und Übergangswirtschaft unterstellt, während sie bisher vom Finanzministerium, beziehungsweise dem Staatsamte der Finanzen ressortierte. Die Zuweisung der Aufgaben der unmittelbaren Kriegsgüterverwertung selbst an die Hauptanstalt machte des weiteren auch eine Aenderung ihres inneren Aufbaues notwendig, die in dem neuerlassenen Statut, insbesondere bezüglich der Zusammensetzung des Administrationsrates und der Neuerichtung einer Preisprüfungskommission zum Ausdruck kommt.

Der Administrationsrat bestand bisher aus 20 vom Finanzminister ernannten Mitgliedern, von denen 18 Beamte waren; die Zahl der Mitglieder des Administrationsrates konnte bis auf 40 erhöht werden. Im neuen Statut ist nun die Zahl der Mitglieder bedeutend herabgesetzt und mit höchstens 15 festgelegt. Hierdurch wird der Uebelstand einer zu großen und daher ungelenteten Körperschaft, die ihren Aufgaben infolge dessen nur unvollkommen gerecht werden konnte, beseitigt. Aber auch Stellung und Zusammensetzung des Administrationsrates selbst weisen insofern grundsätzliche Aenderungen gegen den früheren auf, als ihm eine gewisse Autonomie gegenüber der beamteten Anstaltsleitung eingeräumt ist. An seiner Spitze steht ein eigener Präsident, seine Mitglieder sind nicht mehr Beamte, sondern Männer der Praxis und des öffentlichen Lebens, Vertreter von Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft, Handel, der Konsumenten und Arbeiterschaft.

Der neu vorgesehene Preisprüfungsausschuss, der aus fünf bis sieben Mitgliedern besteht, soll die allgemeinen Grundsätze für die Preisbildung und Preisfestsetzung bei der Kriegsgüterverwertung aufstellen und gegebenenfalls auch die Höhe der Preissätze in speziellen Fällen festlegen. Die Notwendigkeit der Errichtung eines derartigen Organs ergibt sich aus dem Umstand, daß es sich bei der Kriegsgüterverwertung um gewichtige finanzielle Interessen des Staates handelt, die jedoch in Einklang gebracht werden müssen mit den Bedürfnissen der Volkswirtschaft und bestimmter, im Staatsinteresse zu fördernder Berufskreise. Hier gilt es eine unabhängige und verantwortliche Stelle zu schaffen, die die widersprechenden Interessen an der Preisbildung zum Ausgleich bringt. An der Spitze des Preisprüfungsausschusses wird ein richterlicher Beamter stehen. Im übrigen werden hervorragende Sachleute zu Mitgliedern bestellt werden.

Wie wir hören, werden zu Präsidenten des Aufsichtsrates die Staatsräte Friedmann, Domes und Gruber ernannt werden, wodurch die drei Kurien: Industrie, Arbeiterschaft und Landwirtschaft in der Leitung der Anstalt vertreten sind und gleichzeitig der Staatsrat eine unmittelbare Aufsicht über die Geschäfte der Anstalt erlangt. In informierten Kreisen schätzt man die Dauer der Durchführung der Sachdemobilisierung auf etwa sechs Monate.

### Die Aufgaben des Demobilisierungsamts.

Der Staatssekretär des Demobilisierungsamts Koeth sprach heute vor Vertretern der Presse über die Art, wie das Demobilisierungsamt die Aufgaben ansieht. Der Staatssekretär führte u. a. aus:

Man könnte das Demobilisierungsamt eigentlich als Amt zur Beseitigung der Revolutionschäden bezeichnen. Da liegen augenblicklich unsere Hauptaufgaben. Das Ziel des Amtes kann dahin zusammengefaßt werden: in der Wirtschaft des alten Systems die Menschen so rasch als möglich notdürftig vorläufig unterzubringen und die vor dem Zusammenbruch stehende Wirtschaft nicht völlig zusammenbrechen zu lassen. Es kann sich nicht um Sozialversuchsexperimente und nicht um die Uebergangswirtschaft im Sinne des Reichswirtschaftsamts handeln. Wir haben zunächst insbesondere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Es treten uns zwei Schwierigkeiten entgegen: Die Zurückhaltung des Unternehmertums und die Arbeiterschwierigkeiten. In der Industrie sind die Arbeitsmöglichkeiten begrenzt, und zwar durch den Kohlenmangel in den Industrien, deren Rohstoffe wir selbst herstellen. Auf dem Rohstoffgebiet sind wir in der Lage, sechs Monate lang eine Beschäftigung zwischen 25 und 30 v. H. zu bieten. Man drängt uns zur Auftragserteilung im großen Stil. Die Aufträge müssen aber mit Rücksicht auf die vorhandenen Rohstoffe vergeben werden. Unsere Aufgabe kann nur darin bestehen, eine Regelung der Aufträge der verschiedensten staatlichen Stellen herbeizuführen. In die Tätigkeit des einzelnen Unternehmers wollen wir nicht eingreifen, im Gegenteil sehen wir es als dringende Notwendigkeit an, die eigene Initiative, die durch die Kriegswirtschaft abgetötet worden ist, wieder zu heben.

In bezug auf die Auftragserteilung ist eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmertum und Gewerkschaften im Werden. Diese Arbeitsgemeinschaft sehen wir als die bedeutungsvollste Tat an. Aus dieser Arbeitsgemeinschaft sollen Fachgruppen hervorgehen, die jede einzelne Industrie zusammenschließen. Bei der Umlegung der Aufträge auf die Industrie sollen diese Fachgruppen als Selbstverwaltungskörper mitwirken. Mit Rücksicht auf den Rohstoffmangel müssen wir uns eine Mäßigung in der Auftragserteilung auferlegen. Zunächst soll die Hebung der Produktion der Landwirtschaft und die Hebung der Verkehrsmittel und der Schiffbau in den Vordergrund geschoben werden. Es sollen nur Erzeugnisse hergestellt werden, die tatsächlich notwendig sind. Die überflüssigen Arbeiter müssen aus den Städten hinaus. Für ihre Beschäftigung bleiben nur jene Gebiete, die Rohstoffe nicht benötigen, wie der Kohlenbergbau und die Holzarbeiten und die Landwirtschaft. Demnächst soll geregelt werden, wie viele Leute aus den Großstädten hinausgehen müssen. Der Maßstab von 1914 werde noch vielfach zur Grundlage genommen, das Unternehmertum müsse sich aber gewöhnen, die Dinge mit neuem Maßstab zu messen und darauf vertrauen, wie sich die Dinge später

entwickeln, sonst sei der Zusammenbruch unvermeidlich. Er verkenne nicht die Schwierigkeiten durch die Lohnforderungen. Es könne keine Frage sein, wenn diese Löhne sich stabilisieren sollten, gehe unsere Wirtschaft zugrunde.

In dieser Richtung müsse Wandel eintreten. Immerhin sei es für unsere Unternehmer nötig, sich in die Seele unserer Arbeiter hineinzuversetzen. Der Redner hat die Ueberzeugung, daß die Löhne sich senken werden. Bedenklich sei aber die Verminderung der Arbeitsleistung, deren Erklärung in der Revolution selbst liege. Auch hier sieht der Redner vorwiegend kein anderes Mittel als die Aufklärung. Brutalen Zwang hält er im Augenblick für das verkehrteste. Auch an die Senkung der Löhne soll durch Verhandlungen zwischen Unternehmertum und Gewerkschaften herangegangen werden. Allerdings sei dazu eine Festigung der Gewerkschaften und eine Stärkung ihrer Autorität erforderlich. Der Arbeiter sei durch den Krieg seiner Arbeit entfremdet worden. Es bestehe keine Beziehung zwischen ihm und dem Produkt. Diese Beziehung herzustellen durch Mitbeteiligung sei der Beweggrund zu der heutigen Bewegung, nicht allein die Sucht nach äußerem Reichtum. Es könne natürlich nicht daran gedacht werden, daß die Arbeiter entscheiden sollten, das und das Geschäft werde gemacht, aber in der Heranziehung ihrer Mitarbeit sehe er eine große Bedeutung. Das könne natürlich nicht von heute auf morgen geschehen. Endlich sei ein Hindernis für die Schaffung geordneter Zustände der Mangel an Autorität der staatlichen Organe. Die Hauptfrage sei, ob der gedachte Weg rechtzeitig zum Ziele führe. Sei das nicht der Fall, dann sehe er die Dinge übel an. Das Demobilisierungsamt könne natürlich nur einen Teil der Aufgabe lösen.

Der Abend  
24. XII. 1918.

a  
24  
12

Qu

## Was sie sich erlaubten.

### Die Theisinger-Schande.

Stürzlich fand im Cafe Brühl eine Versammlung von Militärpersonen statt, die durch die sogenannten Theisinger-Musterungen persönlich zu Schaden gekommen sind. Darüber berichtet die „Militär-Soziale Rundschau“: Das in der Versammlung entrollte Bild ist ein unauslöschliches Schandmal der vergangenen Epoche, ein Schandmal für die ehemaligen militärischen Machthaber und ein Schandmal für jene Ärzte, die sich aus was immer für Gründen zu diesen Verbrechen mißbrauchen ließen. Besonders aktive Militärärzte, so der ständige Mitarbeiter des Theisinger, der Oberstabsarzt Dr. B o s p i s c h i l haben sich zu wahren Genfersdiensten hergegeben. Es fanden sich leider aber auch Professoren und andere Ärzte, ehemals von Rang und Klang, die sich in den Dienst dieser Sache gestellt, die Ehre ihres Standes in abträglicher Weise auf das Spiel gesetzt und ihre eigene verloren haben. In dieser Kategorie sind vor allem u. a. die Prof. Erben und Stejskal zu nennen. Ganz grauenhafte Fälle wurden da angeführt. Im Gegensatz hierzu muß aber betont werden, daß auch zahlreiche Ärzte so viel Rückgrat besaßen, um Herrn Theisinger und Konjorken entgegenzutreten. Leider meistens ohne Erfolg. So wurde z. B. der Chefarzt des großen Artillerielagers in Gajmáster, der Regimentsarzt Dr. F e r r y, strafweise veretzt, weil er, wie aus dem betreffenden Erlasse wörtlich hervorgeht, „zu human und daher für selbständige Verwendungen nicht geeignet sei“! — Daß Theisinger jeden Befund ärztlicher Kapazität als „Wisch“ bezeichnet hat, den Leuten selbst in die Mundhöhle bläute und seinen Befund auf seine Verantwortung diktierte, ist allbekannt. Wir führen diese Redensart nur deshalb an, weil neuerlich die Frage der Verantwortung auch öffentlich aufgeworfen werden muß. Seither hat das Heeresstaatssekretariat zugesagt, eine Aktion zu unterstützen, die eine strenge Untersuchung und Sühne für diese Mißtaten anstrebt.

### Armeeoberkommando.

Nicht nur die Archive öffnen sich, auch allen sonstigen Zeugen der militärischen Mißwirtschaft im Kriege beginnen sich die Zungen zu lösen. Wo es in der Etappe die gewissen Aufstapelungen von Luxusdingen gab, von Genussmitteln, die mit der Verpflegung der Armee nichts zu tun hatten, wohl aber der Selbstsucht und Völlerei sinniger hoher Offiziere, wo Kraftwagen jenen Transporten dienen mußten, die allerlei dunkeln Geschäften galten, da mußten natürlich vor allem unsere Militärchauffeure darum, die sich damals zähneknirschend zu solchen Diensten verwenden lassen mußten. Sie sahen Unglaubliches und mußten luschen, sie lenkten das Steuer und fühlten, wie man sie zu Schweinereien mißbrauchte. Heute aber kann mancher von ihnen, gestützt auf viele Zeugenschaften, frei darüber reden. In einer vom „Reichsverband der Automobilführer Österreichs“ im Gasthause „zur Glocke“ in der Neubaugasse abgehaltene Versammlung kamen einige solcher Fälle zur Sprache, und die drastischen Zwischenrufe der Hörer bewiesen, wie notwendig es sei, daß die Untersuchungskommission gegen die Mißbräuche hoher und höchster Offiziere nicht nur gründliche, sondern auch rasche Arbeit werde tun müssen, um die Erregung der Bevölkerung zu beschwichtigen.

Auch das Armeeoberkommando in Baden gehörte zu jenen Stellen, die den Feldkommanden nach den Ereignissen der ersten Novembertage in Bezug auf Kopflosigkeit und überstürzte Auflösung ebenbürtig war. Vom ersten Tage an hätten große Werte der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden können, wenn — man im Oberkommando es nicht wahrscheinlich gefürchtet hätte, die Art und Menge der dort gebrauchten Lebensmittel würde „an die große Glocke gehängt werden“. Nach Auflösung des Armeeoberkommandos wurden unter anderem in Baden 1600 Kisten mit Sibowitz in Beschlag gelegt, die das Kommando nicht mehr rasch genug wegschaffen konnte; den Stadtgemeinden Baden und Böslau wurden Liköre im Werte von 250.000 Kronen überlassen, um die Sachen nur schnell verschwinden zu lassen, 2000 Liter Wein gab es dort; man fand über 4000 Kilogramm weißes Mehl und für die verhältnismäßig geringe Anzahl Offiziere waren neuntauſend Kilogramm Schmalz vorhanden, die der Leiter dieser merkwürdigen „Sachdemobilisierung“ Oberstleutnant Colombo um 10 Kronen für das Kilogramm an die Gemeinden Baden und Böslau absetzte, ebenso einen weiteren halben Waggon Mehl, so daß wenigstens dieser Teil der Bevölkerung nachträglich von den Vorräten der Fress- und Trinkgelage der „Heldenführer“ einen winzigen Anteil bekam. Daneben wurden große Werte an einen Pappentstiel hergegeben, wie Pferde und Schlachtdieh und viele vorzügliche Schreibmaschinen um 100 bis 300 Kronen verschwendet; es ist bezeichnend, daß die Vertreter der tschecho-slowakischen Regierung, als sie von dem Skandal erfuhren, für dieselben Maschinen nachträglich einen Preis von je 1000 Kronen festsetzten. In den letzten Tagen erst wurden sage und schreibe zwei und fünfzig Kisten mit Silberbesteck sichergestellt — wie hätte die Armee auch so ruhmreich oberkommandiert werden können, wenn sich die Generalität bei ihren Mahl-

zeiten nicht echten Silbergeschirrs bedient hätte! Dieses zu verbergen gelang denn doch nicht, obwohl die Silberwaren lange Zeit unauffindbar waren. So wird wenigstens dieser volle Wert für den Staat gerettet werden können.

27. XII. 1918

95

**Heimkehr von Marinepersonen aus Pola.**

Das liquidierende Kriegsministerium (Marinektion) macht uns folgende Mitteilung: Zur Beruhigung der Angehörigen jener Marinepersonen, die am 10. November d. J. mit den Dampfer „Habsburg“, „Semiramis“ und „Francesca“ Pola verlassen haben, um über Venedig und über die Schweiz heimzureisen, diene folgende Nachricht: Das liquidierende Kriegsministerium (Marinektion) unternahm seit Mitte November jeden erdenklichen Schritt, um verlässliche Informationen über das Schicksal der in Rede stehenden Marineangehörigen zu erfragen, und richtete unter anderm am 3. d. auch eine einschlägige briefliche Anfrage an den Kommandierenden der italienischen Seestreitkräfte im Adriatischen Meer. Heute traf hier eine in Pola am 22. d. ausgegebene telegraphische Antwort folgenden Inhalts vom italienischen Armeeoberkommando ein: Verzögerung der Heimkehr derjenigen, die am 10. November von Pola abreisten, ist bloß auf diplomatische Schwierigkeiten für die Durchreise durch die Schweiz zurückzuführen. Man trachtet hiefür zu sorgen. Schiffe, die den Transport nach Venedig bewirkten, haben keinen Unfall erlitten. Antwort auf das Schreiben vom 3. Dezember: Oberkommando Pola, Sagui.“

28/12. 1918.

28/12/18.

96

## Schweizer in Wien.

Erst heute trifft bei uns aus Wien folgende Zuschrift ein: Mitte November bildete sich hier in Wien ein sogenanntes Schweizer Notstands-Komitee. Inwiefern dasselbe mit der Schweizer Gesandtschaft zusammenhängt, ist mir nicht bekannt. Diejem Notstandskomitee entsprang die Initiative, einen Schweizer Zug zu arrangieren, um die Schweizer Staatsbürger auf einem möglichst raschen und sichern Weg, besonders was das Gepäck anbetrifft, nach der Heimat zu befördern.

Wie Ihnen bekannt sein wird, sind während der Kriegsjahre eine ziemliche Anzahl Schweizer, teils mit ihren Familien, angezogen durch die scheinbar großen Löhne, nach Oesterreich-Ungarn gezogen, um hier in Kriegsbetrieben Anstellung zu finden. Durch die Auflösung der Kriegsbetriebe und teilweise durch den großen Andrang der Masse von Heimkehrern, befanden sich sehr viele dieser Schweizer plötzlich in gekündigter Stellung. Es war daher ein sehr guter Gedanke, diesen Schweizern raschmöglichst eine Gelegenheit zu bieten, nach der sichern Heimat zu kommen, besonders wenn man in Betracht zieht, wie die Verpflegungsverhältnisse gegenwärtig hier in Wien sind. Das Zustandekommen dieses Zuges wurde bereits für anfangs Dezember in Aussicht gestellt, ist seither aber immer wieder hinausgeschoben worden, so daß bald ein Monat vorüber ist und wir immer noch nicht wissen, wann dieser Zug abfährt. Sicher ist nur, daß die 250 Schweizer sich gefreut hatten — wenigstens laut dem Versprechen des Notstandskomitees — Weihnachten zu Hause feiern zu können. Leider sind sie arg enttäuscht worden. Ich kann Sie nur darauf aufmerksam machen, daß unter diesen Schweizer Bürgern eine arge Verstimmung herrscht und sie ziemlich verbittert gegen die Schweizer Behörden sind. Wer an dieser fortwährenden Hinausschiebung des Zustandekommens des Schweizer Zuges Schuld hat, wissen wir nicht. Auf jeden Fall ist es unverantwortlich, daß diese 250 Schweizer gezwungen sind, das schwer erarbeitete Geld nun auf dem teuren Pflaster in Wien für schlechte Verpflegung auszugeben, und Gefahr besteht, daß, wenn sie nach Hause kommen, von ihren Ersparnissen überhaupt nichts mehr vorhanden sein wird.

Sie sandten deshalb folgendes Telegramm nach Bern:

Bundespräsident Calonder, Bern. 250 Schweizer, welche seit einem Monate auf den avisierten Schweizer Zug warten, sind sehr deprimiert, daß sie über Weihnachten in Wien bleiben müssen, da der Zug immer noch nicht kommt. Schweizer Sekretäre der Kriegsgefangenenhilfe Christlicher Vereine Junger Männer.

Heimkehr der Schweizer aus Wien. SPT. Ein Zug mit S B B.-Material und Personal ist nach Wien abgegangen, um die dort notleidenden Schweizer heimzubefördern. Der Zug hat Wien bereits verlassen.

## Heimkehr aus Aegypten.

### Die Wache am Westbahnhof.

Wir erhalten von einem Wiener, der während des Krieges in Aegypten von den Engländern interniert war und jetzt heimkehrte, folgende Zeilen:

Am Ostbahnhof traf ich Samstag mit zahlreichen Leidensgenossen ein. Wir alle waren in Aegypten interniert gewesen und hatten uns auf der Heimreise längere Zeit in Frankreich aufgehalten. Dort wurden wir, wie in allen feindlichen Ländern, gut behandelt, in Frankreich wurden uns sogar Decken und andere notwendige Reisegegenstände geschenkt. Wer hätte gedacht, daß wir in der Heimat Bewaffneten in die Hände fallen, die versuchen würden, uns die vom Feinde erhaltenen Geschenke abzunehmen! Als wir in Wien am Westbahnhof eintrafen, hielt uns nämlich die Volkswehr-Wache des Bahnhofes an und wollte uns die Decken „beschlagnehmen“. Sie hätten dies auch, wenn uns nicht Eisenbahner in Schutz genommen und sich ihr zur Wehr gestellt hätten, durchgeführt. Ein größeres Wacheaufgebot, das von den Eisenbahnern herbeigerufen wurde, befreite uns schließlich.

Wir haben im Auslande in diesen Kriegsjahren viel gesehen und erlebt. Aber ich versichere: Wachen, die dafür bezahlt werden, daß der Verkehr unsicherer wird, sind ein lebenswerte Eigentümlichkeit, die wir Ankömmlinge in der alten Heimat mit gebührender Scheu bewundern.

## Wie Staatsgüter verschachert werden.

In einer heute im Garnisonsgerichtsgebäude stattgefundenen Versammlung von Kriegsinvaliden geistelte der Präsident der Zentralstelle der Kriegsbeschädigten Dr. Holischer die Art und Weise, wie die Sachdemobilisierung vor sich gehe. Vom Erlöse der Sachdemobilisierung — sagte der Redner, wir folgen dem Verichte der Kerr. Herzog — seien 2% für die Invalidenfürsorge zugesagt worden. Dieses Versprechen sei aber bis heute nicht eingelöst worden, obwohl bereits Fakturen von über 2½ Millionen Kronen ausgestellt wurden. Der Redner kritisiert die mangelnde Kontrolle der Sachdemobilisierung und teilt Details über die Wirtschaft bei der Autogruppe des Materialverwertungsamtes mit. Ein Mitglied des Soldatenrates macht Angaben über die Verhältnisse beim Armeekorpskommando in Baden. Danach wurden von den Resten der Offiziersmesse Lebensmittel um 365.000 Kronen verkauft, darunter Wein um 80.000 Kronen, à 2 Kronen 5 Heller mit Gebinde per Liter, Schreibmaschinen à 200 Kronen, 1057 Kilo Kartoffel à 30 Heller, 6400 Kilo Bohnen à Kronen 4.30, 13 Fässer Slovoviz à 7 Kronen, 18 Kilo Germjett à 4 Kronen, 2000 Kilo Bohnenkaffee à 12 Kronen, 9 Fässer Slovoviz an die Großeinkaufsgesellschaft der österreichischen Konsumvereine usw. Bei der Hausdurchsuchung im Hotel „National“ wurde bei einem gewissen Fleischner sechs neue Automobilgarnituren vorgefunden, die zum Verkauf hergerichtet waren, ferner Gegenstände beim Direktor Demeter. In Böslau wurden verkauft 21.400 Liter Wein zu Kr. 2.04. In der Großen Mohrenasse Nr. 5 wurden bei einem Reismann 70.000 Paar Stiefel, in derselben Gasse Nr. 14 10.000 Paar Stiefel und Nr. 25 derselben Gasse 4600 Paar Schuhe abgeladen. Diese sogenannten Treuhänder erhalten hierfür noch 6%. Zwei Experten der Autogruppen erhalten ein Monatsgehalt von 5000 Kronen, man kann leicht zusammenrechnen, wieviel die 22 Experten in den 22 Gruppen Gehältern verschlungen. Ein anderer Soldatenrat verweist darauf, daß in der Umgebung von Baden und Böslau Schreibmaschinen um 50 Kronen verkauft wurden. Wir haben amtliche Protokolle, wonach der Vertreter der Sachdemobilisierung, Klemperer, diese Schreibmaschine abgeschätzt hat. Er verliest ein Protokoll, wonach u. a. in Böslau vier Pferde von der Sachdemobilisierung um insgesamt 1500 Kronen, drei kleine Pferde um 600 Kronen, 14 Pferde um zusammen 300 Kronen, 9 Ochsen um zusammen 14.700 Kronen, 9 Kühe um 3760 Kronen verkauft wurden. Während das Ernährungsamte erklärte, daß es in ganz Oesterreich keinen Bohnenkaffee gebe, hat zur selben Zeit die Gemeinde Böslau 8536 Kilogramm Bohnenkaffee um Kr. 1.50 per Kilogramm gekauft. Dr. Holischer machte dann Mitteilung von einer Erklärung des Staatssekretärs Kaup, wonach der Staatsrat heute beschlossen habe, die 2% für Invalidenfürsorge auszuführen. Die Versammlung beschloß, eine Abordnung zum Staatskanzler und dem Staatsrate zu entsenden und Abhilfe der Unzulänglichkeiten in der Sachdemobilisierung zu verlangen.

## Entscheidungen über die Sachdemobilisierung.

### Stürmische Versammlung der Kriegsinvaliden.

Gestern fand im Gerichtssaale des Garnisonsgerichtsgebäudes eine Versammlung der Kriegsinvaliden statt, die von der Zentralfelle für Kriegsbeschädigte einberufen war und zu der unter anderen Staatssekretär für Sanitätswesen Raup, Sektionschef des Staatsamtes für soziale Fürsorge Dr. v. Gasteiger, zahlreiche Ausschußmitglieder des Soldatenrates und Vertreter der verschiedenen Ortsgruppen der Kriegsbeschädigten in Niederösterreich, Steiermark, Tirol etc. erschienen. Die Versammlung gestaltete sich infolge der Enthüllungen der Mitglieder des Soldatenrates stellenweise sehr erregt.

Der Präsident der Zentralfelle der Kriegsbeschädigten Dr. S. Gollitscher erstattete das Referat über die Sachdemobilisierung, von deren Erlös zwei Prozent für Invalidentfürsorge zugewandt sei, und teilte mit, daß dieses Versprechen bis zum heutigen Tage nicht eingelöst worden sei, obwohl bereits Fakturen von 135.000 und 2.349.000 K. herausgegangen seien.

Ein Soldatenrat berichtete darauf, daß die Umgebung von Baden und Bbslau mit Schreibmaschinen förmlich überschüttet worden sei und eine Schreibmaschine um 50 K. verkauft wurde. Er verlas auch ein Protokoll, wonach unter anderem in Bbslau vier Stück Pferde von der Sachdemobilisierung um insgesamt 1500 K., drei kleine Pferde um 600 K., 14 Pferde um zusammen 300 K., 9 Ochsen um zusammen 14.700 K., 9 Kühe um 3760 K. verkauft wurden. Während das Ernährungsamt erklärte, daß es in ganz Oesterreich keinen Bohnenkaffee gebe, hat zur selben Zeit die Gemeinde Bbslau 855 Kilogramm Bohnenkaffee um 1 Krone 50 Heller per Kilogramm gekauft. Medner schloß: Untere Schuld ist zu Ende, wir wollen wissen, wer diese Güter verschleppt, und verlangen: Beteiligung des Soldatenrates an dem Untersuchungsausschusse.

Ein anderer Soldatenrat erklärte, daß die Schlamperei im „Hotel National“ sie, und die Herren, die sich dort befinden, geriebene Geschäftsleute seien. Medner sei der erste, der öffentliche Gewalt predige, wenn es nicht weiter gehe. Wenn nicht binnen drei Tagen diese Zustände aufgehört haben, dann kommen wir hin mit Browning und Karabiner. (Stürmischer Beifall.) Die Herren sollen sich nicht täuschen. Die Volkswehr sieht Mann für Mann hinter uns. (Stürmischer Beifall. — Rufe: Hinaus mit den Sektionschefs!)

Der Vertreter der Gewerkschaftskommission Hölzl beantragte, das Präsidium zu beauftragen, eine Deputation zum Staatsrate zu entsenden, die auf die skandalösen Vorgänge hinweisen und schleunigste Abhilfe fordern solle.

Regler (Soldatenrat) teilte mit, ein Herr vom Staatsrat habe ihm gesagt, daß die Existenz des Soldatenrates eine Frage von Tagen sei, und er sehe nicht ein, wofür sich der Soldatenrat so erregt. Der Staatsrat möge vorsichtiger bei solchen Äußerungen sein. Medner beantragte schließlich, daß bis zur nächsten Sitzung des Soldatenrates am 7. d. eine Entscheidung getroffen werde, da sie sonst auf die Straße gehen würden.

Dr. Gollitscher teilte mit, daß in Strebersdorf für 19 Millionen Bauten jenseits der früheren Regierung errichtet worden seien und von der jetzigen Regierung gegen 800 Personen verwendet werden, die 50.000 K. an Lohn beziehen. Von 80 Besitzern wurden diese Gebäude gepachtet, mit denen erst eine Abrechnung durchzuführen sei.

Kaspar verlangte die Entfernung des Materialwertungsamtes, Einsetzung eines verantwortlichen jährlichen Verwaltungsausschusses

rates in der Gruppe der Sachbewertung, Berücksichtigung der Invaliden bei den zu schaffenden Stellen und sagte schließlich: 4 1/2 Jahre waren wir die Trottel, wir wollen jetzt zu unserem Recht kommen. Die Invaliden sind unterstandlos und es muß für sie gesorgt werden. (Stürmischer Beifall.)

Ein Mitglied des Soldatenrates führte Beschwerde darüber, daß ein Oberst Colombo eigenmächtig in Angelegenheit der Sachdemobilisierung vorgehe, und macht auf Grund eines Protokolls Angaben über die Verhältnisse beim Armeekorpskommando in Baden. Danach wurden von den Kisten der Offiziersmesse Lebensmittel um 365.000 K. verkauft, darunter Wein um 80.000 K. à 2 K. 5 H. mit Gebinde von Liter, Schreibmaschinen à 200 K., 1057 Kilo Kartoffeln à 30 H., 6400 Kilo Bohnen à 4 K. 30 H., 13 Fässer Silbomig à 7 K., 18 Kilo Kernrett à 4 K., 2000 Kilo Bohnenkaffee à 12 K., 9 Fässer Silbomig an die Grobkauflaufgesellschaft der Oesterreichischen Konsumvereine etc. Bei der Hausdurchsuchung im „Hotel National“ wurden beim bekannten Herrn Fleischner sechs neue Automobilmotoren vorgefunden, die zum Verkauf hergerichtet waren, ferner Gegenstände beim Direktor Demeter. In Bbslau wurden verkauft 21.400 Liter Wein à 2 K. 4 H. In der Großen Mohrenstraße 5 wurden bei einem Herrn Reichmann 70.000 Paar Stiefel, in derselben Gasse Nr. 14 10.000 Paar Stiefel und Nr. 25 derselben Gasse 4800 Paar Schuhe abgetan, bei den sogenannten Treuhändlern, die hierfür noch 6 Prozent erhalten. Zwei Erperien der Autogruppen erhalten ein Monatsgehalt von 5000 K., man kann leicht zusammenrechnen, wieviel die 22 Erperien in den 22 Gruppen an Gehältern verschlingen. (Beifall.)

Dr. Gollitscher machte sodann Mitteilung von einer Erklärung des Staatssekretärs Raup, wonach gestern nachmittags der Staatsrat in seiner Sitzung beschlossen habe, die zwei Prozent für Invalidentfürsorge zu bewilligen. Die Schuld an der Verzögerung treffe irgendeinen Staatsrat. Medner erklärt sodann, daß seiner Meinung nach der Unterstaatssekretär Niede als Beantw. des alten Systems und Sektionschef Künstler nicht am Platze seien. (Rufe: Freiwillig zurücktreten!)

Nachdem noch mehrere Medner die Drohungen mit Browning zurückgewiesen hatten, wurde der Antrag Hölzl auf Entsendung einer Deputation zum Staatskanzler und dem Staatsrate, bestehend aus zwei Invaliden, zwei Mitgliedern des Soldatenrates und Hölzl angenommen.

Weiter wurde ein Antrag angenommen, wonach die Vertrauensmänner der Invaliden in der Sache der Sachdemobilisierung innerhalb 14 Tagen zu berichten haben, ob in dieser Angelegenheit Ordnung zu erzielen ist. Im Verneinungsfall hätten sie ihre Mandate niederzulegen.

**Hauptanstalt für Sachdemobilisierung.**

Mittwoch fand unter dem Vorsitz des Staatsrates Max Friedmann die zweite Sitzung des Administrationsrates der Deutschösterreichischen Hauptanstalt für Sachdemobilisierung statt. Der Präsident Sektionschef Dr. Künstler berichtete, daß mit dem seinerzeit allgemein erwarteten Milliardenenerträgnis der Sachdemobilisierung nicht zu rechnen sei. Das finanzielle Endergebnis wurde bei den Schwierigkeiten, die sich einem raschen Verkauf der Güter entgegenstellen, bei den bedeutenden Kosten der Ueberwachung und der Verwaltung der zu liquidierenden ärarischen Betriebe und bei dem Umstand, daß in vielen Fällen die seinerzeit für den Ankauf aufgewendeten Preise zurzeit nicht erzielt werden können, ein wesentlich bescheideneres sein. Der Administrationsrat gab sodann der Meinung Ausdruck, daß die Fortführung der Betriebe in Blumau, Böllersdorf, im Arsenal und im Fliegerarsenal Tischmänn im allgemeinen Interesse liege und daß die Uebernahme der Betriebskosten auf die Hauptanstalt im Hinblick auf den Zusammenhang dieser Betriebe mit der Sachdemobilisierung gerechtfertigt sei. Es werden sich die bei diesen Betrieben bestehenden Verwaltungskommissionen mit der Hauptanstalt ins Einvernehmen zu setzen haben. Wegen der Deckung der Betriebskosten ist der Administrationsrat der Ansicht, daß die in den Betrieben vorhandenen Materialien, insofern sie nicht für die Fortsetzung des Betriebes erforderlich sind, sowie die in den Betrieben zu fertigenden Waren ehestens durch die Hauptanstalt zu verwerten seien. Wegen der in militärischen Depots vorhandenen Lebensmittel stellt sich der Administrationsrat auf den Standpunkt, daß ihre rascheste Verwertung im Einvernehmen mit dem Staatsamt für Volksernährung anzustreben sei. Der Erlass der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung zuzuführen. Auf Antrag des Staatsrates Domes beschloß der Administrationsrat, das Volksbekleidungsamt aufzufordern, den Bezug der Papier- und Textilwaren bis auf weiteres einzustellen.

# Leidensvolle Heimkehr aus dem Osten.

(Von einem Offizier des 9. Westfälischen Infanterie-Regiments.)

Nach mühseligem, sieben-tägigem Marsche auf oft grundlosen Straßen und nach einer leidensvollen Eisenbahnfahrt, bei der wir von den galizisch-ukrainischen Eisenbahnbehörden den größten Schikanen ausgesetzt waren, erreichten wir am Nachmittage des 15. November Strh. Hier war ein zweistündiger Aufenthalt vorgesehen — dann sollte es über Sambor weitergehen. Gleich nach Eintreffen des Zuges begab sich unser Generalstabschef zum ukrainischen Kreiskommandanten in die Stadt, um dort zu erwirken, daß den fortgesetzten, ganz grundlosen Visitationen auf den einzelnen Stationen ein Ende bereitet werde.

Der Kreiskommandant, der früher als Führer der ukrainischen Legion unter den Befehlen unseres Divisionärs gestanden hatte, stellte jede Unterstützung in Aussicht. Er gab den Befehl, daß von den Visitationen abgesehen sei, auch riet er uns, über Ungarn zu fahren, da die galizische Strecke von den sich gegenseitig bekämpfenden Polen und Ukrainern zerstört sei. Endlich sollten wir in Ruhe der Heimath zufahren können.

Knapp vor der Abfahrt des Zuges wurde aber der einzige Waggon dritter Klasse, in dem die meisten Offiziere des Stabes die Fahrt unternahmen, von einer Schar bis an die Zähne bewaffneter Legionssoldaten umstellt. In der Tür des Wagens erschien ein ukrainischer Leutnant mit einigen Bewaffneten und teilte mit, er habe den Befehl, auf den Offizieren die Waffen fortzunehmen. Wir verwiesen auf einen mit dem Vertreter der ukrainischen Regierung geschlossenen schriftlichen Vertrag, den wir vorzeigten, wonach den Offizieren auch die Faustwaffen und allen Personen das persönliche Eigentum zu belassen sei; wir protestierten gegen das Vorgehen — vergeblich.

Kaum sah sich Leutnant Buhun — das der Name des Führers der Schar — im Besitze sämtlicher Pistolen, als er mit erhobener Stimme verkündete, er lasse jedem Offizier 25 Kilogramm Gepäck und Maximum 1000 Kronen — alles andere werde er konfiszieren — und schon begann er die Habseligkeiten des der Türe zunächst Stehenden zu durchsuchen. Unser Divisionär, FML. von Severus, der sich stets um das Wohl und Wehe seines letzten Soldaten bekümmerte, bemerzte sich zuerst und verwies auf den vom Kreiskommandanten gegebenen Befehl, uns in Ruhe zu lassen. Vergeblich; der Leutnant behauptete, keinen Befehl erhalten zu haben. Nun verlangte unser Divisionär, zum Telephon geführt zu werden, um mit dem Kreiskommandanten persönlich zu sprechen. Diesem Wunsche getraute Buhun sich nicht zu widersehen, da er wußte, daß sein Kreiskommandant der Untergebene unseres Chefs gewesen war und daß jener noch immer mit Verehrung und Dankbarkeit seines ehemaligen Befehlshabers gedachte. Mit einem Eskortmann wurde FML. von Severus zum Bahnhofstelephon geführt. Inzwischen ließ sich Leutnant Buhun in seinem Verfahren gegen die wehrlosen Offiziere nicht stören. Zigaretten, die er abnahm, bot er seinen Genossen an und zündete sich selbst auch in unserer Gegenwart eine der abgenommenen an. Wäsche, Schuhe, Proviant, Tabak, selbst mindertwertige Erinnerungen fielen der Beschlagnahme anheim. Er verlangte die Brieffaschen ab und entnahm ihnen Banknoten, darunter einem Hauptmann seine gesamten Ersparnisse in der Höhe von 10.000 Kronen. Wir sahen nicht ruhigen Blutes zu. Mit Brachialgewalt konnten wir, die Unbewaffneten, nichts erreichen. Unsere ganze Hoffnung war unser Divisionär und diese Hoffnung wurde auch nicht getäuscht. Nach einiger Zeit erschien er mit einem Organ des Bahnhofskommandos, welches dem Leutnant den telephonischen Befehl des Kreiskommandanten überbrachte, die Visitation des Gepäcks einzustellen und alle beschlagnahmten Gegenstände — einschließlich der Pistolen — rückzuerstatten. Grimmig befolgte Buhun diesen Befehl. Ein Herr des Stabes wurde bestimmt, alles wieder zu übernehmen.

Schon wollten wir beruhigt aufatmen und uns der zum Teile wiedergewonnenen Effekten erfreuen — ein Teil

war auf dem Wege zum und vom Bahnhofgebäude schon verschwunden — als abermals eine Schar Bewaffneter unseren Wagen umstellte und abkoppelte — und Buhun ein zweites Mal in dem Waggon erschien.

„Auf Befehl des Kreiskommandanten habe ich abermals die Gegenstände abzunehmen!“

Diese Behauptung veranlaßte FML. von Severus, abermals zu verlangen, zum Telephon geführt zu werden, um neuerlich mit dem Kreiskommandanten zu verhandeln. Buhun wollte dies um jeden Preis verhindern — bald sollte der Zug abgehen.

In diesem Augenblicke erstattete ein Legionär — der kaum ein Wort Deutsch verstand — dem Leutnant eine Meldung, worauf Buhun unseren Divisionär verhaften wollte, weil er ihn — laut Meldung des Legionärs — mit der Waffe bedroht habe. — Alles war sprachlos. — Einmütig erklärten sich sämtliche Offiziere des Stabes solidarisches und verlangten ausnahmslos, mit dem Divisionär mitzugehen. Die Situation schien dem jungen Ukrainer peinlich zu werden. Zögernd gestand er ein, es scheine ein Mißverständnis vorzuwalten; der ukrainische Legionär habe ihm gemeldet, daß FML. von Severus gesagt habe: „Wenn ich nur eine Waffe hätte!“ Und wegen dieser Bedrohung müsse er einschreiten. Unsere Versicherungen, daß diese Worte nicht gefallen seien, fanden erst dann Beachtung, als Erzellenz von Severus ehrenwörtlich versicherte, die Worte nicht gesprochen zu haben. Schließlich setzte der Divisionär sein Verlangen durch, nochmals zum Telephon geführt zu werden. Währenddessen durchstöberte Buhun mit größter Eile das Offiziersgepäck und nahm alles, was irgendeinen Wert hatte, zu sich. „Das können wir brauchen!“ Erzellenz von Severus kam bald zurück — mit dem Kreiskommandanten hatte er nicht sprechen können, da es die Organe des Bahnhofskommandos zu verhindern wußten. Allein der Bahnhofskommandant hatte auf dessen frühere Intervention angeordnet, die Beschlagnahme sei einzustellen; das bisher Abgenommene sollte aber nicht mehr zurück-erstattet werden. Höhnisch lächelnd verabschiedete Buhun mit seiner Beute. Endlich entführte uns jetzt der Zug der ungasflichen Stätte.

Das waren unsere Erlebnisse auf einem Boden, der mit soviel österreichischem Blut besetzt worden ist.  
A. M.

## Die „Enthüllungen“ über die Sachdemobilisierung im UDR.

### Eine Erwiderung der Gemeinde Böslau.

Zu den Enthüllungen gewissen Stils, die sozialdemokratische Redner in den Soldatenversammlungen machten, ersucht uns die Gemeindevertretung Böslau um Aufnahme nachstehender Zeilen:

Es ist richtig, daß aus den Bureaus des U. D. R., bei dessen Auflösung und noch bevor die Tätigkeit der Sachdemobilisierungsanstalt einsetzte, eine Anzahl Schreibmaschinen entwendet wurde, doch ist kein einziger Fall bekannt, daß hier eine solche überhaupt und insbesondere um 50 Kronen verkauft wurde. Der Vertreter des U. D. R. hat die im Zeitpunkte der Auflösung noch vorhandenen Schreibmaschinen der Gemeinde Böslau übergeben und diese hat sie ordnungsmäßig an die Sachdemobilisierungsanstalt abgegeben. Die Urkunden hierüber erliegen sowohl beim liquidierenden Kriegsministerium als auch bei der Gemeinde Böslau, wie auch bei der Sachdemobilisierungsanstalt.

Was die Ausführungen über den Verkauf von Pferden, Kühen und Schen betrifft, sind die Angaben vollkommen falsch. Die Gemeinde Böslau hat nicht 4 Stück Pferde um insgesamt 1500 K, 3 kleine Pferde um 600 K, 14 Pferde um zusammen 3000 K, 9 Schen um zusammen 14.700 K und 9 Kühe um 3760 K gekauft, sondern: 23 Pferde mittleren und kleineren Schlages, per Stück 800 K, 18.400 K, 1 Fohlen, 6 Monate alt, 300 K, 14 Pferde großen Schlages, höheren Alters, abgenüßt, per Stück 800 K, 11.200 K, 9 Schen, per Kilogramm 3 K 60 h, 14.724 K, 9 Kühe, per Kilogramm 3 K 20 h, 8736 K, zusammen 53.360 K.

Diese Ziffern sind wohl wesentlich anders als im obzitierten Berichte. Daß diese Angaben durch Rechnungen usw. erwiesen werden können, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Zu jener Zeit, als die Gemeinde die Pferde kaufte, wurde in Wien ein Kilogramm Pferdefleisch um 3 K verkauft. Das Fleisch von obigen Pferden stellte sich für Mindestbemittelte auf 5 K — den hieraus sich ergebenden Fehlbeitrag trug die Gemeinde — für andere Personen auf 6 K 50 h bis 7 K. Diese Angaben beweisen am klarsten, daß die Tiere nicht etwa um Schleuderpreise verkauft wurden.

Es ist vollkommen unwar, daß die Gemeinde Böslau 8536 Kilogramm Bohnenkaffee um Kr. 1.50 per Kilogramm gekauft hat. Dem Berichtsersteller dürfte der jetzt allerdings um so unangenehmere Fehler unterlaufen sein, daß er Bohnen (Fisolen) mit Bohnenkaffee verwechselte, denn tatsächlich hat die Gemeinde Bohnen, nicht Kaffee, und nicht um Kr. 1.50 per Kilogramm, sondern um Kr. 4.30 gekauft. Der Preis mit Kr. 4.30 war angemessen, weil dies die Gestehungskosten des Militärarars waren.

Was die Tätigkeit des Herrn Oberstleutnants Colombo betrifft, so muß ich zu dessen Ehre sagen, daß sie, soweit sie Böslau betrifft, vollkommen tadellos war. Er hat ohne Zustimmung der Hauptanstalt und ohne Begutachtung durch Sachverständige kein Stück verkauft.

Die Ziffer über die in Böslau verkaufte Weinmenge stimmt; der Preis war Kr. 2.05 einschließlich Gebinde. Dieser Preis scheint für die heutigen Verhältnisse allerdings niedrig, doch darf man nicht übersehen, daß es an sich leichter serbischer Wein war, der zum Ueberflusse noch gewässert und keimig war und wegen unsachgemäßer Behandlung vor dem Verderben stand. Dieser Wein blieb auch nicht ganz in Böslau, sondern wurde zum Großteil an Arbeiterkonsumvereinigungen der Südbahnstrecke verteilt.

## Zur Sachdemobilisierung der Kraftfahrzeuge.

Die deutsche Zeitung „Bohemia“ in Prag veröffentlicht vor kurzem folgende Betrachtung über die Mittel zur Behebung des Mangels an motorischen Fahrzeugen:

Der gegenwärtige Mangel an Automobilen, und zwar sowohl Personen- als Lastwagen, dürfte wohl noch geraume Zeit andauern. Eine fühlbare Verringerung wird eintreten, wenn die seit Wochen bereits vorbereitete Demobilisierung des österreichischen Automobilparkes durchgeführt und die einzelnen Staaten mit der für die festgesetzte Zahl der Automobile aus der Liquidationsmasse beteiligt sein werden. Diese Liquidierungsarbeit geht aber langsam von statten. Vor allem muß festgestellt werden, wieviel Automobile sich in jedem Staate befinden, alle versteckten Wagen, verheimlichte Motore und Materialmengen müssen gefunden und sichergestellt, sodann in Zentralen gesammelt, geprüft, abgemessen und nach den heute noch nicht festgesetzten Quoten auf die einzelnen Staaten verteilt werden. Aber selbst diese Quoten können nicht festgesetzt werden, solange die Grenzen der einzelnen Staaten nicht feststehen. Man kann daher annehmen, daß erst der Tag des Friedensschlusses auch diese Arbeit beschleunigen wird, zumal alle notwendigen Vorbereitungen beendet sein werden.

Nach Beendigung der Liquidationsarbeiten in Wien werden die Vertreter der einzelnen Staaten die ihnen zugewiesenen Wagen übernehmen. Die tschecho-slowakische Republik z. B. wird, wie „Morohni Dity“ meinen, das Automobilkorps mit dem Transport der Wagen in die Heimat betrauen. Einige Wagen werden wohl dem Dienste der Miliz übergeben werden, die größte Anzahl jedoch, sowie das gesamte Material, wird in die Hände der Automobilabteilung der Sachdemobilisierungskommission gelangen, die in diesen Tagen bei der Handels- und Gewerbelammer der Stadt Prag aufgestellt wurde. Diese wird die Verteilung der Wagen und des Materials vornehmen, wird vor allem die Interessen des Staates und anderer öffentlicher Korporationen respektieren, so in erster Reihe diejenigen Interessenten berücksichtigen, in Wagen während der Kriegszeit requiriert wurden. Es wird die leichte Arbeit sein, alle Interessen zu berücksichtigen und es auf wirtschaftliche Fragen Rücksicht zu nehmen, genau wie entschieden werden muß, womit sich der Staat bezahlen lassen soll, ob mit Geld oder Waren, da diese Automobile einen Teil des Altvermögens des alten Staates bilden. (Es war bestimmt, daß die mobilisierungsgüter mit Kriegsanleihen erworben werden. n. s. Neb.)

Die österreichisch-ungarische Monarchie besaß nach in letzter durchgeführter Zählung 17.500 Automobile. Von dieser Zahl rechnet man die statische Anzahl der von der Entente erbeuteten Wagen abrechnen (vielleicht wird ein Teil der „Siegesbeute“, die die Italiener nach dem 28. Oktober 1918 gemacht haben, auf diplomatischen Wege, resp. Umwege zurückgegeben werden), im ganzen dürften ungefähr 9000 bis 11.000 Wagen zur Verteilung gelangen. Geht die Verteilung nach dem Bevölkerungsschlüssel, so erhält die tschecho-slowakische Republik mit ihren 12 Millionen Einwohnern ungefähr ein Viertel, das wären 2500 bis 3000 Wagen. Es sind dies Marken der böhmischen Fabriken Praga, Laurin und Clement, beziehungsweise Daimler aus Wiener-Neustadt, deren Altvermögen vielleicht noch heute im Besitze der Stodabril sind.

Auf böhmischen Gebiete wurden ungefähr 650 Automobile sichergestellt, die ursprünglich dem Militärpark gehörten; hierbei sind die in Deutschböhmen befindlichen Wagen nicht eingerechnet. Die zu einem Drittel besetzte Slowakei besitzt nicht viel Automobile, da die dort früher befindlichen nach Ungarn verschwunden sind. Die erwähnten 650 Wagen stammen aus verschiedenen Werkstätten und die Tschechen beschäftigen im Tauschwege heimische Fabrikate zu erhalten. Nimmt man die Zahl von 500 Wagen als Minimum dessen an, was an die tschecho-slowakische Republik aus der Liquidierungsmasse herauszugeben sein wird und zählt hiervon die 700 in Böhmen befindlichen Automobile ab, so bleiben 1800 Wagen, die die Tschechen von den übrigen Nationalstaaten zu erhalten haben. Man kann annehmen, daß sich darunter zum überwiegenden Teile böhmische Fabrikate befinden werden, denn die heimische Industrie war in ausgiebigem Maße an den Militärlieferungen beteiligt. Von der Gesamtzahl der vom Militär angekauften Wagen, ungefähr 13.200 Automobile aller Art, lieferte die Firma Praga ungefähr 1700, Laurin und Clement 10, die Neffelsdorfer mährische Fabrik ungefähr 830 Personen-, Last- und Spezialwagen, im ganzen also wurden gegen 3300 Automobile von böhmischen Fabriken während der Kriegszeit gefertigt. Nimmt man nun an, daß von diesen ungefähr drei Fünftel erhalten blieben und zur Verteilung gelangen, so wäre die obige Zahl von 1800 Wagen, die die tschecho-slowakische Republik zu bekommen hätte, vollkommen gedeckt.

Diese Ausführungen können, auch vom deutschösterreichischen Standpunkte betrachtet, vollkommen gebilligt werden, wenn der tschecho-slowakische Staat, für dessen Stellungnahme die vorstehenden Ausführungen als charakteristisch aufgefaßt werden können, obwohl sie in einer deutschen Zeitung in Prag erscheinen, bei Behandlung dieser Frage folgendes nicht außer Berücksichtigung läßt:

Von dem mit 17.000 Automobilen geschätzten Stand an Kraftfahrzeugen in der österreichisch-ungarischen Monarchie ihren Anteil sicherzustellen, haben die einzelnen Nationalstaaten bei Auflösung des Heeresverbandes sehr ungleichartige Gelegenheiten besessen. Es ist naturgemäß, daß der Löwenanteil jener Kraftfahrzeuge, die vor dem Zugeiffe unserer Kriegsgegner gerettet wurden, jenen Nationalstaaten zufiel, durch deren Gebiet der Rückzug unserer Truppenverbände sich in allererster Linie bewegte. Die provisorischen Organisationen dieser Nationen, also hauptsächlich der Ukrainer, der Rumänen, der Jugoslawen und teilweise auch die der Ungarn ließen es sich angelegen sein, möglichst viel des ärarischen Materials von ihren Lokalüberschüssen für ihre neuen Nationalstaaten zu beschlagnehmen. Diese neuen Staatsgebilde sind daher die Kriegsgewinner der Demobilisierung gewesen, während für den tschecho-slowakischen Staat und für Deutschösterreich nur dasjenige Material sichergestellt werden konnte, das sich am Augenblick der Demobilisierung auf dem Gebiete dieser Staaten befand. Sowohl in Wien als auch in Prag ist daher eine unerbildlich große Anzahl von reparaturbedürftigen Wagen zurückgelassen, während die der fahrbereiten verhältnismäßig gering

ist. So wird angegeben, daß die Zahl der im ganzen Gebiete von Deutschösterreich aufgebrauchten Lastkraftwagen kaum 2000 erreichen soll. Und auch von diesen muß ein sehr großer Teil als nicht wiederherstellbare Wracks bezeichnet werden.

Falls nun der tschecho-slowakische Staat mit seinen Forderungen sich an sämtliche, auf dem Boden der alten Monarchie sich bildenden Nationalstaaten wenden wird, so wird er in der deutschösterreichischen Republik einen treuen Bundesgenossen in der Verfechtung dieser Forderungen finden, da auf diesem Gebiete die Interessen dieser beiden Staaten, so auseinandergehend sie sonst auch sein mögen, konform gehen. Sollte sich jedoch der tschecho-slowakische Staat mit seinen Forderungen nur an Deutschösterreich allein wenden, so kann nicht früh genug auf die Unbilligkeit und Undurchführbarkeit dieser Forderungen hingewiesen werden, die, falls tatsächlich etwa 1800 Wagen an den tschecho-slowakischen Staat noch geliefert werden sollten, beinahe den sämtlichen Bestand an Kraftfahrzeugen, welcher auf deutschösterreichischem Boden zur Verfügung steht, in Anspruch nehmen würden. Unser Staatsrat kann nicht früh genug und dezidiert genug zu dieser für die weitere Entwicklung des Ueberlandesverkehres in der deutschösterreichischen Republik geradezu grundlegenden Frage Stellung nehmen, da nach dem immer mehr hervorgekehrten Prinzip, daß Deutschösterreich allein als der Besiegte anzusehen sei, es nicht völlig von der Hand zu weisen ist, daß von Seite des tschecho-slowakischen Staates die Forderung des Ausgleiches nur an uns gestellt werden wird, die naturgemäß für den Fordernden auch weitaus leichter mit Gewaltmitteln in Deutschösterreich durchzusetzen ist, als wenn er sich mit ähnlichen Forderungen an Polen, Jugoslawien oder gar Rumänien wendet.

Jng. v. Kurzel-Runttschneider.

## Die Entwaffnung.

Verordnung über Waffenbesitz vom  
13. Januar 1919.

§ 1. Alle Schusswaffen sowie Munition aller Art zu Schusswaffen sind abzuliefern. Als Schusswaffen gelten: Gewehre, Karabiner, Pistolen, Maschinenpistolen, Revolver, Geschütze aller Art, Maschinengewehre, Handgranaten, Gewehrgranaten, Minenwerfer und Flammenwerfer.

§ 2. Die Landeszentralbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen, sie bestimmen, wo und bis wann spätestens die Ablieferung zu geschehen hat. Die Landeszentralbehörden setzen fest, welche Ausnahmen von der Ablieferungspflicht gelten sollen.

§ 3. Wer nach Ablauf der Ablieferungsfrist in unbefugtem Besitz von Waffen oder Munition der im § 1 bezeichneten Art betroffen wird, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu hunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Sollten die Waffen oder die Munition zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen verwendet werden, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu 5 Jahren, bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter drei Monaten.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

### Der Rat der Volksbeauftragten.

Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 13. Januar 1919 über Waffenbesitz.

In Ausführung der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten über Waffenbesitz vom 13. 1. 19. bestimmen wir folgendes:

1. Alle im Paragraph 1 der Verordnung aufgeführten Schusswaffen sind innerhalb 24 Stunden nach Bekanntgabe dieser Ausführungsbestimmungen abzuliefern, spätestens bis 10 Uhr morgens am 15. 1. 1919.

2. Die Sammelstellen, bei denen die Waffen abzugeben sind, werden noch besonders bekanntgegeben.

3. Von der Pflicht zur Ablieferung der Schusswaffen sind befreit:

a) diejenigen Personen, die zur Führung von Waffen kraft ihres Amtes oder Dienstes berechtigt sind (Polizeibeamte, Militärpersonen),

b) die Inhaber von Waffenscheinen, die von dem gegenwärtigen ersten Kommandanten von Berlin, von dem gegenwärtigen Polizeipräsidenten von Berlin oder den Vorortspräsidenten oder den Vordrägen der Kreise Teltow oder Niederbarnim ausgestellt sind,

c) die Inhaber von Jahresjagdscheinen.

4. Falls ausnahmsweise die Ablieferung der Schusswaffen aus besonderen Gründen in der vorgeschriebenen Frist nicht durchgeführt ist, sind die Schusswaffen bei dem Hauseigentümer oder dessen gesetzlichem Vertreter in dreifacher Ausführung in derselben Frist anzumelden.

5. Die beim Hauseigentümer angemeldeten Waffen sind spätestens binnen weiterer 24 Stunden, d. h. bis zum 16. Januar, vormittags 10 Uhr, abzuliefern.

6. Die Hauseigentümer pp. sind verpflichtet, von dem Vorhandensein nicht angemeldeter Waffen an das zuständige Polizeirevier (Amts-, Gemeindevorsteher) Meldung zu erstatten. Im Falle der Nichtanmeldung unterliegen sie den Strafen im § 3 der Waffenverordnung vom 13. 1. 1919.

7. Die durch Verordnung über Ablieferung von Waffen und Heeresgerät in den Gemeinden Groß-Berlins vom 20. 12. 1918 bestimmte Ablieferung von Heeresgerät hat bei Vermeidung der Strafen des § 3 der Waffenverordnung in gleicher Weise wie die Ablieferung von Waffen zu erfolgen.

8. Ueber die abgelieferten Waffen und das abgelieferte Heeresgut verfügt das zuständige Generalkommando.

20. I. 1919

**Deutsch-Oesterreich.****Würdelosigkeit.**

Wien, 18. Jan. (Priv.-Tel.) Zwischen Mannschaften der hier sich aufhaltenden englischen Truppen und Wiener Sportsleuten war ein Fußballmatch zu wohlthätigen Zwecken für morgen vereinbart worden, das nun plötzlich — angeblich wegen Unbrauchbarkeit des Sportplatzes — abgejagt worden ist. In Wahrheit aber ist der Match gescheitert an dem immer entschiedeneren Widerspruch des anständig gesinnten Teiles der Wiener Bevölkerung, der die unwürdige Umschmeißelung der feindlichen Ausländer, in der sich der andere Teil der Bevölkerung gefällt, einfach nicht mehr erträgt. Blätter, die bisher nicht an extrem nationaler Gesinnung leiden, haben schon darauf aufmerksam gemacht, daß England die Blockade noch immer nicht aufgehoben habe und daß es nicht Sache der Beschimpften und Geächteten sei, die friedlichen Beziehungen zu den Siegern wieder aufzunehmen. Die für die Veranstaltung verantwortlichen Sportsleute verteidigen sich wohl vom Standpunkte der Internationalität und der Wohlthätigkeit, aber mit wenig Glück. Die so reden und schreiben, sind Menschen, denen das primitivste nationale Ehrgefühl mangelt. Wir wissen zufällig, daß notable Engländer über diese Dinge genau so denken wie jeder charaktervolle Mensch und aus ihrer Verachtung des sie umschmeißelnden Geschmeißes kein Hehl machen.

## Heimkehr der Oesterreicher und Ungarn aus der Türkei.

145 Offiziere und 900 Mann hier angelangt.

Gestern vormittag sind die österreichischen und ungarischen Offiziere und Truppen sowie die Zivilkolonie aus Konstantinopel unter Führung des dortigen Militärbevollmächtigten FML. Romianowski nach 15tägiger Reise in Wien eingetroffen.

Von einem der heimgekehrten Offiziere erhalten wir nachstehende Mitteilungen: Der Transport umfaßte 145 Offiziere und 900 Mann, die bei Abschluß des Waffenstillstandes in der Türkei geweselt hatten. Die Rückkehr in die Heimat war ihnen sehr schwer gemacht worden.

Gemäß der Waffenstillstandsbedingungen hätten unsere Truppen bis 30. November vorigen Jahres aus der Türkei heimbefördert werden sollen. Durch die unbegreifliche Saumseligkeit der Türkei unterblieb dies, und auch seitens des Armeekommandos in Wien kamen keinerlei Weisungen bezüglich des Abtransportes der Truppen. Kleinere deutsche und österreichische Detailtransporte mißglückten, und so erklärte am 30. November die Türkei angeblich auf Veranlassung der Entientruppen in Konstantinopel plötzlich, daß die österreichisch-ungarischen Truppen auf dem asiatischen Ufer des Marmarameeres interniert werden müssen. Mit dieser Mißlage gelang es, daß die Oesterreicher nicht interniert, sondern nur in Ortschaften, wie Halbar-Pascha, Modas-Matteve sowie auf den Prinzeninseln konzentriert und nicht hinter Stacheldrahtzäune gebracht wurden wie die deutschen Truppen, die heute noch — etwa 12.000 Mann unter Liman v. Sanders-Pascha — in der Türkei weilen. Inzwischen hatten sich von den österreichisch-ungarischen Truppen die verschiedenen Nationalitäten, wie Tschecho-Slowaken, Jugoslawen, Rumänen, Italiener etc. losgelöst. Die übrigen blieben wurden jedoch nach der Niederlage der türkischen Armee in Syrien durch von dort zurückkehrende Oesterreicher und Ungarn wieder ergänzt.

Die Verhandlungen, die vom Heimasialischen Ufer aus durch sprachkundige Offiziere mit den Türken, Engländern, Italienern und Serben geführt wurden, brachten schließlich das Ergebnis, daß seitens der Türken der Personendampfer „Nehid-Pascha“, ein Schiff mit 3800 Tonnen, zum Transport der Truppen zur Verfügung gestellt wurde. Da dieses Schiff zur Beförderung einer so großen Anzahl von

Passagieren sich nur äußerst mangelhaft eignete, mußte es durch österreichisch-ungarische technische Reserveoffiziere erst adaptiert werden. Nur fehlte es wieder an Kohle und Versorgung mit Süßwasser. Dank dem Entgegenkommen der in der Türkei weilenden englischen und italienischen Militär- und Marinebehörden, die alle Erfordernisse energisch betrieben und wegen der bedeutenden Minengefahr der Seereise zwei Lotsenoffiziere beistellten, konnten sich unsere Truppen endlich am 5. Jänner gemeinsam mit der zurückkehrenden Zivilbevölkerung einschiffen. Die Seereise war durch das Wetter sehr begünstigt, denn bis auf zwei etwas stürmische Tage herrschte, was bei der gegenwärtigen Jahreszeit ein Glücksfall zu nennen ist, nur ganz minimaler Seegang. Die Route mußte mit Rücksicht auf die sich namentlich bei den Inseln Imbros und Lemnos noch immer zu vielen Tausenden befindlichen Minen sowie wegen der gleichen Gefahr im Golf von Tarent und in der Dardanellstraße gegenüber einer normalen Seereise Konstantinopel-Triest beträchtlich verlängert werden. Es wurde nach ungefähr fünftägiger Reise die Hafenstadt Gallipoli im Golf von Tarent bei herrlichem Sommerwetter angelesen. Hier kam ein italienischer Lotsenoffizier an Bord, der das Schiff zwischen Minen hindurch nordwärts weiter leitete. Wegen der besonders schwierigen Navigation am Quarnero mußte der Dampfer eine Nacht an der kleinen dalmatinischen Insel Unje, die darauf folgende zwischen Brioni und Fasana verankert werden, und endlich ließ der „Nehid-Pascha“ am 15. d. glücklich im Hafen von Triest ein. Dank der umsichtig getroffenen Vorkehrungen kamen sämtliche Reisenden bei bestem Wohlbefinden im Hafen an. Die Oesterreicher und Ungarn mußten nun auf dem Schiffe verbleiben, bis durch die italienische Militärbehörde in Triest die erforderliche Zugsgarnitur bereitgestellt werden konnte. Diese nahm sämtliche österreichischen Offiziere, Monkschaften und Zivilpersonen mit ihrem Reisegepäck und Proviant auf, und wenn man sich auch hier etwas beengt fühlte, so war man doch froh, die Heimfahrt nun in Sicherheit antreten zu können. Für die Ungarn war ein besonderer Zug zur Verfügung gestellt worden, der sie nach Budapest bringen wird. Die Oesterreicher konnten ihre Reise durch die schon in Konstantinopel für sämtliche Teilnehmer erwirkten Visa auf den Reisepapieren ohne Zwischenfall fortsetzen und erreichten nach einer allerdings etwas ausgedehnten Fahrtdauer von 60 Stunden durch jugoslawische Gebiete und Landstriche, die von Italienern besetzt sind, wie erwähnt, gestern vormittag glücklich den Südbahnhof in Wien. Allerdings wurde den meisten von ihnen die Freude des Wiedersehens mit der Heimat durch die traurige Tatsache beeinträchtigt, daß ein mit dem Gepäck abgefandter Zug während der Fahrt durch die Uraine vollständig ausgeraubt wurde. Viele Offiziere haben alle ihre Kleider, Wäsche, Schuhe usw. hiedurch eingewürgt und sind zunächst auf das Tragen der Uniformen angewiesen.

Unter den hier eingetroffenen Offizieren befinden sich: Oberst v. Zambaur mit Familie, Oberst von Rosel, Oberleutnant v. Herbay, Oberleutnant Ritter v. Niesiolowski, vom Generalstabstörps Oberleutnant Ernst Megay, Major Samanel und Hauptmann Walter Adam, dann Major Mayern, Hauptmann Ingenieur Erich Keller, Rittmeister Hofrat Max Sompl, Hauptmann Bergrat Rudolf Reith, Hauptmann Hofrat Eduard Löw, die Hauptleute des Artilleriestabes Friedrich und Kees, Hauptmann Ingenieur Leo Binder, Rittmeister Staatsbahnrat Dr. Edgar Foly, Rittmeister Dr. Alsbert Lederer, Hauptmann Karl Schreder, Oberleutnant Erbprinz Schwarzenberg, Oberleutnant Dr. Ing. Walter Stof mit Gattin Dr. Laura Stof und Familie, Leutnant Friedrich v. Keller und Gattin sowie Leutnant Oberbaurat Artur Born.

\* Demonstrationzug der Marinere  
Gestern waren beim „Grünen Tor“ 1500 Marinere  
versammelt, denen mitgeteilt wurde, daß ein Teil  
Forderungen durchgesetzt wurde, der andre gute An-  
sichten hat. Die verlorengegangenen Effekten können  
aus einem Fonds gedeckt werden, den die Südslawen  
in Oesterreich haben. Der Marinerrat wurde als u-  
politische Körperschaft erklärt und Agitationsreden  
wurden scharf abgelehnt. Für Durchsetzung der letzten  
Forderungen wird Samstag um 10 Uhr eine  
Demonstration vom Schwarzen  
Bergplatz zum Staatsamt stattfinden.

26. I. 1919

M

**\* (Demonstrationszug der Marineure.)**

Gestern vormittags um 10 Uhr versammelten sich etwa 500 Marineure auf dem Schwarzenbergplatz zu einem demonstrativen Aufzug, der sich wie angekündigt war, über den Ring zum Staatsamt für Heerwesen bewegte. Eine Deputation trug vorerst beim Soldatenrat ihre Wünsche vor, und zwar Anerkennung des Marineurates, eine Entschädigung für das vierte Dienstjahr im Frieden, das den Präsenzdienst gegenüber dem Landheer um ein Jahr verlängerte, Arbeitslosenunterstützung und Ausbezahlung der vom Monturpauschale ersparten Beträge. Der Vorsitzende des Soldatenrates R u n z versprach die volle Unterstützung, betonte aber gleichzeitig die Schwierigkeit einzelner Punkte, welche die alte Monarchie hätte erledigen müssen. Hierauf wurde die Deputation vom Staatssekretär M a y e r und Unterstaatssekretär Dr. D e u t s c h empfangen, die wohlwollende Förderung zusagten. Der Marineurat werde voll anerkannt. Was die Entschädigung und die „Depositenfrage“ betreffe, so werde man sofort mit den liquidierenden Stellen unserer Nachbarstaaten in Fühlung treten, da für diese Zahlungen nicht Deutschösterreich allein herangezogen werden könne. Das Ergebnis der Unterredung wurde von der Deputation den auf dem Georg Cochplatz wartenden Demonstranten mitgeteilt, die sich dann ruhig entfernten.

26. I. 1919

M

(Bewilligung von Anshiffen an Heimkehrer der Straßenbahnen.) Von den Angestellten der Straßenbahnen sind im Laufe des Krieges rund 4000 zur militärischen Dienstleistung einberufen worden. Von diesen sind anlässlich der allgemeinen Demobilisierung rund 4000 Mann zurückgekehrt und haben den Dienst wieder angetreten. 2300 sind bereits früher zurückgekehrt oder gestorben, 1700 sind noch ausständig. Die Art, wie die Demobilisierung vor sich ging, war nicht danach angelegt, daß der Heimkehrer als ein mit dem Nötigsten versehener Mensch in den Kreis seiner Angehörigen zurückkam. Mangel an Kleidern und Wäsche und sonstigen für den täglichen Gebrauch notwendigen Gegenständen erforderten Ausgaben, die aus den Dienstbezügen augenblicklich nicht bestritten werden konnten. Nach einem Berichte des Stadtrates Baygoin wurde in der letzten Stadtratssitzung beschlossen, den seit 1. November 1918 anlässlich der Demobilisierung aus dem Militärdienst heimgekehrten und in der Folge noch heimkehrenden Angestellten der städtischen Straßenbahnen eine Anshilfe von je 100 R. zu bewilligen.

Die bisherigen Ergebnisse der Sachdemobilisierung. Bisher hat die Anstalt für Sachdemobilisierung, die sich damit befaßt, die früheren Sachgüter der alten Armee zu verwerten, 22 Abgabestellen geschaffen. Jede hat ein anderes Gebiet, wo sie alle untergebracht sind, sagt das neue Blatt „Mitteilungen der deutschösterreichischen Hauptanstalt für Sachdemobilisierung“, das kostenlos von dieser Anstalt, Wien, Laborstraße Nr. 18, bezogen werden kann. Bisher kamen nur kleine Mengen der vielen aus der Abrüstung verbliebenen Güter in den freien Verkehr, weil ein Teil der Sachgüter für den Ausbau der Miliz zurückgehalten wird. Nur das danach Uebrigbleibende soll weitergegeben werden. Viele Güter reichen nicht hin, um der Nachfrage zu genügen. Bei der Abgabe wird zunächst der Bedarf des Staates, der selbständigen Verwaltungsstellen und Anstalten berücksichtigt. In der zweiten Reihe kommen daran die gemeinnützigen Vereinigungen der Landwirtschaft, der Industrie und des Handwerks. In den freien Verkehr kommt erst der verbleibende Rest. Inwieweit genießen den Vorzug als Käufer. Durch die Berücksichtigung der Ansprüche der benachbarten Staaten, die früher in unserem Bestand waren, verzögert sich die Abgabe von Waren; manche können nicht verkauft werden, weil diese Staaten ihren Anteil in diesen Waren und nicht in Geld beanspruchen. Bisher wurden aus dem *Autolager* in der Notunde mehr als 600, davon 222 Lastautos, verkauft. Nur staatliche Stellen und Gemeinden und Vereinigungen bekamen solche Wagen. Der Gesamtumsatz brachte 55 Millionen Kronen ein. Außerdem kam *Auto* und *Altkunstm* für fast zwei Millionen Kronen zur Abgabe. In der nächsten Zeit werden abgegeben 170 brauchbare und viele unbrauchbare Autos. Die Verwaltungsstelle für *Alteisen*, Maschinen, Elektromaterial gab bisher 500 Waggons *Alteisen* ab. Der Verband der Eisenhütten und die *Alteisenkommission* besorgen diese Abgabe. *Neueisen* wurde besonders in der ersten Zeit nach der Abrüstung besonders begehrt. Davon befinden sich noch viele Vorräte in militärischen Lagern. Durch rasche Abgabe von etwa 300 Bahnwagen *Neueisen* war es möglich, viele Betriebe, auch kleinere, aufrecht zu erhalten und sogar Heimlehren Arbeit bringen zu können. Künftig sollen eigene Verwertungsgesellschaften den Verkauf durchführen. Erst nach genauer Aufnahme der Vorräte verschiedener *Militärvorratslager* wird es möglich sein, auch *Elektromaterialien* abzugeben. Der ganze Umsatz dieser Abgabestelle beläuft bisher sechs Millionen Kronen. Aus den großen Mengen überkommener Ledersohlen und Lederwaren wurden abgegeben mehr als 50.000 Paar *Bergschuhe*, 117.000 Paar *Aufsleder* und größere Mengen *Leder*. Damit wurden zunächst die Anforderungen von *Heimern*, dann die von *Volksbekleidungsstellen* und *Verbrauchervereinigungen* berücksichtigt. In der nächsten Zeit sollen große Mengen *gebrauchter Tierhaare* abgegeben werden. Sehr groß ist die Nachfrage nach *Schreibmaschinen*. Bisher standen so wenige zur Verfügung, daß für den privaten Bedarf vorläufig nichts verkauft werden kann. *Baugüter* sollen, sobald sie vom *Staatsamt für Heerwesen* freigegeben werden, dem Verbrauch raschestens zugeführt werden. Die durch den Krieg wirtschaftlich geschädigten Betriebe sollen zuerst bedacht werden.

In der gestrigen Sitzung des *Administrationsrates* berichtete *Friedmann* über die zwischen den beteiligten Staatsämtern getroffenen Vereinbarungen über die Verwertung der in den Betrieben *Wespa*, *Blumau*, *Zichamend* und *Wöllersdorf* vorhandenen Materialien durch Verarbeitung und durch Verkäufe. Es soll grundsätzlich die Verwertung der Produkte den betreffenden Betrieben überlassen werden; der *Erlass* ist der *Hauptanstalt* abzuführen. Wegen *Abertigung* eventuell *berkschlüssiger Arbeiter* in einzelnen Betrieben wird beschlossen, sich nach den von den beteiligten Staatsämtern mit den *Arbeiterorganisationen* über das *Arbeits* getroffenen Vereinbarungen zu halten. Es wurde weiter beschlossen, die *Verträge* in *Wöllersdorf* zu verweigern.

**Sachabrüstung.**

Wieder ein Unternehmen für die Juden.

Fast drei Monate sind seit Beginn der Sachabrüstung verstrichen und noch immer weiß die Bevölkerung nicht, wann sie die für ihre Betriebe so notwendigen Sachgüter erwerben kann. Die Hauptanstalt für Sachabrüstung scheint noch immer nicht die Art und Weise gefunden zu haben, wie sie die Sachgüter veräußern soll.

Mittlerweile wächst die Zahl der Arbeitslosen und steigen die Kosten der Hauptanstalt ins Unermessliche. Die Hauptanstalt für Sachabrüstung scheint sich überhaupt nicht für eine Versorgungsanstalt für unsere jüdischen Mitbürger zu entwickeln als zu einer Stelle, welche die Demobilisierungsgüter unter dem Gesichtspunkt des öffentlichen Interesses zur Verteilung bringen soll. Denn nur so wird das Chaos verständlich, das dort herrscht. Sucht ein Käufer Auskunft über die Verkaufsbedingungen, so sucht er sie in der Hauptanstalt für Sachabrüstung vergebens; denn niemand kam ihm dort eine bestimmte Antwort erteilen. Was heute als Verteilungsnorm festgesetzt wird, ist morgen wieder umgestoßen. Nun wird der Nutzenstehende glauben, dies geschehe im Interesse einer gerechten Aufteilung unter den Anspruchsberechtigten. Er wird jedoch gleich anderer Meinung sein, wenn er erfährt, auf welchem Verkaufsmodus sich die Hauptanstalt geeinigt hat. Die Demobilisierungsgüter dürfen nicht direkt dem Selbstverbraucher verkauft werden, sondern werden Händler-syndikaten zugewiesen.

Vergebens wird man nach einem vernünftigen Grund suchen, der die Hauptanstalt bewog, zwischen sich

und den Selbstverbrauchern den Zwischenhändler einzuschleichen. Es wäre dies verständlich, wenn es sich um Materialien handeln würde, deren Verkauf längere Zeit in Anspruch nehmen würde. Dies kann jedoch heute nicht der Fall sein, da bei dem herrschenden Rohstoffmangel ein wahrer Heißhunger auf alle Abrüstungsgüter besteht, der Verkauf derselben sich aber in kürzester Frist vollziehen müßte.

Der Verkauf der Abrüstungsgüter durch die Händler-syndikate hat daher nur den einen Zweck, die Sachgüter für den Selbstverbraucher um den Gewinn, welchen die Händler-syndikate einladen, zu verteuern.

Doch nicht nur allein der einzelne Selbstverbraucher soll seinen Tribut an das Händler-syndikat entrichten, auch die öffentlichen Stellen, die Sachgüter ansprechen, sollen gezwungen werden, diese durch die Syndikate zu beziehen. So sollen Sterbegelder erhalten, die Säckel der Händler zu füllen. Bei der Veräußerung der Abrüstungsgüter wollte man vor allem darauf Bedacht nehmen, daß dieselben nur in die Hände der Selbstverbraucher gelangen, nicht daß sie zum Spekulationsobjekt sachunludiger Händler werden. So lange die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung den Verkauf selbst leitet, steht sie als öffentliche Anstalt unter öffentlicher Kontrolle und Kritik. Sobald die Händler-syndikate den Verkauf in Händen haben, werden sie denselben so betreiben, daß sie einerseits für sich den größtmöglichen Gewinn heraus schlagen, andererseits ihre stammverwandten Freunde mit Material versorgen, während der arifische Geschäftsmann, der nicht zu den „Freunden“ des Syndikats gehört, leer ausgehen wird. Doch noch ein anderer herrlicher Gewinn blüht dem Händler-syndikat. Beim Verkauf von Abrüstungsgütern kann ein Teil des Kaufbetrages in Kriegsanleihe erlegt werden. Von dieser Begünstigung werden sicher die Händler-syndikate weitgehendsten Gebrauch machen. Ob jedoch der Händler beim Verkauf der Sachgüter jenen Selbstverbraucher vorziehen wird, der mit Kriegsanleihe statt mit Bargeld zahlt ist mehr als fraglich. Nun wird heute in den Winkelsbörsen die Kriegsanleihe mit 65 und darunter gehandelt. Die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung verrechnet den Händler-syndikaten die Kriegsanleihe zu 92,50. Die Sachgüter, die sie zum Verkauf haben, werden ja so gesucht sein, daß der einzelne Käufer gerne auf sein Recht verzichtet, Kriegsanleihen statt Bargeld zu erlegen. Er wird in den meisten Fällen mit Bargeld zahlen und das Begleichen mit Kriegsanleihe dem Händler überlassen, der dabei allein circa 30 v. H. des Kaufpreises verdient. Rechnet man noch die Verkaufsprovision und andere Spesen dazu, so versteht man, daß um dieses schönen Gewinnes willen alle möglichen Gründe angeführt werden, um zu beweisen, daß diese Art des Verkaufes der Demobilisierungsgüter die beste sei. Daß dabei der Staat, der dringend Bargeld braucht, bloß mit Kriegsanleihe abgespeist wird, kümmert ja die Händlergilde nichts. Derartige Dinge können nur geschehen, weil in der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung Leute Beschlüsse fassen, die man gewiß nicht als Vertreter der Interessen des gewerblichen Mittelstandes ansprechen darf. Sache der Öffentlichkeit wird es sein, zu entscheiden, ob die vom blutigen Steuerkreuzer angeschafften Demobilisierungsgüter dem Gemeinwohl zugeführt werden sollen oder ob sie ein Bereicherungsobjekt für jene Kreise werden sollen, die bereits im Kriege sich ihr Säckel füllen und noch immer nicht genug haben.

### Bei der italienischen Militärmission.

Im Neubau des Hotel Majestic, und zwar im ersten Stockwerk, Front gegen die Dumbastraße, liegen die Kanzleilokalitäten der italienischen Militärmission. Es sind jene Räume, in denen das verflozene Kriegspressequartier liquidierte. In den kleinen kahlen Zimmern herrscht, da die Zentralheizung noch nicht in Betrieb gesetzt ist, nicht geringe Kälte, unter der die Südländer, die hier antieren, wohl leiden. Das Meublement ist äußerst dürftig und verrät noch nichts vom Komfort eines Sotelpalastes. Schlecht und recht haben sich die italienischen Offiziere in diesen Arbeitsräumen eingerichtet, die sie seit Dezember benützen. Bekanntlich ist es Aufgabe der Militärmission, die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen zu überwachen. Aus dem regen Parteienverkehr, der hier zu beobachten ist, geht aber hervor, daß ihre Agenden vielfältig geartet sind und über den ursprünglichen Rahmen hinausragen. Die Mission setzt sich derzeit aus 25 Offizieren und rund 100 Mann zusammen. An Stelle des vor einigen Tagen dienstlich nach Italien verreisten Generals Scare steht augenblicklich Generalmajor Liberti an ihrer Spitze. Ein Mitarbeiter unseres Blattes suchte kürzlich das Bureau der italienischen Militärmission auf. Auf die Frage nach ihrer Tätigkeit erteilte einer der Offiziere ihm folgende Aufschlüsse:

„Die Mission überwacht die genaue und rastlose Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen, doch ist ihre Tätigkeit damit nicht erschöpft. Was die Heimsendung unserer Gefangenen in Deutschösterreich betrifft, so ist unsere Aufgabe größtenteils bereits zu Ende geführt. Wohl befinden sich in den hiesigen Heilanstalten noch etliche Italiener in Pflege, und dann sind auch noch Gefangene da und dort verstreut, die erst gesammelt und hierauf heimbefördert werden müssen. Die Mehrzahl der Kriegsgefangenen ist jedoch heimgekehrt.

Wir betrachten es aber auch als unsere Pflicht, den Ungehörigen der in Italien internierten Kriegsgefangenen deutschösterreichischer Staatszugehörigkeit in ihrem berechtigten Bestreben, sich mit diesen in Fühlung zu setzen, nach Kräften beizustehen. Die für die Kriegsgefangenen bestimmte Korrespondenz wird von uns direkt an die Gefangenenlager übermittelt. Weniger prompt erledigt sich die Herkundung der Antworten, da noch kein geregelter Dienst eingerichtet ist. Gleich uns befaßt sich auch die hiesige päpstliche Nunziatur sehr eifrig mit der

#### Vermittlung von Nachrichten für die Kriegsgefangenen.

Der Austausch der Lebensmittel aus Italien nach Wien scheint nun endlich ins Gleis gekommen. Solche Transporte rollen ziemlich regelmäßig Tag für Tag von Triest und Innsbruck an. Neuestens ist uns auch ein Wien zugedachter Lebensmittelzug aus Mailand abisiiert worden. Der Hertransport ist wesentlich dadurch erleichtert worden, daß die eine Zeitlang getrübteten Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien nunmehr eine Klärung erfuhren.“

### Die Sachdemobilisierung.

Der Administrationsrat der deutschösterreichischen Hauptanstalt für Sachdemobilisierung hat kürzlich beantragt, es mögen alle unter kaufmännischem Gesichtspunkt zu behandelnden Fragen der Sachdemobilisierung bei voller Wahrung des staatlichen Aufsichtsrechtes der Hauptanstalt zur Behandlung übergeben

werden. Dieser Vorschlag hat die Genehmigung des Staatsamtes für Kriegs- und Uebergangswirtschaft gefunden und es wurden die entsprechenden einleitenden Verfügungen getroffen.

Mit der Handhabung des staatlichen Aufsichtsrechtes wurde Ministerialrat Freiherr von S o d o r beauftragt, der dem Staatssekretär für Kriegs- und Uebergangswirtschaft direkt unterstellt und die Verhandlungen wegen Konzentration der Sachdemobilisierungsangelegenheiten ehestens beenden wird.

Hierbei soll dem Grundsatz Rechnung getragen werden, daß die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung als Kaufmann gedacht ist und ihrer Aufgabe nur dann gerecht wird, wenn sie unter den gleichen Voraussetzungen wie jeder andere Kaufmann arbeitet.

## Aus den Geheimnissen der Sachdemobilisierung.

Anstatt acht Milliarden keine einzige. — Die Teilung durch fünf. — Tschecho-slowakische Kontrolle in Deutschösterreich. — Wo bleibt die Gegenseitigkeit? — Organisation der Verwertung. — Achte Kriegsanleihe als Zahlungsmittel. — Mehr als 170.000 Paar Schuhe und mehr als 71.000 Kg. Leder verteilt. — Im Handel nichts davon zu sehen.

Von Budapest aus ging neulich die Behauptung durch die Öffentlichkeit, daß der Wert des größtenteils in Deutschösterreich befindlichen Kriegsmaterials, welches in die Sachdemobilisierung fällt, sieben bis acht Milliarden betrage. Diese optimistische Schätzung hat sich nach einer Erklärung des Präsidenten der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung Sektionschef Dr. Künstler als weit aus zu hoch gegriffen erwiesen, und es kann insbesondere von einem Milliardenenertragnisse nicht die Rede sein. Immerhin handelt es sich hierbei um sehr beträchtliche Werte aus dem gemeinsamen Volksvermögen des ehemaligen österreichisch-ungarischen Staates, und demgemäß ist mit Rücksicht auf die neugebildeten fünf Nationalstaaten auch die Teilung in fünf gleiche Teile in Aussicht genommen, beziehungsweise vereinbart. Hier beginnt aber schon die diktatorische Grobmannsucht der Tschecho-Slowaken, die den einseitigen Verteilungsplan durch ihre Sonderbestrebungen in empfindlicher Weise stören, indem sie bei einzelnen Artikeln nicht auf ihren Anteil am Gelderlöse, sondern auf die Waren selbst reflektieren und in allen für die Demobilisierung in Betracht kommenden Anstalten ein Heer von Kontrollorganen zur Aufnahme langwieriger Inventuren eingesetzt haben, ohne auch nur einen Heller zu den bedeutenden Erhaltungskosten dieser Anstalten (für Betrieb, Beheizung, Beleuchtung, Bewachung etc.) beitragen zu wollen.

So sind im tschecho-slowakischen Kontrolldienst beim Brückenmaterialdepot in Klosterneuburg allein mehr als 200 tschecho-slowakische Soldaten mit mehreren Offizieren beschäftigt. Ebenso ist es in Blumau, Kaiser-Ebersdorf usw., kurz überall, wo Demobilisierungsgüter aufgenommen und verteilt werden. Das Verhältnis der „Gegenseitigkeit“ in der Kontrolle der Sachdemobilisierung, das natürlich vereinbart ist, wird merkwürdigerweise nicht eingehalten, und es ist nicht festzustellen, woran das liegen mag: ob es sich da um eine unbegreifliche Unterlassung seitens der deutschösterreichischen oder etwa gar um inoffiziellen heimlichen Widerstand der tschecho-slowakischen Staatsverwaltung oder wider „untergeordneter Organe“ derselben — wie in der Frage der aufgehaltener Kohlentransporte — handelt. Jedenfalls hätte Deutschösterreich keinen Grund, den „Sachdemobilisierungsinventuren“ in der Tschecho-Slowakei von vornherein mehr Vertrauen entgegenzubringen, als — wie ihre heinlich scharfe und auch kostspielige Kontrolle beweist — die Tschecho-Slowaken unserer Sachdemobilisierung gegenüber befinden!

Im übrigen sind auch die in der ersten Zeit gegen die Sachdemobilisierung gerichteten vielfachen Angriffe in der Öffentlichkeit zum Schweigen gekommen, was man als Beweis dafür ansehen mag, daß die geschaffenen Stellen ihre volkswirtschaftliche Aufgabe zu erfassen und den Interessen der Gesamtheit gemäß zu erfüllen begonnen haben. Die für die einzelnen Materialgruppen gebildeten Verwertungsstellen, beziehungsweise -gesellschaften sind folgendermaßen gegliedert:

Auto, Eisen, Maschinen, Elektromaterial, II, Taborstraße 18. Chemische Produkte, I, Lothringerstraße 12. Leder, Pelze, Schuhe, I, Fegelsasse 13. Fahrwerke und Textilien, II, Taborstraße 18. Lebendvieh, III, Vordere Zollamtsstraße 11. Holz, Hadern, Borsten, Häute, Haare, Sanitätsmaterial, physikalische usw., Instrumente, technische Teile, Fette, Metalle, Papier, Inneneinrichtung usw., Seil- und Förderbahnen, Eisenbahn- und Vollbahnmateriale, ferner Paraden und Immobilien (Kriegsbauten), II, Taborstraße 18. Baumaterialien usw., I, Seilergasse 6. Lebensmittel, II, Taborstraße 18.

Bisher ist aber nur ein sehr kleiner Teil der zahlreichen Demobilisierungsgüter durch die Verwertungsstellen in den freien Verkehr gelangt, weil zunächst der bevorzugte Bedarf zur Aufstellung der deutschösterreichischen Wehrmacht zu decken ist. Nach diesem kommen die Anforderungen autonomer Körperschaften und Anstalten, gemeinnütziger Korporationen, insbesondere wirtschaftlicher und genossenschaftlicher Vereinigungen der Landwirtschaft, der Industrie und des Kleingewerbes. Innerhalb der dem freien Verkehr zugewiesenen Warengruppen genießen unter gleichen Bedingungen Einzelne als Käufer ein Vorzugsrecht. Reichner der achten Kriegsanleihe können den Kauf-

preis für Demobilisierungsgüter in Anleihenpapieren erlegen und bleiben im Gewinne des laufenden Coupons.

Von den erfaßten Waren wurden bis 20. Jänner unter anderem zur Verteilung gebracht: 53.553 Paar Bergschuhe, 117.570 Paar Kuhlleder Schuhe, 8 Paar diverse Schuhe, 44.100 Kg. Coupons (Leder), 15.272 Kg. Häute und Aben (Leder), 2550 Kg. Brandsohlen, 1950 Kuhlleder, 200 Quadratfuß Kalkleder, 1200 Stück Sämschleder, 8000 Pa. Schaf- und Ziegenleder, 28.881 Stück, 8053 Paar, 15 Kg. Pelze; 53 Stück, 1006 Meter diverse, 2060 Quadratfuß Chromleder. Daß von diesen gewaltigen Mengen an Schuhen und Leder, die doch gewiß zum ärarischen Selbstkostenpreise abgegeben wurden, bisher nicht nur nichts im Detailhandel zu sehen ist, sondern daß es auch nicht im geringsten preisregulierend gewirkt hat, gibt Entschieden zu denken! Die Abnehmer dieser Waren sind bekannt und die Behörden hätten die Pflicht die Art der Verwertung dieser Waren zu kontrollieren, damit nicht die Demobilisierungsgüter die Zahl der Kriegsgewinner vermehren und die Bevölkerung weiterhin vergeblich auf den Abbau der Preise wartet.

Die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung gibt jeden Samstag offizielle „Mitteilungen“ heraus, welche Interessenten im „Hotel National“, II, Taborstraße 18, 3. Stock, kostenlos erhalten.

27. II. 1919

120

**Die Sachabrüstung.**

Kürzlich fand unter dem Vorstehe des Obmannes Hofrat Dr. Bette die zweite Vollzugs- ausführung des Verbandes der deutsch-österreichischen Gewerbe- und Handelsanstalten statt. Die Staatsämter für öffentliche Arbeiten und für Kriegs- und Uebergangswirtschaft hatten als Staatsamtskommissäre die Sektionsräte Dr. Friedrich Nider und Dr. Heinrich Hillinger entsendet. Als Vertreter der Verbandsmitglieder waren Nationalrat Direktor Ed. Seini für das Landesgewerbe- förderungsamt für Wien und Niederösterreich, Direktor Ingenieur Alfred Sotinger für das steiermärkische Gewerbe- und Handelsinstitut in Graz und Regierungsrat Dr. Hans Chudaczek für das Gewerbe- und Handelsinstitut der Handels- und Gewerbe- kammer in Eger erschienen.

Verbandsdirektor Regierungsrat Dr. Herz erstattete einen sehr ausführlichen Bericht über die bisherigen Maßnahmen und den gegenwärtigen Stand der Aktion, wonach Abrüstungsgüter im Werte von rund 3½ Millionen Kronen erworben und dem gewerblichen Konsum nicht nur Wiens, sondern auch größerer Teile Deutschösterreichs zugeführt worden

waren. Vornehmlich konnten Metallarbeiter, Fuhr- werker (Automobile), Leder und Textilien verarbeitende Gewerbe Berücksichtigung finden. Der Verbands- direktor machte dann Mitteilungen über Maßnahmen im Interesse der Holzverarbeitenden Branchen, die im Einvernehmen und mit Unterstützung des Nieder- österreichischen Landesamtes und der Gemeinde Wien getroffen wurden und schon in der allernächsten Zeit zu umfangreicher Tätigkeit Veranlassung geben werden. Endlich sind auch Schritte eingeleitet, um die Gas- und Wasserleitungsinstallateure ehestens mit freiverdenden Abrüstungsgütern zu beteiligen.

Die interessanten Mitteilungen gaben Anlaß zu einer lebhaften Wechselrede, an der sich alle An- wesenden beteiligten.

### Reorganisation der Sachdemobilisierung.

Staatssekretär Dr. Urban hat im Interesse einer rascheren und sachgemäßen Abwicklung der Sachdemobilisierung eine Reihe von Dienstvorschriften ausarbeiten lassen, die eine möglichste Vereinfachung des Geschäftsganges bezwecken. Zugleich wurden im Sinne eines im Kabinettsrate gefassten Beschlusses die entsprechenden Vorkehrungen getroffen, um die Anforderungen der öffentlichen Ämter auf Zuweisung von Sachdemobilisierungsgütern auf das unbedingt notwendige Maß einzuschränken. Der Wirkungskreis der Hauptanstalt wurde wesentlich und dergestalt erweitert, daß in Zukunft nur sie als geschäftsführende Stelle fungieren wird, während bisher das bürokratisch zusammengesetzte Materialbewertungsamt sich mit ihr in die Aufgaben des Sachdemobilisierungsdienstes teilte. In die Stelle des Materialbewertungsamtes tritt, wie bereits vor einiger Zeit angekündigt wurde, der dem Staatssekretär für Kriegs- und Übergangswirtschaft unterstellte Staatskommissär für Sachdemobilisierung mit seinen Hilfsorganen. Seine Funktionen beschränken sich, abgesehen von grundsätzlichen Verhandlungen, die mit den anderen Nationalstaaten, mit den Ländern und den beteiligten Staatsämtern zu führen sind, auf die Rolle des staatlichen Aufsichtsorgans in den Angelegenheiten der Sachdemobilisierung.

Einen besonderen Dienstzweig des Staatskommissariats bildet die Führung des Vorsitzes und die Besorgung der Bureaugeschäfte in der für die Verwaltung der großen früheren Militärbetriebe eingesetzten „Verwaltungskommission für Heeresbetriebe“, der neben Delegierten der beteiligten Staatsämter und der Hauptanstalt Vertreter aus dem Kreise der Industrie und der Arbeiterchaft angehören. Eine besonders wichtige Neueinrichtung bei der Verteilung der Sachdemobilisierungsgüter besteht darin, daß von nun an auch die Ansprüche der staatlichen Stellen der Entscheidung durch gemischte Verteilungsausschüsse unterworfen sein werden, so daß die Entscheidung hierüber nicht mehr in der Hand eines einzelnen Beamten liegen wird.

### Die Vorgänge in Wien.

#### Der gestrige Tag.

Nach den ersten Stürmen der vorgestrigen Umgehung verlief der gestrige Tag im allgemeinen ruhiger. Teil daran hatte auch das Lichte, nachfolgende, das größeren Ansammlungen nicht günstig und wohl auch etwas abkühlend auf die Gemüter wirkte. Die Geschäfte waren geöffnet, das Straßensbild trug sein alltägliches Gesicht, und zu Fuß aufstieg. Auch die neuen Kolonnen der Kapellen der Offiziere erregten kein größeres Aufsehen mehr, der Wiener hat sich schnell in diese Veränderung eingelebt. Nur im Laufe des Nachmittags wurde sich eine größere Menge, die vor das Kriegsministerium zu ziehen versuchte, aber von der Polizei mit leichter Mühe wieder abgebrängt wurde. Die Polizei handelt bei ihrem Vorgehen ganz im Sinne des Auftrages des deutschösterreichischen Nationalrates. Die Polizei ist gewillt, mit aller Energie Ruhestörungen und Gewalttätigkeiten, die der gegenwärtigen Lage unwürdig sind, hintanzuhalten und alles daran zu setzen, um Ruhestörungen, Ausschreitungen, Bedrohungen des Eigentums, Plünderungen und das Eindringen in Privat- oder öffentliche Gebäude mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entschieden zu verhindern.

In den Abendstunden kam es in der Umgebung der Oper zu wüsten Szenen, veranlaßt von halbwüchsigen Burschen, welche von allen Geschäften die Adler oder Wappen herabrissen. Sonst haben sich nur auf dem Nordbahnhofe bedauerliche Plünderungen seitens des Arbeitspersonals und bazillierender Soldaten zugetragen. Nachstehend geben wir den Bericht eines Augenzeugen über diese Vorgänge wieder.

#### Die Plünderungen auf dem Nordbahn-Frachtenbahnhofe.

Auf dem Nordbahnhofe haben gestern, wie wir in unserm Abendblatte bereits meldeten, größere Plünderungen stattgefunden, deren die Polizei und Militärwache erst nach einigen Stunden Herr werden konnte. Nachstehend geben wir den Bericht eines Augenzeugen über die Vorgänge wieder:

Kleinere Diebstähle auf dem Frachtenbahnhofe gehörten bereits in den letzten Tagen zum gewöhnlichen Tagesereignis. Gestern schritten nun unter dem alarmierenden Einfluß der letzten Ereignisse Arbeiter, heurlaubende Soldaten, Kroaten zu einem größeren Raubzug. Sie errachen unter Hochrufen auf die Republik zwei Waggon, die mit Wein in Flaschen gefüllt waren, und veranstellten mit der Besatzung gleich in zwei nebenan stehenden Personenzugwaggon förmliche Trinkgelage, so daß bei der Festnahme ein großer Teil der Arrestanten volltrunken war. Außerdem wurden noch Sammelstellen und was sich sonst in den Waggon befand, geplündert. Die kleine Bahnhofswache von etwa 18 Mann war natürlich gegen die 400 bis 500 Plünderer wehrlos und mußte erst Hilfe von der Polizei und Militärpolizei abwarten, bis gegen 11 Uhr vormittags gegen die Plünderer vorgegangen werden konnte. Es gelang noch

ungefähr 20 Personen zu verhaften, die gegen Abgabe ihres Nationalen entlassen und dem Verichte angezeigt werden. Der Schaden ist natürlich beträchtlich. Augenblicklich streifen Militärpatrouillen das Gebiet ab, um vielleicht noch nicht besetzte Gegenstände zu retten. Nebenbei wurden erst gestern abend mehrere Personen wegen eines großen Diebstahls von Militär- und Zivilstoffen verhaftet. Mittags um 12 Uhr rückten dann weitere 50 Mann von der Militärpolizei an, die das Terrain vollends säuberten. Augenblicklich herrscht auf dem Nordbahnhofe Ruhe und werden die Arbeiten ungehindert weitergeführt.

Unter den Verhafteten sind viele russische und italienische Kriegsgefangene. Die Polizeieinspektion Nordbahnhof hat, sobald sie zur Kenntnis der Plünderungen gelangte, die Sperrung einzelner Tore verfügt, und die berufene Sicherheitswache nahm dann die zwanzig Personen fest. Die Plünderer sind meist Kohlenarbeiter beiderlei Geschlechtes. Sie wurden nach Feststellung des Nationalen in Freiheit gesetzt. Die Kriegsgefangenen wurden der Militärbehörde übergeben.

#### Eine Soldatendemonstration in der Innern Stadt.

Gestern nachmittag zog eine Gruppe von ungefähr 400 Soldaten, die im Grinzinger Kriegshospital untergebracht sind, unter Führung der Abgeordneten Hummer und Teufel vom Grinzinger Kriegshospital in geschlossenem Zuge zur Stadt. An der Spitze dieses Zuges wurde eine Tafel getragen mit der Inschrift „Hoch die Freiheit“. Die Soldaten zogen zuerst zum Parlament und entsendeten dort unter Führung der beiden genannten Abgeordneten und eines Soldatenrates aus ihrer Mitte eine Abordnung zum Präsidenten Seib, dem sie ihre Wünsche und Beschwerden vorbrachten. Sodann zogen sie vom Parlament zur Stadt durch die Herrngasse beim Landhaus vorbei zum Kriegsministerium. Hier wollten sie sich zu lauten Kundgebungen versammeln, alsbald gelang es jedoch der Wache, diese Gruppe zu zerstreuen.

#### Vor der Stiftskaserne.

Etwas früher war gegen 5 Uhr nachmittags die Situation vor der Stiftskaserne. Hier erwartete eine zum größten Teil aus jugendlichen Elementen zusammengesetzte Menge den Ausmarsch von Soldaten, die zu einer der angekündigten Soldatenversammlungen ziehen sollten. Die Tore der Kaserne waren geschlossen. Die Wartenden, die mit Lärmen, Singen und Rufen einige Zeit verfrachten, drängten plötzlich auf die Tore vor und versuchten, in das Innere der Kaserne zu gelangen. Sofort schritt Wache ein. Da kamen auch aus dem Kasernenhofe die Mannschaften, die mit Biergittern versehenen Schüssen wurden zertrümmert, und so gelang es einem Teil der Schlämenden, Eintritt zu erzwingen. Vergeblich bemühte sich die Sicherheitswache, die Demonstranten von ihrem Vorhaben abzubringen. Offiziere, die das Innere der Kaserne betreten wollten, wurden zurückgeschoben. Es verlautete, daß Arrestanten, die in dieser Kaserne untergebracht waren, befreit wurden.

Aus den nun offenen Toren marschierten, umgeben von der ihrer wartenden Menge, ungefähr 600 Soldaten, voran ein Soldat, der eine mächtige rote Fahne trug. Noch kam es zu einem Zusammenstoß mit der Wache, doch bald marschierten Soldaten und Zivilisten vereint die Mariabillerstraße in der Richtung der Westbahn hinaus.

Die Tumulte sahen bedrohlich aus. Aus diesem Grunde hatten fast alle Geschäftsläden sowohl in der Innern Stadt wie auf der Ringstraße und der Mariabillerstraße wie auch in andern Bezirken schon vor 5 Uhr nachmittags die Türe gesperrt. Dort, wo noch offengehalten wurde, entschlossen sich die Kaufleute eiligst die Beleuchtung abzustellen. Das im Hause der Stiftskaserne befindliche Café Siller war geschlossen, und ein im selben Gebäude untergebrachtes Uniformierungsgeschäft war für die Offiziere der Zugang zur Kaserne.

#### Der Zug zum Kriegsministerium.

Im Laufe des Abends kam es leider zu sehr bedauerlichen turbulenten Szenen, die mit politischen Kundgebungen anlässlich der Reichsversammlung unseres Staatswesens nichts mehr gemein haben.

Gestern abend fand — wie wir an anderer Stelle berichtet — in Lembachers Dreheraal auf der Landstraße eine Versammlung des Soldatenrates statt. Der Saal war von Offizieren und Mannschaften, die in überaus kameradschaftlicher Weise miteinander verkehrten, dicht gefüllt. Offiziere und Mannschaften hielten hier Ansprachen, und es wurde mitgeteilt, daß im Parlament bereits die Wahl des provisorischen Soldatenrates erfolgt sei. Dieser Soldatenrat wird sich bemühen, im Verein mit den anderen Offizieren und Mannschaften die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und wird verlangen, daß keinerlei Ausschreitungen veranlassen. Die Wahl ist nur eine vorläufige und

soll durch eine Wahl von sämtlichen Kadern dann erst durchgeführt werden. In der Versammlung wurde ferner bekanntgegeben, daß Freitag vormittag zwei Kompagnien des Deutschmeisterregiments mit der Muffel dieses Regiments vor das Kriegsministerium ziehen werden, um dort auch militärischerseits die Reichsversammlung des Staatswesens dadurch zu dokumentieren. Es wurde auch von der Schaffung einer Militär- und Nationalgarde gesprochen. Zu gleicher Zeit waren im Hofe des Dreherischen Etablissements jene Teilnehmer des Soldatenrates versammelt, die im Saale keinen Platz mehr finden konnten, und freie Sozialisten, die durch die Abgeordneten Müller und Leutner zu einer späteren Versammlung dorthin berufen worden waren. Um 8 Uhr abends war die Versammlung des Soldatenrates geschlossen, und in dichtem Zuge gingen die Offiziere mit den Mannschaften, denen sich aber auch viele Arbeiter und auch Jugendliche anschlossen, über die Landstraße Hauptstraße zur Wollzeile und von dort über den Ring zum Kriegsministerium.

Beim Kriegsministerium bestieg ein Oberleutnant das Dach einer Tramwayhaltestelle und hielt von dort aus eine Ansprache an die Soldaten, in der er sie aufforderte, jetzt ruhig nach Hause zu gehen und darauf bedacht zu sein, daß die Ruhe und Ordnung nirgends gestört werde. Die Offiziere leisteten dieser Aufforderung ihres Kameraden Folge, nicht aber die Mannschaft, welche die Losung ausgab: Auf zur Rohauer Kaserne. Eine rote Fahne vor sich tragend, marschierte nun der Zug, etwa 2000 Menschen, denen sich unterwegs auch Jugendliche, andre Personen sowie Weiber anschlossen über den Franz Josef-Platz.

#### Revolverschüsse. — Einschreiten der Wache.

Untenwegs wurden Straßenbahnwagen angehalten und Fensterscheiben zertrümmert. So gelangte der Zug bis zum Schottentring und schwenkte hier über den Schottentring zum Deutschmeisterplatz ab. Die Sicherheitswache eskortierte den Zug und teilte den Leuten mit, daß sich im Zentralarrest der Rohauer Kaserne keine Militärhäftlinge mehr befinden, da sie auf Grund des Amnestieerlasses bereits in Freiheit gesetzt worden sind. Die Vertreter der Behörden machten sich auch erbötig, einer viergliedrigen Abordnung des Soldatenrates den Zutritt zur Kaserne zu ermöglichen und ihnen zu gestatten, daß sie die Arrestlokale besichtigen, um sich davon zu überzeugen, daß die militärischen Häftlinge bereits in Freiheit gesetzt seien. Wohlthätig fiel aus der Menge ein scharfer Schuß. Wer ihn abgegeben, konnte nicht ermittelt werden. Die Teilnehmer der Demonstration wendeten sich nunmehr gegen die Wache, indem sie die unwahre Behauptung verbreiteten, die Wache hätte geschossen. Der Zug bewegte sich sodann durch die Maria Theresienstraße gegen den Schlichtplatz zu und versuchte, die Tore der Rohauer Kaserne, die auf den Schlichtplatz münden, im Sturm zu nehmen. Nun schritt aber die Wache energisch ein. Berittene und Wachleute zu Fuß stürmten vor und waren bemüht, die Massen zu zerstreuen. Psuirufe, gelbende Pfeife erschollen. Von einem in der Nähe befindlichen Steinbauern bewaffneten sich die Manifestanten und eröffneten ein Steinhombardement gegen die Sicherheitswache. Die Wache ging nunmehr daran, den Schlichtplatz zu säubern. Wieder fielen fünf Schüsse aus der Menge. Da versuchte diese, gegen die Wache zu harangieren, indem neuerdings ausgesprengt wurde, die Wache habe geschossen. Ein junger Mensch, in dessen Hand noch der Revolver gesehen wurde, aus dem er kurz vorher geschossen, wurde verhaftet. Die Massen suchten den Verhafteten den Wachleuten zu entreißen. Übermals wurden diese mit Steinen überschüttet. Auf allen Seiten, durch die Quergassen, die Kollingasse, Maria Theresienstraße, Türkenstraße und Porzellangasse, durch die Beregringasse, dem Schottentor zu wurden die Manifestanten verdrängt. Wieder fielen zwei Schüsse. Jugendliche und Pöbel versuchten sich zu sammeln und gaben die Losung aus, zum Deutschmeisterdenkmal zurückzugehen und von dort einen Sturm gegen die Rohauer Kaserne zu unternehmen.

Die wüsten Szenen, die in der Umgebung größte Aufregung hervorgerufen hatten, dauerten ungefähr eine Viertelstunde, bis es der Wache gelungen war, die Umgebung vollständig von den Manifestanten zu säubern. In der Rohauer Kaserne selbst waren Maschinengewehre bereitgestellt. Die Manifestanten wurden dann teils durch die Mierstraße, teils durch die Währingerstraße vertrieben. Ein Soldat soll durch einen Schuß an der Hand verletzt worden sein.

Dann bestiegen und über diese Ausschreitungen der herrliche Wagonen Klub Jedl wurde durch die Lehmanns Kaserne des mit der

Menge gegen ihn geschleudert worden war, an der Nase getroffen und ihm dadurch das Nasenbein zertrümmert. Der Schwerverletzte stürzte vom Pferde. Er wurde zur Station der Rettungsgesellschaft gebracht und von hier in das Spital überführt.

#### Die Tore der Hofburg.

Sämtliche Tore, die in die inneren Höfe der Hofburg führen, waren während der vorgestrigen Demonstrationen geschlossen. Gestern vormittag und auch in den ersten Nachmittagsstunden waren die Tore wieder geöffnet, um den freien Durchgang in die Hofburg, wie dies seit Jahren üblich ist, zu ermöglichen. In den Abendstunden wurden aber die großen Gittertore wieder geschlossen, um für alle Vorfälle gesichert zu sein.

#### Militärische Verfügungen.

Mittels eines Militärbefehls wurden die Kommanden davon verständigt, daß einrückende Soldaten nicht deutschösterreichischer Nationalität sofort ihren zuständigen Kadern zu übergeben wären.

Die Wache beim Kriegsministerium hat, um Auseinandersetzungen zu vermeiden, die Kappenprojekten mit deutschösterreichischen Farbenbändern überbedeckt.

#### Gründung einer deutschösterreichischen Nationalgarde.

Eine Abordnung des Ausschusses zur Gründung einer deutschösterreichischen Nationalgarde, die eine Bürgerwehr sein soll, sprach gestern mittag beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner und beim Vizebürgermeister Hierhammer vor, um der Stadt Wien die ins Leben gerufene Bürgerwehr zur Verfügung zu stellen. Die Abordnung bestand aus den Herren Leo Berger, Julius Kranzmaier und Josef v. Worlikly. Der Bürgermeister nahm die Ausführungen dankend zur Kenntnis und ersuchte die Herren, der Gemeindeverwaltung Detailverschlüsse über die Organisation zur genehmigenden Kenntnis vorzulegen.

#### Die Bereitschaft der deutschen Studenten.

Die im Hochschulausschuß der deutschen Studentenschaft Wiens vereinigte deutsche Studentenschaft aller Parteirichtungen hat an die Prager deutsche Studentenschaft eine Sympathiekundgebung gerichtet, in welcher sie gleichzeitig ihre augenblicklichen Absichten und Pläne kundgibt. Die deutsche Studentenschaft Wiens erklärt sich bereit, geschlossen hinter der Nationalregierung zu stehen und mit allen Mitteln die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Diese Entschliessung wurde dem Vollzugsausschuß und dem deutschen Botschafter in Wien überreicht. Augenblicklich steht die deutsche Studentenschaft Wiens mit deutschen Vertretern des Armeekorps-Oberkommandos und dem deutschösterreichischen Staatsrate in Fühlung, um durch Ueberstellung aller deutschen Studenten im militärischen Dienstverhältnis zu deutschen Infanteriebataillonen die Justiz in der Armee Deutschösterreichs und die öffentliche Ordnung in Wien, die durch bolschewistische Elemente des Zivils und Militärs bedroht erscheint, unbedingt aufrechtzuerhalten.

### Schließung des Rathausstellers.

Der Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat die Verfügung getroffen, daß der Rathaussteller von heute früh an bis auf weiteres für den Besuch vollständig gesperrt ist.

Diese Anordnung hat sich als eine notwendige Vorsichtsmaßregel erwiesen. Wenngleich sich in diesen Tagen bisher im Rathaussteller keine Ausschreitungen oder auch nur Unzukömmlichkeiten ereigneten, so würde hier eventuell eine Gefahr bestehen, der rechtzeitig vorzubeugen war.

### Die Offiziere ohne Diener.

Es gibt in Wien nur wenige Offiziere, die ihre Burschen behalten haben. Diese zogen es meistens vor, zu verschwinden, und sind in ihre Heimat abgereist.

### Die weiblichen Hilfskräfte.

Bei der Auflösung vieler militärischen Stellen wurden deren weibliche Hilfskräfte in Mitleidenschaft gezogen, deren rechtliche Ansprüche und Rindigungsfristen nicht immer Beachtung finden. Es wäre ungesagt, für diese erwerbenden Mädchen eine schützende Verfügung zu erlassen.

### Handel mit Monturstücken am Nordbahnhof.

Vor dem Wiener Nordbahnhof und in dessen Umgebung am Praterstern ist seit gestern ein ganz eigenartiger Markt entstanden. Dort stehen Hunderte zur Heimreise bereite tschecho-slowakische Soldaten, die ihre Monturen, Schuhe, Decken u. zu Spottpreisen verkaufen. Hunderte von Menschen scharen sich um sie, und die Waren finden so rasenden Absatz. Es hat sich dort ein ganzes Marktwesen herausgebildet. Der Markt verdankt seine Entstehung der Tatsache, daß sowohl den ankommenden, wie einreisenden Soldaten an den Landesgrenzen bei Sumburg und Simlud Waffen, Munition, militärische Kleidungsstücke und alle Lebensmittel abgenommen werden.

### Jugendliche Fensterwerfer.

Am 1. d. um 9 Uhr abends sah der Sicherheitswachmann Zuggi auf dem Wiednergürtel, Ecke der Melegasse, eine Gruppe von Burschen, die aus bloßem Uebermut die Fenster der Garage Wiednergürtel Nr. 36 zertrümmerten. Das Zerstückelwerk war schon gesehen und die Burschen schickten sich eben an, auch die Scheiben des benachbarten Kaffeehauses Steinberger einzuschlagen, als Wachmann Zuggi einschritt. Die Burschen wendeten sich gegen ihn, stießen ihn zu Boden und traten ihn auf den Kopf. Zuggi raffte sich wieder auf und zog seinen Säbel, den die Burschen ihm aber entwandten. Man zog Zuggi seinen Revolver. Da ließen die Angreifer von ihm ab und liefen davon.

Zeugen der Szene riefen andre Wachen vom Südbahnhof herbei. Die Täter wurden verfolgt und festgenommen. Es sind der 19jährige Leopold Pinter, 10. Bezirk, Gellertgasse Nr. 20 wohnhaft, der 17jährige Karl Geisler, 11. Bezirk, Dopplergasse Nr. 5 wohnhaft, und der 18jährige Schlossergehilfe Heinrich Jindrich, 5. Bezirk, Embelgasse Nr. 67 wohnhaft. Bei der Festnahme sah sich Sicherheitswachinspektor Belant genötigt, den Säbel zu ziehen, weil Pinter ein offenes Messer in der Hand hielt und es gegen den Wachinspektor zückte. Belant führte gegen die Hand des Pinter einen Hieb und verletzte ihn leicht. Die Verhafteten wurden dem Polizeikommissariat Wieden übergeben.

### Lager der Kriegsgefangenen ohne Wache.

#### Die Bewegung unter den Soldaten.

Der große Umschwung in der Armee hat eine Menge bedenklicher Schwierigkeiten hervorgerufen, welche die rasche Tatkraft des Staatssekretärs für Heerwesen erfordern. Man muß jedoch feststellen, daß die Neigung zu Gewalttätigkeiten nirgends maßlos gewesen ist, und daß es mit einiger Umsicht gelingen kann, die Bewegung rasch einzudämmen,

wenn man die natürlichen Wünsche der Soldaten möglichst erfüllt.

Es handelt sich vor allem um eine Bewegung der nichtdeutschen Soldaten, die in ihre Heimat zurückkehren wollen. Sie erklären den Kommandanten der Ersatzbataillone zu Hunderten, daß sie sich nach Hause begeben, nötigenfalls in Fußmärschen. Die Kommandanten haben weder die Macht noch das Recht, sie zurückzuhalten, und vermögen die Mannschaft auch nicht daran zu hindern, daß diese die militärischen Vorratsmagazine erbricht und ausplündert, wobei sehr reiche Beute gemacht wird. Es wäre dringend notwendig, diese Vorräte zu retten. In Wien handelt es sich vor allem um ein rumänisches Regiment, das in Favoriten liegt, sowie um die ungarischen Regimenter Nr. 76 in Gersthof und Nr. 86 in Hiebing.

Wie die fremden Regimenter aus Wien hinauswollen, so trachten die deutschen Soldaten von draußen Wien zu erreichen, um entweder hier zu bleiben oder Anschluß in die Heimat zu finden. Daher werden alle Flüge gestimmt, die Dächer und sogar die Puffer sind voll besetzt, wobei viele Leute tödlich verunglücken. Die allgemeine Verwirrung wird in den Stationen zu Einbrüchen in Postzüge benützt.

Das allgemein geübte Verlassen des Dienstortes hat eine bedenkliche Folge gehabt. Nicht nur sieht viel militärisches, also wertvolles öffentliches Gut unbewacht, sondern auch mehrere Lager für Kriegsgefangene, und letztere haben sich befreit. Es ist nicht festgestellt, ob sie sich teilweise bewaffnet haben, aber keinesfalls verfügt man über geschlossene Truppenverbände, um sie aufzuhalten. Für Wien kommen von solchen Lagern eines in Sigmundshergberg an der Franz Josefs-Bahn und eines in unmittelbarer Nähe der Stadt bei Ragnan in Betracht. In beiden sind italienische Kriegsgefangene untergebracht, die gutmütiger Natur sind und von zu Hause reichliche Verpflegung nachgeschickt erhalten. Sollten sie sich gegen Wien in Bewegung setzen, was nach den vorliegenden Nachrichten durchaus nicht zu erwarten ist, so müßten sie Brücken über die Donau passieren, die leicht zu halten sind.

Eine weitere bedenkliche Erscheinung sind die Revolten in den Gefängnissen, von wo außer militärischen Häftlingen auch Schwerverbrecher entsprungen sind. Bisher liegen folgende Meldungen über die Bewegung unter den Soldaten vor.

### 4000 befreite Italiener in Breitenlee bei Ragnan.

Etwas eine Wegstunde nächst Ragnan befindet sich das Lager Breitenlee für italienische Kriegsgefangene mit 4000 Insassen. Die Wachmannschaft entfernte sich gestern in den Mittagstunden, worauf die Gefangenen das Lager verließen. Sie entfernten sich jedoch nicht weit von ihren Baracken. Der zurückgebliebene Lagerkommandant, ein Rittmeister, vermochte Ruhestörungen und jede Gefährdung der benachbarten Nordbahnstation Süssenbrunn hintanzuhalten. Er setzte sich mit den Behörden ins Einvernehmen, und man beschloß, italienische Offiziere aus dem Lager Sigmundshergberg heranzuholen, die sich für die Aufrechthaltung der Ruhe verbürgt haben sollen.

### 12.000 befreite Italiener in Sigmundshergberg.

Einen gleichen Verlauf wie in Breitenlee nahmen die Ereignisse in Sigmundshergberg. Das Wachbataillon entfernte sich und dadurch wurden mehrere tausend Offiziere und 12.000 Mannschaftenspersonen frei. Die italienischen Offiziere benahmen sich sehr entgegenkommend. Der rangälteste von ihnen, ein Oberst, meldete dem bisherigen Lagerkommandanten, daß er das Kommando und die Verwaltung übernehme, und die Italiener blieben in vollster Ruhe und Disziplin im Lager. Es ist natürlich sehr notwendig, ihnen die erforderliche Verpflegung

zuzuschicken, damit die Offiziere ihre Mannschaft in der Hand behalten können. Der bisherige Lagerkommandant sprach sich über die Haltung der Italiener sehr lobend aus.

Vom Kriegsministerium ist FML. v. Binhart nach Sigmundshergberg gereist, um dort die Maßnahmen wegen des Ausbruches der Gefangenen zu leiten.

In Wien waren über die Vorgänge in Sigmundshergberg aufregende Gerüchte verbreitet, die nach authentischen Informationen jeder Begründung entbehren.

### Plünderungen von Eisenbahnzügen in Würzzuschlag.

In Würzzuschlag ist der gemischte Zug Nr. 206, der vorgestern abend wegging, von Zivilisten und Soldaten, unter denen sich zahlreiche serbische und russische Kriegsgefangene befanden, vollständig ausgeraubt worden. Auch der aus derselben Station abgegangene Gütereilzug wurde seiner ganzen Ladung beraubt.

### Unterdrückte Unruhen im Lager Brud an der Leitha.

Im Lager von Brud a. d. Leitha sind russische Kriegsgefangene untergebracht, unter denen eine starke Gärung entstand, als die Wachmannschaft verfuhr. Dem Lagerkommando gelang es jedoch bald, die Ordnung wieder herzustellen.

### Brandstiftung in einer Wiener Militärbarade.

Gestern nachts um 1/3 Uhr marschierte der restliche Teil des ungarischen Infanterieregiments Nr. 86 von seiner Barade in Hiebing, Heinrich Collinstraße, samt dem Train ab. Unmittelbar danach brach in einer Barade ein Brand aus, der zweifellos gelegt worden ist. Der Brand äscherte die Barade ein. Während des Brandes explodierten in der Barade die herumliegende Infanteriemunition und Handgranaten. Die Feuerwehr rückte mit starken Zügen aus und löschte das Feuer nach mehr als einer Stunde. Durch die explodierten Granaten wurden bei den Löscharbeiten zwei Soldaten leicht verletzt.

### Massenflucht aus dem Wiener Garnisonsarrest.

Der gefürchtete Einbrecher Kopecky nicht entsprungen. Am Freitag, vormittags gegen 8 Uhr, brachen, wie kurz berichtet, aus dem Wiener Garnisonsarrest 108 Häftlinge aus. Beim Morgen Spaziergang riefen die Häftlinge plötzlich gegen die im Mezzanin befindliche eiserne Tür, überwältigten dort den Beschließer, nahmen ihm die Schlüssel weg und öffneten die Tür. Ueber den Korridor des Gerichtsgebäudes rannten sie dann die Hauptfliege hinunter, wo ihnen von der dort aufgestellten Ordnung keine Widerstand entgegengekehrt werden konnte. Die Häftlinge eilten durch das Haupttor hinaus, begaben sich auf den Gürtel und fuhren mit der Straßenbahn fort.

Unter den ausgebrochenen Häftlingen befanden sich einzelne Schwerverbrecher, darunter, wie gemeldet, der wegen Meuterei, Einbruchsdiebstahls und Desertion in Haft befindliche Infanterist Leopold Kopecky, ein Bruder des berüchtigten Ein- und Ausbrechers Wenzel Kopecky, der sich in Einzelhaft befindet und nicht entsprungen ist.

Am 7 Uhr abends kam es Freitag in einem Trakt des Garnisonsarrestes zu einer Revolte. Während mehrere wegen Meuterei in Haft befindliche Häftlinge freigelassen wurden, wollten andre Häftlinge ebenfalls aus ihrer Zelle ausbrechen, wurden jedoch durch die Wachposten daran verhindert. Hierbei wurden zwei Häftlinge, einer durch einen Revolvererschuß, ein anderer durch einen Bajonettstich, leicht verletzt.

### Meuterei auf dem Wiener-Neustädter Flugfelde.

Aus Wiener-Neustadt, 2. d., wird uns gemeldet: Gestern wurden ungefähr tausend Mann tschecho-slowakische Soldaten, die auf dem hiesigen Flugfelde kommandiert waren, zu ihren Kadern nach Böhmen entlassen. Am Abend vorher bemächtigten sie sich der Hangars, in welchen die Flugapparate eingestellt waren, und wollten mit diesen in ihre Heimat fliegen. Die Offiziere konnten mit dem Aufgebote aller ihrer Kräfte dies verhindern. Aus Zorn darüber, daß ihnen ihr Plan nicht gelang, demolierten die Soldaten sämtliche Flugzeuge, zerschlugen die Gewehre, machten die gesamte vorrätige Munition unbrauchbar, erbrachen die Monturedpots und stahlen ungefähr achthundert neue Bedermäntel. Sie legten diese an, und zogen, Lieder singend, durch die Hauptstraßen zum Südbahnhof, wo sie sich einwaggonierten. Im Südbahnhof wollte man sie anhalten und wieder auswaggonieren, doch dies gelang nicht, und so fuhren

## Was haben die Industrie und der kleine Aktionär zu erwarten?

Der ungeschminkt darüber aufgeklärt sein will, lese das

# Neue Wiener Finanz-Journal

Preis der Einzelnummer 30 Heller.

Zu beziehen durch die Verwaltung, Wien, I. Werdertorgasse 17, Telephon 17759. bei D. Goldschmidt, Wien, I. Wollzeile 11, in allen Trafiken und Bahnhöfen

In der Provinz bei allen Zeitungsbüros. Liegt in Wien in allen Kaffeehäusern auf.

Die Verwaltung gewährt neuen Interessenten dreimalige kostenlose Zusendung.

## Die Vorgänge in Wien.

Der gestrige Tag in Wien verlief in vollkommener Ruhe. In den Straßen sah man wohl auch einige Trupps kriegsgefangener Russen und Italiener. Sie gingen friedlich ihres Weges. Die Polizeibehörde ist im Einvernehmen mit dem Staatsrat bemüht, vor allem das überhandnehmende Zustromen Kriegsgefangener, die ihre Lager verlassen haben, einzudämmen, und Wien überhaupt von den Kriegsgefangenen, die hier auf der Durchreise oder dem Durchmarsch angekommen sind, zu räumen. Dieses Bestreben ist von den menschlichsten Beweggründen geleitet und wird auch mit aller Rücksicht durchgeführt. Die Kriegsgefangenen erhalten hier Unterkunft und Verpflegung in den zur Verfügung stehenden Gebäuden und werden dann nach kurzer Rast unverzüglich nach den Grenzen gebracht; die Russen kommen an die Grenze des tschecho-slowakischen, die Italiener an die des südslawischen Staates, von wo aus sie ihre Heimat erreichen können. Es ist dafür gesorgt, daß Kriegsgefangene, die einzeln und in Trupps die Stadt oder die Umgebung durchstreifen, angehalten, beherbergt und verpflegt werden. Alle bezüglichen Stellen arbeiten zu dem Zweck Hand in Hand, und namentlich der erst heute organisierte freiwillige unpolitische Hilfsdienst der Universität hat seine Festerprobe sehr gut bestanden.

Sicherheitswache, die mit ihren neuen Abzeichen des deutschösterreichischen Staates, wo sie auftritt, sehr sympathisch begrüßt wird, ist auch im Vereine mit der Militärpolizei und sonstigen Körperschaften bestrebt, die Unzulänglichkeiten in den Wiener Bahnhöfen abzustellen. Auch dieser Dienst hat Erfolge aufzuweisen, die hoffen lassen, daß bald im Verkehr wieder vollständige Ordnung eintreten wird.

Auch die Nachrichten aus den in Auflösung begriffenen Kriegsgefangenenlagern lauten heute sehr zuversichtlich. In den Lagern herrscht Ruhe. Die befreiten Gefangenen ziehen einzeln oder in Gruppen weg, und Gewalttaten werden bisher nicht gemeldet. Da allseits das Bestreben besteht, die Gefangenen mit Obdach und Nahrung zu versehen, ist ihnen auch jeder Grund zu Gewalttaten benommen.

Sehr erfreulich ist auch die Erscheinung, daß langsam ein allmähliches Sinken der Preise für Bedarfsgegenstände eintritt. Namentlich Textilwaren sind von der fallenden Tendenz ergriffen. Sie erstreckt sich aber auch schon auf Lebensmittel.

### Errichtung einer Stadtschutzabteilung für Wien.

Der Staatssekretär des Innern Dr. Mataja hat gestern folgende Kundmachung erlassen: Auf Grund der mir vom deutschösterreichischen Staatsrate am 2. November erteilten Ermächtigung verfüge ich bei der Polizeidirektion in Wien die Errichtung einer Stadtschutzabteilung für die Stadt Wien. Zivil- und Militärpersonen aller Chargengrade — soweit sie sich nicht der Volkswehr verpflichtet haben, werden aufgefordert, sich im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu diesem Dienste zu melden. Die Bewerber, die sich zum deutschösterreichischen Staate bekennen, müssen im reifen Alter stehen, körperlich entsprechend rüstig und unbescholten sein. Die Stadtschutzwachen erhalten ohne Unterschied des Chargengrades 6 K. tägliche Löhnung und die Menage, bestehend aus Frühstück, Mittagmahl und Abendessen. Die Aufnahme findet durch Beamte der Polizeidirektion täglich zwischen 8 und 12 Uhr vormittags und von 2 bis 4 Uhr nachmittags in den der Polizeidirektion vom Herrn Bürgermeister zur Verfügung gestellten Sitzungssälen der Bezirksverretungen statt, und zwar: im 1. Bezirk, Wipplingerstraße Nr. 8, für Bewerber aus dem 1. und 9. Bezirk; im 2. Bezirk, Karmelitergasse Nr. 9, für Bewerber aus dem 2. Bezirk und dem Polizeibezirk Prater; im 3. Bezirk, Karl Borromäusplatz Nr. 3, für Bewerber aus dem 3. und 11. Bezirk; im 4. Bezirk, Schöffergasse Nr. 3, für Bewerber aus dem 4. und 5. Bezirk; im 7. Bezirk, Hermannsgasse Nr. 24-28, für Bewerber aus dem 6., 7. und 8. Bezirk; im 10. Bezirk, Gudrunstraße Nr. 130, für Bewerber aus dem 10. Bezirk; im 12. Bezirk, Schönbrunnerstraße Nr. 259, für Bewerber aus den Polizeibezirken Meidling und Rudolfsheim; im 13. Bezirk, Eduard Kleingasse Nr. 2, für Bewerber aus dem Polizeibezirk Döbling; im 15. Bezirk, Friedrichsplatz Nr. 1, für Bewerber aus dem Polizeibezirk Schmelz; im 16. Bezirk, Richard Wagnerplatz Nr. 19, für Bewerber aus dem 16. Bezirk; im 17. Bezirk, Elterleinplatz Nr. 14, für Bewerber aus dem 17. Bezirk; im 18. Bezirk, Mariminsstraße Nr. 100, für Bewerber aus dem 18. und 19. Bezirk; im 20. Bezirk, Brigittaplatz Nr. 10, für Bewerber aus dem 20. Bezirk, und im 21. Bezirk, Am Spitz Nr. 1, für Bewerber aus dem Bezirk Floridsdorf. Die Stadtschutzabteilung untersteht der

Polizeidirektion in Wien und ist ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Sicherheit der Person und des Eigentums sowie der öffentlichen Ordnung bestimmt.

Wien, am 3. November 1918.

Der Staatssekretär des Innern:  
Dr. Mataja m. p.

### Die Werbefanzleien der Volkswehr Deutschösterreichs.

Die Werbefanzleien der Volkswehr Deutschösterreichs befinden sich:

2. Bezirk: Ersatzbaon Nr. 84, Sternedplatz Nr. 1 u. 2, Ersatzbatt. F.N.R. 104, Vorgartenstraße Nr. 221.
3. Bezirk: Ersatzbaon Nr. 4, Rennweger Infanterie-Kaserne.
5. Bezirk: Ersatzbaon Scht. Nr. 24, Siebenbrunnengasse Nr. 37.
7. Bezirk: Ersatzkomp. F.N.B. 21, Stiftskaserne.
9. Bezirk: Erg.-Bez.-Kdo. Wien B, Rohauer Kaserne.
10. Bezirk: Radfahrereinsatzkörper, Troststraße, Ersatzabt. d. techn. Art., Arsenal.
11. Bezirk: Ersatzbaon L. L. F.N.R. 13, Kaiser-Ebersdorf.
12. Bezirk: Ersatzdepot Trainbaon 2, Bruckergasse Nr. 62.
13. Bezirk: Ersatzschadron Nr. 1, Breitenfelder Kaserne, Ersatzbaon Sch.-Rgmt. 1, Hütteldorferstraße Nr. 188.
19. Bezirk: Ersatzbaon Nr. 49, Banbergasse.
21. Bezirk: Gesteinsbohrerersatzbaon Jedlese, Autolager Ebersdorf, Ragnauer Kaserne.

Die Werbefanzleien sind den ganzen Tag über geöffnet. In den Fanzleien liegen Eintrittsscheine für die Volkswehr auf, die von den Aufnahme Suchenden auszufüllen sind. Ueber die Aufnahme wird ehestens entschieden.

### Der Handel mit Monturteilen vor dem Nordbahnhof.

Der Handel mit Monturteilen und Lebensmitteln in der Umgebung des Wiener Nordbahnhofes, über den bereits im gestrigen Morgenblatt in Kürze berichtet wurde, hat am gestrigen Sonntag den Höhepunkt erreicht. Es war ein merkwürdiges, niemals vorher gesehenes Schauspiel, das sich da den Vorübergehenden bot. Vor den Anlagen, die sich bei den Eingängen zum Prater hingiehen, auf dem Praterstern, dem Plage vor dem Bahnhofsgelände selbst, in der Nordbahnstraße und schließlich in der Mühlfeldgasse hatte sich buchstäblich eine Messe mit den verschiedenartigsten Bedarfsgegenständen etabliert. Verkäufer waren die Hunderte und aber Hunderte heimatwärts zu befördernden tschecho-slowakischen Soldaten, die wohl wußten, daß man bei ihnen an den verschiedenen Landesgrenzen gründliche Requisitionen vornehmen würde. So wurden hier Lebensmittel, wie Mehl, Reis, Schokolade, Konserven, Buderinsolcher Menge und von solcher Qualität verkauft, wie dies in den letzten Kriegsjahren niemals der Fall war. Die Preise stellten sich um ein Beträchtliches geringer als im Schlechthandel ertworbene Konsumwaren. Sie wurden den Soldaten buchstäblich aus der Hand gerissen. Was da ferner an Textilien, wie Hemden und Leintücher, auf den „Markt“ kam, läßt sich in Ziffern überhaupt nicht ausdrücken. Ein vielbegehrter Handelsartikel waren Decken, deren Preis zwischen 15 und 20 Kronen pro Stück schwankte. Sie und da wurden auch Schuhe und Zellblätter verkauft. Passanten wollen auch mit der Marke „Balli“ versehene Wäschebude bemerkt haben, woraus also hervorging, daß diese Gegenstände von den durch kroatische Truppen in Börttschach verübten Blünderungen herrühren.

Dieses eigenartige Marktwesen beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Straße, sondern auch auf die Hausduren. Manche Soldaten zogen sich nämlich in eine Toreinfahrt zurück, entledigten sich hier eines Teiles ihrer Uniformstücke, um dann jene Gegenstände, die sie direkt um den Leib gebunden trugen, hervorzuziehen.

Wie uns mitgeteilt wird, sollen sich ähnliche Szenen vor dem Süd- und Ostbahnhofe abgepielt haben.

### Italienische Kriegsgefangene in den Straßen Wiens.

In den Straßen Wiens sah man gestern vielfach italienische Kriegsgefangene, oft gruppenweise, ruhig promenieren. Oesterreichische Soldaten gestellten sich zu ihnen und oft und oft erregten sich friedliche Wälder die vollste Zufriedenheit der Passanten, welche den Italienern den Abschluß des Waffenstillstandes mitteilten, was bei ihnen sichtlich Freude hervorrief. Mehrere Abteilungen italienischer Kriegsgefangener, meist solcher, die in landwirtschaftlichen Betrieben arbeiteten, sind in Begleitung von Aufsichtsbewachen gestern abend nach Triest abgereist. Nachrichten aus Sigmundsberg besagen, daß im dortigen Gefangenenlager der Italiener Ruhe und Disziplin herrscht. Die Gefangenen warten auf den Heimtransport.

### Offiziers- und Soldatenversammlung im Konzerthause.

Für gestern vormittags 10 Uhr hatte ein Ausschuss unter Führung des Majors Kolbe eine Versammlung von Offizieren und Mannschaften in den großen Saal des Konzerthauses einberufen, die der Bildung eines deutschösterreichischen Volksherees zur Aufrechterhaltung der Ordnung galt. Die Versammlung war von etwa 5000 Personen, fast ausschließlich Offizieren und Mannschaften, besucht. Ein Teil der Soldaten, etwa 500, die im Saal nicht mehr Platz gefunden hatten, versammelten sich auf dem Eislaufplatze.

Major Kolbe schlug der Versammlung vor, neben den Soldatenräten eine Volkswehr zu schaffen, die sich dem Staatsrate zur Verfügung stellen solle. Zu diesem Zwecke könnte man auf die Kadetenschulen zurückgreifen und die jüngsten Jahrgänge ausheben. Sollte das Ergebnis der Anwerbungen unzureichend sein, dann müßte man sich um Hilfe an Deutschland wenden. Diese Aeußerung stieß auf den entschiedensten Widerspruch der Versammlung, die ihrer Enttäuschung in bitteren Worten Ausdruck gab. Auch die weiteren Ausführungen des Majors Kolbe forderten die Opposition der Versammlung heraus, und es kam dabei zu gleichzeitigen Reden vom Podium, vom Parterre und von der Galerie des Saales aus.

Der nächste Redner Landsturmhauptmann Dr. Riehl betonte die Notwendigkeit, gegen Anarchie, Verwüstung und Plünderung zu kämpfen, und er empfahl jenen, die sich für die Volkswehr nicht anwerben lassen wollen, sich wenigstens der Polizei zu Ordnungsdiensten zur Verfügung zu stellen. Es sprachen noch Staatsrat Baber und Fliegerleutnant Hoffmann, der auf seine sozialdemokratischen Parteigenossen appellierte, für die Sicherheit in der Stadt zu sorgen. Unter großem Beifall der Versammlung lehnte es hierauf der Korporal Burger als Mitglied des Soldatenrates ab, an dieser Aktion teilzunehmen, die nur geeignet sei, Verwirrung zu stiften. Er appellierte an die Soldaten, zu den Soldatenräten Vertrauen zu haben. Unter dem Eindruck dieser Rede wurde der Antrag auf Einsetzung eines zwölfkledrigen Komitees zur Schaffung der Volkswehr abgelehnt.

Infolge starken Zuzuges von Offizieren und Soldaten wurden auch auf dem Eislaufplatze unter freiem Himmel Versammlungen abgehalten. Offiziere, Mannschaftenspersonen, Marineure und Invalide in Zivilkleidung lösten einander auf improvisierten Rednertribünen ab und gaben übereinstimmend der Anschauung Ausdruck, daß es Pflicht jedes einzelnen sei, sich in den Dienst des Schutzes der öffentlichen Ordnung und Ruhe und der Sicherheit des Volksherrn zu stellen.

In einer dieser Versammlungen gelangte nach dem Referate des Landsturm-Oberleutnantauditors Dr. Friedrich Baned folgende Entschliessung zur einstimmigen Annahme:

„Die unter freiem Himmel auf dem Boden des Wiener Eislaufvereines tagende Soldaten- und Offiziersversammlung erachtet die Durchführung folgender Maßnahmen für unbedingt notwendig und dringend geboten:

1. Unbedingtes Festhalten an dem neu entstandenen Freistaat Deutschösterreich, zu dessen Schutz alles vorzunehmen ist.
2. Schaffung einer deutschen Volkswehr zur Aufrechterhaltung der Ordnung.
3. Nach Friedensschluß und Einkehr ordentlicher Verhältnisse die Beseitigung des Militarismus.
4. Festhalten an der republikanischen Staatsform.
5. Ausreichende Verpflegung und Löhnung der deutschen Volkswehr.
6. Um die finanziellen Bedürfnisse des deutschösterreichischen Staates, insbesondere seiner zu schaffenden Volkswehr zu decken, ist auf gesetzlichem Wege notwendig die Einziehung aller kaiserlichen Fideikomnisse und jener Güter des kaiserlichen Hauses, welche aus dem Volkvermögen oder aus Kriegsgewinnen stammen, weil der gewohne Kaiser Karl große Teile des Volkvermögens, zum Beispiel die größtenteils aus deutschen Steuergeldern stammende ehemalige österreichisch-ungarische Flotte eigenmächtig verschont hat, weiter Einziehung aller Kriegsgewinne der Großbanken, Industriunternehmungen, Zentralen und Einzelpersonen.
7. Ausreichende Versorgung der Kriegsinvaliden.
8. Beseitigung der Militärgerichte, weil diese als Ausnahmengerichte in einem freien Volkstaate keine Existenzberechtigung mehr haben und zu zahlreichen Mißgriffen Anlaß gaben. Zuweisung aller Militärstrafsachen an Zivilgerichte.

Diese Resolution wurde sofort nach Schluß der Versammlung den Staatssekretären des Heerwesens und der Justiz mit der Bitte um ehestige Durchführung der gestellten Forderungen überreicht.

Eine aufregende Szene gab es am Nachmittag an der Peripherie der Stadt. In einer Materialsammlung in der Umgebung Wiens wurden Pelze, Ledermäntel und andre Ausrüstungsgegenstände gestohlen. Als sich die Plünderer entfernt hatten, fuhr ihnen die Ueberwachungsmanufaktur in Automobilen nach. In der Verzehrungssteuergrenze hielt die Mannschaft sowohl alle Soldaten, als auch alle Straßenbahnzüge auf. Die Soldaten und die militärischen Jahrgänge wurden durchsucht, und es gelang, allen Plünderern die Beute abzujaagen. Das war die einzige Szene, die der gestrige Tag gebracht hat.

**Die erschossenen Kriegsgefangenen.**

Ein bedauerlicher Irrtum.

Die „Korr. Wilhelm“ berichtet:

Ein bellagenswerter Zwischenfall, der auch durch die Aufregung und die Gerüchte der letzten Tage verursacht wurde, hat sich gestern um die Mittagsstunde auf dem Nordbahnhof ereignet.

Bei einem Zusammenstoß mit der Bahnhofswache wurden russische Kriegsgefangene erschossen. Wie bekannt, werden die russischen Kriegsgefangenen zur Rückbeförderung in ihre Heimat an die Grenze des tschecho-slowakischen Staates gebracht. Der Nordbahnhof ist tagsüber von Russen unlagert. Die Unordnung ist um so größer, als auch Soldaten der tschecho-slowakischen Nation heimreisen wollen und daneben der Zivilreise- und der Güterverkehr abgewickelt werden sollen. Man kann sich ungefähr einen Begriff machen, wie überlastet und nervös alle Personen sein müssen, die mit dem Bahndienst zu tun haben. Dazu kommt noch, daß in den letzten Tagen Gerüchte über Horden von Kriegsgefangenen verbreitet wurden. Am 12. gestern gegen 12 Uhr vormittags ein Trupp von etwa tausend russischen Kriegsgefangenen zum Nordbahnhof eskortiert worden. Sicherheitswache begleitete die Russen, und sie gingen ganz ruhig und in Ordnung zum Bahnhof. Als nun die beiden Absperrposten des Schützenregiments Nr. 1 die Russen heranziehen sahen, bemerkten sie nicht, daß die Kriegsgefangenen eskortiert waren, und sie glaubten nichts andres, als daß sie auch eine solche Horde vor sich hätten, die wie anderwärts vielleicht einen Ueberfall auf den Bahnhof plane. Angesichts der erdrückenden Uebermacht gaben die beiden Posten Alarm schüsse in die Luft ab. Diese Schüsse haben nun die Organe der Bahnhofswache gehört. Sie eilten zur Stelle und sahen, ohne über den Hergang unterrichtet zu sein, Russen und ihnen gegenüber nur einige wenige Schützen. Nun glaubte die militärische Bahnhofswache erst recht, daß es sich um einen Ueberfall der meuternden Russen handle, und sie gaben einige Schüsse gegen die Kriegsgefangenen ab. Man hörte alsbald Hilferufe, und da und dort sank ein Russe zusammen. Erst jetzt klärte sich der bellagenswerte Irrtum auf, und vom Bahnhof kam alsbald Hilfe.

Die verurteilten Russen wurden verbunden und ins Garnisonsspital Nr. 2 gebracht. Fünf Russen haben schwere Schußwunden erlitten. Getötet wurden zwei Russen. Ein Gerücht besagt, daß hier Russen ums Leben gekommen sind. Eine strenge Untersuchung des Tatbestandes wurde eingeleitet.

**Die „Warenbörse“ vor dem Nordbahnhofe.**

Auch am gestrigen Tage fand in der Umgebung des Nordbahnhofes trotz des ungünstigen Wetters ein lebhafter Umsatz statt. Außer den bereits genannten Lebensmitteln wurden Brotlaike zu drei Kronen verkauft; für zehn Kilogramm Bohnen verlangten die Soldaten einen Preis von 40 K., doch ließen sie manche Krone unter dem gemachten Anbote nach. Auch Gries wurde in den Handel gebracht. In das Stimmengewirr mengte sich hier und da — Gänsegeschmetter. Ob die Soldaten die Gänse selbst mitgebracht oder von andern Personen zum kommissionarischen Wiederverkauf erhalten hatten, ließ sich nicht feststellen. Eine Gans kostete vierzig Kronen, also weit weniger als in den Geschäften. Von den verschiedenen Effekten, die nach und nach aufstauden, seien weiter genannt: eine Partie Sohlenleder zum Preise von 30 K., tabellose Hemden, eine Garnitur feiner, mit Spitzen versehener Damenwäsche, für die der Besitzer den lächerlich geringen Preis von zehn Kronen verlangte. Widelgamaschen, deren man sich an Ort und Stelle entledigte, fanden reichenden Absatz. Endlich sei noch erwähnt, daß ein halb zerfertigter italienischer Radmantel von blauer Farbe gleichfalls einen Käufer fand.

**Umbenennung des Kriegsministeriums.**

„Staatsamt für Heereswesen.“

Am Mittelballon des Kriegsministeriums wurden gestern zwei weisse Fahnen angebracht, zum Zeichen, daß der Nationalrat auch von diesem Gebäude Besitz genommen habe. Das Zentrum der

Militärverwaltung, wo so oft entscheidende Sitzungen über die Führung des Krieges stattgefunden haben, ist also auch in die Gewalt des Volkes übergegangen, und hat auch einen neuen Namen erhalten: „Staatsamt für das Heereswesen.“

Wie verlautet, wurden die Vorstände ermächtigt, Offiziere, Sagisten und Mannschaften soweit zu entlassen, als sie nicht für die klaglose Abwicklung der Liquidation notwendig sind. Die Mannschaften werden dem Hauskommando zur Verfügung gestellt, das weitere Entscheidungen trifft.

Ueberflüssige weibliche Hilfskräfte sollen vertragsmäßig gekündigt und entlassen werden. Die weiblichen Hilfskräfte und Ordomanzen hielten eine Versammlung ab und wollen in Anbetracht der schwierig gewordenen Verhältnisse in Privatbetrieben eine Abfertigung in der Höhe eines halben Jahresgehältes verlangen.

**Der Soldatenrat.**

Die am 1. November d. J. vom Staatsrat angeordneten Soldatenratswahlen sind bereits zum größten Teil bei den verschiedenen Truppenkörpern und Anstalten vorgenommen worden. Die überwiegende Mehrheit der Soldatenräte der Garnison Wien trat am Sonntag im Gebäude des Offizierskasinos zur Konstituierung zusammen und löste den bis zu diesem Zeitpunkt amtierenden provisorischen, nicht aus Wahl hervorgegangenen Soldatenzentralausschuß ab. In dem gegenwärtig fungierenden Soldatenrat sind also nur gewählte Delegierte der einzelnen Truppenkörper und Anstalten vertreten.

In der sofort abgehaltenen konstituierenden Versammlung wurden drei Vorsitzende, vier Schriftführer, ein Redaktionsbureau und eine durch Kooption noch zu vermehrende Anzahl von Beisitzern gewählt. Die Truppenkörper und Anstalten, die bei dieser konstituierenden Versammlung nicht vertreten waren, wollen unverzüglich die von ihnen gewählten Soldatenräte unter Beischluß eines die Wahl beglaubigenden Dokuments nominieren. Diese Anmeldung erfolgt in dem Lokal der Exekutive des Soldatenrates, Offizierskasino, Schwarzenbergplatz Nr. 1.

Der Soldatenrat hat sich sofort den wichtigsten, die Interessen aller die Soldaten betreffenden Fragen zugewendet und die Ausarbeitung eines diese Fragen erschöpfenden Programms in Angriff genommen.

In der am Montag fortgesetzten Debatte wurden von den Vertretern der einzelnen Truppenkörper und Anstalten alle von der Mannschaft ihnen vorgebrachten Wünsche, Beschwerden und Anträge eingehend erörtert. In der Frage der allgemein geforderten Erhöhung der Löhnung und Aufbesserung der Menage auf das der Volkswehr bereits bewilligte Ausmaß wurde auf Antrag des Verpflegszerschnitten Hans Schäfer beschloffen, sofort eine Abordnung des Soldatenrates zum Militärkommando zu entsenden.

Die Abordnung, bestehend aus Oberstleutnant Höfer, Rechnungsoffizial Grath und Feuerwerker Hofmann, sprach beim Militärkommandanten G. d. F. v. Kirchbach vor, und erzielte durch den dringlichen Vortrag des Ansehens die sofortige bestätigende Erklärung, welche lautet:

Entscheidung des Unterstaatssekretärs Doktor Deutsch an den Generalstabchef des Militärkommandos Obersten des Generalstabkorps Primavesi: Für die Uebergangszeit, bis die Volkswehr den Dienst übernehmen kann, wird den Soldaten, die Sicherheitsdienst verrichten, der für die Volkswehr festgesetzte Betrag von 6 K. pro Mann, 7 K. pro Unteroffizier und Verpflegung erfolgt.

**Die Stadtschutzabteilung für Wien.**

Der Staatssekretär des Innern Dr. Mataja hat gestern folgende Kundmachung erlassen: „Auf Grund der mir vom deutschösterreichischen Staatsrat am 2. November erteilten Ermächtigung beauftrage ich bei der Polizeidirektion in Wien die Errichtung einer Stadtschutzabteilung für die Stadt Wien. Zivil- und Militärpersonen aller Chargegrade, soweit sie sich nicht der Volkswehr verpflichtet haben, werden aufgefordert, sich im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu diesem Dienste zu melden. Die Bewerber, die sich zum deutschösterreichischen Staate bekennen, müssen im reifen Alter stehen, körperlich entsprechend rüstig und unbescholten sein. Die Stadtschutzwachen erhalten ohne Unterschied des Chargegrades 6 K. tägliche Löhnung und die Menage, bestehend aus Frühstück, Mittagmahl und Abendessen. Die Aufnahme findet durch Beamte der Polizeidirektion täglich zwischen 8 und 12 Uhr vormittags und von 2 bis 4 Uhr nachmittags in den der Polizeidirektion vom Verwalter der Bürgermeisterei zur Verfügung gestellten Sitzungs-

**Die Vorgänge des Tages.**

**Aufforderung an die Kriegsgefangenen.**

Wir werden ersucht, folgenden Aufruf des Kriegsministeriums zu veröffentlichen:

„An alle Kriegsgefangenenlager, alle Offiziersstationen für Kriegsgefangene, alle Militärkommandos und alle Militärabteilungen der Landes-Arbeitsnachweiskeitstellen!

Der Punkt 7 des mit den Ententestaaten abgeschlossenen Waffenstillstandes enthält Bestimmungen betreffend die sofortige Heimsendung aller Kriegsgefangenen und internierten Untertanen der genannten Staaten nach Bedingungen, welche an den verschiedenen Fronten noch festzusetzen sind.

Alle Kriegsgefangenen sind hievon mit dem Bemerkten zu verständigen, daß der Abschuß sofort in die Wege geleitet wird, aber mit Rücksicht auf die Transportverhältnisse natürlich nicht überall umgehend einsetzten kann. Die Kriegsgefangenen sind aufzufordern, bis dahin in Ruhe und Ordnung auf ihren gegenwärtigen Arbeitsstellen zu verbleiben, weil sonst der ordnungsmäßige Abschuß und die Verpflegung der Leute nicht gewährleistet ist.“

**Die Situation in Wien.**

Die „Korr. Wilhelm“ berichtet: Abgesehen von dem bellagenswerten Vorfall auf der Nordbahn, bei dem, wie uns am Abend authentisch mitgeteilt wird, vier russische Kriegsgefangene getötet und drei schwer verletzt wurden, ist der gestrige Tag in Wien ruhig verlaufen. Ueberall kehrt die Ordnung langsam wieder zurück. Auch auf den Bahnhöfen beginnt sich, dank dem einvernehmlichen Vorgehen der Sicherheitswache und der Bewachungsorgane der Militärbehörde sowie der aus Studenten zusammengesetzten Schutzgarde, etwas Ordnung in dem Chaos zu zeigen. Die wilden Szenen, die das Zusammenströmen der aus der Fremde kommenden eigenen, der in die Heimat zurückkehrenden Soldaten der andern Nationen und der Kriegsgefangenen, die auf ihren Abtransport warten, zur Folge hatte, werden wohl sehr bald ein Ende nehmen. Der Abtransport der Kriegsgefangenen schreitet rüstig vorwärts, so schnell es eben die Verkehrsverhältnisse gestatten.

Indessen geht auch die Organisation der Stadtschutzwache rasch vorwärts. Wie oben berichtet, sind in den Bezirksämtern Werkbureaux errichtet, in denen Kanzleibeamte der Polizeidirektion wirken. Von den für den Schutz der Stadt benötigten Tausenden hat sich schon heute am ersten Tage das erste Tausend gemeldet und sich anwerben lassen.

Um 3 Uhr nachmittags fand in der Garage des Kriegsministeriums eine von etwa 1500 Teilnehmern besuchte Versammlung der verschiedenen im Kriegsministerium beschäftigten ehemaligen Dienst-kategorien statt. Die Versammlung verlief sehr ruhig und beschäftigte sich mit der Frage, wie der nun drohenden Stellenlosigkeit zu begegnen sei. Um 5 Uhr war die Versammlung zu Ende.

Im Landesmusterkeller versammelten sich die Angehörigen der Marinesektion des Kriegsministeriums. Nach der Zusammenkunft zogen die Teilnehmer vom Landesmusterkeller in der Singerstraße zur Marinesektion. Hier hielt ein höherer Funktionär eine Ansprache an die Teilnehmer, die sich dann ruhig zerstreuten.

# Blatt

reise für Oesterreich-Ungarn und das von den k. k. Truppen besetzten Gebieten  
einmalige Postversendung: Jährlich K 84.— halbjährlich K 42.—; vierteljährlich  
monatlich K 7.—. Täglich zweimalige Postversendung: Jährlich K 91.20; halb-  
jährlich K 45.60; vierteljährlich K 23.30; monatlich K 7.60.  
reis für das Ausland: Vierteljährlich bei direkter Zusendung unter Kreuzband: Für  
and K 24.—, für alle anderen Länder K 26.—. Bei den Postämtern: in Deutschland  
17 Mk.; in der Schweiz und Bulgarien 21 Frk. vierteljährlich.  
An-Nummern: Schriftleitung 359, 6832, Haupt-Verwaltung 3698, Versandstelle 1024,  
Druckerei 3665.  
„Fremden-Blatt“ erscheint täglich zweimal, Sonntag, Montag und an Feiertagen einmal.  
„Vedette“ ist jeder Freitag-Morgen-Ausgabe des „Fremden-Blatt“ beigegeben.

72. Jahrg.

## Tagesneuigkeiten.

### Die Vorgänge in Wien.

#### Die Situation auf den Bahnhöfen.

Auf den Wiener Bahnhöfen herrschte heute nachts und vor-  
mittags Ordnung. Es geht zwar lebhaft zu, aber der Abtransport  
der heimkehrenden Soldaten und der Kriegsgefangenen vollzieht  
sich ohne Zwischenfälle. Die Nordbahn hat nachts zehn Züge mit  
Kriegsgefangenen abgelassen. Auf der Nordbahn und der Franz  
Josefsbahn ist der Zivilverkehr vollkommen eingestellt. Die Süd-  
bahn befördert Zivilisten nur bis Graz, die Nordwestbahn nur  
bis St. Pölten.

#### Spiel mit Handgranaten.

Heute früh spielte der 45jährige Tagelöhner der Straßen-  
bahnen Josef Aubrecht an der Ecke der Kajangasse und des  
Baustraher Gürtels mit einer Handgranate, die ihm der Zufall  
irgendwie in die Hände gespielt hatte. Plötzlich explodierte die  
Granate und dem Aubrecht wurde der Unterleib völlig zerrissen,  
der linke Arm ausgerissen. Er stürzte auf der Stelle tot zu-  
sammen.

Der neunjährige Schüler Ernst Fedra spielte gestern  
abends unweit des Hauses mit Dynamitpatronen, die ihm andere  
Jungen geschenkt hatten. Plötzlich explodierten die Patronen, und  
dem Knaben wurden die Endglieder dreier Finger abgerissen.  
Außerdem wurde er an der Brust und an der rechten Hand schwer  
verletzt. Die Rettungsgesellschaft verband ihn und brachte ihn in  
die Unfallstation.

In einem kleinen Kaffeehaus in der Stadt wurden gestern  
abends der 27jährige Zugführer Rudolf Schiroky und der  
19jährige Hilfsarbeiter Anton Stroil im Streite von Unbe-  
kannten mißhandelt. Schiroky wurde in die Lende gestochen. Stroil  
erlitt eine Sprengung des Trommelfelles und blutete aus dem  
Ohre.

In der Ausstellungsstraße wurde heute um Mitternacht  
der 28jährige Infanterist Julius Schwarz von einem ihm un-  
bekannten Mann ohne Grund mit einem Messer in den Bauch  
gestochen. Die Rettungsgesellschaft brachte ihn ins Garnisons-  
spital Nr. 2.

In der Weißburggasse erhielt heute gegen Mitternacht der  
42jährige Oberkellner des Cafés „Kaiser Wilhelm“, Gustav  
Cillek, bei einem Streite mit zwei Marinesoldaten mit einem  
Stilet zwei Stichwunden in den Rücken. Die Rettungsgesellschaft  
brachte ihn ins Wohnhaus.

Beim Franz Josefs-Bahnhof wurde heute um Mitternacht  
der 28jährige Telegraphenmeister des Triglav Emil Balla im  
Streite von unbekanntem Täter durch einen Stich in den Rücken  
schwer verletzt. Die Rettungsgesellschaft brachte ihn ins Garni-  
sonsspital Nr. 1.

Heute nachts erbrachen zwei Männer im Hause Neurissen-  
weg Nr. 461 die Wohnung des Gärtners Eduard Holz. Dieser  
nahm sein Jagdgewehr und schoß auf die Eindringler. Er verletzte  
sie mehrfach. Die Eindringler sind der 24jährige Schütze Franz  
Bettner und der Schütze Franz Kasecz. Sie hatten mehrere  
Schrottschuhwunden an beiden Oberschenkeln. Die Rettungsgesell-  
schaft brachte sie ins Garnisonsspital Nr. 2.

#### Eine Streifung der Stadtpolizei.

Gestern abends und heute nachts nahm die neugegründete  
Stadtpolizei die erste Streifung in einer Anzahl von  
Bezirken vor. Sie arbeitete gleich sehr erfolgreich. So wurden auf  
dem Wiedener Gürtel ein Soldat und ein Zivilist wegen Raubes,  
ein Soldat, der einen Passanten mit dem Erstechen bedrohte, und  
ein Soldat wegen Veräußerung arabischer Dedes arretiert.

#### Ein erschossener Offizier.

Gestern abends ist auf dem Nordbahnhof ein etwa 21jäh-  
riger Mann in der Uniform eines Leutnants oder Assistenzarztes  
mit einem Offizier in Streit geraten. Sein Gegner zog einen  
Revolver und gab gegen den Leutnant einen Schuß ab. Die Kugel  
traf in der Herzgegend und der Betroffene blieb auf der Stelle  
tot. Der Erschossene soll Bladislav Komorra heißen. Eine  
Untersuchung ist eingeleitet.

#### Der Ingenieur- und Architektenverein beim Staatsrate.

Eine Abordnung des Oesterr. Ingenieur- und Architekten-  
vereines ist gestern unter Führung des Präsidenten Oberbaurates  
Bamann im Parlament erschienen, um den Deutschösterreichi-  
schen Staatsrat wärmens des Vereines zu begrüßen. In zwei Denk-  
schriften, welche den Präsidenten des Staatsrates und den  
Staatssekretären Ing. Zerbik und Zukel überreicht wurden,  
erklärte der Verein, sich in den Dienst der neu zu lösenden tech-  
nischen Aufgaben Deutschösterreichs zu stellen. Betreffs der Or-  
ganisation der neuen Verwaltung wird die bestimmte Erwartung  
ausgesprochen, daß bei der Lösung sachlicher Aufgaben die Fach-  
leute entscheidende Stimme erhalten werden. Mit Rücksicht auf  
die gegenwärtige Situation tritt der Verein für die schleunigste  
Einleitung solcher Notstandsbautein, welche den von den  
Kampffronten zurückströmenden beschäftigungslosen Heimkehrern  
zunächst beim Erdbau Arbeitsgelegenheit bieten.

Die Staatssekretäre Ing. Zerbik und Zukel gaben  
ihrer besonderen Befriedigung über die Absichten des Vereines  
Ausdruck und erklärten, bei allen gegebenen Anlässen den Verein  
in den Dienst der öffentlichen Interessen stellen zu wollen.

#### Die Plünderungen in Aussig.

Brag, 5. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Aus  
Aussig wird gemeldet: Am Samstag wurde, wie gemeldet,  
die Weiskälsfabrik in Brand gesteckt. Beim Feuerschein plünderten

Hundertern von Menschen umlagert, welche auf rückkehrende Marinesoldaten warten, von denen sie Auskunft über das Schicksal von Angehörigen erhoffen, die sich in Pola und Orten der dalmatinischen Küste befunden haben.

Vielfache Klagen aus den Kreisen der Bevölkerung gehen uns über die Zustände in der Umgebung des Nordbahnhofes zu. Hier herrscht ein beängstigendes Durcheinander vieler Tausende von Menschen, Soldaten, Kriegsgefangener und Zivilpersonen, welche nicht nur die Umgebung des Bahnhofes selbst, sondern auch in weitem Umkreis die umliegenden Straßenzüge umlagert halten. Es geschieht hier viel zu wenig, um Ordnung in das Chaos zu bringen, und die Polizei erweist sich hier auch als zu schwach, um Unruhenfälle zu verhindern. Auch falsche Militärpatrouillen treiben ihr Unwesen, welche ohne jedes Recht Vorbeikommende anhalten, ausplündern und mit der Schusswaffe bedrohen. Es wäre dringend erwünscht, wenn die Polizei hier normale Verhältnisse wiederherstellen würde.

**Einstellung des Güter- und Gepäckverkehrs auf der Südbahn.**

Der gesamte Reisegepäck- und Expressgutverkehr, ferner der Gepäckgutverkehr von und nach den zur Gepäckfertigung nicht eingerichteten Haltestellen wurde von und nach allen Stationen, beziehungsweise Haltestellen der Südbahnlinien Wien (Südbahn)-Triest, Marburg (Hauptbahnhof)-Franzensfeste und Rustein-Trient sowie im Transit über diese Linien bis auf weiteres eingestellt.

Milch und leere Milchkannen sowie Zeitungen bleiben als Expressgut zugelassen.

**Die Abreise der Kriegsgefangenen.**

Die Kriegsgefangenen der Hofauer Kaserne, deren Zahl bis gestern abend auf 4500 Russen und 650 Italiener angewachsen war, wurden gestern nach 8 Uhr abends in geschlossenem Zuge teils nach dem Südb., teils nach dem Ostbahnhof überführt, um von dort die Rückreise in die Heimatländer anzutreten. Nachträglich trafen neuerlich 500 Russen ein, die die Nacht in der Kaserne verbrachten und dort gepflegt wurden.

**Spitalplünderungen in Kremsmünster.**

Aus Kremsmünster wird berichtet: Die im hiesigen Rotreserbespital untergebrachten tschechischen und slowakischen Soldaten haben das Spital geplündert. Vor ihrem Abtransport, der Sonntag mittag erfolgte, konnte ihnen das Geraubte wieder abgenommen werden.

**Der Zustand auf den Bahnen.**

**Mitteilungen eines hohen Funktionärs.**

Unser Eisenbahnwesen ist durch die Untwältzung zu einem Degenkessel verwandelt worden. Von Bahnhof zu Bahnhof ziehen keine Völkerwanderungen aller gefangenen Nationen Europas; jeder Fahrplan, jedes Tarifwesen ist umgeworfen, die Züge kommen und fahren planlos ab, keiner weiß wie weit. Es ist überhaupt ein Wunder, daß das Personal noch den Schein eines Betriebes aufrechtzuerhalten vermag. Ueber die gegenwärtigen Zustände wurden einem unserer Mitarbeiter von kompetenter Seite folgende Mitteilungen gemacht:

„Es ist in dem gegenwärtigen Chaos unmöglich, auch einen nur halbwegs klaren Ueberblick zu gewinnen. Immerhin ist, falls arge Ausschreitungen verhindert werden, die Hoffnung vorhanden, daß man etwa im Weihnachtensherum an die Aufstellung eines Notplanes wird schreiten können. Vorderhand stehen uns zwei schwere Monate bevor. In Tirol sehen eine bis anderthalb Millionen Soldaten, deren Verpflegung bis zum Abtransport der Tiroler Nationalrat nicht übernehmen kann. In Ungarn herrscht vollkommene Verwirrung und Plünderungen; von Galizien, wohin die Abgeordneten Freißler und Friedmann wegen des Abtransportes der in Ostgalizien stehenden deutschen Truppen gereist sind, haben wir gar keine Nachrichten, in Deutschösterreich kann man vielleicht mit allerhand Gefahren in drei Tagen nach Innsbruck gelangen. Relativ am besten sind noch die Tschechen daran. Denn in Prag war bereits im Jahre 1912 die Organisation der Eisenbahnen fertig; außerdem besitzen die Tschechen eine einheitliche Nationalregierung, während bei uns die alte Regierung noch fortbesteht und der Nationalrat sich mit der Uebernahme der Bahnen Zeit läßt.“

So verkehren die Züge vollkommen planlos, in den Tunnels liegen die Leichen der Unvorsichtigen, die sich an die Buffer anhängen. Auch die Zentraltransportleitung kann nichts anordnen, da ihre Befehle in den aubern Nationalstaaten nicht beachtet werden. Der Staat,

**Die Vorgänge in Wien.**

**Auf den Bahnhöfen.**

Bei den Wiener Bahnhöfen ist heute in den Vormittagsstunden einigermaßen wieder Ordnung eingetreten. Beim Ostbahnhofe haben Militärabteilungen und Polizei den Ordnungsdienst übernommen. Der Maria Josefa-Park, in dessen Anlagen in den letzten Tagen Verraubungen von Personen vorkamen, wurde im weiten Umkreise durch Militärposten abgesperrt und Patrouillen kreuzten die Umgebung ab. Soldaten, die beim Handel mit Lebensmitteln oder Wertgegenständen betreten werden, die offenbar von Diebstählen und Plünderungen herrühren, werden durch die Militärwache in das Meldezimmer für Offiziere gebracht und hier einer genauen Durchsüdung unterzogen. Hier haben sich schon ganze Berge von Gegenständen angehäuft, welche den Leuten abgenommen wurden. Waffen und Munition verfallen über Auftrag des Staatsrates unbedingt der Beschlagnahme. Die Waffen, Gewehre, Revolver sowie Patronen werden gesammelt und dann durch Militäraskaroten zum nächsten Kommando gebracht, von wo aus sie zur Bewaffnung der verschiedenen Volkwehren und der Stadtschutzwache zur Verteilung gebracht werden. Vieles werden auch große Geldbeträge bei Soldaten gefunden, Gelder, die entweder durch Unterschlagungen oder durch Diebstähle oder Raub in den Besitz der betreffenden Personen gelangt sind. Bei einem Rechnungsunteroffizier wurden vorgestern in einem Wiener Bahnhofe 56.000 K. beschlagnahmt. Er ist mit der Kompanieklasse durchgegangen und wollte das Geld für sich behalten. Auch am Südbahnhofe ist einigermaßen Ordnung eingetreten und es wickelt sich der Verkehr, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, doch mit einiger Regelmäßigkeit ab. Diese Bahnhöfe sind von

daß die Werkstätten noch weiter arbeiten, sonst müßten wir den Betrieb vollkommen einstellen. Und daß die Eisenbahner jetzt, wo jeder nur auf eigene Faust arbeiten kann, überhaupt noch vorwärts kommen, ist geradezu als ein Wunder zu betrachten. Ein geregelter Dienst ist ja infolge der verschiedenen Amtssprachen unmöglich. Wie soll zum Beispiel ein Karlsbader Stationsvorstand das tschechische Diensttelegramm der Prager Direktion verstehen, die ja nur noch tschechisch verkehrt?

Vielleicht werden die Beratungen, die in den nächsten Tagen die Nationalregierungen zwischen den entsprechenden Grenzstationen zur Verbindung des Verkehrs anregen werden, eine Besserung bringen. Allerdings stehen wir vor ungeheuren Fragen: Wie werden die deutschen Armeen in Rumänien, der Ukraine, Polen, Serbien, Kleinasien und Syrien nach Hause zu befördern sein? Und die Lebensmittel? Und die Kohle? Vielleicht wird es in sechs bis acht Wochen möglich sein, Ordnung in die Verwirrung zu bringen. Wir wollen nur hoffen, daß die Verhältnisse halbwegs ruhig bleiben und wir im Februar oder März die ersten Anzeichen eines normalen Verkehrs wieder erkennen werden können.“

nements, die Kasse usw. befinden. Stadtkommandant Hauptmann Heltai verfügte hierauf, daß der Dampfer bis zum Morgen unter Ueberwachung bleibe und daß Seesoldaten der Brigadiegewalt das Schiff besetzen und am Ufer Wache halten. Der Stadtkommandant suchte im Laufe des Abends den Staatssekretär des Kriegsamtes Wilhelm Böhm auf und erhielt dessen schriftlichen Befehl, heute morgen das Schiff zu durchsuchen und jene Wertgegenstände, deren Zurückhaltung als notwendig erscheinen sollte, zu beschlagnahmen.

Die Vorbdurchsuchung wurde heute früh um 7 Uhr von einem Offiziersdetachement vorgenommen. Man fand an Bord ungewöhnlich große Mengen von Mehl, Leder, ararischen Kleidungsstücken, lebendem Geflügel, Zucker, Fett und sonstigen Lebensmitteln in Säcken, Fässern, Kisten und auf Deck umhergestreut. All dies wurde gegen Quittung säkretiert und in die Lagerräume des Plakkommandos geschafft. An Bord befanden sich unter anderem auch drei eisenverschiente Kisten, die etwa 1 1/2 Millionen Kronen in Banknoten enthielten. Diese Kisten wurden unter besonders starker Bewachung ebenfalls nach dem Plakkommando gebracht, wo sie der Stadtkommandant in Verwahrung nahm.

Im Laufe des Vormittags wurden auch die Passagiere des Schiffes und deren Gepäck eingehend untersucht. Koffer, Kisten, Kausade und sonstige ararische Gegenstände wurden beschlagnahmt. Die Durchsuchung nahm erst in den ersten Nachmittagsstunden ein Ende.

Ein Berichterstatter des 8. Ordi Uislag statirt an Bord der „Sophie“ dem Generalobersten v. Rhemen heute einen Besuch ab. Der ehemalige militärische Generalgouverneur von Serbien teilte dem Journalisten folgendes mit:

— Das Belgrader Militärregiment erhielt noch am 5. Oktober Befehl zur militärischen Räumung Serbiens. Dieser Befehl wurde gradatim vollzogen und am 29. Oktober war die Evakuierung beendigt. Alles mobile Kriegsmaterial, die Lebensmittel und Ausrüstungsgegenstände wurden über die Donau nach Südbungarn geschafft und dort in Sicherheit gebracht. In diesem Tage verließ ich in Befolgung eines Befehles des Armeebefehlshabers mit einem Teil meines Stabes Serbien und begab mich nach Njibdel. In Belgrad verblieb der Oberst des Generalstabes Perchnawe mit etwa einem Bataillon Militär und einigen Stäblern. Doch verließen er sowohl als auch das ganze in Belgrad verbliebene österreichisch-ungarische Detachement am nächsten Tage, am 29. Oktober, Serbien. Ich bemerke, daß die Streitkräfte der Entente damals mindestens noch 50 Kilometer von Belgrad entfernt standen. In Njibdel herrschte um diese Zeit noch volle Ordnung, wiewohl die Bevölkerung wegen der Nachrichten über die slawischen und kroatischen Geschehnisse schon ziemlich erregt war, doch kam es nicht zu den geringsten Unruhen. Wir verblieben bis zum 8. November in der Stadt und verließen diese erst, als wir benachrichtigt wurden, daß der Dampfer „Sophie“ uns nach Wien befördern würde. Wir gingen an Bord, etwa 150 Offiziere und 300 Mann aus allen Nationalitäten der ehemaligen Monarchie, sowie 300 Ungarn. Gestern nachmittag um 4 Uhr sind wir in Budapest eingetroffen.

Ueber die Räumung Serbiens erzähl der Ausfrager vom Obersten Perchnawe folgende Einzelheiten:

— Am 5. Oktober, nach Erhalt des Räumungsbefehls, wurde sofort alles Transportable: Lebensmittel, Getreide, Ausrüstungsgegenstände usw. nach dem Landesinnern geschafft. Bis zum 29. Oktober, dem Tage der Evakuierung, sandten wir per Bahn und Schiff nach Südbungarn:

4000 Waggons Getreide, 10.000 Stück Mastvieh, 10.000 Stück Stechvieh, 10.000 Schweine, 4000 Stück Schafe, 15 Waggons Wein, 300 bis 400 Waggons Marmelade, sowie ungeheure Mengen von Holz aller Art, Telephonmontierungen, Waffen, Munition und etwa sechzehn Millionen Kronen Bargeld in Kisten verpackt. Der Gesamtwert von all dem ist ganz unschätzbar. Und diese Hunderte von Millionen wertigen Dingen gingen fast in ihrer Gänze in den Besitz des kroatischen Nationalrates über. Weder Ungarn, noch Oesterreich werden hiedon auch nur ein einziges Stück je zu Gesicht bekommen.

Bedüglich das in Kisten verpackte Bargeld konnten wir bis Ujverhász mit uns führen, hier aber nahm uns der ungarische Nationalrat mit Ausnahme von anderthalb Millionen alle sechzehn Millionen Kronen ab. Diese anderthalb Millionen Kronen belieh uns auf Bitten des Herrn Generalobersten der Nationalrat, damit die Bezüge der an Bord reisenden Offiziere und Mannschaften ausbezahlt werden können. Auf Befehl des ungarischen Kriegsministers sind uns hier in Budapest nun auch diese anderthalb Millionen Kronen abgenommen worden. Was wir nach zweijähriger, mühseliger Arbeit erworben haben, ist jetzt mühelos in den Besitz der Kroaten übergegangen, und weder Ungarn noch Oesterreich werden je was davon haben...

Pes

37

### Der Stab des Belgrader ehemaligen Militär-Generalgouvernements in Budapest.

Regouverneur Freiherr v. Rhemen und Oberst Perchnawe über die Räumung Serbiens.

Budapest, 6. November.

Gestern nachmittag um 4 Uhr legte der Dampfer „Sophie“ der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft auf dem Korjulai an. Den wachhabenden Organen der militärischen Uferpolizei, größtenteils Seelenten, fiel der über und über mit Gerät aller Art beladene Personendampfer auf. Der Kommandant der Uferwache ging sofort an Bord und verhielt den Kapitän des Dampfers zur Ausweisleistung. So erzähl er, daß das Schiff den Stab des Belgrader ehemaligen l. u. l. Militär-Generalgouvernements sowie die Einrichtung und einen Teil der Kassenbestände dieser aufgelassenen Amtsstelle nach Budapest gebracht habe. Nach Landung der ungarischen Offiziere und Mannschaften des Generalkommandos würde der Dampfer die Bergfahrt nach Wien fortsetzen.

Der Wachkommandant benachrichtigte hiedon sofort telephonisch den Stadtkommandanten von Budapest Hauptmann Heltai, und dieser entsandte unverzüglich den Leutnant Braun mit zwölf Mann nach dem Donauhafen vor dem Gsküter, um den Fall zu untersuchen. Der Schiffskapitän wies eine Order des ungarischen Kriegsministers vor, laut deren die Passagiere der „Sophie“ von Njibdel nach Wien zu schaffen seien. Mittlerweile war auch der Stadtkommandant erschienen, und die beiden Offiziere suchten mit dem Generalobersten Freiherrn v. Rhemen, dem ehemaligen Generalgouverneur Belgrads, in dessen Kajüte auf. Der gewesene Militärregimentar befand sich in Gesellschaft des Generalstabsobersten Perchnawe und erteilte dem Stadtkommandanten auf dessen Fragen bereitwillig Auskunft darüber, wieviel Personen und welcherlei ararische Ausrüstungsgegenstände an Bord mitgeführt wurden, ferner wo sich die amtlichen Akten des Generalgouver-

### Deutschösterreichischer Staatsrat.

#### Der Rückstrom der Truppen.

In der gestrigen Sitzung des Staatsrates wurde ein eingehender Bericht über den Rückstrom der Truppen erbracht. In den letzten Tagen wurden von den Eisenbahnen die ungeheuersten Leistungen vollbracht. So hat beispielsweise die Südbahn 160.000 Mann, die Westbahn über 100.000 Mann in die Heimat befördert. In etwa zehn Tagen dürfte, wenn dieses Tempo der Rückbeförderung eingehalten werden kann, die völlige Demobilisierung der Armee durchgeführt sein. Zum Teil sind die Massen bereits in ihrer Heimat oder in der Nähe derselben. Die Eisenbahnen haben trotz vielfacher Schwierigkeiten ihrer großen Aufgabe völlig gerecht werden können. Der Staatsrat beschloß, den Eisenbahnen seinen Dank und die Anerkennung auszusprechen. Ueber die

#### Verhältnisse auf den Wiener Bahnhöfen

wurde berichtet: In den ersten Tagen der Ummäzung, als die Truppen von der Front zurückfluteten, kam es zu Ausfaltungen, doch gelang es in kurzer Zeit sie einzudämmen, so daß sich heute der Verkehr auf den Bahnhöfen in größter Ordnung vollzieht. Um die Aufrechterhaltung der Ordnung haben sich alle bisher eingerichteten Wachkorps, speziell die k. k. Landwehr-Regiment, große Verdienste erworben. Vor allem handelte es sich darum, die außerordentlich wertvollen Materialien zu sichern. Nach einem mit den anderen Wehrkörperchaften erzielten Uebereinkommen wurde die oberste Leistung für den Sicherheitsdienst auf den Bahnhöfen der Polizei übergeben, die einvernehmlich mit den einzelnen Wehrkörperchaften den Sicherheitsdienst versteht. Alle Organe des Sicherheitsdienstes haben sich große Verdienste in dieser Hinsicht erworben. Der Staatsrat beschloß, auch diesen Körperchaften Dank und Anerkennung auszusprechen.

#### 10.000 Mann für den Sicherheitsdienst in Wien.

Was die Organisation der Sicherheitskörperchaften betrifft, so wird der Stand der Sicherheitswache in Wien auf 5000 Mann erhöht werden; die Volkswehr und die Stadtschutzwache haben einen Stand von je 2000 Mann, so daß insgesamt ungefähr 10.000 Mann für die Aufrechterhaltung der Sicherheit im Wiener Stadtgebiet zur Verfügung stehen.

#### Das Staatsamt für Heerwesen.

Bezüglich der Organisation des Staatsamtes für Heerwesen wurde mitgeteilt, daß dieses Amt im Kriegsministerium etabliert ist, und daß dort ungemein große Arbeit geleistet wird. Eine stattliche Anzahl von Referenten, die mit den einzelnen Abteilungen des Kriegsministeriums in steter Verbindung stehen, sind bemüht, in allen Angelegenheiten Auskunft zu erteilen und alle nötigen Verfügungen zu treffen. Der Andrang des Publikums im Staatsamt für Heerwesen ist ein ungeheurer; das Amt hat einen förmlichen Ansturm zu bestehen, was ein Beweis dafür ist, daß dieses Amt bei der Bevölkerung das größte Vertrauen genießt.

#### Neuer Ernährungsdirektor.

Der zum Bundeshauptmannstellvertreter des Bundes Niederösterreich gewählte Abgeordnete Johann Mayer hat sein Amt als Ernährungsdirektor niedergelegt. In einem Schreiben an das Präsidium des Staatsrates erklärte er, daß er nach wie vor für das Ernährungswesen wirken wolle. An seiner Statt wurde der Reichsrats-Abgeordnete Franz Farrer gewählt.

Der Staatsrat hat zum Leiter der Futtermittelzentrale, deren Leitung bisher in den Händen des nunmehrigen Staatssekretärs für Heerwesen, Josef Mayer, lag, den bisherigen zweiten Leiter dieser Zentrale, den Abgeordneten Josef Goll, ernannt und zum zweiten Leiter an Stelle Golls den Abgeordneten August Kaszorga.

### Dank an die Eisenbahner und an die Wachkorps.

Die Eisenbahner haben in den letzten Tagen einen Verkehr bewältigt wie nie zuvor. Täglich rollen Hunderte von Zügen von der Front ins Hinterland. Daß diese gewaltige Leistung vollbracht werden konnte, ist dem restlosen Fleiß und der bewundernswerten Hingabe des gesamten Bahnpersonals zu danken, welche sich damit ein unermeßliches Verdienst um unser Volk erworben hat. Der Staatsrat hat heute folgende Kundgebung erlassen:

An die Eisenbahnbeamten und -bediensteten Deutschösterreichs!

An die Mitglieder der Volkswehr!

An die Wachorgane!

Der deutschösterreichische Staatsrat hat beschlossen, Euch für die Hingabe und Opferfreudigkeit, die Ihr unter den schwierigsten Verhältnissen bei dem Heimtransport unserer Soldaten an den Tag gelegt habt, den Dank Deutschösterreichs und die Anerkennung auszusprechen.

Ihr habt durch diesen unermüdbaren Pflichterfüller Eurer Liebe zu Vaterland und Volk bekundet. Die deutschösterreichische Volksregierung baut auf Euch, die Ihr bisher so schwere Gefahren von Euren Mitbürgern abgewendet habt, daß Ihr auch weiterhin Eurer Pflicht erfüllen werdet.

Euer Volk und Land werden Eurer Leistungen eingedenk bleiben!

Für den deutschösterreichischen Staatsrat:  
Die Präsidenten

Dr. Dinghofer. Hausner. Seip.

### Der Oberbefehlshaber der deutschösterreichischen Wehrmacht.

Der Staatsrat hat den Feldmarschallleutnant Adolf von Bogum zum Oberbefehlshaber der deutschösterreichischen Wehrmacht ernannt.

Bis die höheren Kommanden der Volkswehr installiert sind, disponiert das Militärkommando über die in Wien befindlichen Volkswehr-Bataillone. Die Volkswehr-Bataillone sind anzumerken, die Namen ihrer Kommandanten, Standort und Stände der Bataillone sowohl dem Bureau der Volkswehr im deutschösterreichischen Staatsamt für Heerwesen als auch dem Militärkommando täglich vorzulegen.

### Neue Unterstaatssekretäre.

Generalkommissär für Kriegs- und Uebergangswirtschaft Richard Niede wurde zum Unterstaatssekretär für Kriegs- und Uebergangswirtschaft für Deutschösterreich bestellt. Der Sektionschef im Eisenbahnministerium Bruno Ritter v. Cnderes wurde zum Unterstaatssekretär im Staatsamt für Verkehrsweisen ernannt.

Der Staatsrat hat den Abgeordneten Paul Freiherrn von Sod zum Unterstaatssekretär im Staatsamt für Unterricht ernannt.

Heute vormittags werden sämtliche vom Staatsrate ernannten Funktionäre in feierlicher Sitzung des Staatsrates die Angelobung leisten.

### Aufstellung von Volkswehren durch die Gemeinden.

Das Staatssekretariat für Heerwesen hat folgenden Aufruf an die deutschen Gemeinden zur Aufstellung von Volkswehren erlassen:

Deutsche Bürger des freien Staates Deutschösterreich! Wir fordern euch auf, in dieser schweren Zeit uns hilfsreich an die Hand zu geben und zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit eigene Volkswehren in euren Gemeinden selbst zu organisieren und aufzustellen.

Für diese Volkswehren kommen in erster Linie die von der Front in den Heimatgegend einrückenden Soldaten in Betracht, welche gewiß berufen sind, ihre Scholle selbst zu schützen, ebenso wie alle jene Mitbürger, die sich freiwillig in den Dienst dieser heiligen Sache stellen.

Uns allen erwächst in dieser ernsten Stunde die Pflicht, alles zu tun, was die Aufrechterhaltung der Ruhe und des geordneten Staats- und Bürgerwesens ermöglicht.

In diesem Sinne möge ein jeder deutschösterreichischer Bürger sein Scherlein beitragen zum Wohle seines vaterländischen Vaterlandes.

### Der Soldatenrat in Wien.

Samstag den 9. November, 4 Uhr nachmittags, wird die erste Sitzung des Wiener Soldatenrates im Offizierskafino, Schwarzenbergplatz, stattfinden.

Tagesordnung: 1. Eröffnung der Versammlung durch ein Mitglied des Staatsrates, 2. Wahl eines Ausschusses bestehend aus 4 Offizieren und 8 Mannschafspersonen, 3. Ansprache des Unterstaatssekretärs Dr. Deusch, 4. Anfragen.

Zutritt zu dieser Sitzung haben nur mit Legitimationen versehene Soldatenräte. Die Verlesung der Legitimationen erfolgt gestern. Bis zum gestrigen Tage waren 300 dem Mannschafts- und Offiziersstande angehörende Personen zu Soldatenräten gewählt.

Die Nationalräte Freiherr v. Sod, Seber, Schiegl, Dr. Neumann-Walter, Smilla, Müller, Rudolf Forstner, Dent, Gausner, Kemetter, Volkert, Doktor Schürff, Domeß, Malil, Richter und Widholz führten in den letzten Tagen eine große Anzahl von Angelobungen und Wahlen durch, ohne besonderen Widerspruch zu finden. Schwierigkeiten, die sich infolge Ueberbürdung der Nationalräte sowie aus den sonstigen Verhältnissen ergeben, bringen es mit sich, daß auch heute noch eine Anzahl von Angelobungen und Wahlen vorgenommen werden müssen.

Dem Ausschuss des Soldatenrates, der in der konstituierenden Sitzung gewählt werden soll, wird ständig ein Mitglied des Staatsrates angehören. Dieser Ausschuss wird im Einvernehmen mit dem Staatsrat die weiteren Geschäfte zu besorgen haben.

### Deutschösterreich und die k. k. Ministerien.

Die Ministerien und Zentralstellen, die in Wien ihren Sitz haben, sind für das ganze Staatsgebiet und für alle Nationen des alten Oesterreich berechnet; aber sie liegen im Staatsgebiet von Deutschösterreich. Wie vorauszu sehen war, bereitet die Uebernahme dieser Staatsämter mancherlei Schwierigkeiten und ruft vielfach den Einspruch anderer Nationalregierungen hervor. Außerdem ist die Bürokratie der k. k. Ministerien national in sich gespalten und zum Teil widerstrebt sie einer Umwandlung, die sie keineswegs als einen Vorteil betrachtet. Diese Schwierigkeiten sind im Staatsrate schon vorausgesehen worden, als man die Umwandlung der k. k. Ministerien in deutschösterreichische Staatsämter beschlossen hatte. Insbesondere wurde vorausgesehen, daß die Aufgabe schwer von einem Beamten der Behörde selbst gegenüber den anderen Beamten vollzogen werden kann und deshalb wurde der Beschluß gefaßt, für die Zwecke der Uebernahme vorübergehend Parlamentarier als Staatssekretäre zu bestellen und ihnen die notwendige Zahl von parlamentarischen Unterstaatssekretären beizugeben. Nur dort, wo keine Widerstände vermutet wurden oder der Dienst es sonst erforderte, wurden Beamte zu Staatssekretären gemacht. Diese Umstände erklären der Öffentlichkeit die gewiß auffällige Maßnahme, daß man so viele Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre einsetzte. Diese Einsetzung ist, wie schon erwähnt, vom Staatsrat unprovisorisch gedacht und auch deshalb unbedenklich, weil die Bestellen nicht in die Beamtenhierarchie aufgenommen und nicht pensionsberechtigt werden. Der Staatsrat hat schon im Grundgesetz die Absicht bekundet, die Zahl der Staatsämter wesentlich zu verringern, sobald die Uebernahme vollzogen ist.

### Ernennung des Kreisgerichtspräsidenten für Znaim.

Der Staatsrat hat den bisherigen Stellvertreter des Kreisgerichtspräsidenten in Znaim Ferdinand Brotsch zum Kreisgerichtspräsidenten in Znaim ernannt. Bekanntlich werden die deutschen Gebiete Südmährens dem Lande Niederösterreich angeschlossen. Nach Abgrenzung des deutschen Kreises Znaim hat sich nun die Notwendigkeit ergeben, einen eigenen Kreisgerichtspräsidenten zu ernennen. Der bisherige Kreisgerichtspräsident hat um seine Pensionierung angefragt.

### Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit über Zivilpersonen.

Der Staatsrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die Verordnung vom 25. Juli 1914 betreffend die Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit aufzuheben.

### Uebernahme des Militär-sanitätsdienstes.

Der Staatsrat hat in seiner gestrigen Sitzung bezüglich der Uebernahme des Militär-sanitätsdienstes folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die Agenden der Abteilung 14 des R. M. und die militärärztlichen Agenden des Ministeriums für Landesverteidigung werden, soweit sie deutschösterreichische Angelegenheiten betreffen, bei der Liquidierung dem Staatsamt für Volksgeundheit übergeben. 2. Das Staatsamt für Volksgeundheit erhält sofort das Verfügungsrecht über alle deutschösterreichischen Militär-sanitätsanstalten, das Sanitätsmaterial und das zugehörige Personal; auch das Militär-sanitätskomitee mit den zwei Laboratorien ist zu übernehmen. 3. Die Anstalten und das Personal der Oesterreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze werden ebenfalls, soweit sie der Abteilung 14 des R. M. und dem Ministerium für Landesverteidigung unterstanden, dem Wirkungsbereich des Staatsamtes für

Volksgeundheit zugewiesen. 4. Das Staatsamt für Volksgeundheit übernimmt behufs Durchführung dieser Agenden einige Militärärzte und das erforderliche Hilfspersonal vom Kriegsministerium und vom Ministerium für Landesverteidigung. 5. In allen militärischen Angelegenheiten ist das Staatsamt für Volksgeundheit angewiesen, das Einvernehmen mit dem Staatsamt für Heerwesen zu pflegen.

### Die Demobilisierung.

#### Behandlung und Verwendung von Gagisten deutschösterreichischer und anderer Nationalitäten.

Mit Zustimmung des deutschösterreichischen Staatsamtes für Heereswesen, des Delegierten des tschecho-slovakischen, des rumänischen und ukrainischen Nationalrates, sowie des Vertreters des ungarischen Kriegsministeriums gelangt nachstehender Erlass zur Ausgabe, wobei bemerkt wird, daß das Einvernehmen mit dem jugoslawischen Nationalrat, da ein bevollmächtigter Vertreter in Wien bis nun noch nicht anwesend ist, im Zuge ist. Auf Grund der eingehenden geänderten Verhältnisse wird bezüglich Behandlung und Verwendung der Gagisten (Aspiranten) angeordnet:

1. Die durch Auflösung, resp. Restringierung von Kommandos, Behörden, Anstalten und sonstigen militärischen Dienststellen freierwerdenden Gagisten (Aspiranten) sowie die von der Armee im Felde Beurlaubten sind wie folgt zu behandeln: a) Deutschösterreichische, bezw. die sich als solche bezeichnen: Gagisten (Aspiranten) deutschösterreichischer Staatsbürgerschaft, bezw. die sich zu dieser bezeichnen und deren standeszuständiger Ersahkörper ein deutschösterreichischer ist, rücken zu diesem ein. Deutschösterreichische, welche bei einem anderssprachigen Truppenkörper, Anstalt usw. eingestellt sind, dort jedoch nicht bleiben wollen, rücken zu einem ihrem bisherigen Dienstorte nächstgelegenen, tunsicht der gleichen Waffengattung angehörenden deutschösterreichischen Ersahkörper ein. Sie sind bei diesen Ersahkörpern in den Stand zu nehmen und zu beschäftigen. b) Tschecho-Slovakien: Die nach den tschechischen Sprachgebieten Mährens und Schlesiens heimatzuständigen Gagisten (Asp.) sind dem Tschecho-Slovakischen Nationalrat in Brünn, jene nach tschechischen Sprachgebieten Böhmens zuständigen dem Tschecho-Slovakischen Nationalrat in Prag; c) Rumänen dem Nationalrat in Karam; d) Slowenen dem Slowenischen Nationalrat in Laibach; e) Italiener aus Tirol dem Hochkommando in Triest; f) Italiener aus dem Küstenlande dem Hochkommando in Krain; g) Polen dem polnischen Militärkommando in Krakau; h) Ukrainer dem Militärkommando in Lemberg und i) Rumänen, welche von ihrem Nationalrat keine Einteilung erhalten haben, dem Stationskommando in Czernowiz zu überstellen; j) Gagisten (Asp.) ungarischer Staatsangehörigkeit sind, falls sie ungarischen Ersahkörpern (Heer, Honved und Landsturm) angehören, zu diesen einrückend zu machen, jene, welche bisher österreichischen oder h. Ersahkörpern angehört, sind dem k. u. Kriegsministerium in Budapest zu übergeben.

2. Gagisten der unter a) bis j) genannten Gruppen, die nicht zu der ihrer Staats-, bzw. Heimatzugehörigkeit entsprechenden Nationalarmee eintreten wollen, sind ihrem Wunsche (nationalen Gefühl) entsprechend einzuteilen. Es ist demnach nicht die Nationalität oder die Heimatzugehörigkeit, sondern der vorgebrachte Wunsch für die Absendung maßgebend.

3. Die in verschiedenen Dienstverwendungen stehenden, derzeit jedoch noch nicht einberufenen nichtaktiven Gagisten (Asp.) nichtdeutscher Nationalität sind auf vorgebrachte Bitte eventuell nach Einführung eines erforderlichen Erlasses wie ad Punkt 1 zu behandeln.

4. Die entbehrlich gewordenen, auf Mobilisierungsdauer aktivierte Gagisten des Ruhestandes sind bei Rückverführung in das Ruhestandsverhältnis in das gewählte Quartier abzusenden;

5. wird im Einvernehmen mit dem deutschösterreichischen Staatsrat verfügt: Jene Ruhestandsgagisten deutschösterreichischer Nationalität oder die sich als solche bezeichnen, die noch nicht 40 anrechnungsfähige Dienstjahre haben und noch weiter dienen wollen, haben sich bei dem ihrem bisherigen Dienstorte nächstgelegenen deutschösterreichischen Militärkommando zwecks neuer Einteilung zu melden. Diese Gagisten sind in erster Linie zur Abführung für jene Ruhestandsgagisten zu verwenden, welche bereits die 40jährige anrechnungsfähige Dienstzeit aufweisen. Als deutschösterreichische Militärkommandos gelten: Wien, Graz, Innsbruck und Zellmehring;

6. Sämtliche derzeit noch in aktiver Dienstleistung stehenden nichtaktiven Gagisten (Aspiranten) deutschösterreichischer Nationalität, die Staats-, Landes- oder öffentliche Beamte sind, sind auf Grund einer von ihren Behörden ausgestellten Bestätigung ihrer Dienstverwendung sofort von der gegenwärtigen Dienststelle aus in das nichtaktive Verhältnis rückzuführen.

7. Berufsoffiziere deutschösterreichischer Nationalität, beziehungsweise die sich zu dieser bezeichnen, haben im dringendsten Interesse des Heeres die deutsche Nationalarmee in aktiver Militärdienstleistung zu verbleiben. Die Entlassung aus der aktiven Militärdienstleistung kann nur auf Grund eines an das Kriegsministerium (Beziehungsweise Ministerium für Landesverteidigung) gerichteten Gesuches erfolgen.

8. Bezüglich dauernder Beurlaubung deutschösterreichischer nichtaktiver Gagisten wird das Einvernehmen mit dem deutschösterreichischen Staatsrat gepflogen werden. Es dürfen demnach derzeit keine dauernden Beurlaubungen (Enthebungen), ausgenommen jene ad Punkt 6, Maß greifen.

9. Ansuchen um Enthebungen deutschösterreichischer Gagisten (Aspiranten) sind unter Vorbringung einer amtlichen Bestätigung im militärischen Dienstwege bei jenen, die bei den Ersahkörpern eingeteilt sind, von diesen direkt dem Kriegsministerium (Ministerium für Landesverteidigung) einzusenden.

#### Ein Aufruf an die Reserveoffiziere.

Wir werden um Ausnahme folgenden Aufrufes gebeten: „Reserveoffiziere und Gleichgestellte! Nichtaktive Gagisten aller Waffengattungen des Heeres, der Landwehr, der Kriegsmarine und des Landsturmes, Ruhestandsbeamte aus der Reserve hervorgegangen, außer Dienst, in der Goldenen usw. ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit!

Der soeben erschienene Demobilisierungserlass greift an eure wirtschaftliche Existenz! Nehmt hierzu Stellung und erscheint pünktlich zu der am 10. d., 10 Uhr vormittags, im großen Musikvereinssaale stattfindenden Versammlung! Der vorbereitende Ausschuss.“

#### Der Hilfsbund für Militärpersonen.

Wir erhalten folgende Mitteilung; Auf zahlreiche Anfragen wird mitgeteilt, daß die nächste Aufgabe des Bundes darin besteht, allen Militärpersonen die vollen Gehälter für den Dezember zu sichern. Das Heeressekretariat hat sich bereit erklärt, diese Frage grundsätzlich zustimmend zu lösen. Als weitere Hilfsaktion ist die Beschaffung wichtiger Bedarfsgegenstände und Hauswirtschaftsartikel und die Errichtung von Gemeindefestlichkeiten in Aussicht genommen. Auskünfte und Anmeldungen in „Militär-Soziale Rundschau“, Wien, III., Bechardgasse 14, für Marineangehörige; Marinemat bei der Marinektion, III., Margerg. 2.

### Die militärischen Familiengebühren.

Von der k. u. k. Kriegskassendirektion in Wien wird mitgeteilt, daß in der Anweisung der Familiengebühren keine Unterbrechung eintreten wird. Sofern Verzögerungen in der Auszahlung vorkommen, sind sie lediglich durch die derzeit bestehenden Schwierigkeiten des Verkehrs und damit der postlichen Zustellung bedingt. Reklamationen wegen Gebühren, die in den allerersten Monatslagen noch nicht zugestellt wurden, sind daher zwecklos.

### Arbeitsvermittlung.

Zum Zwecke der raschen und taglosen Vermittlung der aus den Kriegsindustrien freierwerdenden und aus dem Heeresdienst entlassenen Arbeitskräfte haben der „Wiener Industriellenverband“ und der „Osterr. Metallarbeiterverband“ eine gemeinsame paritätische Arbeitsvermittlung in Wien errichtet. Als Arbeitsvermittlungsstellen fungieren vorläufig ab Montag, den 11. November 1918: a) die Arbeitsvermittlungsstelle 4. Bezirk, Starhemberggasse 44, Fernsprecher 33532, für die Bezirke 1 bis 5, 10, 11, 20, 21, sowie Bezirkshauptmannschaft Floridsdorf-Umgebung und Schwechat; b) die Arbeitsvermittlungsstelle 5. Bezirk, Kothgasse 27, Fernsprecher 1733, für die Bezirke 6 bis 9, 12 bis 19, sowie Bezirkshauptmannschaft Hietzing-Umgebung. Dienststunden für Frauen Dienstag und Freitag von 8 bis 1 Uhr, für Männer an allen übrigen Tagen.

### Von den Volkswehre.

Jene jüngeren Ärzte und höheremrangigen Sanitätsleutnants, welche den ärztlichen Dienst bei der aufzustellenden Volkswehr Deutschösterreichs versehen wollen, mögen sich Samstag, den 9. d., beim Leiter des Sanitätswesens der Volkswehr (im Staatssekretariat für Heereswesen, Kriegsministerium, 1. Stod, Tür 24) zur Besprechung einfinden.

Alle Militärpersonen, welche sich in der Artilleriekaserne Kaiser-Eberhard zur Volkswehr melden und bisher noch keine Versöhnung zwecks Strichung erhalten haben, haben sich Montag, den 11. November 1918, in der Artilleriekaserne Kaiser-Eberhard zu melden.

Auf Grund einer Entscheidung des deutschösterreichischen Staatsrates für Heereswesen vom 7. d. werden alle bestehenden Reserveoffizierschulen, Reserveoffizierskurse und Offiziersaspirantenschulen sofort aufgelöst. Die Besucher werden zum Eintritt in die Volkswehr aufgefordert.

### Anwerbungen für die Wiener freiwilligen Schützenformationen.

Das Stabkommando Wien hat mit heutigem Tage das Wiener Bürger-Scharfschützenkorps in aktiven Dienst gestellt. Seine Aufgabe ist, gemeinsam mit dem Deutschmeister-Schützenkorps mitzuhelfen, daß in Wien Ruhe und Ordnung aufrechterhalten bleiben. Männer, ohne Rücksicht auf Partei und soziale Interessen werden eingeladen, sich dem freiwilligen Korps zur Verfügung zu stellen. Bezüge: Täglich 6 Kr. Wohnung, 5 Kr. Kostgeld. Zentrallverwehureau und Kaserne des Wiener Bürger-Scharfschützenkorps, 8. Bezirk, Schützengasse 25. Zentralverwehureau und Kaserne des Deutschmeister-Schützenkorps, 8. Bezirk, Albertgasse 43. Verwehureau: Graben, Grabencafé-Kloß, Laborstraße Nr. 21, Radekyplatz, Hotel „Hungaria“, Rainerplatz 3, Margaretenplatz 4, Amerlingstraße 86, Mariaböserstraße 47, Neubaugasse 10, Ruzdorferstraße 14, Alferstraße 6, 11. Bezirk, Hauptstraße 79, 12. Bezirk, Hauptstraße 23-25, Märzstraße 43, Mariahilferstraße 178, Währingerstraße 92. Wer in seiner Familie Unterkunft hat, ist nicht verpflichtet, in den Kasernen zu nächtigen.

### Devorkehendes Alkoholverbot für Deutschösterreich.

Wie die „N. Z. A.“ aus den vertraulichen Beratungen des Staatsrates mitteilt, wurde im Staatsrat heute vormittag beantragt, daß der Staatsrat ein für ganz Österreich gültiges Verbot des Ausschankes geistiger Getränke, Wein, Bier und Branntwein, mit größter Beschleunigung erlassen möge. Der Antrag wurde angenommen und der Staatskanzler Dr. Renner beauftragt, sofort eine solche gesetzliche Verfügung auszuarbeiten und dem Staatsrat vorzulegen. Es sei zu erwarten, daß die Verfügung noch heute hinausgehe. Das Alkoholverbot werde zeitlich begrenzt sein.

### Strafandrohungen gegen Plünderer!

Das Staatsamt für Heereswesen ersucht um Veröffentlichung folgenden Aufrufes:

„Soldaten! In der letzten Zeit haben sich bedauerlicherweise wiederholt Fälle ereignet, daß sowohl Offiziere wie Mannschaften Personen ärarische Güter und Vorräte plünderten. Wir machen alle darauf aufmerksam, daß wir derartige Vorfälle nicht dulden, daß wir jeden, der sich an ärarischen Gut vergreift, als ehrlosen und jedes Gemeingefühls baren Verbrecher brandmarken und gegen derartige Individuen unmaßsächlich mit den empfindlichsten Strafen vorgehen werden. Wir hoffen jedoch, daß dies nicht notwendig sein wird, sondern daß alle Bürger des freien deutschösterreichischen Staates selbst genug Sinn für das allgemeine Wohl besitzen werden, um derartige Vorfälle von vorneherein unmöglich zu machen. Alle in den ärarischen Objekten befindlichen Güter sind Nationaleigentum und müssen geschützt werden.“

Was Mannschaften, welche eigenmächtig ihren Posten verlassen, begeben nicht nur ein Vergehen nach den bestehenden militärischen Vorschriften, sondern sie zeigen vor allem einen Mangel an Pflichtgefühl, der dem neuen demokratischen Gemeinwesen gegenüber unverzeihlich ist. Tue also jeder seine Pflicht, dann werden wir die gegenwärtigen kritischen Tage leicht überwinden und unser junges Staatswesen vor allen Gefahren schützen können!“

### Truppenverfügungstellen in Tirol und Steiermark.

Aus Innsbruck, 8. d., wird gemeldet: In der letzten Sitzung des Nationalrates wurde die unverzügliche Errichtung von Truppenverfügungstellen längs der Straßen und Bahnen, besonders im Ober- und Unterinntal beschlossen. Zur Erleichterung der Kohlenversorgung der Bahnen wurden die Kohlenvorräte der zehnten Armee und des aufgelassenen Retablierungslagers in Drixlegg herangezogen. Mit der Schweiz wurden Verhandlungen wegen Lebensmittelfuhrern für die Zivilbevölkerung eingeleitet. Die Pflege der verwundeten Soldaten in den Innsbrucker Spitälern hat der Landesverband „Barmherzigkeit“ übernommen. In Schwaz hat sich ein tschechisches Bataillon aufgelöst und die Oruderei Freundberg geplündert. Der Landeskulturrat richtete an die Bauern einen Aufruf, in Hinblick auf die vorübergehende, durch den Truppendurchzug verursachte Lebensmittelnot den Städten freiwillig Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen.

In den Abtransport der heimkehrenden Soldaten ist bereits ziemliche Ordnung gebracht worden. Groß ist leider die Zahl jener Soldaten, die in dem Wunsche, ehestens heimzukommen, auf den Waggonbüchern Platz nehmen und vielfach in den niederen Tunneln herabgestreift oder heruntergeschleudert werden. In einem der letzten Tage wurden 273 Leichen auf solche Weise verunglückter Soldaten nach Innsbruck gebracht. Die Schweiz hat sich bereit erklärt, die in Vorarlberg sich sammelnden italienischen Kriegsgefangenen an der Grenze zu übernehmen.

Aus Graz, 8. d., wird berichtet: Gestern sind mehr als 20.000 Soldaten durch Graz befördert worden. Die Verköstigungstation ist Tag und Nacht in Betrieb und funktioniert gut. Die durchfahrenden Soldaten erhalten früh und abends Brot, Kaffee und ein Stück Wurst, mittags Suppe, Fleisch und Gemüse. Einzelreisende zahlen für das Frühstück Kr. 1.—, für das Mittagmahl Kr. 2.—. Gestern wurden 18.000 Mann abgepeist.

### Ausplünderung deutschösterreichischer Offiziere und Soldaten in Ostgalizien.

Ein deutschösterreichischer Offizier, der in einem ostgalizischen Regiment eingeteilt war und mit diesem über drei Jahre an der Front gestanden ist, schreibt uns über das Verhalten der galizischen Ukrainer gegenüber den nach Deutschösterreich zurückkehrenden Militärpersonen:

„Nie hätten wir es für möglich gehalten, daß uns seitens der Ukrainer, für die wir doch stets gegen die Ungerechtigkeiten der polnischen Verwaltung eingetreten sind, eine solche Behandlung zuteil werden könnte. Schon gar nicht habe ich geglaubt, daß mir derartiges persönlich passieren könnte, als Angehörigen eines ukrainischen Regiments, der mit seinen ukrainischen Soldaten treulich Freund und Leid und jede Gefahr und Entbehrung geteilt hat. Nach dem in der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November erfolgten politischen Umschwung wurden allen nichtukrainischen Offizieren und Mannschaften die Waffen abgenommen und ein Teil von ihnen verhaftet. Als uns schließlich die Abreise gestattet wurde, war unsere Fahrt eine solche durch ein von Banditen beherrschtes Land. Schon bei der Abfahrt und dann in allen größeren Stationen bis Przemyśl wurden wir auf den Bahnhöfen von „Bistferungspatrouillen“, die beim geringsten Widerstand mit dem Erschießen drohten, stückweise ausgeraubt. Selbst den einfachen Soldaten wurden nicht nur die ärarischen Ausrüstungsstücke, sondern auch alles private Eigentum, Geld, Ringe usw., ebenso auch alle Lebensmittel geraubt. Brauchbare Schuhe wurden einzelnen Leuten von den Füßen gerissen und ihnen ein paar alte zerrissene Ledersehn als Ersatz gegeben. Das geraubte Gut wurde dann meist gleich an Ort und Stelle an Juden verkauft oder wir konnten zusehen, wie die Herren Bahnhofscommandanten aus der ihnen überbrachten Beute das ihnen Passende herausnahmen und in ihren Schreibtischladen und Kästen verschwinden ließen. Wir sind so vollständig ausgeplündert worden, daß dann in Westgalizien und Mähren selbst die Polen und Tschecho-Slowaken nichts mehr zu „foniszieren“ fanden. Da wir alle ohne Waffen waren, konnten wir uns weder gegen die Verabingung noch gegen die niederträchtige Behandlung, die uns zuteil wurde, zur Wehr setzen. Wir glauben aber, daß die in Wien befindliche ukrainische Vertretung gegen dieses offizielle Räuberwesen in Ostgalizien energig Stellung nehmen und Vorkehrungen treffen lassen müßte.“

## Die Durchführung der Demobilisierung.

Das Verordnungsblatt des deutschösterreichischen Staatsamtes für Heerwesen veröffentlicht folgende Bestimmungen über die Entlassung der Mannschaften und Sagisten der bestandenen Wehrmacht:

### A. Mannschaften

(einschließlich Einjährig-Freiwillige.)

Mit der Entlassung aller deutschösterreichischen Soldaten der bisherigen Wehrmacht ist ehestens zu beginnen. Soldaten, die das 42. Lebensjahr überschritten haben und alle bei militärischen Stellen in Dienstverwendung stehenden sogenannten „Nichtgeeigneten“ sind zu entlassen. Alle Entlassenen, dann alle Beurlaubten, sowie alle jene, welche bereits aus eigenem aus der

militärischen Dienstleistung traten, endlich alle aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden deutschösterreichischen Mannschaften gelten als entlassen. Einzelne, nicht in Transporte eingeteilte deutschösterreichische Mannschaften, welche solchen Ersatzkörpern angehören, die noch außerhalb des deutschösterreichischen Staatsgebietes liegen, brauchen zu keiner militärischen Dienststelle mehr einzurücken, sondern gelten ebenfalls als entlassen. Den Soldaten unter 42 Jahren steht es frei, sich um die Aufnahme in die Volkswehr zu bewerben.

**Bedienung des Bedarfs an Arbeitskräften:** Zur Erhaltung, Sammlung und Verwaltung des zahlreichen Staatsgutes (Kriegsmaterial, Pferde usw.) und zur Verrichtung bestimmter Tätigkeiten (Pflege der Verwundeten und Kranken, Wartung der Pferde, wichtige sachliche Arbeiten) werden zahlreiche Personen für Dienste ohne Waffe benötigt: dieser Bedarf ist durch Befassung von freiwillig sich meldenden Mannschaften, die bei diesen Stellen bereits eingeteilt sind, oder durch Errichtung von Werbekontingenzen bei den genannten militärischen Stellen sicherzustellen. Es können auch Personen, die das 42. Lebensjahr überschritten haben, angeworben werden. Die Anwerbung hat nur für die Zeit des jeweiligen Bedarfs zu erfolgen. Die Gebühren sind die gleichen wie bei der Volkswehr. Wenn auf diese Weise das tatsächlich erforderliche Personal nicht aufgebracht werden kann, so sind Zivilpersonen (auch Frauen) zum ordentlichen Lohn aufzunehmen.

Zur Entlassung bestimmte deutschösterreichische Mannschaften, deren Absendung aus Transportrückständen noch nicht durchführbar ist, können gegen Entlohnung bis zum Abtransport zu militärischen Diensten herangezogen werden. Sie sind für die Dauer ihrer Inanspruchnahme zu solchen Diensten wie Leute der Volkswehr zu bezahlen.

**Spitalbedürftige Kranke, Verwundete und Invalide** sind über ihren Wunsch in den Spitälern zu belassen. Mannschaften der Rekonvaleszentenabteilungen und -heime, die noch einer Behandlung und Pflege bedürfen, sind über ihr Verlangen gleichfalls zurückzubehalten. In einem Superarbitrierungsverfahren stehende Arbeitsfähige sind zu entlassen; ihre etwaigen Versorgungsansprüche bleiben gewahrt und sind vor der Entlassung durch ein ärztliches Protokoll festzulegen.

Die zur Entlassung gelangenden Mannschaften deutschösterreichischer Volkzugehörigkeit sind mit einem Urlaubsscheine, lautend auf dauernde Beurlaubung in ihre Heimat zu entlassen. Die Urlaubsscheine gelten zugleich als Reiseausweis für die einmalige freie Fahrt in den gewählten Aufenthaltsort. Die Mannschaften sind in ihren Zivilkleidern abzulassen oder mit einfacher gebrauchsfähiger Leibesmontur zu versehen. Für die Wiederaufnahme der bürgerlichen Arbeit bedarf der entlassene Soldat keines Entlassungsausweises; ebenso ist die Ausgabe der Lebensmittellisten an die Vorweisung eines solchen Ausweises nicht gebunden.

Waffen, Munition und sonstige militärische Ausrüstungen sind sämtlichen Mannschaften vor dem Abgehen abzunehmen und zu deponieren. Einzelpersonen haben ihre Waffen und Ausrüstungsgegenstände sowie nicht benötigte Monturen bei der nächstgelegenen Militärortsbefehrs-, Volkswehrabteilung, Gendarmerie oder Stadtschutzwache und dergleichen abzugeben.

### B. Sagisten

(einschließlich Aspiranten und Sagisten ohne Rangklasse.)

Ehestens aus der aktiven Dienstleistung sind zu entlassen: Sämtliche derzeit noch in aktiver Dienstleistung stehende nichtaktive Sagisten deutschösterreichischer Volkzugehörigkeit, die Staats-, Landes- oder öffentliche Angestellte sind: Nichtaktive Sagisten, deren Fortkommen im Zivilverhältnis gesichert erscheint; Studierende aller Fächer, dann zu Hochschulstudien Gelangende, zur sofortigen Aufnahme ihrer Schulstudien Gelangende, zur sofortigen Aufnahme ihrer Studierendeneine Unterstützungsbewerbung einleiten.

**Vorläufig zu verbleiben haben:** Nichtaktive Sagisten auf solchen Dienstposten, deren sofortiges Verlassen wichtige allgemeine Interessen gefährden würde. Deren Ersatz durch Berufsgagisten ist über umgehende Anforderung beim Militärkommando von diesem ehestens beizustellen. Nichtaktive Sagisten, deren Existenz im Zivilverhältnis noch nicht gesichert erscheint, können über ihren Wunsch bis längstens Ende Jänner 1919 in militärischer Dienstleistung verbleiben. Ueber diesbezügliche Gesuche trifft das Militärkommando die Entscheidung. Aktive oder erst während des Krieges in den Ruhestand versetzte und in aktiver Dienstleistung verbliebene Berufsgagisten (einschließlich der Sagisten in Lokalanstellungen) deutschösterreichischer Volkzugehörigkeit, die noch nicht 30 wirkliche Dienstjahre (ohne Kriegsjahrzählung) aufzuweisen haben, verbleiben in aktiver Dienstleistung, sofern sie nicht selbst die Entlassung wünschen. Auf ihren Wunsch kann die Entlassung auf Grund eines Besuches vom Staatsamt für Heerwesen erfolgen. Alle sonstigen, derzeit aktiv dienenden Ruhestandsgagisten deutschösterreichischer Volkzugehörigkeit sind grundsätzlich in den Ruhestand rückzuversetzen und in das gewählte Domizil abzuschicken. Nur jene, welche auf Dienstposten stehen, deren sofortiges Verlassen wichtige allgemeine Interessen gefährden würde, sind bis zur erfolgten Uebernahme ihres Dienstes durch ehestens beim Militärkommando anzufordernde Erfolge (aktive Berufsgagisten) zu belassen. Vom Zeitpunkte ihrer Rückversetzung an sind ihnen, bis zur Neubemessung der Gehälter, die bisherigen Versorgungsgebühren zu erfolgen.

Nichtaktive Sagisten, welche zur Entlassung bestimmt sind, sich jedoch nicht im Standorte ihrer zuständigen Evidenzbehörde (Ersatzkörper, Landsturmbereichskommando usw.) befinden, können ihr Ansuchen um Entlassung zur Vermeidung von Reisen an diese Behörde schriftlich stellen. In gleicher Weise kann auch das Ansuchen um Uebersetzung in die bewaffnete Macht Deutschösterreichs schriftlich an den betreffenden Ersatzkörper gestellt werden. (Angabe von Charge, Name, bisheriger Truppenkörper, Geburtsort, Geburtsjahr, Heimatszuständigkeit, Kriegsauszeichnung, Zivilberuf, Adresse.) Den nichtaktiven Sagisten ist nach ihrer Entlassung das Austragen ihrer Uniformen — selbstverständlich ohne Waffen — an Stelle fehlender Zivilkleider bis längstens Ende 1919 gestattet. Die Berechtigung zum Tragen der Uniform muß jederzeit dokumentarisch (Identitätskarte, Ernennungsbescheid u. dgl.) nachgewiesen werden können.

### C. Längerdienende Unteroffiziere.

Dieselben verbleiben vorläufig in aktiver Dienstleistung. Wegen ihrer Behandlung und Verwendung werden weitere Be-

stimmungen folgen. Eine Entlassung kann nur über ihre Bitte durch den Kommandanten des Ersatzkörpers erfolgen. Für die Beteiligung mit der etwa gebührenden Abfertigung gelten vorläufig die hiefür bisher in Kraft gestandenen Bestimmungen.

### Die Organisation der Volkswehr.

Das bisherige Militärkommando Wien setzt sich von nun an wie folgt zusammen: a) Volkswehrkommando Wien (nur für Wien); b) Volkswehrkommando Provinz (für Nieder-, Oberösterreich und die angrenzenden deutschösterreichischen Gebiete); c) liquidierendes Militärkommando. Kommandant beider Volkswehrkommandos ist G. R. Berg, Personaladjutant Major Fell. Gehilfen sind: für Wien Major Hennig, für die Provinz Major Höberth. Leiter des liquidierenden Militärkommandos ist Oberst Hubert. Die Einlaufstellen sind für das Volkswehrkommando Wien: Einreichungsprotokoll des Volkswehrkommandos Wien, 1. Stock, Zimmer 233; für das Volkswehrkommando Provinz: Einreichungsprotokoll des ehemaligen Militärkommandos Wien (Hochpartierre, Tür Nr. 53). Die Amtsräume sind für das Volkswehrkommando Wien: 1. Stock, Nord- und Osttrakt, und 2. Stock, Osttrakt, dann die Amtsräume des ehemaligen Platz-, beziehungsweise Stadtkommandos Wien; für das Volkswehrkommando Provinz: Mezzanin, 1. Stock und 2. Stock, Westtrakt; für das liquidierende Militärkommando 3. Stock. Die Bestimmungen des Staatsrates für Heerwesen über die Ausgestaltung der Volkswehr in Wien wurden schon verlautbart. Ueber die Ausgestaltung der Volkswehr in der Provinz hat das Staatsamt gleichfalls Bestimmungen herausgegeben, in denen es heißt: In den Bezirkshauptmannschaften werden provisorische Volkswehrkommandanten (Verbindungsbeamte) entsendet, die als militärische Berater zu dienen und die Formierung der Volkswehr durch regste Tätigkeit zu fördern haben. In Niederösterreich und Südböhmen leitet diese Organisation das Volkswehrkommando Wien (Provinz), in Oberösterreich und Südböhmen hat sie das Volkswehrkommando Bregenz durchzuführen. Es ist anzufordern, daß in jeder Bezirkshauptmannschaft mindestens ein Volkswehrataillon aufgestellt werde. Im Auftrage des Staatsrates für Heerwesen und des Oberbefehlshabers wird Major Karl Schödl die Volkswehrartillerie in Wien aufstellen; ihm werden alle in Wien befindlichen Ersatzformationen der Artillerie unterstellt.

### Verbesserung des Bahnhofschutzes in Wien.

Zur einheitlichen Organisation und Verbesserung des Bahnhofschutzes der Bahnhöfe Wiens hat der Staatsrat für Heerwesen verfügt: 1. Die oberste Aufsicht auf jedem Bahnhofe Wiens führt der von der Polizei beigeordnete Polizeioffizier. Ihm unterstehen alle militärischen Organe und Truppen des betreffenden Bahnhofes, soweit sie zu Assistenzzwecken für den Bahnhofschutzbienst benötigt werden. 2. Ab 19. d. wird beim Volkswehrkommando die Stelle eines mobilen Bahnhofverbindungsbeamten aufgestellt. Dieser Offizier hat die alleinige Aufgabe, nach Weisungen des Volkswehrkommandos Wien sich an Ort und Stelle auf den Bahnhöfen über Ordnung und Sicherung zu unterrichten bezw. nach gepflogener Einvernehmung mit dem dortigen Polizeioffizier und dem Bahnhofkommando entsprechende Verfügungen zu erbiten. 3. Am Nordbahnhofe und Nordwestbahnhofe werden neue Bahnhofkommandanten nach Weisungen des Staatsamtes für Heerwesen eingeteilt. Die bisherigen Kommandanten werden nach Uebergabe ihrer Agenden beurlaubt. Am Ostbahnhof bestimmt das Staatsamt für Heerwesen den Hauptmann Kollmann zum Bahnhofkommandanten, den Hauptmann Seber zu seinem Stellvertreter. Die neuen Bahnhofkommandanten sind dem betreffenden Polizeioffizier in Assistenzangelegenheiten unterstellt. 4. Ab 20. d. erhält jeder Bahnhof vom Volkswehrkommando Wien eine ständige geschlossene Formation als Bahnhofschutzwache, welche am Bahnhof Unterkunft bezieht, dort verpflegt wird und nach Weisungen des Polizeioffiziers die lokale Sicherung besorgt. 5. Das Volkswehrkommando Wien bildet weiters bis 19. d. vier fliegende Offizierspatrouillen zu je einem Kommandanten und zehn Offizieren, welche nach speziellen Weisungen gewissen Bahnhöfen zu lokalen Sicherungszwecken zugewiesen werden. Dann wurde eine Bahnsicherungsgruppe des Volkswehrkommandos aufgestellt, deren Leiter Oberstleutnant v. Tscheli, dessen Stellvertreter Hauptmann Bedleschak ist. Sie bearbeitet sämtliche Agenden des Bahnhofkommandos mit Ausnahme der Bestellung der Assistenz, Agenden der Bahnhofkommandos und Bahnhofwachen für Niederösterreich und die angrenzenden deutschösterreichischen Gebiete, ausgenommen Oberösterreich, dann den Sicherungsdienst an den beiden Strängen der Wiener Hochquellenleitung.

vierteljähr. Bezugspreis: in Köln 8. 25  $\frac{1}{2}$ , einschließl. Bestellsch., bei den auswärtigen Vertretungen 10. 50  $\frac{1}{2}$ , einschließl. Bestellsch., bei den deutschen Postanstalten 8. 80  $\frac{1}{2}$ , ausschließl. Bestellsch.  
 Der Einzelverkaufspreis jede Ausgabe beträgt 10  $\frac{1}{2}$   
 Preis für die Anzeigenzelle oder deren Raum 70  $\frac{1}{2}$  zuzüglich 33  $\frac{1}{2}$  % für die Reklamezelle oder deren Raum 3  $\frac{1}{2}$  Kriegszuschlag

Für die Annahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder an bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen

**Vertretungen:** Koblenz C. Heinenaym. Krefeld J. P. Houben. Lennep Ad. Mann. Mainz Mainzer Verl.-Anst. Mannheim D. Frenz. Mülheim (R.) H. Baedekers Buchh. M.-Gladbach E. Schellmann. Neuß H. Garenfeld. Neuwied Felix Trumm. Romscheid C. A. Koehnath. Rheydt O. Berger. Ruhrort Andreass & Co. Saarbrücken J. C. Schaefer. Siegburg A. Fritz. Solingen Ed. Elven. Wiesbaden H. Gieß. — **Sonst. Vertretungen in Deutschland:** in allen gr. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., G. m. b. H., Invalidendank. Bremen Herm. Wäcker. Wüh. Schellen.

9 Uhr  
 tssteile  
 12 Uhr  
 184.  
 nachm.

66

## Fuhrwerke und Pferde für die Heimat.

Schon am Freitag, dem 8. November, konnte man in Köln vielfach beobachten, daß Soldaten Ausrüstungsstücke, Kleider, Stiefel und Waffen zu Schleuderpreisen auf der Straße veräußerten. Andre Elemente, und zwar dunkelster Art, trieben Handel mit ähnlichen Dingen, die aus den erbrochenen Kammern der Truppenteile stammten. Dies widerliche Bild ist seitdem in verstärktem Maße hervorgetreten. Die einzelnen Soldaten, die sich mit und ohne förmliche Entlassung aus der Etappe in die Heimat aufgemacht haben, verschleudern vor den Toren der Stadt, was sie nur in Geld umsetzen können, unbekümmert darum, daß es sich um Staatseigentum handelt und daß das Nationalvermögen um viele Tausende durch dies Vorgehen geschädigt wird. Von der augenblicklichen Regierung sind zwar strenge Verbote erlassen worden; sie reichen aber nicht aus, dem Unwesen zu steuern, sonst wäre es nicht möglich, daß Automobile hier zum Preis von 500 Mark zum Kauf angeboten wurden. Sogar Flugzeuge wollten einige Leute veräußern. Noch viel größern Umfang hatten diese den deutschen Namen schändenden Vorgänge in Belgien angenommen. Es liegen uns Aussagen zuverlässiger Augenzeugen vor, wonach Gewehre, blanke Waffen, Handgranaten, sogar Maschinengewehre von Marodeuren in Menge an die belgische Bevölkerung abgelassen wurden, die sich ihrer zu Angriffen auf verstreute deutsche Mannschaften bedient hat. Es gibt keinen Ausdruck für dies Treiben, der hart genug wäre. In einem so langen Krieg leidet bei den Teilnehmern der Begriff der Achtung des fremden Eigentums schwer, daß er sich aber zu einem solchen Tiefstand senken würde, um Feinden Deutschlands Waffen in die Hand zu spielen, ist ein Verbrechen am eignen Volk. Immer wieder muß die heimatliche Bevölkerung darauf hingewiesen werden, daß sie sich mitschuldig macht, wenn sie von den einzelnen Leuten Ausrüstungsstücke usw. kauft. Es ist selbstverständlich, daß jeden, der sich dieser Handlung schuldig macht, nicht nur Einziehung der Gegenstände, sondern auch strenge Strafe treffen muß. Die Allgemeinheit allein kann diesen Ausschreitungen steuern, sie sollte sich mit Verachtung von den pflichtvergessenen Landsleuten wenden, die den guten Ruf unsers Heeres schänden.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir anregen, den amtlichen Verkauf der Menge von Heeresbedürfnissen, die jetzt für die Armee nicht mehr nötig sind, in solche Bahnen zu lenken, daß vor allem der Notlage in der Volksernährung nach Kräften gesteuert wird. Es handelt sich vor allem darum, daß die Landwirtschaft und das Transportgewerbe so schnell wie nur angängig, die Menge von Gespannen und Fahrzeugen erhält, die in den Kolonnen und bei der Artillerie und Reiterei jetzt frei werden. Wir schlagen dazu vor, daß Mannschaften vom Lande oder aus Berufen, die sich mit dem Transport beschäftigen, ein Vorkaufsrecht auf die Gespanne erhalten, die sie während des Krieges gepflegt haben. Durch Festsetzung recht geringer Preise und entgegenkommender Zahlungsbedingungen sollen die Leute in den Stand gesetzt werden, ihre Pferde, an denen sie hängen und die sie genau kennen, zu ihrem Eigentum zu machen. Die Kommunalverbände müßten ferner Pferde erwerben, um sie wie die größeren Gemeinden zur Bildung eigener Fuhrparks zu verwenden, oder an ihre Bürger weiterzugeben. Ebenso steht es mit den Fahrzeugen. Allmählich hatten sich bei den Kolonnen durch den häufigen Wechsel der Kriegsschauplätze eine Menge von Landesfuhrwerken angesammelt, die sich für sofortige Benutzung im bürgerlichen Leben eignen. Sowohl die Bauern, Kutscher, Fuhrwerksunternehmer aller Art wie auch die Gemeinden können daraus ihren Bedarf decken, abgesehen von den vorchriftsmäßigen Kolonnenfahrzeugen, die nur geringer Umänderungen bedürfen, um im zivilen Leben verwandt zu werden. Auch hier sollte den Gemeinden Gelegenheit geboten werden, sich in den Besitz zu geringen Preisen zu bringen. Fiskalische Rücksichten dürfen nicht mitspielen, wenn die Volksernährung auf diese Weise erleichtert werden kann. Beim Durchmarsch durch die vom Feind zu besetzende Zone auf dem linken Rheinufer sollte man den Ansprüchen dieser Landesteile durch Entlassung der dort gebürtigen Leute Rechnung tragen. Der Truppentrain kann so sehr verringert werden, die Kolonnen, die auf dem linken Ufer mobilgemacht wurden, sind hier zu entlassen. Aber Eile und durchgreifendes Handeln ohne Zeitverluste sind nötig.

Uns geht die Abschrift einer dienstlichen Meldung eines Verpflegungs-offiziers zu, die lautet:

Mir wurde vor dem heutigen Proviantempfang auf dem Proviantamt in Lüttich mitgeteilt, daß die Truppen Brot empfangen würden. Ich konnte auf dem Proviantamt aber kein Brot empfangen, da sämtliche Bäder auf Befehl des Soldatenrats in die Heimat gefahren waren, was auch durch Anschlag bekanntgegeben war. Die Truppen mußten somit ohne Brot bleiben. Während des Empfangs wurde gesagt, daß Dauerwurst für Dauerfleisch empfangen werden sollte. Es sollten 9 Tonnen Dauerwurst ausgegeben werden. Nach etwa 1 1/2 Stunden hieß es aber, es sei keine Dauerwurst vorhanden. In dieser Zeit, in der die Dauerwurst zur Ausgabe freigegeben war, sah ich, wie durch die Hintertür an die belgische Zivilbevölkerung Proviantlisten, in denen

## Uebergangszeit in Berlin.

### Besondere Maßnahmen während der Demobilisation.

Der Verbandsauschuß des Kohlenverbandes, über dessen Beratungen wir berichteten, hat sich infolge der außerordentlichen Kohlenknappheit nunmehr zu folgenden Notstandsmaßnahmen zur Sicherung der Kohlenvorräte bei den Gas- und Elektrizitätswerken entschlossen:

**Labengeschäften** ist die Entnahme von Gas und elektrischem Strom nur von 9 Uhr vor-mittags bis 6 Uhr nachmittags gestattet. Diese Bestimmungen gelten nicht für die Verkaufsstellen von Kohlen, Lebensmitteln und Friseurgeschäfte. Der Gesamtbedarf darf 50 pCt. des Verbrauches in dem entsprechenden Kalendervierteljahr 1918 nicht übersteigen.

**Gastwirtschaften** jeder Art (auch Hotel-Restaurants und Kaffees) dürfen nach 10 $\frac{1}{2}$  Uhr abends weder Gas noch elektrischen Strom zu Beleuchtungszwecken entnehmen. Der Gesamtverbrauch darf 50 pCt. des Verbrauches in dem entsprechenden Kalendervierteljahr 1918 nicht übersteigen.

**In Lichtspieltheatern** darf für Vorführungszwecke nur von 6.15—10.15 Uhr elektrischer Strom verbraucht werden. Sonntags von 4—10 Uhr. Sondervorstellungen jeglicher Art sind unzulässig. Für Zwecke der Beleuchtung, die jedoch auf ein Mindestmaß einzuschränken ist, darf eine halbe Stunde vor und nach der angegebenen Zeit elektrischer Strom verbraucht werden. Der Gesamtbedarf darf 60 v. S. des Verbrauches in dem betreffenden Kalendervierteljahr 1918 nicht übersteigen.

Für **Theater** wird der Stromverbrauch von 80 v. S. auf 60 v. S. des entsprechenden Kalendervierteljahres 1918 eingeschränkt.

**In Privathaushaltungen** darf zur Beleuchtung von Wohn- und Schlafräume nicht mehr als eine Glühlampe von höchstens 50 Kerzen Leuchtkraft oder zwei Glühlampen in einer Stärke von höchstens je 32 Kerzen für den einzelnen Raum verwendet werden. Glühlampen, deren Verwendung unzulässig ist, müssen aus den Beleuchtungsanlagen entfernt werden.

Für **Büro Räume** von Behörden, Banken, industriellen, gewerblichen und Handelsunternehmungen wird von Einschränkungsmaßnahmen zunächst Abstand genommen, in der Voraussetzung, daß der Verbrauch von Gas und elektrischer Arbeit zu Beleuchtungszwecken auf ein erträgliches Mindestmaß eingeschränkt wird. Die geltenden Einschränkungsbestimmungen bleiben unberührt.

In der Frage der Einführung von Gassperrstunden wurde der Beschluß gefaßt, daß ihre Einführung unumgänglich notwendig sei. Mit Rücksicht auf die Massenpeisungen, die in Berlin und Neukölln fast ausschließlich mit Gas betrieben werden, muß von der sofortigen Einführung der Sperrstunden Abstand genommen werden, da die Verpflegung der unregelmäßig eintreffenden Truppen durch Gas-Sperrstunden stark behindert werden würde. Die Änderungen, die den Betrieb der Massenpeisungen von den Gas-Sperrstunden unabhängig machen werden, sind sofort in Angriff genommen worden.

Die Einschränkung der Dauer der einzelnen Arbeitsschichten in der Industrie ist im Einvernehmen mit den Vertretern der Berliner Gewerkschaftskommission und des Deutschen Metallarbeiterverbandes sowie dem Verband der Berliner Metallindustriellen in der Weise in Aussicht genommen, daß an Stelle der achtstündigen Arbeitsschicht eine fünfstündige Schicht tritt, und zwar darf jeder Betrieb nicht mit mehr Schichten als im Oktober dieses Jahres arbeiten. Wenn ein Betrieb nur mit einer Tagesschicht arbeitet, so ist diese zwischen 9 und 3 Uhr zu legen. Zwei Schichten müssen innerhalb der Zeit von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags und drei Schichten innerhalb der Zeit von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends gelegt werden. Die Festlegung dieser Zeiten ist notwendig mit Rücksicht auf die Spitzenbelastung der Elektrizitätswerke und dem Betriebe der Straßenbahn. Ueber die Lohnfragen schweben zurzeit noch Verhandlungen. Es ist beabsichtigt, für die ausfallende Arbeitszeit 70 v. S. des Arbeitslohnes zu vergüten.

Für die Herabsetzung der Polizeistunde auf 9 Uhr ist nicht allein die Notwendigkeit, Kohlen zu sparen, bestimmend gewesen. Der Grundgedanke für die Einschränkung ist vielmehr die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und besonders der Ordnung auf den Straßen. Durch die Demobilisierung der Truppen ist mit einer Ueberlastung von Groß-Berlin zu rechnen. Infolgedessen dürften Ausschreitungen nicht unterbleiben, und um diesen nach Möglichkeit vorzubeugen, ist die starke Verkürzung der Polizeistunde angeordnet worden. Ein weiterer Gesichtspunkt für diese Maßnahme ist, daß durch früheren Schluß der Gastwirtschaften die Lebensmittelvorräte gestreckt werden sollen. Ferner soll den Soldaten, die Berlin in großen Mengen durchfluten werden, der Anreiz zum Aufenthalt in Groß-Berlin durch ein vollständiges Verbot des Ausschankes von Wein und Branntwein möglichst genommen werden. Es ist immerhin ratsamer, daß auch der Verkauf von Wein in Flaschen zum sofortigen Verbrauch untersagt wird, als daß die Inhaber von Weinstuben sich der Beschädigung von Geschäft und Einrichtungsgegenständen aussetzen. Dieses Verbot mußte allgemein gehalten werden, weil es zu Unzuträglichkeiten führen müßte, wenn an Zivilpersonen Wein ausgeschänkt würde, an Soldaten aber nicht.

Für die öffentlichen Verkehrsmittel (Straßen und Untergrundbahnen, Stadtbahnen) sind besondere Beschränkungen nicht angeordnet worden. Es wird vielmehr den Verkehrsgesellschaften anheimgestellt, den Verkehr den Bedürfnissen der Bevölkerung anzupassen.

Alle diese Einschränkungen sollen nur für die Zeit der Demobilisation gelten.

Der Straßenbahnverkehr wird, wie wir erfahren, zunächst nicht eingeschränkt, auch die Leitung der Hochbahngesellschaft will abwarten, wieweit die Herabsetzung der Polizeistunde sich bemerkbar macht.

Während der Demobilisationsdauer dürfen auch Wein- und Bierbetriebe keinen Wein abgeben. Diese Betriebe werden sich wahrscheinlich mit dem Ausschank von Bier, der auf Antrag genehmigt werden dürfte, ausshelfen.

origen der Einberufenen, für Kriegsinvalide, Witwen und  
aisien gedacht. Borderhand sind die Geschäftsstunden von  
bis 4 Uhr. Sobald die Bürosperrre aufgehoben sein wird,  
werden die Geschäftsstunden bis 8 Uhr abends ausgedehnt.  
Telephonische Auskünfte werden unter Nummer 558 erteilt.

Eine Massenversammlung der Soldaten findet heute  
Sonntag um 1/10 Uhr vormittags im Saale des Konzert-  
hauses, Lothringersirahe statt. Redner: Die National-  
räte O. GIBEL, R. Leuthner und F. Starz.  
Dienstfreie Volkswirtschaftler und Soldaten aller Truppen, seid  
am Platz!

Angehörige des Luftfahrwesens versammeln sich  
heute Sonntag um 1/10 Uhr vormittags im Saale des Verband-  
heims, Königsgasse Nr. 10. Redner: Wiedenhofer und  
Nationalrat Fortner.

Die Kleider für Heimkehrer und Invaliden. Die  
Bedarfsprüfungsstelle (für Militärpersonen, Heimkehrer und  
Invaliden), die bisher in der Mare Aureustrasse war, ist von  
morgen Montag an im Militär-Heimkehrerinstitut, Ungargasse  
Nr. 69. Die Ausgabe der Bekleidung für Heimkehrer und In-  
valide erfolgt durch das Bekleidungsamt in der Salztor-  
gasse Nr. 3.

Die nichtdeutschen Staatsbediensteten und länger-  
denenden Unteroffiziere. Um diesen Nichtdeutschen, die jetzt  
in Wien Dienst machen, Aufklärung über die Schritte zu geben,  
damit sie in ihrer nationalen Heimat unterkommen, findet  
heute Sonntag um 2 Uhr nachmittags in Wagners Gasthaus,  
Mollardgasse Nr. 79, eine Besprechung statt.

Keine Zahlungen des Kriegsministeriums. Vom  
liquidierenden Kriegsministerium wird amtlich verkündet:  
Wangels gemeinsamer Zahlungsmittel bleiben alle  
Zahlungen für Kriegseinstellungen einschließlich  
der im Wege der Vereinarbeitung festgesetzten Vergütungen  
und die Einlösung von Bescheinigungen bei militärischen  
Kassen vorläufig so lange eingestellt, bis  
wegen Austragung dieser Angelegenheiten auf Grund einer  
Vereinbarung zwischen den einzelnen Nationalregierungen, Be-  
stimmungen erlassen werden.

### Wie die Heimkehr bewerkstelligt wurde.

#### Wie sich der „Rückzug“ aus Albanien vollzog.

Ein Leutnant schreibt uns: Aus Albanien zurückgekehrt,  
hätte ich noch ein paar schöne Illustrationen zu den kürzlich in  
der Arbeiter-Zeitung besprochenen arabischen Schweinereien zu  
liefern. Als ich beim Rückzug in Albanien mit meiner Batterie  
am 3. Oktober im Jerrul rastete, kam eine ganze Autokolonne  
voll mit Gepäck und Möbeln vom Generalobersten Pflanzger-  
Balkin durch, ferner ein Auto mit einem in Perat „tem-  
perierten“ Klavier sowie ein Auto mit dem Klavier der Nach-  
schubleitung in Durazzo.

In Durazzo aber wurden allein 1 1/2 Millionen Konjerven  
gezapft. Damit das XIX. A. A. Möbel und Gepäck der  
Erzellen, die Lebensmittel der Qu-Abteilung, Offiziers-  
messe und Unteroffiziersmesse vor allem anderen sicher weiter-  
bringe, wurde am 7. Oktober vom Hauptmann Biro in  
Mamuras auf Abtransport wartenden kranken Offizieren mit-  
geteilt, daß von heute laut XIX. A. A. Telegraphendepesche auch  
die kranken Offiziere zu Fuß zu gehen hätten! Da es aber fort-  
während regnete, konnte man schon aller Orten die Leichen der  
malgriakranken Soldaten liegen sehen, von denen manche mit  
40 Grad Fieber Hunderte von Kilometern zurückgelegt hatten.  
Bei der Labeftation in Mamuras lagen am 6. Oktober fünfzehn  
Leichen. Die Ärzte und das Personal konnten bei dem Strome  
von Kranken und Verwundeten, der sich auf der einzigen  
Straße fortwälzte, nicht mehr nachkommen. Hätte man sie aber  
mit den Spitalern an Ort und Stelle gelassen, so wären sie  
zwar in Kriegsgefangenschaft geraten, aber die meisten am Leben  
geblieben. Eine Kriegsvermessungsabteilung, die am 7. Oktober in  
Mluti eintraf, vermittelte vier Waggons der Rollbahn, hatte zur  
Dälfte Hühner, Gänse, Schweine sowie Lebensmittel auf-  
geladen, während die vorübermarschierenden Kranken tagelang  
ohne Verpflegung waren.

Am 15. Oktober, als ich die Geschütze in Medua ab-  
führte, kam ich in eine Parade, wo Tote, Verletzte und Schwere-  
ranke durcheinanderlagen, die Toten bereits verfaßt.

Als ich am 16. mit der Haubitzenbatterie Nr. 9 des  
Gebirgsartillerieregiments Nr. 5 von Alessio nach Barba Lushi  
abmarschierte, blieb bei unserer Kolonne das Auto des Kom-  
mandanten der 81. (oder 83.) Brigade Generalmajor Wessely  
stehen. Da strömender Regen vom Himmel fiel, tropfte es auch  
in das geschlossene Auto des Generals. Da wir seinem Befehl, eine  
Wagenplache herzugeben, nicht entsprechen konnten, nahm auf  
seinen Befehl ein bei ihm sitzender Hauptmann einem vor-  
beiziehenden Kranken das Zeitblatt weg  
und breitete es über das Auto (Beugen über diesen Vorfall sind  
dem Schreiber bekannt), obwohl dies dem Kranken seinen Tod  
bedeuten kann. Um den 15. November herum traf ich dort  
als Soldatenschinder in ganz Albanien bekannten Hauptmann  
Artems aus Durazzo in Zelenka. Dieser stellte mich und  
einen Kadettaspiranten, weil wir die Rosette heruntergenommen  
und einen roten Knappf angesteckt hatten, und  
erklärte, für Offiziere sei es beschämend, die Rosette herunter-  
zunehmen, „und das gerade in dem Moment, wo ich beschäftigt  
bin, Offiziere und Mannschaften zur Wiederaufrichtung der  
Monarchie zu sammeln!“ Am selben Tage gerieten wir neuer-  
dings mit zwei aktiven Hauptleuten des Infanterieregiments  
Nr. 88 (Adjutantur) in einen Wortwechsel aus demselben  
Grunde.

#### Wie der General Hoffmann die Truppen zurückführte.

Ein Heimkehrer schreibt uns:  
Ich war bei der 165. Sanvebdivision, zuletzt in Mohilew  
in der Ukraine an der rumänischen Grenze. Das Korps-  
kommando war in Jmerinka, etwa sechs Stunden Bahnfahrt  
vom Divisionskommando weit zurück. Korpskommandant war  
General Hoffmann, ein wegen seiner überaus großen  
Strenge gefürchteter Mensch. Seit 15. Oktober blieb jede Zeitung  
aus dem Hinterland aus, was große Beunruhigung hervor-  
rief; allerlei Gerüchte wurden verbreitet. Als am 27. und  
28. Oktober Nachrichten von dem Umsturz eintrafen, der sich

werden, wahrscheinlicher ist es jedoch, daß sie sich über-  
haupt nicht hervormagen werden. Aber auch der  
Günstigungswirtschaft ist durch die Offenlich-  
keit der Beratung und Beschlußfassung ein Niegel vor-  
gehoben.

In den allgemeinen Grundfragen für  
die Verteilung wären die Reihenfolge und der  
Umfang der Bedarfsdeckungen festzulegen,  
zum Beispiel Staat, Länder, Gemeinden, öffentliche und  
gemeinnützige Körperschaften, Industrie und Gewerbe  
u. s. m. Durch die Reihenfolge soll jedoch keineswegs ge-  
kragt sein, daß zuerst der von der ersten Stelle angeforderte  
Bedarf gedeckt werden soll, sodann der der zweiten u. s. m.  
Diese bürokratisch-mechanische Auffassung wäre natürlich  
verhängnisvoll. Da jede der angeführten Bedarfsstellen  
aus Mangel an Verantwortung gegenüber der Gesamtheit vorerst oder gar aus-  
schließlich nur vom „Refforsikandpunkt“ die Bedarfs-  
anmeldungen verfaßt, wären diese im Zweifelsfall von  
gemischten Ausschüssen zu prüfen. Auch wäre zu erheben,  
ob die sonstigen Voraussetzungen gegeben sind, daß die  
zugewiesenen Sachgüter tatsächlich sofort ausgenützt werden  
können. Nicht etwa, daß zum Beispiel Maschinen und  
Rohstoffe einem Betrieb zugewiesen werden, der erst in  
Schinen aufzustellen. Kurz gesagt, was sofort für die  
Staat- und Volkswirtschaft ausgenützt werden kann, darf  
nicht vielleicht eingelagert werden, damit in ein oder zwei  
Jahren danach gegriffen werden kann. Die Not des  
Augenblicks zu lindern ist erstes Gebot.  
Es wäre auch nicht zu rechtfertigen, wenn man zum Bei-  
spiel Staatsbetrieben, weil sie an erster Stelle stehen,  
Rohstoffe zuweist, die erst in zwei Jahren zur Verwendung  
gelangen sollen, während Industriebetriebe stillgesetzt  
werden müssen, weil ihnen eben diese Rohstoffe fehlen.

Diese kläglichen Dimweise sollen dazun, daß auch  
nach der Aufstellung allgemeiner Richtlinien für die  
Verteilung noch bedeutende Schwierigkeiten bestehen werden.  
Sie zu meistern werden die tüchtigsten, gewissenhaftesten  
und ehrenwertesten Männer gerade gut genug sein. Denn  
solange wir vom Ausland abgeschnitten sind und in  
vielen Beziehungen auch nach dem Kriege auf ausländische  
Zufuhr werden verzichten müssen, sind die nunmehr zu  
verteilenden Sachgüter vielleicht die einzigen Hilfsquellen  
einer Uebergangswirtschaft.

Mit der Uebernahme einer von dem früheren Finanz-  
minister errichteten Hauptanstalt für Sachdemobilisierung  
und ihrer Unterstellung unter das Staatsamt für Ueber-  
gangswirtschaft darf sich der Staatsrat nicht begnügen;  
auch die Betrauung einiger hoher Staatsbeamter mit der  
Leitung dieser Anstalt bietet bekanntlich mehr Gefahr als  
Gewähr für das Gelingen des Werkes. Ein Beispiel: die  
Verwertung der Kraftwagen. Unsere Kraft-  
wagewirtschaft vermag ihre Betriebe nicht auszunützen,  
weil es ihr an Material gebricht. Jeder erfahrene Fach-  
mann würde daher raten, jeder Fabrik je ein Wagen zur  
Instandsetzung zu überweisen, die leimerzeit von ihr gebaut  
wurden. Mit dem eigenen Vorrat an Ersatzbestandteilen  
und den ebenfalls an die Fabriken zu überweisenden Be-  
standteilen, die in der Autonachschubstelle und in den  
verschiedenen Ersatzdepots lagern, können viele Wagen  
rasch gebrauchsfähig hergestellt werden. Dadurch würden  
die Fabriken beschäftigt und das Verkehrsleben gemildert  
werden. Die Hauptanstalt zieht es aber vor, gebrauchsfä-  
hige Wagen zu verkaufen. Abgesehen  
davon, daß jeder Käufer eines gebrauchsunfähigen Wagens  
angeschrieben werden kann, also auch Landesauschüsse,  
Gemeinden, Sanitätsanstalten, Konsum- und Wirtschafts-  
genossenschaften u. s. w. ist beizumut zu erwarten, daß sich  
die Ausbesserungsarbeiten an Wagen derselben Marke,  
vollständiglicher Werte herausstellen werden. Wie soll  
ferner die Verwendung der vom Staate bewirt-  
schafteten und den vielen kleinen Werkstätten für be-  
stimmte Zwecke zugewiesenen Rohstoffe und  
Ergänzte Ueberwacht werden?

Der Bestand an Wagen ist überhaupt noch nicht  
festgestellt, ebenso wird in der kurzen Zeit auch sicher  
nicht der Bedarf aller staatlichen und gemeinnützigen  
Unternehmungen erhoben worden sein. Wie soll also eine  
planmäßige Verteilung durchgeführt werden? Private  
Käufer erhalten bereits Passierscheine zur Beschaffung der  
Wagen in der Kolonne; da dort keine Anstellung ist,  
sind sie häufig in ihrer Eigenschaft als Käufer. Als in  
einigen Zeitungen Analyse erschienen, wurde von maß-  
gebenden Stellen verhindert, werkaufen würden die Wagen  
noch nicht verkauft. Wozu also die kaufstüchtigen zur Be-  
schaffung einladen, wenn man noch nicht weiß, welche Wagen  
in Private abgegeben werden können? Diese Fopperie  
ist einer Hauptanstalt für Sachdemobilisierung unwürdig  
immer vorausgesetzt, daß die Zukunft ehrlich ist; sie ist  
aber auch kaufmännisch unklug, weil sich erst Käufer ein-  
solches Spiel nur einmal gefallen lassen; sie werden der  
Einladung in einem späteren, geeigneteren Zeitpunkt nicht  
olgen, weil sie zur Ehrlichkeit der Verwaltung kein Ver-  
trauen mehr haben.

In diesem Beispiel sollte mir gezeigt werden, wie  
als es ist, alle „Vorkehrungen“ für die Sachdemobilis-  
ierung geheim zu treffen, und welche Gefahren dem Staate  
und der Volkswirtschaft erwachsen, wenn man Dile-  
tanten die Lösung solcher folgenreicher Fragen  
überläßt. Jede Sachdemobilisierung darf nur Männern  
überläßt werden, die uneigennützig, sach-  
wertig, umsichtig sind, wenn nicht die „Arbeit“  
erübrigen und gerissensten Uebergangsgewinner  
och ertragreicher werden soll als die der Kriegsgewinner.

Diegen des Osterreichs geringen Wert und den notwendigen Mächten und Böhmen wird nicht zugelassen und die geschichtlichen Minister wollen eine Stadt von zwei Millionen Einwohnern durch Kälte und Hunger so peinigen, daß unheimliche Folgen eintreten könnten. Noch ist das Wort nicht ausgesprochen, daß der Eisenbahnverkehr aufgegeben, Gas und Elektrizität nicht in die Häuser und in die gewerblichen Betriebe geleitet werden, aber wir sind nicht weit davon entfernt, obgleich sich Gefühl und Vermunft gegen die Annahme sträuben, daß auch

### Seniellen.

#### Die Auflösung der Armee.

Letzte Kriegsbilder aus Tirol

Am Allerseelentage trat die Auflösung der Front im Kustertale in die Erscheinung. Schon vorher war gemeldet worden, daß das bosnisch-herzegowinische Infanterieregiment Nr. 4 gencuert habe und über Cercenighe, Alueghe, Caprile gegen die Dolomitenstraße marschiere. Die Offiziere seien abgesetzt, würden als Geiseln mitgeführt, der Stabsfeldwebel reite auf dem Pferde des Obersten voran, Verpflegs- und sonstige Magazine würden geplündert und verbrannt, die veranlassenen Soldaten vertrieben alles, was sie nicht mitführen könnten, das Vieh der armen, kaum zum Aufreiten verwendbar, wurde teils heimlos geschlachtet, teils weggetrieben, auch seien bereits Hände zu verzeichnen. Desgleichen sei das geschichte Infanterieregiment Nr. 108 in Auflösung am Marisch durch das Gaderthal. Die eigenen Abteilungen in diesem Stamme hatten zum größten Teile keine Lust, mit den hundernden Soldaten in Verührung zu kommen, und euferteten sich, so daß die Offiziere machtlos waren und beim vorgefetzten Kommando telephonisch Auskunft erbat, was zu tun sei.

Da Belluno und Vittorio in Feindeshänden waren, zogen sich die früher dort befindlichen Stäbe nach Cortina, Loblitz und Bruned zurück. Ein Armeekommando war über die Lage noch so wenig unrichtig, daß es sich der Hoffung hingab, mit den vorhandenen Truppen die Front wieder aufzurichten. Da im Kustertale gar keine

Verhandlungen mit den Deutschen sind wieder aufgenommen worden. Diese Politik ist vor der Friedenskonferenz und vor den Beschlüssen, die dort zu fassen sein werden, Erkenntnis aus der Geographie von Deutschösterreich, aus der Karte, die zeigt, wo Wälsch-Strau und Oberösterreich liegen, zugleich aus der Niederlage, die auf dem Leibe brennt, aber das Urteil nicht verwirren darf. Die Arbeitslosigkeit muß vermieden werden. Auch deshalb ist Kohle dringend notwendig.

Kampftruppen waren, sondern nur mindertaugliche Leute, welche zu Bergzwecke verwendet worden waren, so konnte man nicht daran denken, die zügellosen Truppen zu entwaffnen, um so weniger, als sie entschlossen waren, eher bis zum letzten Mann zu kämpfen, als gutwillig die Waffen abzugeben. Der Gedanke an ein nur aus Offizieren gebildetes Bataillon, welches aus dem eugen Cadetale einen Thernophlenpaß hätte bilden sollen, mußte fallen gelassen werden. Die Bosnialen marschieren über die Dolomitenstraße, Andraz, Buchenstein, Corina gegen Loblitz, und wurden so rasch als möglich einwaggoniert. Die 108er marschieren nach St. Lorenzen; ihre Unteroffiziere kamen ins Verpflegsmagazin nach Bruned, obwohl für reichliche Verpflegung in St. Lorenzen vorgesorgt worden war. Ein Oberintendant bemühte sich persönlich, einen geschichtlichen Zugführer, welcher mit bewaffneten Leuten ungestört mehr forderie, als seine Mannschaft benötigte, das Kinnernadgeschliche seines Verhältnisses herauszugeben, da ja die Nachkommenden hiedurch hungern müßten. Als ein deutschösterreichischer Soldat den Vorschlag machte, die Wagnissen des Verpflegsmagazins zu verstärken, wollte ihm der geschichte Zugführer logisch einen "Posten" aus seinem Redoubt zur Verfügung stellen. Ein Magazin der früheren Artillerietruppe in Bruned war erbrochen worden, und auch Leute aus der Zivilbevölkerung, besonders solche des zarten Geschlechts, beteiligten sich lebhaft an der Wünderung. Manche schleppten zehn bis zwölf Mäntel weg, viele Paar Schuhe, bei Hochzeiten wurden munter die Schuhe abgeschmissen, Niemenzeng wurde verpauert, die für die Zivilbevölkerung bestimmten Wehreräte usw. gekobben; die niedrigen

weniger Geld und mit leichterem Sand als früher ein Schaufelstern zu Behnagen. Alle Begriffe waren auf den Kopf gestellt; ein Kamraden kostete mehr als ein Quadratkopf. Vielen der Käufer sah man es an, daß sie noch vor wenigen Tagen es sich nicht träumen ließen, je ein, oder gar mehrere Pferde ihr Eigen zu nennen. Mange zogen mit einem Dukend Pferde heimwärts. Eine Gemeinde kaufte tausend Stück zu fünfzig Kronen, trotzdem blieben noch genug Pferde und Wagen ohne Liebhaber. Müßigkeitsweile sah man im Scheine der Lagerfeuer die armen Tiere gespensthaft nach Nahrung und Wasser über die Felder streifen.

Die Auflösung der Verbände erfolgte, sofern nicht schon auf dem Marsche Leute durchgegangen waren, in höchst unruheloser Weise. Ein Unteroffizier verteilte die vorhandenen Lebensmittel, wie Konjerven, Zucker, Mehl und ergötzte, die Mannschaften und sagte den Leuten: "So, ihr könnt's nach Hause geh'n." Auf der getrennen Felde wurde der letzte schwere Kaffee gekocht — wie viele, die Litter hatte wohl jeder während des langen Krieges in dem dunklen Saft verschluckt — und Broke wurden für die Reize auf Borrat gebuden. Schiffsinnige verurkten auch noch den Rest ihrer Habe in der Hoffnung auf bereingestellte Ehegelegenheiten.

Man wunderte sich, wie viel Geld die einjährigen Leute der Zivilbevölkerung in ihren Börsen hatten, was zu solchen Preisen sie alles zusammenkauften, und unge Betrachtingen über das Wesen der "Kaufmänn" anstellten. Wie aber alles ein Ende hat, der graumame Krieg seinem Morden und Brennen, so auch der Nahmarkt heimströmenden Truppen. Wüste Kränner, Haufen unbrauchbaren Kriegsgeräte liegen umher auf zerimpelten Flächen und mit leichten Granaten überdeckt n, was an Gut und Blut dem verfallenen Vaterlande pferl wurde und hofft, daß die Zeiten des Krieges also der Geschichte angehören mögen wie jene des Gaulthies.

S u n d b a r t, im November 1918.  
Dr. G r u n d s t i m m i g.

## Die Reorganisation der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung.

Wir erhalten das nachstehende Communiqué:

Mit Verordnung vom 13. Juli 1918 ist die „Oesterreichische Hauptanstalt für Sachdemobilisierung“ errichtet worden, die nach den damals bestehenden Absichten als Finanzierungs- und Revisionsorgan der zur Durchführung der Kriegsgüterverwertung in Oesterreich auf kaufmännischer Grundlage zu errichtenden selbständigen Fachverwertungsstellen gedacht war. Infolge des inzwischen eingetretenen Umsturzes ergibt sich die Notwendigkeit, die Funktion der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung den geänderten Verhältnissen anzupassen. Dem ist in der nunmehr im Staatsgesetzblatt erscheinenden Vollzugsanweisung Rechnung getragen.

Auf Grund eines Staatsratsbeschlusses vom 2. November ist dem Staatssekretär für Ubergangswirtschaft die Vollmacht erteilt worden, sämtliche Lager und Vorräte der Heeresverwaltung in das Eigentum des deutschösterreichischen Staates unter Wahrung der Anteilsrechte der übrigen Nationalstaaten zu übernehmen. Ein Staatsratsbeschluss vom 8. November bestimmt, daß sämtliche Kriegsgüter der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung zur Verwertung überantwortet werden.

Diesen beiden Beschlüssen entsprechend wird nunmehr vor allem der Wirkungskreis der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung auf Deutschösterreich beschränkt und diese Anstalt selbst dem Staatsamte für Kriegswirtschaft und Ubergangswirtschaft unterstellt, während sie bisher vom Finanzministerium, beziehungsweise dem Staatsamte der Finanzen ressortierte. Die Zuweisung der Aufgaben der unmittelbaren Kriegsgüterverwertung selbst an die Hauptanstalt machte des weiteren auch eine Aenderung ihres inneren Aufbaues notwendig, die in dem neu erlassenen Statut, insbesondere bezüglich der Zusammenfassung des Administrationsrates und der Neuerrichtung einer Preisprüfungskommission zum Ausdruck kommt.

Der Administrationsrat bestand bisher aus 20 vom Finanzminister ernannten Mitgliedern, von denen 18 Beamte waren; die Zahl der Mitglieder des Administrationsrates konnte bis auf 40 erhöht werden. Im neuen Statut ist nun die Zahl der Mitglieder bedeutend herabgesetzt und mit höchstens 15 festgelegt.

Hiedurch wird der Uebelstand einer zu großen und daher un gelenkten Körperschaft, welche ihren Aufgaben infolge dessen nur unvollkommen gerecht werden konnte, beseitigt. Aber auch Stellung und Zusammenfassung des Administrationsrates selbst weisen insofern grundsätzliche Aenderungen gegen den früheren auf, als ihm eine gewisse Autonomie gegenüber der beamteten Anstaltsleitung eingeräumt ist. An seiner Spitze steht ein eigener Präsident, seine Mitglieder sind nicht mehr Beamte, sondern Männer der Praxis und des öffentlichen Lebens, Vertreter von Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft, Handel, Konsumenten und Arbeiterschaft.

Der neuorgeschene Preisprüfungsausschuss, welcher aus 5 bis 7 Mitgliedern besteht, soll die allgemeinen Grundsätze für die Preisbildung und Preisfestsetzung bei der Kriegsgüterverwertung aufstellen und gegebenenfalls auch die Höhe der Preissätze in speziellen Fällen festlegen. Die Notwendigkeit der Errichtung eines derartigen Organes ergibt sich aus dem Umstande, daß es sich bei der Kriegsgüterverwertung um gewichtige finanzielle Interessen des Staates handelt, die jedoch in Einklang gebracht werden müssen mit den Bedürfnissen der Volkswirtschaft und bestimmter, im Staatsinteresse zu fördernder Berufskreise. Hier galt es eine unabhängige und verantwortliche Stelle zu schaffen, welche die widerstreitenden Interessen an der Preisbildung zum Ausgleich bringt. An der Spitze des Preisprüfungsausschusses wird ein richterlicher Beamter stehen. Im übrigen werden hervorragende Fachleute zu Mitgliedern bestellt werden.

Man ist sich darüber im Klaren, daß die Sachgüterdemobilisierung, das ist die Ueberführung der Reste der Milliardenwerte, die der Krieg der Volkswirtschaft entzogen, in die Friedenswirtschaft auch unter normalen Verhältnissen, die ja eine gewisse Aenderung verbürgt hätten, eines der schwierigsten Probleme gewesen wäre. Unter allen Umständen hätten sich naturgemäß Kollisionen zwischen den Interessen der Staatswirtschaft und Volkswirtschaft ergeben, welche letztere sich gewiß vielfach im Widerspruch mit den fiskalischen Anforderungen befinden, abgesehen davon, daß Landwirtschaft und Industrie, Handel und Gewerbe ihre besonderen Wünsche haben, deren Erfüllung wieder manchmal im Gegensatz zu den Interessen des Konsums gelegen ist.

Alle diese Schwierigkeiten sind aber ins Ungeheure gewachsen infolge der Regellosigkeit, in der sich die Demobilisierung vollzogen hat.

Das Gebiet unseres Staates ist kleiner geworden, dadurch hat auch die Menge der Sachgüter, die für die Demobilisierung in Betracht kommen, eine starke Reduktion erfahren. Könnte man vor dem Zusammenbruch der Monarchie von einem Wert von vielen Milliarden Kronen sprechen, so muß man jetzt beinahe feststellen, daß davon nur ein geringer Rest für Deutschösterreich übriggeblieben ist. Der größte Teil der ganz ungeheuren Werte, die sich im Operationsgebiete und in den Stappenträumen befinden, wie in der Ukraine, in Galizien (Gouvernement Lublin), auf dem Balkan (namentlich in Serbien), im Stappenraum der Südwestfront, sind verloren, zumindest außerhalb der Verfügungsmöglichkeit des deutschösterreichischen Staates. Inwiefern hinsichtlich dieser Güter die neuen Nationalstaaten Sicherungsmassnahmen

zum Zwecke einer geordneten Demobilisierung getroffen haben, ist bisher nicht bekannt geworden, doch ist zu befürchten, daß bisher nichts oder nur Unzulängliches geschehen ist.

Auch andere Umstände machen die Sachgüterdemobilisierung zu einem so überaus schwierigen Problem, vor allem der Umstand, daß der Rückzug der Armeen den Charakter eines regellosen Zurückflutens gehabt hat, und es auch dadurch mit den größten Schwierigkeiten verbunden war, die großen Werte sicherzustellen. Die fürchtbaren Tage voll der Aufregungen, voll widersprechender Nachrichten sind ja noch in aller Erinnerung, da infolge der Auflösung der Truppenteile im Hinterlande Depots mit Millionenwerten von der Wadmanschoft verlassen wurden, da Plünderungen drohten und vielfach begangen wurden usw. Damals galt es, alle Kräfte zu konzentrieren, um zu retten, was zu retten ist. Es soll nun gewiß nicht geleugnet werden, daß auch heute noch nichts weniger als ein Idealzustand herbeigeführt wurde, immerhin kann man feststellen, daß dank dem opferbereiten und pflichtbewussten Verhalten der beteiligten Stellen, dank ihrer Tätigkeit, die über ihre Pflicht hinausgegangen ist, große Vorräte gesichert worden sind.

Aber auch dadurch ergeben sich Hindernisse, daß, ebenso wie die Demobilisierung stürmisch erfolgte, sich jetzt auch die Forderungen des wirtschaftlichen Lebens kräftig geltend machen. Da ist nun in Betracht zu ziehen, daß es notwendig war, erst einen ganz neuen Apparat aufzustellen, um der Situation Herr zu werden und der Regellosigkeit ein Ende zu machen.

Was aber nun die Sachdemobilisierung selbst anbelangt, so machen sich naturgemäß Forderungen verschiedener Art geltend. Die einen verlangen, daß sofort flott wegverkauft werde, im Wege der öffentlichen Versteigerung oder des kommissionarischen Verkaufes, doch die Sachgüter sofort dem Konsum zugeführt werden. Mit derselben Entschiedenheit wird von anderer Seite die Auffassung vertreten, daß Waren, die aus öffentlichen Geldern beschafft wurden, nicht zum Gegenstand privater Spekulation gemacht werden dürfen. Landwirtschaft und Gewerbe verlangen rasche Zuführung der Güter an die Verbraucher unter Ausschaltung spekulativer Elemente.

Auch hinsichtlich der Frage der Preisermittlung ringen verschiedene Gesichtspunkte nach Geltung. Der fiskalische Gesichtspunkt, nach welchem die finanziellen Verhältnisse des deutschösterreichischen Staates einen möglichst hohen Erlös aus der Sachgüterdemobilisierung wünschenswert erscheinen lassen, der Gesichtspunkt des Verbrauchers, nach welchem diese Güter der Bevölkerung, die ohnehin so viele Opfer gebracht habe, möglichst billig zugeführt werden sollen, endlich ist das Verhältnis zu den neuentstandenen Nationalstaaten ein gänglich angeklart, so daß hinsichtlich der Verteilung des gemeinsamen Vermögens eine heillose Verwirrung entstanden ist. Ein Liquidator ist nicht vorhanden und jeder Staat macht auf das Anspruchs, was in seinem Gebiet liegt, wobei die dem Kriegsschauplatz nahegelegenen Staaten jezt im Vorteil sind, die entfernt gelegenen im Nachteil. Davons erklärt sich die Forderung, die bekanntlich vom tschecho-slowakischen Staate erhoben wurde, daß nicht bloß der Erlös repartiert, sondern eine Zuführung der Güter auch in natura erfolge. Es leuchtet ein, daß die Erfüllung dieser Forderung eine gleich gewissenhafte Behandlung der Sachgüter voraussetzt, da andernfalls der Staat, in welchem eine solche gewissenhafte Behandlung erfolgt, viel abzugeben hätte, der Staat aber, der eine solche Wirtschaft vermissen läßt, nur über wenige Sachgüter verfügen könnte.

Da es sich hier um ein starkes Präjudiz für die künftige finanzielle Auseinandersetzung handelt, ist natürlich große Vorsicht geboten. Es fragt sich da eben, ob man von dem Grundsatz ausgeht: „Wir müssen die Aktiven teilen, weil wir an den Passiven auch mittragen sollen“, oder von dem Grundsatz: „Weil wir an den Passiven mittragen, erheben wir Anspruch auf einen Teil der Aktiven“. Es ist ja aus Erklärungen der letzten Zeit hinlänglich bekannt, daß eine Erklärung im Sinne der zweiten Formel bisher noch nicht vorliegt. Auch rein technisch ist, was nachfolgende Maßnahme, die mit sieben Nationalstaaten vereinbart wurde, schwerlich bloß nach dem Schlüssel ist die Verteilung, daß auch auf den Bedarf Bedacht nehmen muß, natürlich nicht möglich.

Schließlich ist auch nicht außer Betracht zu lassen, daß in keinem der neuen Staaten eine geordnete Regierung und eine geordnete Verwaltung besteht, und daher bei der Unsicherheit des Rechtsinhalts auch Ungewißheit darüber herrscht, ob eingegangene Verpflichtungen künftighin respektiert werden.

Als Folge der dargelegten Umstände ergibt sich, daß bisher nur mit einem Staate ein Uebereinkommen getroffen wurde, nämlich mit dem tschecho-slowakischen Staate, der, was geordnete Wirtschaftsgebarung und Beschaffung der Wirtschaft anbelangt, auf gleicher Stufe mit dem deutschösterreichischen Staate steht und eine vertrags- und verhandlungsfähige Regierung hat (was gewiß nicht hinsichtlich aller anderen Nationalstaaten bestritten werden soll). So hat man sich darüber verständigt, daß jeder der beiden Staaten auf Rechnung des bei der allgemeinen Liquidierung auf ihn entfallenden Anteils ein Fünftel des in jedem der beiden Staatsgebiete jeweilig vorhandenen Materials sofort in natura in Anspruch nehmen könne. Diese Vereinbarung wurde mit Recht begrüßt, weil sie die Hoffnung erweckt, daß ein loyales Zusammenarbeiten nun auch auf anderen Gebieten möglich sein und es zu einem gemeinsamen Vorgehen auch in anderen Zweigen des Wirtschaftslebens kommen wird. Die Hoffnung ist berechtigt, daß es bei Vorhandensein der erwähnten Voraussetzungen auch mit anderen Staaten zu ähnlichen Vereinbarungen kommt. Grundsatz dabei ist, daß die Politik ferngehalten wird, daß die Durchsetzung des politischen Standpunktes als Vorbedingung für ein wirtschaftliches Uebereinkommen ausgeschlossen ist.

Noch einer Schwierigkeit in bezug auf die Durchführung der Sachdemobilisierung ist zu gedenken: der durch die politischen Umwälzungen bedingten Tatsache, daß die Zentralregierung jezt nicht wie früher ihren Willen überall zur Geltung zu bringen vermag. In verschiedenen Teilen des Landes waren Bestrebungen im Zuge, und zwar nicht bloß seitens der Landesbehörden, sondern auch seitens einzelner Lokalbehörden, die Sachdemobilisierung selbst vorzunehmen. Ist es nun auch begründlich, daß die ungeheuerliche Entlösung der Kronländer Landesregierungen und Gemeinden, vielleicht unter dem Druck der Bevölkerung, veranlaßt, selbständig Verwertungsaktionen durchzuführen, so ist doch andererseits nicht zu leugnen, daß solche doch am besten nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Bestenfalls ist es auch schon gelungen, diesen Standpunkt durchzusetzen, teilweise ist ein Arrangement in die Wege geleitet.

Präsident der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung ist bekanntlich Sektionschef Dr. Künzler, das Präsidium des Administrationsrates bilden die Staatsräte Fiedmona, Domes und Gruber.

Was ist die nächste Voraussetzung hierfür? Doch wohl vor allem eine möglichst genaue Kenntnis sämtlicher Aktiven und Passiven der gesamten Liquidationsmasse, die sich in eine dem alten Oesterreich und Ungarn gemeinsamen und in zwei weitere Massen scheidet, die nur den aus letzteren beiden Staaten hervorgegangenen Nationalstaaten gemeinsam sind. Die folgenden Ausführungen behandeln nur die erstere Vermögensmasse, indessen gestatten sie unschwer auch die Anwendung auf die zwei anderen Massen. Zu den Oesterreich und Ungarn gemeinsamen Aktiven gehören:

1. Der Wert der im Auslande gelegenen, von den gemeinsamen Ministerien und Zentralstellen benützten Immobilien;
2. die Werte der im Besitze und in der Verwaltung dieser obersten Behörden und Ämter gestandenen, von den Nationalregierungen zum größten Teile bereits beschlagnahmten Mobilien;
3. die Geldbestände der gemeinsamen Kasien;
4. die Forderungen der letzteren an die Stats Oesterreichs, Ungarns, Bosniens und der Herzegovina sowie an die vormals verbündeten Mächte;
5. die während der Kriegsepoche an Lieferfirmen, Länder, Gemeinden sowie sonstige juristische und physische Personen geleisteten, bis heute noch nicht abgerechneten, in die Milliarden gehenden Akontozahlungen und Vorschüsse;
6. ein eventueller Aktivsaldo der feinerzeit zu erbringenden Hauptschlusrechnung über die gemeinsamen Ausgaben und Einnahmen in den Kriegsjahren 1914 bis 1918 samt Liquidationsnachtragsperiode;
7. die aus der Veräußerung von Demobilisierungsgütern erzielten Erlöse, sofern sie nicht schon unter den Posten 2 und 6 aufgenommen sind;
8. die Reste der aus dem Jahre 1867 stammenden, gemeinsam verwalteten Zentralaktiven;
9. sonstige Aktiven.

Zu den Passiven sind zu rechnen:

1. Die Pensionen und Versorgungsrenten der gemeinsamen Angestellten;
2. die auf einem Rechtstitel beruhenden, noch nicht erfüllten Verbindlichkeiten gegenüber den Lieferfirmen, juristischen und physischen Personen;
3. ein eventueller Passivsaldo der Hauptschlusrechnung (Post 6 der Aktiven);
4. die in der Verwaltung der gemeinsamen Zentralstellen gestandenen fremden Gelder, Mannschaftsdepotiten usw., welche den zur Rückforderung Berechtigten noch nicht ausgefolgt wurden;
5. die Kosten der Personen- und Sachdemobilisierung sowie der Liquidation;
6. sonstige Passiven.

Die vorstehende Aufzählung ist jedoch nur als eine flüchtige Skizze anzusehen, welche auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben kann.

Außerdem befinden sich in Verwahrung und Verwaltung der gemeinsamen Ministerien und der Marinesektion eine große Zahl viele Millionen betragender Stiftungskapitalien, deren weitere Verwendung, Verwahrung und Verwaltung mit Rücksicht auf die in Aussicht genommene Auflösung der gemeinsamen Zentralstellen unter Bedachtnahme auf den Willen der Stifter einer Regelung bedarf. Endlich wäre noch über die Frage zu entscheiden, welcher Gruppe von Vermögensmassen die dem ehemaligen Hofrat gehörigen Immobilien und Mobilien zuzustellen seien.

Zur Erhebung der Einzelposten der gemeinsamen Aktiven und Passiven bedürfte es durchaus nicht der mit großen Kosten verbundenen Aufstellung neuer Ämter, da hierfür ein vorzüglich geeignetes Organ bereits besteht, nämlich der **Gemeinsame Oberste Rechnungshof**. Dieser verfügt in seinen Rechnungsabzählungen, Büchern, Evidenzen und Inventaren über ein reiches, für die Erhebungszwecke gut verwendbares, statistisches Material sowie über einen Stock tüchtig geschulter, in finanz- und rechnungstechnischen Fragen versierter, mit den Budgets und organischen Einrichtungen der gemeinsamen Zentralstellen vertrauter Beamten.

Auch deswegen wäre der Gemeinsame Oberste Rechnungshof für die gedachte Arbeit besser als irgendeine

Administrativbehörde geeignet, weil er schon zufolge seiner durch mehr als fünfzig Jahre festgehaltenen Amtstradition auf das peinlichste bemüht war, die Interessen der beiden dualistisch geeinten Staaten unparteiisch und loyal zu schützen, soweit ihn dies sein eng begrenzter, durch kein Gesetz gewährleitetes Wirkungskreis erlaubte. Heute ist er von den Fesseln befreit, die ein nur allzumächtiger Einfluß der gemeinsamen Minister seiner Tätigkeit angelegt hatte, heute wäre er in der Lage, die ihm etwa zuge dachte mühsame, aber um so ehrenvollere Aufgabe ohne Rücksichtnahme auf Wünsche der Administration zum Nutzen und Vorteil jedes einzelnen der Nationalstaaten zu lösen. Allerdings müßte ihn, da sein gesamtes, ohnehin knapp bemessenes Personal gegenwärtig mit der Zustandbringung der Grundlagen für die Rechnungsabzählung über die Kriegskosten befaßt ist, eine Anzahl von Verwaltungs- und Rechnungsbeamten der bestehenden Militär- und Marineverwaltung zugeteilt werden, die unter Leitung der Referenten und Departementvorstände nach bewährten Maximen sich den Erhebungsarbeiten zu widmen hätten.

Durch die Betraung des Gemeinsamen Obersten Rechnungshofes mit der Aufstellung der gemeinsamen Aktiven und Passiven würde derselbe als Sachorgan der großen von den Regierungen aller Staaten zu beschickenden Kommission erklärt werden. Der letzteren stünde es frei, zur Ueberwachung der Arbeiten beim Rechnungshofe zu diesem Funktionäre zu delegieren oder höhere Beamten desselben zur Ausübung dieser Funktionen zu ermächtigen. Die Referenten des Gemeinsamen Obersten Rechnungshofes hätten zunächst ein Programm über den bei allen Erhebungen einzuhaltenden Vorgang sowie über die personellen und sachlichen Erfordernisse auszuarbeiten; sie wären späterhin den Sitzungen der Kommission zuzuziehen und würde ihnen obliegen, über die Tätigkeit ihrer Departements mündlich und periodisch auch schriftlich zu berichten. Um die Aktiven und Passiven vollständig und genau ermitteln zu können, müßte dem Gemeinsamen Obersten Rechnungshof das Recht eingeräumt werden, mit den Nationalregierungen unmittelbar zu korrespondieren, durch geeignete Beamte Interventionen vornehmen zu lassen, kurz alles vorzunehmen, was geeignet ist, die Arbeit zu beschleunigen und einem für alle Teile gedeihlichen Ende zuzuführen.

### Vorschlag zur Aufnahme der gemeinsamen Aktiven und Passiven.

Mitgeteilt von geschätzter Seite.

Wien, 2. Januar.

In einem sehr beachtenswerten, „Vorfragen der finanziellen Liquidation“ betitelten Aufsätze \*) hat Privatdozent Dr. Franz Leifer das Problem der Aufteilung des Liquidationsvermögens der ehemaligen Donaumonarchie vom juristischen Standpunkt behandelt und zur Lösung des gewaltigen Fragenkomplexes eine Reihe konkreter Vorschläge erstattet. Leider ist die finanzielle Auseinandersetzung zwischen den Nationalstaaten über die Feststellung einzelner prinzipieller Gesichtspunkte noch nicht hinaus gekommen und ist die als Organ dieser Staaten gedachte Kommission noch immer nicht ins Leben getreten. Einer Zeitungsnotiz \*\*) zufolge sollen neben der großen Kommission für die allgemeinen Direktiven bei jedem Ressort in den einzelnen Nationalstaaten Subkomitees gebildet werden. Es scheint aber einigermaßen zweifelhaft, ob ein so komplizierter Apparat notwendig und geeignet ist, das angestrebte Ziel raschestens zu erreichen.

\*) Siehe Nr. 19505 und 19506 der „Neuen Freien Presse“ vom 12. und 13. Dezember 1918.  
\*\*) Siehe „Neue Freie Presse“ vom 24. Dezember 1918.

# tte.

Schriftleitung: I., Schulerstraße 14. Fernsprecher 889 und 683.  
Haupt-Verwaltung: I., Schulerstraße 14. Fernsprecher 888.  
Manuskripte werden nicht zurückgestellt.

behalten müssen — zu richten pflegt, und daß es unter den Mitteln, gute Zucht zu halten und Höchstleistungen zuwege zu bringen, nur ein verlässliches gibt: das ist straffe eigene Pflichterfüllung und rücksichtsloser Einsatz der eigenen Person in Arbeit, Mühsal und Gefahr. Gerechtigkeit bei aller nötigen Strenge und wohlwollende Fürsorge den Untergebenen gegenüber tun dabei unfehlbar ihre gute Wirkung. So kam es, daß niemals unter unserer braven, von echter Kameradschaftlichkeit und vollster Hingebung für ihren anstrengenden Dienst erfüllten Mannschaft, in der fast alle Stämme der Monarchie vertreten waren und neben den Deutschen Tschechen, Polen, Südslawen und Ungarn einträchtig arbeiteten, die militärische Autorität und Kommandogewalt erschüttert werden konnte; von dem traurigen und lächerlichen Zerbröckeln der Soldaten- und Arbeiterräte, wie ich ihm an der Westfront begegnete, ist unsere Truppe frei geblieben. Daß das tadellose Verhältnis der Mannschaft meiner alten Kolonne zu ihren Vorgesetzten bis zum Ende andauern würde, davon war ich stets fest überzeugt gewesen, und so konnten die diesbezüglichen Mitteilungen meiner bereits heimgekehrten Kameraden mir, der selber gerade auf einem anderen Kriegsschauplatz weilte, nur die erfreuliche Bestätigung meiner Voraussetzung bringen. In den großen Veränderungen der letzten Wochen anlässlich der Rückzugsbewegung aus den Fronten ist eben beim Schwinden der äußerlichen militärischen Machtmittel nur um so klarer zutage getreten, was das persönliche, auf die eigenen Leistungen und das eigene Verhalten gestützte Ansehen der Offiziere bei ihren Leuten bedeutet, und da konnte ich bedauernd lehrreiche Vergleiche zwischen meiner alten Kolonne und dem Feldspital anstellen, dessen Schicksale ich an der Westfront zu Kriegsende leider teilen mußte. Benahm sich dort die buntgemischte Mannschaft, in der übrigens das tschechische Element überwog, gleich nach Beginn der Rückmärsche zum Rhein frech und gewalttätig, so mußte der erfahrene Beobachter bald zu der Ueberzeugung kommen, daß die wesentlichste Schuld hieran an der Führung lag, indem Kommandant und Offiziere, die doch jahrelang Gelegenheit besaßen, ihre Stellung zu festigen, nichts dazu getan hatten, vielmehr ihrer aus Leichtsinne, Unfähigkeit und Minderwertigkeit des Charakters in jeder Beziehung erklärlichen Mißachtung bei den eigenen Leuten der moralische Zusammenbruch der Truppe zuzuschreiben war. Selber zwar nicht in unmittelbare Mitleidenschaft gezogen, da ich als erst kürzlich zummandierter ärztlicher Fachmann mit der Führung des Feldspitals nichts zu tun hatte und mir persönlich Respekt zu verschaffen verstand, konnte ich dennoch den empörenden Vorgängen gegenüber schon aus allgemeinen Standesrücksichten nicht gleichgültig bleiben und war froh, solch widerwärtigen Verhältnissen endlich den Rücken kehren zu können. Wie anders lagen die Dinge in der D. S. R. 13! Als ältester jener Gruppe von Wiener Heeres-, Landwehr- und Landsturmmärzten, erstere des Aktivstandes und der Reserve, die am längsten während des Feldzuges in unserer Kolonne gedient haben, kann ich mit Fug und Recht behaupten, daß sie eine von erlesenem fachwissenschaftlichen und militärärztlichen Geist getragene Arbeitsgemeinschaft war, deren Wirksamkeit im Feldsanitätsdienst gewiß alle Beachtung in Anspruch nehmen darf. Gestützt auf berufliche und militärische Ausbildung sowie auf eine mit Vorbedacht schon während der Mobilmachung bereitgestellte vorzügliche Ausrüstung hat ein Stab erfahrener Aerzte all das auf dem Gebiete der Gesamtmedizin zur Geltung zu bringen verstanden, was irgendwie zum Schutze der Verwundeten und Kranken dienlich sein konnte. Wenn auch, den Forderungen der ersten entscheidenden Hilfeleistung ent-

## Die Heimkehr der Sanitätskolonne der Wiener Landwehr- (I. I. 13. Schützen-) Division.

Der erst kürzlich vom westlichen Kriegsschauplatz aus dem Kampfabschnitt von Verdun, wo er während der letzten Monate des Krieges als Operateur eines I. u. I. Feldspitals tätig gewesen war, zurückgekehrte langjährige leitende Chirurg der Kolonne, Regimentsarzt in der Reserve Dr. Egon Fieber, schreibt uns:

Mitten in diesen trüben Zeiten, in denen, den Anschauungen besonnener Staatsbürger und standesbewußter Offiziere zuwider die Ordnung sich aufzulösen droht, Pflichtbewußtsein, Zusammengehörigkeitsgefühl und Gehorsam im Schwinden begriffen sind, ist es um so nötiger und erfreulicher, auf Verhältnisse hinweisen zu können, die von einem auch durch die eingreifenden militärischen und politischen Umwälzungen der letzten Zeit ungestörten Fortleben altösterreichischer Gesinnung, treuen Zusammenhaltens und der Achtung vor der berufenen Führung bei einer Truppe Kunde geben, welche vom Anfang bis zum Ende des gewaltigen Ringens gegen übermächtige Feinde und Verhältnisse alle Kräfte zu Ruh und Frommen ihrer Aufgabe im Felde eingesetzt hat. Wie der Ausmarsch und die nahezu ohne Unterbrechung andauernde schwere Kriegsdienstleistung auf den blutigen Schlachtfeldern Rußlands, Rumäniens und Italiens, vollzog sich auch die Heimkehr und Abrüstung der Divisions-sanitätskolonne 13 in einer Art und Weise, die ihrer vortrefflichen Führung im Felde würdig war und ein ehrendes Zeugnis für den Geist der Truppe ablegt, der auf ein in jahrelanger Gemeinsamkeit nur um so mehr gefestigtes unbedingtes Vertrauen zwischen den die Befehlsgewalt ausübenden Militärärzten und ihrer Mannschaft gegründet war. Der Kenner soldatischen Wesens namentlich im Kriege weiß, daß Leistungen und Benehmen der Untergebenen sich nach dem maßgebenden Vorbild ihrer führenden Offiziere — und auch im Freistaat wird dieses grundlegende Verhältnis Geltung

# Die Idee der Arbeit.

Von  
Georg Bernhard.

Am 9. November des vorigen Jahres brach die Revolution aus. Am 11. November wurde der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet. Am 13. Dezember wurde die Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens bis zum 17. Januar abgeschlossen, und am 16. Januar ist die zweite Verlängerung bis zum 17. Februar mit Marschall Foch, als dem Beauftragten der Entente mächtig, vereinbart worden. Jede Verlängerung des Waffenstillstandes hat das Deutsche Reich schwere Opfer gekostet. Denn in die Verträge wurden, zum Teil wenigstens, Materien hineingearbeitet, die mit der rein militärischen Frage des Waffenstillstandes überhaupt nichts zu tun haben. Es wird nun immer darauf hingewiesen, daß Deutschland in einer Zwangslage gewesen, und daß seinen Unterhändlern nichts übrig geblieben sei, als dieser Zwangslage Rechnung zu tragen. Auch jetzt wieder hat der Staatssekretär Erzberger von der Gefahr gesprochen, daß beim Nichtzustandekommen der Verlängerung weiteres deutsches Gebiet vom Feinde besetzt worden wäre.

Gewiß, als Deutschland den Waffenstillstandsvertrag zuerst abschloß, war es in einer bösen Lage. Alle Bedingungen des Feindes mußten angenommen werden. Aber damals tröstete man sich über diese bittere Notwendigkeit mit dem Trost, daß es sich ja nur um einen Waffenstillstand handle, dem bald der Frieden folgen werde. Je ungünstiger die Waffenstillstandsbedingungen waren, desto lebhafter mußte der Wunsch und desto ernster die Verpflichtung der Regierung sein, so schnell wie möglich wenigstens den Präliminarfriedensvertrag folgen zu lassen. Die Entente hatte Kipp und Mar erklärt, daß sie einen Präliminarfrieden nur mit einer Regierung schließen werde, die eine Vertretung des gesamten deutschen Volkes darstelle. Eine solche Regierung konnte nur die Nationalversammlung einsehen. Und wenn das Reich unter immer teureren Bedingungen von Termin zu Termin den Waffenstillstand verlängern mußte, so trägt die Schuld daran die lange hinauschiebung der deutschen Nationalwahl. Vom 9. November bis zum 17. Januar war wahrlich eine lange Zeit, die dreifach genützt hätte, um die Nationalversammlung ins Leben zu rufen. Mindestens die letzte Verlängerung hätte man dem Deutschen Reich ersparen können. Denn die dort gestellten Bedingungen wüßten an den Lebensnerv der Nation.

Die deutschen Unterhändler haben sich im Namen der Regierung verpflichtet, eine solche Menge von Ackergerät abzuliefern, daß nach der Aussage der in Frage kommenden Fachministerien dadurch die Bestellung der deutschen Felder, die Einbringung der deutschen Ernte und somit die Ernährung des deutschen Volkes in Frage gestellt werden. Die Voraussetzung dabei ist allerdings, daß diese Ackerbaugeräte der deutschen Landwirtschaft entzogen werden. Anders würde sich die Sache stellen, wenn es sich darum handelte, diese Maschinen neu durch deutsche Fabriken herzustellen. Die Waffenstillstandskommission hat die Lieferungsstermine bis zum 1. Juni hinausgeschoben können. Unter normalen Verhältnissen dürfte man mithin annehmen, daß bis dahin die entsprechende Menge in Deutschland erzeugt werden könnte. Aber da liegt eben die große Schwierigkeit, die sich die Regierung selbst bevoletet hat.

Die Herstellung neuen landwirtschaftlichen Gerätes, das im Frieden eine bewährte Spezialität der deutschen Industrie war, hat die Umstellung der deutschen Fabriken für die Friedensarbeit zur Voraussetzung. Sie bedingt also, daß in Deutschland überhaupt wieder normal gearbeitet wird. Dazu aber besteht leider vorläufig nicht die geringste Aussicht. Es ist bisher der Regierung noch nicht gelungen, wirtschaftlich Ordnung zu schaffen. In welchem Umfange es überhaupt möglich wäre, die dazu nötigen Erzmengen zu erlangen, soll zunächst einmal unerörtert bleiben. Aber zurzeit können noch nicht einmal die genügenden Kohlenmengen aus deutschen Gruben beschafft werden. Denn überall in den Kohlenrevieren brechelt und gärt es, und gerade jetzt ist wieder die betrübende Nachricht vom Generalstreik in Oberschlesien eingetroffen.

Als sich das deutsche Volk in seiner Gesamtheit damit einverstanden erklärte, seine Geschicke von einer Regierung leiten

# Begrüßungsfeier für die christlichen Heimkehrer.

Die gestern veranstaltete Begrüßungsfeier, die das dankbare christliche Wien seinen Heimkehrern bereitet hat, nahm einen imposant würdevollen Verlauf. Dichte Massen füllten den Stefansdom, wo um 8 Uhr früh Kardinal-Fürstbischof Dr. Piffl eine heilige Messe für die toten Helden Deutschösterreichs zelebrierte. Dem Kardinal assistierten vier Alumnen, die alle vier Reserveoffiziere waren. An dem Gottesdienste nahmen u. a. teil: die christlichsoziale Parteileitung, vertreten durch Prinzen Alois von und zu Liechtenstein und Landesrat Kunz, Vertreter des Wiener Gemeinderates, die Wiener katholischen Studentenverbindungen in Halbwegs, zahlreiche katholische Vereine, die mit 16 Fahnen ausgerückt waren, und überaus viele Offiziere, Mannschaften und Kriegsbeschädigte. Das Bläser-Doppelquartett Stiegler der Hofoper spielte die Deutsche Messe von Schubert mit alter Meisterhaft.

Um 10 Uhr vormittags fanden in den Sälen des Katholischen Gesellenvereins in der Gumpendorferstraße Nr. 39 zwei Versammlungen statt. Die beiden Säle des Hauses waren bis auf das letzte Plätzchen besetzt. Die Begrüßung der Versammlung, zu der auch G.M. Schießler erschienen war, leitete Oberleutnant Ralonnitsch ein, worauf das Doppelquartett Stiegler das „Gebet“ von Kleinde vortrug. Feldkurat Professor Richard Seyß-Inquart sprach formvollendet einen mit großer Begeisterung aufgenommenen Prolog:

### Der Gruß des Wiener Bürgermeisters.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner, stürmisch begrüßt, spricht unter großem Beifalle aus: Es ist anders gekommen, als wir uns das seinerzeit vorgestellt hatten. Wir träumten von Triumphbögen und Massenaufläufe zu Ehren unserer heimgekehrten Helden. Nun haben wir den Krieg verloren. Aber unsere Väter, Brüder und Söhne in Waffen sind unbefleigt in die Heimat zurückgekommen. Herzlichster Dank gebührt ihnen, daß sie die Heimat durch mehr als vier Jahre mit Erfolg verteidigt haben. Was wäre aus uns, aus unseren Städten und Dörfern geworden, wenn die aufopfernde Pflichterfüllung unserer Helden dem Feinde nicht den Weg in unsere Länder verlegt hätte? Wir danken den Schutz der Heimat dem Selbennute der Tausende und Abertausende, welche den garistischen Feind abgehalten haben, und wir danken es den Streitern in den Isonzaschlachten, daß sie den Feind von der heimatischen Scholle ferngehalten haben. Heißer Dank Euch allen! (Großer Beifall.) Die Not pocht an unsere Tore. Tausende sind in Sorge um ihre Existenz. Das Vaterland darf der Opfer des Krieges nicht vergessen. Es muß den Anstrebenden, den Kriegerwitwen und Waisen eine ausreichende Unterstützung zuteil werden lassen und dafür sorgen, daß die Wunden, die der Krieg der Bevölkerung geschlagen hat, allmählich heilen, auf daß wieder Glück und Zufriedenheit in unser Volk einziehen. Glück und Zufriedenheit sind aber nur möglich, wenn alle Bürger dieses Staates die gleichen Rechte genießen, aber unmöglich, wenn eine Klasse die diktatorische Gewalt an sich reiht. Das müssen wir alle bedenken am 18. Februar, am Tage der Wahl in die Nationalversammlung, die über unser Schicksal entscheiden wird. Was die Gemeinde Wien tun kann, um das Los der Heimgekehrten zu bessern, wird geschehen. Der Bürgermeister schloß mit einem warmen Appell an alle, sich unermüdeten Arbeit hinzugeben, um unser Volk wieder einer lichteren Zukunft entgegenzuführen.

Dann gedachte G.M. Domherr Josef Wolny der Gefallenen, und pries die begeisterte Hingabe der Helden an die große Sache des Vaterlandes. Nach Norden und Süden muß es gerufen werden: „Wenn Ihr Euch jetzt eine neue Heimat gesammelt habt, so denkt daran, daß auch deutsche Männer aus Österreich dafür geliebt haben und gestorben sind! Wir wollen ihnen ein unvergängliches Denkmal in unserem Herzen errichten!“

Heimkehrern zumißt von volksfremden Elementen zugefügt, daß sie die unbedeutenden Kränkungen gutmachen, die den Heimkehrern zumißt von volksfremden Elementen zugefügt werden. Was wollen wir christlichdeutsche Heimkehrer, wir Männer der Ordnung? Wir wollen leben, denn wir waren bereit zu sterben. (Lauter Beifall.) Wir wissen, daß wir, um unser Leben zu erhalten, arbeiten müssen, und wir wollen dem Rufe unseres Bürgermeisters Folge leisten und arbeiten, wir, die Soldaten der nie besiegten, glorreichen, ehemals österreichisch-ungarischen Armee. (Lebhafte Beifall.)

Unterstaatssekretär Dr. Resch sagte

### Die Forderungen in der Invaliden-, Wittwen- und Waisenversorgung

in folgende Punkte zusammen: 1. Für die noch heilungsbedürftigen Invaliden Heilbehandlung und Heilnachbehandlung; für die Dauer dieser Behandlung unentgeltliche ärztliche Hilfe, Medikamente und eine entsprechende Geldunterstützung. 2. eine Unterstützung jener Familienangehörigen, welche der Invalide zu erhalten hat. 3. Nach Abschluß der Heilbehandlung die Zuerkennung einer Rente nach dem Grade der Einbuße der Erwerbsfähigkeit. Die Rente ist zu berechnen nach dem bürgerlichen Einkommen vor der Einrückung, falls der Eingründe noch keine Stellung hatte, ist der Jahresarbeitsverdienst eines Gleichgestellten seiner Vorbildung zu nehmen. 4. Kriegs- und Wittwen erhalten 20 Prozent der Invalidenrente, jedes Kind 15 Prozent, Wittwen und Kinder zusammen nicht über 66 2/3 Prozent. Bei Wiederverheiratung hat die Witwe einen dreifachen Jahresbeitrag der Wittwenrente als Abfertigung zu bekommen. 5. Die Invaliden haben Anspruch auf unentgeltliche Behandlung, auf Prothesen usw. 6. Die Zuerkennung der Rente erfolgt durch die Zivilbehörde. 7. Wegen Nicht-

zuerkennung einer Rente oder wegen zu geringer Rente soll eine Klage an das Schiedsgericht offen stehen. 7. Für die Zeit der Lebensmittelerzeugung wolle zu den Renten ein entsprechender Feuerungsbeitrag bis zu 50 Prozent zu gewähren. 8. Bei den Rentenemissionen und beim Schiedsgericht sollen auch die Vertreter der Invaliden beratende und beschließende Stimme haben. (Lebhafte Beifall.)

Magistratssekretär Jirsch besprach

### das Schicksal der Kriegsgefangenen.

Unser innigstes Mitgefühl wendet sich jenen zu, welche seit Jahren in den Eiswüsten Sibiriens schmachten. Unsere heiligste Sorge soll es sein, für diese Leute eine Gefangenenerlöser zu schaffen. Im Namen der Menschlichkeit können wir jetzt, wo der Krieg zu Ende ist, verlangen, daß endlich unsere Gefangenen nach Hause geschickt werden. Die Entente hat die Macht und die Mittel dazu. Wir müssen daher fordern, daß diese Frage auf der Pariser Konferenz als erste behandelt wird. Geschieht das, dann ist es möglich, daß uns die Kriegsgefangenen in absehbarer Zeit wieder gegeben werden. Wenn es in früherer Zeit Despoten erlaubt war, Sklaven zu halten —, der Krieg ist aus und es gibt jetzt keine Gefangenen mehr, und wenn sie dennoch zurückgehalten werden, so ist das ein Zustand, der an Sklaverei gemahnt. In Sibirien allein befinden sich noch Hunderttausende von Kriegsgefangenen, von denen die Zahl der Deutschösterreicher auf 200.000 und die der Wiener auf 40.000 bis 50.000 geschätzt wird. Von Italien haben wir noch nicht einmal eine Liste der vor einem Vierteljahr in Gefangenschaft geratenen. Kurier der dänischen Schutzmacht, die zu unseren Gefangenen nach Sibirien reisen wollten, wurden beim Ueberschreiten der tschecho-slovakischen Front ermordet. Ein direkter offizieller Verkehr in Kriegsgefangenenangelegenheiten — die Gefangenen in Sibirien befinden sich bereits in der Gewalt des Verbandes — war bisher mit Rücksicht auf die politische Lage nicht möglich. Die Gemeinde Wien, die kürzlich wieder einen größeren Beitrag für die in Sibirien befindlichen Kriegsgefangenen bewilligt hatte, bekam das Geld vom dänischen roten Kreuz, das die Uebermittlung übernommen hatte, mit dem Bemerkung zurück, daß sie infolge der verordneten Sperrung in Rußland die Vermittlung nicht durchführen könne. Nun hat das Staatsamt für Finanzen 40 Millionen Kronen für die Kriegsgefangenenfürsorge bewilligt, aber die Klümmung dieses Kredites stößt auf Valutaschwierigkeiten. Bei dieser Sachlage ist es ein reines Glück, daß aus der Zeit vor dem Zusammenbrüche der Monarchie noch 14 Millionen Rubel zur Verfügung stehen. 4 Millionen davon besitzt der österreich-ungarische Soldatenrat in Petersburg und 10 Millionen Rubel befinden sich auf dem Wege über Amerika nach Sibirien.

Magr. Huber sprach Worte des Bedenkens für die Gefallenen, und sagte: Wenn auch die Heimkehr nicht so ausfallen ist, wie wir es gerne gewünscht hätten, sind doch unsere Helden nicht umsonst hingefunken: der Hauptschuldige am Kriege, der zaristische Imperialismus, scheidet uns nicht mehr, und gewisse Klassen (Ungarn), die uns auch einst beherrschten, können uns nicht mehr schaden. Die Bevölkerung wird sich auch sehr verständigen und nicht zuletzt: unsere Ehre ist gerettet. Unsere Helden haben in Treue zu ihrer Pflicht gekämpft bis zum letzten Atemzug. Nach dem Kampf des Schwertes kommt jetzt ein anderer Kampf: der Kampf ums Kreuz. Rufen wir uns für denselben, scharn wir uns ums Kreuz. (Lebhafte Beifall.)

Generaldirektor des Volksbundes, Friedl, erörterte den Wiederaufbau, und sagte u. a.: Wir wollen unsere Zukunft auf der Grundlage unseres Glaubens und unserer Weltanschauung aufbauen. Und unsere Weltanschauung war und ist und wird bleiben eine christliche jetzt und immerdar. Wir wollen unser Christentum und unseren Glauben und erhalten. Aber auch noch etwas anderes wollen wir. Wir wollen der Vergangenheit nicht nachtrauern, aber die Gegenwart wollen wir so haben, wie sie uns befehen wurde. Ein wahrhaft freier, demokratischer Volksstaat soll es sein! Bis nun haben wir aber von dieser Freiheit noch sehr wenig gespürt. Wenn in Osterreich gesagt wird, daß, wenn am 18. Februar die Wahlen nicht so ausfallen, wie es die Sozialdemokraten wollen, die Geschäfte und Häuser gestürmt und geplündert werden, so ist das eine Freiheit, die wir nicht wollen. (Zustimmung.) Mit dieser Freiheit sind wir nicht zufrieden. Wir wollen einen neuen Staat und wir wollen, daß in demselben Ruhe und Ordnung herrscht. Wir wollen aber auch, daß man uns Christen nicht unseren Glauben und unsere Religion nimmt. So verstehen wir den Wiederaufbau des neuen Deutschösterreich. (Lebhafte Beifall.)

Oberleutnant Ralonnitsch schloß mit einigen Dankesworten die Feier.

### Im kleinen Saale

würde die Versammlung durch Juristen Kunert eröffnet, worauf der Gesangverein „Minnelänger“ einen Chor vortrug. Universitätsprofessor Dr. Seipel führte hierauf u. a. aus: Wie sollen wir den schuldigen Dank unseren Heimkehrern abhalten? Einmal nicht durch schöne Worte nur, sondern durch die Tat, und am meisten müssen wir gewiß dereit gedanken, die sich nicht mehr selber helfen können, der vielen Kriegsbeschädigten. Wir halten diese nicht, wie gewisse herzlose Leute und Klassen für eine bloße Last für den Staat, wir kommen ihnen mit warmen Herzen entgegen. Wir verlangen, daß für sie ausreichend gesorgt wird. Im einzelnen fordern wir zunächst für sie Beistellung aller Heilmittel auf Kosten des Staates; dann muß ihnen alles geliefert werden, was sie brauchen an Bekleiden, um ihre Leiden leichter zu tragen. Während der ganzen Zeit der Heilbehandlung muß auch für ihre Familienangehörigen materiell gesorgt werden. Diese wird es dann noch geben, denen damit nicht oder nicht vollständig geholfen werden kann. Diese müssen ständige Invalidenrenten entsprechend ihrer geminderten oder ganz eingelebten Erwerbsfähigkeit erhalten. Dabei darf nicht zu engherzig vorgegangen werden und sollen insbesondere bei Vermessung der Erwerbsunfähigkeit auch Sachverständige und eigene Kameraden der Betroffenen mitsprechen dürfen. Auch muß weiter gesorgt werden, daß diejenigen, welche sonst von den gesunden Heimkehrern erhalten worden wären, jetzt von Staatswegen versorgt werden und auch in der letzten Stunde seines Lebens soll der invalide Heimkehrer noch den Trost haben, daß auch weiter seiner Witwe und Kinder nicht vergessen wird. Neben dieser materiellen

Unterstützungsfrage wird die Hauptfrage die Schulung vieler Invaliden für einen neuen Beruf bleiben. Das gilt insbesondere auch für Angehörige der Intelligenzberufe. Es muß auch gesorgt werden, das Vorrecht der Heimkehrer bei den Stellenbesetzungen gesetzlich festzulegen. Wohl wird das den Staatshaushalt sehr in Anspruch nehmen, aber in diesem Punkte dürfen wir keine unangebrachte Sparsamkeit üben — sie wird seit dem Umsturz an so manchen anderen Stellen auch ganz und gar nicht geübt — und wir müssen die Ehre der Dankbarkeit bewahren. Würden wir diese Pflicht nicht erfüllen, dann mühten wir den Gedanken an den Wiederaufbau aufgeben, denn dann würden wir eine Armee von mit Recht Unzufriedenen schaffen und die Elemente, die heute schon den Umsturz predigen, würden einen noch ganz anderen Nährboden bei uns finden. Wer es erst mit unserem Staate meint, kann das unmöglich wollen. Haben Sie daher Zuversicht zu uns, daß wir, wenn wir nur mit entsprechendem Widerhall unsere Stimmen in der kommenden Nationalversammlung werden zur Geltung bringen können, den Heimkehrern ausreichende Hilfe bringen werden. (Großer Beifall.)

Jugendrat Otto Schubert besprach in eindrucksvoller Weise das traurige Los der Kriegsgefangenen, gedachte der Bemühungen des Papstes zur Verbesserung des Loses der Gefangenen und für den Gefangenenaustausch und richtete einen kräftigen Appell an die maßgebenden Stellen, insbesondere an die Staatsämtern für Auswärtiges und für Seewesen, die Erlösung der Kriegsgefangenen von ihren Leiden möglichst bald in die Wege zu leiten. (Lauter Zustimmung.) Während der Feier versuchten Rotgardisten zuerst mit 6, dann mit 8 bewaffneten Männern einzudringen, was ihnen aber durch die Ordner verwehrt wurde. Ein Rotgardist zog sogar einen Revolver, worauf ihm dieser von der Sicherheitswache weggenommen und der Mann verhaftet wurde. Zwei andere Rotgardisten, welche unter allen Umständen eindringen wollten, wurden ebenfalls von der Wache abgeführt. Dieser Versuch der Störung einer zu Ehren unserer Heimkehrer veranstalteten Versammlung, erregte allgemein großer Erbitterung. Man hörte Ausrufe: „Das sind die Hinterlandstärkener, die jetzt vor Leuten von der Front die größten Herren spielen möchten“ usw. Der Besonnenheit der Ordner und der Wache gelang es, ernste Zwischenfälle zu vermeiden.

9. II. 1919

M

## Rascheste Durchführung der Sachdemobilisierung.

Bericht des Magistrates.

Drei Monate sind beinahe verstrichen, seit die Monarchie von der Welle der Revolution überflutet, in ihre Teile zerfiel und sich in mehrere selbständige von einander unabhängige Freistaaten auflöste. Damit zugleich kam der langersehnte Endpunkt des blutigen Völkerringens und jene Zeit, in der es gilt, aufzubauen und aufzurichten, was ohne Rücksicht auf jahrhundertalte Kultur zerstört zu Boden sank. Die schwere über das gesamte Wirtschaftsleben hereingebrochene Krise zeigt aber noch nach keiner Richtung hin auch nur die leisesten Spuren einer Besserung.

Die Gemeinde Wien hat sich schon, als ein Ende des Völkerringens noch nicht abzusehen war, mit der Frage beschäftigt, wie die darniederliegende Volkswirtschaft ausgerichtet werden könnte, wenn einmal die Waffen zur Ruhe kommen. Selbst bei Annahme eines siegreichen Endes war es schon während des Krieges Gewißheit, daß nur das Vorhandensein eines ausreichenden Rohstoffkapitales eine Wiederaufrichtung und dauernde Kräftigung der wirtschaftlichen Lage herbeiführen kann. Ein rasches Hereinströmen solcher Rohstoffe vom Auslande war aber schon damals nicht zu erwarten, da einerseits die Verkehrsschwierigkeiten, der verminderte Schiffsraum, der als Folge des Waffenkampfes befürchtete Handels- und Zollkrieg ein sofortiges Erwerben solcher Rohstoffe vom Auslande als ausgeschlossen erscheinen ließ, andererseits aber die Valutafrage die strengste Sparbarkeit in den Einfuhren, denen wir keine nennenswerte Ausfuhr gegenüberstellen können, verlangte.

Die selbst bei siegreichem Ausgange des Krieges immerhin zu gewärtigenden Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung haben sich aber durch den militärischen Zusammenbruch und den Zerfall des Reiches ins Unendliche gesteigert, da uns nunmehr auch die wichtigsten Rohstoffländer der einstigen Monarchie auf vorläufig noch nicht absehbare Zeiten verschlossen sind.

Der außerordentliche Ernst der Situation erheischt nunmehr mit gebieterischer Strenge die Prüfung der Frage, inwieweit ohne Einfuhr wenigstens der Beginn der wirtschaftlichen Tätigkeit ermöglicht und eine dürftige Rohstoff- und Materialbeschaffung im Inlande selbst gefunden werden könnte.

Als richtiges, allerdings einziges derzeit zur Verfügung stehendes Mittel hat die Gemeinde Wien stets die rasche und glatte Abwicklung der Sachdemobilisierung bezeichnet. Alle erdenklichen Rohstoffe im Werte vieler Millionen waren teils von der Heeresverwaltung für ihre Zwecke in eigenen Depots und bei ihren Lieferanten aufgestapelt, teils von der Zivilverwaltung in ihre Bewirtschaftung — wenigleich unter der Verpflichtung der bevorzugten Bedeckung der militärischen Lieferungen — übernommen worden. Diese schlummernden Kapitalien müssen in raschster Weise zu neuem Leben erweckt, dem Verkehre, dem Erwerbe, der Produktion, der Wirtschaft überwiesen werden.

Jeder Tag eines toten Kapitales ist ein schwerer Schaden für unser kapitalarmes und ausgefaugtes Land. Schon im Interesse der Staatsfinanzen sollte die jetzt noch vorhandene hohe Preiskonjunktur ausgenützt werden. Hatte die Staatsgewalt — die Erfahrung des Krieges hat es hundertfach be-

wiesen — schon kein Mittel, Preissteigerungen wirksam hintanzuhalten, so liegt es noch viel weniger in ihrer Macht, Rückgänge von Preisen, die sich ganz unabhängig von ihr vollziehen, zu verhindern. Und selbst wenn der Staat über solche Macht verfügte, dürfte er einem Abbaue der heutigen Preise, unter denen die ganze Bevölkerung leidet, in keiner Weise hindernd in den Weg treten. Schon zeigen sich deutliche Zeichen — die Zurückhaltung aller Bevölkerungsschichten im Einkaufe ist ein Beweis dafür — die auf einen Rückgang der Preise auf verschiedenen Gebieten schließen lassen.

Die Zeit des Friedensschlusses tritt heran und damit die Oeffnung der Grenzen. Kommt es wirklich zu einem Völkerbunde, so bildet das Fallen der Zollschranken eine notwendige Folge. Und dann liegt unser Markt der fremden, amerikanischen Produktion offen und die Zeit, die Kriegsmaterialien zu den heute noch bestehenden Konjunkturpreisen abzugeben, ist für immer verloren. Wenn die Regierung nicht will, daß der ohnehin schon verarmte Staat bei der Verwertung der Kriegsgüter empfindliche finanzielle Einbußen erleidet, ist es unbedingt erforderlich, den Absatz der Kriegsmaterialien mit allen zugebote stehenden Mitteln zu beschleunigen.

Die ehemalige Regierung hatte bereits in allgemeinen Grundrissen, die die äußeren Linien der zu schaffenden Organisation deutlich erkennen ließen, die Abwicklung der Sachdemobilisierung festgelegt. Dieses Gebäude, seiner Grundvoraussetzung — Aufrechterhaltung des Einheitsstaates — beraubt, mußte zusammenbrechen, so daß vorerst die Sachdemobilisierung nur mit Provisorien begonnen werden konnte, bis — schon während der beginnenden Abrüstung — schnell eine neue, den geänderten Verhältnissen angepaßte Organisation geschaffen werden konnte.

Die Bildung so vieler selbständiger Nationalstaaten, die Ansprüche jedes einzelnen an die ehemals gemeinsamen Güter sind Schwierigkeiten, die gewiß gewürdigt werden sollen. Die Verzögerung, die diese notwendigen Verhandlungen zur Folge hatten, nicht zum letzten aber auch der kostspielige Verwaltungsapparat der Sachdemobilisierung sollte ein scharfer Ansporn sein, mit doppelter Eile die Herausgabe des ausbedungenen fünften Teiles der in Deutschösterreich vorhandenen Kriegsgüter durchzuführen.

Soferne die Materialien der gewerblichen Produktion der Umarbeitung zugeführt werden, ist bei der Verteilung der zur Verfügung stehenden Menge aber vor allem auf die jetzige Leistungsfähigkeit der zu beteiligten produzierenden Stände Bedacht zu nehmen. Auch bei dem Produzenten soll das Kapital nicht brach liegen; Hamsterkäufe und Thesaurierungen sind ebenso schädlich, wie ein Liegenlassen der Materialien in staatlichen Depots. Nur an solche Stände und nur in solchem Ausmaße ist zu verteilen, daß eine sichere Gewähr für eine sofortige der Volkswirtschaft nützliche Verwertung der Materialien gegeben ist.

Zwei Fragen sind es insbesondere, zu deren fürsorgenden Behandlung die Staatsverwaltung verpflichtet ist und die bei näherer Untersuchung auch eines gewissen Zusammenhanges nicht entbehren: die wirtschaftliche Aufrichtung des Mittelstandes und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Man hat sich daran gewöhnt, unter dem Mittelstande bloß eine Klasse von Personen, den festangestellten Beamten zu verstehen. Mag auch das Los dieser Bevölkerungsklasse nach wie